

IV . F A L L S T U D I E K Ö L N

„Wenn wir sagen, ‚es fehlt Arbeit‘, meinen wir allein die fremdbestimmte, vorgegebene, bezahlte Lohnarbeit, die alle anderen Formen der Arbeit verdrängt hat und uns der Verfügungsgewalt der Arbeitgeber, des Kapitals, ausliefert. Die Leute müssen sich die Arbeit wieder aneignen. Dann können wir eine Gesellschaft aufbauen, die aus Netzwerken und Kooperativen besteht.“⁶³⁵



quelle: www.koelner-dom.de

Im folgenden werden die bis hier theoretisch hergeleiteten Zusammenhänge am Beispiel der Stadt Köln aufgezeigt. Hier wird jedoch nicht der gesamte Subsistenzkomplex dargestellt, sondern exemplarisch die Funktionen, Leistungen und die institutionelle und personelle Struktur von 10 ausgesuchten bürgerschaftlichen Einrichtungen beschrieben. Weiterhin

wird anhand der Auswertung von 50 Fragebögen der Umfang der erbrachten Arbeits- und Angebotsleistungen aus der Kombination formeller und informeller (Subsistenz)Arbeit aus bürgerschaftlichen Einrichtungen dargestellt. Ebenso werden Motivationshintergründe und spezifische Qualitäten von Erwerbs- und Subsistenzarbeit sowie deren Verhältnis zueinander für die Funktion und Leistungsfähigkeit der bürgerschaftlichen Einrichtungen erhoben und analysiert. Darüber hinaus wird die stadträumliche Verteilung der bürgerschaftlichen Einrichtungen in Köln anhand einer Kartierung dokumentiert und interpretiert.

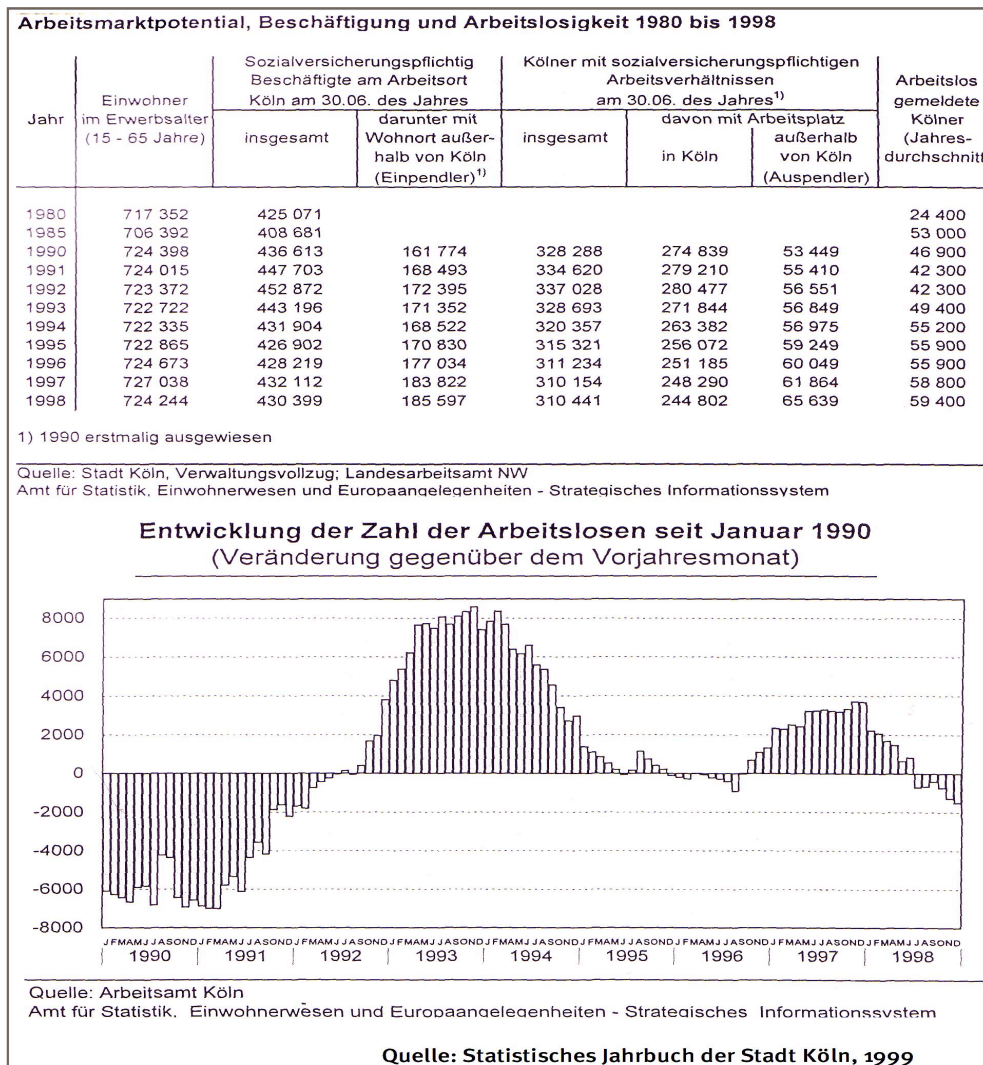
Es kann davon ausgegangen werden, dass eine (strukturelle) Übertragbarkeit der Ergebnisse auf städtische Räume der BRD gegeben ist, wobei regionale Differenzen zu erwarten sind, denn das Spektrum informeller Tätigkeiten variiert je nach lokalem und regionalem Bezug. Die größten Unterschiede dürften in den verschiedenen kommunalen Größen liegen, sowie in den jeweilig unterschiedlichen sozio-ökonomischen Ausgangsvoraussetzungen⁶³⁶, sieht man einmal von lokalen Son-

⁶³⁵ André Gorz in einem Interview in der Badischen Zeitung 1998.

⁶³⁶ Diese sind häufig durch ökonomische Standortfaktoren determiniert, wie z.B. Weinbaugebiete an der Mosel, Oper in Bayreuth, stillgelegte Zechenstandorte wie im Ruhrgebiet, Medienstadt Köln, ... oder unterscheiden sich durch Bevölkerungszusammensetzungen, in Berlin beispielsweise im Spannungsfeld zwischen ehemals Ost- und Westberlin.

derfallen ab (z.B. Grenzgebiete, Regionen mit großen Industriebrachen, periphere Lagen).

Insgesamt stellt sich die wirtschaftliche und soziale Situation der Stadt Köln ähnlich, wie die vor allem im Kapitel II. für das Bundesgebiet dargestellte dar. Köln kann somit berechtigt für diese Studie als strukturell vergleichbar zu anderen bundesdeutschen Metropolen gelten, obwohl es natürlich auch eine Anzahl lokaler Besonderheiten durch Geschichte, Sozialstruktur, Demographie und Kultur gibt.

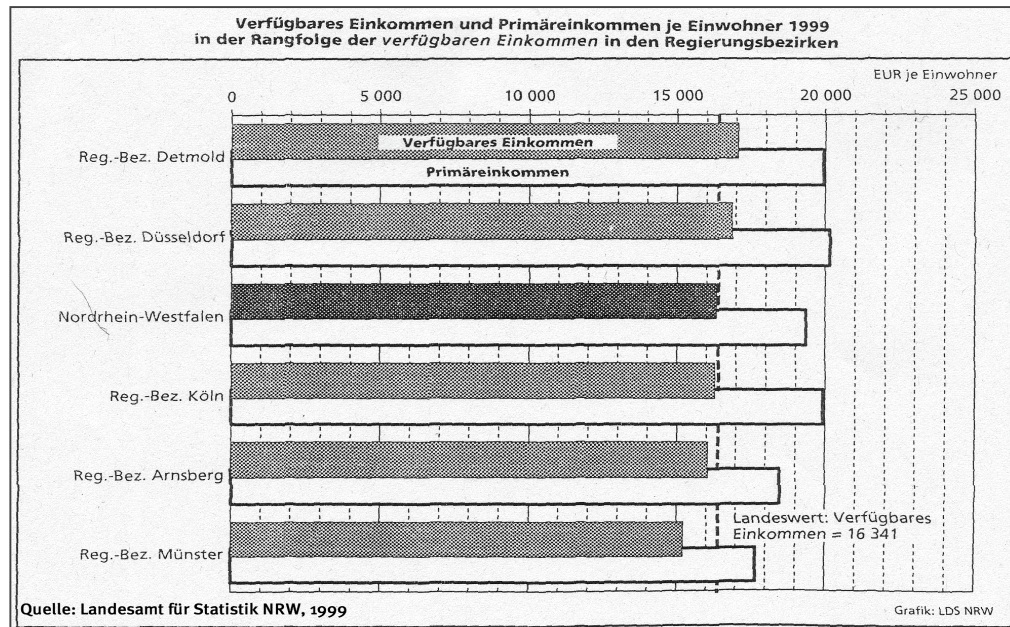


Grafik 20

Die Domstadt folgt mit ihrer konjunkturellen Entwicklung dem Landestrend. 38 % der Kölner Unternehmen bezeichnen Ende September 2002 ihre wirtschaftliche Lage als schlecht, im Bereich des Handels sind dies sogar mehr als

die Hälfte.⁶³⁷ Dies äußert sich dann auch in den Investitionsquoten. Insbesondere die wichtige Medienbranche leidet unter der bundesdeutschen Konjunkturerholung aufgrund der starken Kürzungen der Werbeetats. Wenn man sich

Grafik 21



die Entwicklung der Arbeitslosigkeit für Köln anschaut, ist diese, wie im Bundesgebiet, dramatisch. 1980 waren – bei 717 352 erwerbsfähigen Einwohnern 24 400 gemeldete Arbeitslose zu verzeichnen. 1998 sind es bei 724 244 Erwerbsfähigen schon 59 400 Arbeitslose, also rund 2,5 mal so viele (siehe Grafik 20). Bis Ende 2001 gab es dann eine kurzfristige Erholung des Kölner Arbeitsmarktes auf ‚nur‘ noch 51 530 gemeldete Arbeitslose, deren Zahl sich jedoch im Jahr 2002 wieder erhöhte und Ende des 2. Quartals dann bei 52 429 Arbeitslosen lag.⁶³⁸ Dieser Negativtrend scheint sich leider fortzusetzen. Von der Entwicklung an den Arbeitsmärkten setzt sich somit Köln im Bundesdurchschnitt nicht ab, im Gegenteil liegt die Arbeitslosenquote im Juni 2002 mit 11,4 % sogar deutlich über dem Durchschnitt der alten Bundesländer von 8,4 %.⁶³⁹ Ebenso spiegelt die kurzfristige leichte Erholung von 1999 bis 2001, wie auch die Trendfortsetzung der Entwicklungen seit Anfang der 1980er Jahre im Jahr 2002 den deutschen Gesamttrend wider.

⁶³⁷ Süddeutsche Zeitung vom 12.10.2001.

⁶³⁸ Stadt Köln, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, 2002.

⁶³⁹ Bundesanstalt für Arbeit, 2002.

Auch mit dem verfügbaren Einkommen und Primäreinkommen pro Einwohner liegt Köln 1998 im Bundeslandesdurchschnitt (vergleiche Grafik 21). Die Kaufkraft liegt in Köln 1999 mit 116,2 Punkte (34 987 DM) zwar etwas über dem bundesdeutschen Durchschnitt (30 100 DM = 100 Punkte)⁶⁴⁰, aber auch in Köln zeigt sich die Diskrepanz zwischen Arbeitsmarktentwicklung und Bruttoinlands-Produkt. Denn während das BIP durchgängig ansteigt (siehe Grafik 22) (wenn auch nach Ansicht der Marktanalysten niemals ausreichend) und deutlich höher als bei der Entwicklung

Verwaltungsbezirk	Jahr	Mill. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Anteil am Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Erwerbstätigen	
					%	DM
Köln	1991	57742	.	8,1	99483	112
	1992	61486	6,5	8,3	104180	112
	1993	62151	1,1	8,3	107514	114
	1994	65240	5,0	8,5	114845	117
	1995	68213	4,6	8,5	121328	118
	1996	69410	1,8	8,6	122790	119
	1997	71847	3,5	8,7	126555	120
	1998	74824	4,1	8,8	129575	121

Quelle: Landesamt für Statistik NRW, 1999

der Kaufkraft gegenüber dem Landeswert 1998 bei 121 Punkten liegt, ist die durchschnittliche Entwicklung der Arbeitsplatzzahlen negativ.

Grafik 22

Noch eindringlicher spiegelt sich dies in der Entwicklung der Umsätze und der Beschäftigtenzahlen wider (siehe Grafik 23). Wenn man hier den Umsatz pro Beschäftigten mal mit der Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt vergleicht, ist unverkennbar, dass pro Beschäftigten immer mehr Umsatz erwirtschaftet wird, die Zahl der Beschäftigten aber im Jahresdurchschnitt abnimmt. Auch der Gesamtumsatz nimmt weiter zu, erst recht, wenn man hierfür den Indikator des BIP nimmt, der auch den immer bedeutenderen Dienstleistungssektor einbezieht. Zieht man hier wiederholt den Vergleich mit der Kaufkraftentwicklung hinzu, kann auch für Köln der Trend bestätigt werden, dass einerseits die Produktivität pro Erwerbstätigen kontinuierlich steigt, ebenso das BIP, aber nicht im selben Verhältnis, sondern etwas langsamer. Auch in Köln wird das BIP von immer weniger Menschen erwirtschaftet, die Zahl der Arbeitslosen nimmt zu, mehr als ein Drittel der Kölner Unternehmen wollen in Zukunft mit weniger Mitarbeitern wirtschaften.⁶⁴¹ Trotz steigen-

⁶⁴⁰ *Business Guide Cologne, 1999.*

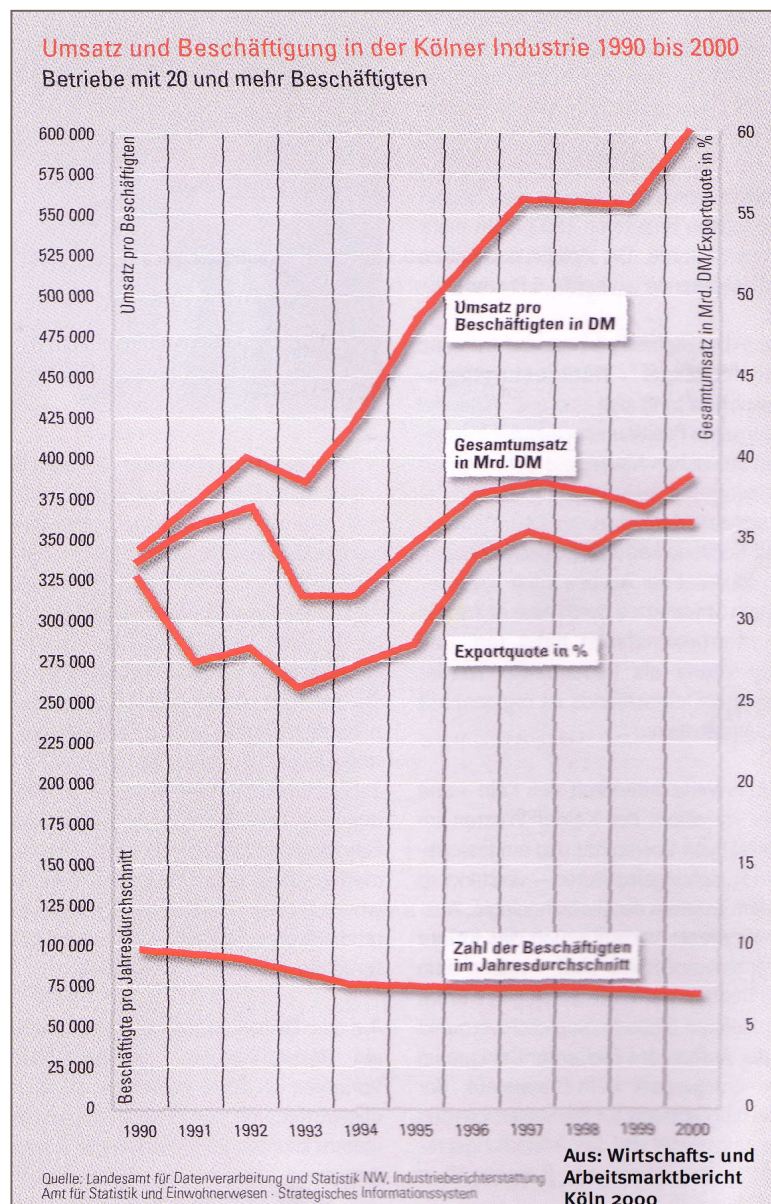
⁶⁴¹ *Süddeutsche Zeitung vom 12.10.2002.*

der Umsätze steigt die Kaufkraft nicht im selben Verhältnis, und die gesamte Konjunkturentwicklung ist dennoch negativ.

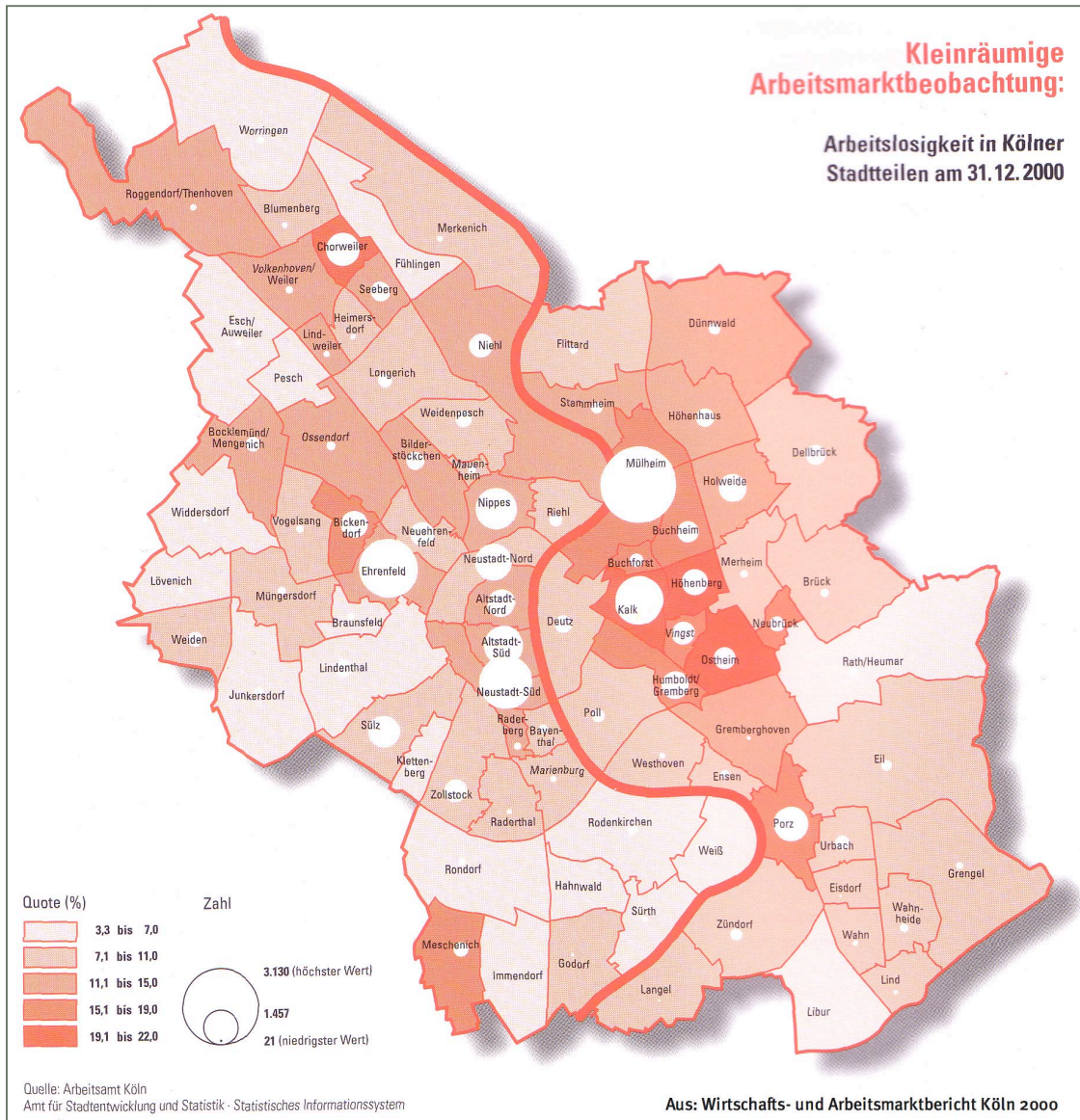
Dass der Erwerbsarbeitsmarkt auch in Köln nicht mehr länger als einziger Gewährleister von Wohlstand und sozialer Sicherheit dienen kann, ist eine Bestätigung des deutschen und europäischen Gesamttrends.

Grafik 23

Auch In Köln sind deutliche sozial-räumliche Segregationen zu diagnostizieren, was allein durch die Betrachtung der Verteilung der Arbeitslosen im Kölner Raum unabweisbar wird (siehe Grafik 24). In der kleinräumigen Arbeitsmarktbeobachtung von Ende 2000 liegen die Schwerpunkte der Kölner Arbeitslosigkeit im Bereich des in-standnahen Westen, hier namentlich in Mühlheim, Buchheim, Buchforst, Höhenberg, Kalk, Vingst, Humboldt/ Gremberg, Ostheim und Neubrück mit einer Arbeitslosenquoten zwischen 15,1 und 22 %. Weitere Schwerpunkte liegen in



Chorweiler, Porz, Bickendorf und Meschenich. Besonders niedrig ist die Arbeitslosenquote in den Stadtrandbezirken.



Grafik 24

Gleichzeitig verlieren die Lagetypen ‚Innenstadt‘ und ‚Innenstadtrand‘ zunehmend an Attraktivität und werden laut Prognose des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik vor allem an die Stadtrandlage Einwohner verlieren.⁶⁴² Besonders die Stadtteile mit mittlerer bis hoher Arbeitslosigkeit haben bereits in den Jahren 1990

⁶⁴² Amt für Stadtentwicklung und Statistik, 2001, S. 25.

bis 2000 die höchsten Verluste in der Einwohnerentwicklung hinnehmen müssen.⁶⁴³ Auch wenn aus dem Suburbanisierungsprozess sich keine direkten Rückschlüsse auf die Einkommensstruktur derer ziehen lassen, die aus den sozial schwächeren Bezirken wegziehen (und dem Autor seitens des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik hierüber auch keine Daten verfügbar gemacht werden konnten), zeigen doch ähnliche Prozesse in anderen bundesdeutschen Städten, dass es fast immer die einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen sind, die in die attraktiveren Stadtteile ziehen. So kommt es in der Folge auch in Köln zu einer zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung zwischen den Bezirken.

Ein wichtiges Potenzial der Stadt Köln liegt in einem ausgeprägten bürgerschaftlichen Bewusstsein, was sich unter anderem in einem hohen Lokalpatriotismus äußert (hierzu liegen nach Wissen des Autors keine weiteren empirischen Untersuchungen vor) und so als eine gute bürgergesellschaftliche Grundlage gelten kann. Von der Kölner Kommunalpolitik geht eine bewusste konstruktive Zuwendung zu bürgerschaftlichen Engagement aus. Dies äußert sich gegenwärtig vor allem durch erhöhte Anerkennung gegenüber Freiwilligenarbeit, beispielsweise durch die über das Bürgermeisteramt initiierte Vergabe von Ehrenamtspreisen, so zum Beispiel im Jahr 2002 im Rahmen der zweiten Ehrenamtskampagne ‚Jugend 2002‘, wo fünf erste und 10 zweite Bürgerpreise an Personen und bürgerschaftliche Einrichtungen vergeben wurden. Eine wichtige Schlüsselrolle spielt hierbei der Oberbürgermeister Fritz Schramma, mit dem der Autor ein Interview führte (siehe 10. Exkurs). Aber auch in Köln sind bisher keine grundsätzlichen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Reformprozesse erkennbar, trotz des, wie auch im Bundesvergleich, hohen Reformbedarfs. Dass die Bedeutung der bürgerschaftlichen Subsistenz für die Stadt Köln enorm hoch ist, wird zwar erkannt oder zumindest zunehmend erahnt, ist aber nicht dokumentiert und empirisch erfasst. Welche Chancen in diesem Potenzial auch als Reformmotor für zukünftige sozioökonomische Entwicklungen liegen, welche Beiträge die urbane Subsistenz zum sozialen und kulturellen Angebot Kölns leistet und in welchem Umfang gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit in bürgerschaftlichen Einrichtungen in Köln geleistet wird. Für den konzeptionellen Rahmen dieser Dissertation dient die Köln-Studie als exemplarisches Fallbeispiel urbaner Subsistenz in ihrer stadträumlichen Bedeutung und als nicht wegzudenkender Wirtschaftsfaktor, der die Standortqualität nicht nur sozial und kulturell, sondern auch ökonomisch erhöht. Weiterhin dient sie zur analytischen Erweiterung der vor allem im Kapitel III. erfolgten Darstellung der Eigenschaften bürger-

⁶⁴³ Amt für Stadtentwicklung und Statistik, 2001, S. 26.

schaftlicher Einrichtungen als Plattformen gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit und als Schnittstellen zwischen Markt, Staat und Bürgergesellschaft, der Interaktionen innerhalb der Einrichtungen und der Quantitäten und Qualitäten ihrer Leistungsflüsse. Im umfassendsten Sinne dient die Köln-Studie der Überprüfung und Dokumentation der vorhergehenden theoretischen Ausführungen, sowie der Differenzierung der Eigenschaften bürgerschaftlicher Einrichtungen und ihrer infrastrukturellen Bedeutung. Die Fallstudie ist besonders auch deshalb für diese Studie bedeutsam, da sie von der Abstraktion in die Konkretion führt und den Realitätsanspruch des zuvor theoretisch hergeleiteten sichtbar und operationalisierbar macht. Dies ist besonders für das Verständnis des Subsistenzkomplexes für Strategieentwicklung und politische und wirtschaftliche Entscheidungen wichtig und unverzichtbar.

Wie bereits ausgeführt ist es für die Untersuchung der gemeinschaftsorientierten Subsistenzarbeit wertvoll, dass diese in der Regel an eine Institution in Form einer bürgerschaftlichen Einrichtung als Plattform für Bürgerarbeit gebunden sind, da sich hierüber die Übergänge zwischen formellen und informellen Strukturen besonders gut untersuchen und verstehen lassen (vergleiche Unterkapitel III-I.1. und III-III.). Weiterhin ist diese Bindung für eine Evaluierung von Fördermöglichkeiten und die Entwicklung eventueller (angepasster) Fördermaßnahmen wertvoll, weil sich über die Institution eine Vielzahl von Menschen erreichen lassen, und gezielt bestimmte Zielgruppen angesprochen werden es können. Außerdem war es für diese Studie von hohem Vorteil bei geringerem Aufwand über die jeweilige Einrichtungen durch Interviews mit Schlüsselpersonen⁶⁴⁴ ein sehr breites Spektrum von Bewertungen gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit zu erreichen. Also liegen die bürgerschaftlichen Einrichtungen auf den folgenden Seiten im Blickpunkt.

Für die exemplarische Studie leiten sich folgende Fragen ab:

- Welches Ausmaß hat der gemeinschaftsorientierte Subsistenzsektor in Köln, wie viele und welche bürgerschaftlichen Einrichtungen lassen sich in Köln identifizieren und wie sind diese thematisch gewichtet?

⁶⁴⁴ Schlüsselpersonen sind hier diejenigen Personen, welche entweder über einen langen Zeitraum in der betrachteten Einrichtung tätig sind, oder sich in einer koordinierenden und/oder verwaltenden Schlüsselposition innerhalb dieser Einrichtung befinden, oder aus anderen Gründen eine Position einnehmen, aus der heraus sie repräsentative Auskünfte über die jeweilige Einrichtung und die in ihr beschäftigten Menschen geben können.

- Welches Ausmaß hat der gemeinschaftsorientierte Subsistenzsektor für den Wirtschafts- und Sozialraum Köln, wie sind die bürgerschaftlichen Einrichtungen im Stadtraum verteilt?
- Welche Subsistenztätigkeiten finden dort statt, und wie sind diese organisiert?
- Welche Personengruppen erbringen die Leistungen, welche profitieren davon?
- Wo werden durch Subsistenzarbeit direkt oder indirekt formelle Erwerbsarbeitsplätze gesichert, wo wurden welche geschaffen?
- Welche soziokulturellen und -ökonomischen Rahmenbedingungen bestimmen die Erscheinung und Funktion gemeinschaftsorientierter Subsistenz, wie äußert sich dies in der Organisationsstruktur der bürgerschaftlichen Einrichtungen?
- Welche (formellen) wirtschaftlichen und administrativen Ausgangsbedingungen begünstigen die Funktionalität des Subsistenzsektors, welche erweisen sich als kontraproduktiv?
- Auf welchen Motivationen basiert die Bereitschaft zu gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit, welche besondere Qualitäten erbringt sie gegenüber Erwerbsarbeit?

Der erste Schritt zur Beantwortung dieser Fragen und auch um die Vielfalt zu veranschaulichen und nicht nur abstrakt zu verstehen, was gemeinschaftsorientierte Subsistenztätigkeiten ausmachen und woran sie gebunden sind, war in dieser Fallstudie zu ermitteln, was es an bürgerschaftlichen Einrichtungen in Köln gibt. Daran schließen sich die qualitativen Interviews an, um detailliert zu erheben in welchem Ausmaß und auf welche Weise Subsistenzarbeit dort stattfindet und unter welchen Rahmenbedingungen. Empirisch untermauert werden die hier gewonnenen Ergebnisse in der Folge mit der Auswertung der Fragebögen. Abschließend wurde dann die Raumwirksamkeit mit der Kartierung des bürgerschaftlichen Subsistenzsektors für Köln dargestellt.

IV-I. BÜRGERSCHAFTLICHE EINRICHTUNGEN IN KÖLN: BESTAND

Von Oktober 1999 bis September 2000 hat der Autor die gemeinschaftsorientierte Bürgerarbeit bzw. bürgerschaftliche Subsistenzarbeit in Köln quantitativ und qualitativ auf institutioneller Ebene untersucht, also die unentgeltliche/ ehrenamtliche Mitarbeit in Vereinen, Initiativen, Gruppen und sonstigen Einrichtungen. Hierfür wurde zunächst das Spektrum der Einrichtungen recherchiert, in denen Gemeinschaftsarbeit geleistet wird.

In Köln lässt sich ein weites Spektrum informeller Tätigkeiten, die der Bürgerarbeit zuzurechnen sind, identifizieren. Diese finden teilweise im Rahmen saisonaler kultureller Ereignisse (Stadtteulfeste, PopKomm, ArtCologne, etc. ...) im gesamten städtischen Raum statt oder in einzelnen Stadtteilen, der größere Teil jedoch im Rahmen der Nachbarschaft, in Bürgerinitiativen, Interessensvereinigungen, Selbsthilfegruppen, Vereinen, in den großen Wohlfahrtsverbänden oder städtischen und kirchlichen Einrichtungen. Der Großteil der gemeinschaftsorientierten Subsistenzarbeit ist an bestimmte bürgerschaftliche Einrichtungen oder auch an bestimmte Zeiträume⁶⁴⁵ gebunden, andere haben wesentlich flexibleren Charakter, sind völlig selbstbestimmt und unabhängig, dann aber oft eher von einem gemeinschaftlichen Interesse und Konsens losgelöst und finden autonom und außerhalb bürgerschaftlicher Einrichtungen statt. Diese gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit, die Einzelpersonen nach eigenem Gusto und eigener Einschätzung leisten, wird hier nicht erhoben. Grundsätzlich gibt es zu diesem Bereich der Bürgerarbeit nach Wissen des Autors keinerlei Untersuchungen, obwohl anzunehmen ist, dass auch dieser individualistische, aber gemeinwesenorientierte Bereich der Subsistenzarbeit in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte. Hier besteht weiter hoher Forschungsbedarf.

Für die vorliegende Studie wurde aber – wie gesagt – der institutionell organisierte Bereich der gemeinschaftsorientierten Subsistenzarbeit in bürgerschaftlichen Einrichtungen gewählt. Im folgenden wird ein Überblick über den Bestand der bürgerschaftlichen Einrichtungen gegeben (die vollständige Auflistung findet sich im Anhang). Die Auflistung ist für Köln weit gehend erschöpfend. Es mag einige bürgerschaftliche Einrichtungen geben, die über diese Recherche nicht erfasst wurden, dies erklärt sich aber nur daraus, dass diese sich nicht in irgendeiner Vernetzung

⁶⁴⁵ Das sind saisonale Tätigkeiten, z.B. Hilfe für Obdachlose im Herbst und Winter, Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Ferienzeiten, Aktivitäten am Welt-Aids-Tag, oder auch Aktivitäten aufgrund eines spontanen Bedarfes, wie z.B. politische Demonstrationen, Bürgerfeste, ...

mit anderen Einrichtungen befinden, und zudem offensichtlich auf bürgerlicher Ebene praktisch nicht wahrgenommen werden.

IV - 1.1. DIE RECHERCHE

Die Erhebung der bürgerschaftlichen Einrichtungen für Köln erwies sich als sehr schwierig und enorm zeitaufwendig. Es gab bisher für Köln keine Adresssammlung dieser Einrichtungen, keinen Ehrenamtsführer, keine Internetseite, nicht einmal eine Karte, die wenigstens alle Namen der Kölner Einrichtungen zusammen fasste. Der einzige Weg an die Adressen zu gelangen, war das aufwendige Verfahren, über eine Vielzahl von (meist telefonischen) persönlichen Gesprächen, der Auswertung von Adressverteilern verschiedener Einrichtungen, der Auswertung verschiedener Stadtmagazine und Stadtführern, vor allem aber über die Nutzung der dichten Vernetzungen auf informeller Ebene innerhalb Kölns. Der Autor suchte zunächst all die Einrichtungen auf, die ihm bereits bekannt waren, und diese um Einblick in ihre Adressverteiler zu bitten. Weiterhin gab es glücklicherweise von den großen Wohlfahrtsverbänden einige Broschüren, wo beispielsweise für Obdachlose Adressen von Einrichtungen zusammen gestellt waren, die etwa Notschlafstellen, Essensausgaben, Beratungsstellen und medizinische Betreuungen vermitteln oder anbieten. Der überwiegende Anteil war jedoch den wenigen großen Wohlfahrtsverbänden als ‚Untereinrichtungen‘ zuzurechnen und fielen somit unter den Bereich stark formalisierter Einrichtungen, auch wenn dort umfassend ehrenamtliche Arbeit geleistet wurde. Nützlich erwies sich auch die Adresssammlung der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe (KISS), die einen Selbsthilfeführer herausgegeben, indem eine recht große Zahl von Selbsthilfegruppen verzeichnet sind. Über den Katalyse e.V. wird der ökologische Stadtführer Köln heraus gegeben, der einige Adressen zu Umwelt- und Naturschutzgruppen für Köln enthält. Hilfreich waren auch die Adresssammlungen von Köln-Appell e.V., die viele aktuelle Adressen zu Einrichtungen und Gruppen, die sich der Thematik Ausländer, Asylanten, Immigranten, politisch Verfolgte, kulturelle Identitäten und ähnliches enthielten. Eine weitere nützliche Quelle war die Sammlung von Adressen von Schulz e.V. (Schwulen- und Lesbenzentrum Köln), die einen wichtigen Teil der Adressen von Einrichtungen vor allem zur Homo- und Bisexuellenthematik enthielt. Mittlerweile gibt es einen Netzwerkknotenpunkt ‚Kölner Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftlichen Engagements (KABE), über den die Einrichtungen innerhalb Kölns versucht werden zu vernetzen, weiterhin gibt es die Kommunalstelle ‚Förderung und Anerkennung Bürgerschaftlichen Engagements‘ (FABE). Mit der ehemaligen Geschäfts-

führerin und Mitgründerin von KABE, Frau Cornelia Harrer führte der Autor ein Kurzinterview, das hier als Exkurs kurz eingefügt ist.

9. EXKURS INTERVIEW MIT FRAU CORNELIA HARRER, EHEMALIGE GESCHÄFTSFÜHRERIN UND MITGRÜNDERIN DES ‚KÖLNER ARBEITSKREISES BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT – KABE‘ VOM 18.6.20002

DD: Sie arbeiten bei KABE an der Schnittstelle zwischen den Institutionen und haben einen breiten Überblick. Ich habe in Köln knapp 1 000 Einrichtungen verschiedenster Art im bürgerschaftlichen Bereich recherchiert: Von der Aids-Hilfe, über Selbsthilfeeinrichtungen, außer Sport- und Freizeiteinrichtungen, bis hin zu freien Theatern und Bürgerzentren wie die Feuerwache.

FRAU HARRER: Mir scheint die Zahl viel zu tief gegriffen. Weil der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband eine Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen hat, wissen wir ziemlich genau, dass wir allein fast 2 000 Selbsthilfegruppen in Köln haben. So viele Gruppen sind bei unserer Selbsthilfe-Kontaktbörse angeschlossen. Diese Selbsthilfegruppen sind nicht immer eingetragene Vereine. Allein der Paritätische Wohlfahrtsverband – als ein verhältnismäßig kleiner Wohlfahrtsverband – hat schon hier allein 250 Mitgliedsorganisationen und jeweils viele Unterorganisationen. Es ist eigentlich unmöglich, solch eine Zahl insgesamt zu erfassen; der OB von Köln hatte ja beispielsweise einmal die Idee, alle Leute, die ehrenamtlich tätig sind, zu einer Großveranstaltung einzuladen. Das scheiterte letztlich daran, dass klar wurde, es gibt so unendlich viele Menschen, die sich irgendwo freiwillig engagieren, dass sie überhaupt nicht zu erfassen sind.

DD: Der KISS-Verteiler enthielt aber keine 2 000. Das waren um die 200 Selbsthilfegruppen

FRAU HARRER: Ja, aber Selbsthilfeinitiativen sind noch einmal extra zu unterteilen: Blau Kreuz z.B. hat allein 15 Untergruppen. Wie gesagt: Allein der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband hat schon 250 Mitgliedsorganisationen mit je Unterorganisationen, dazu kommen sämtliche Selbsthilfegruppen, plus Kirchengemeinden, wo ganz viel freiwilliges, ehrenamtliches Engagement stattfindet – da bin ich ganz schnell bei Tausend.

DD: Meine Zahl erklärt sich daraus, dass etwa die Caritas nur als eine Einrichtung gewertet worden ist. Mir ging es im Wesentlichen darum, die Vielfalt der Einrichtungen sichtbar zu machen. Mir ist bewusst, dass es mehr als 1 000 Einrichtungen gibt. Dass das nun aber so viele Selbsthilfegruppen mit Untergruppen sein sollen – da bin ich allerdings noch skeptisch.

FRAU HARRER: Ich kann Ihnen unsere Adressen geben. Ich schaue einmal im Sachbericht nach der genauen Zahl.

DD: Was würde passieren, wenn der ehrenamtliche Sektor Kölns eine Woche streikt?

FRAU HARRER: Schöne Frage. Aber in vielen Bereichen würde das leider nicht innerhalb einer Woche sichtbar. Aber wenn allein die ganzen ehrenamtlich arbeitenden Politiker den Löffel fallen ließen, würde man das sicher merken. Man merkte es auch stark im ganzen betreuerischen Bereich, und wo Vereine mit ehrenamtlichen Vorständen arbeiten, könnten wichtige Entschei-

dungen nicht getroffen werden. Bei den Freiwilligen Feuerwehren, ehrenamtlichen Rettungsdiensten würde man die direkten Auswirkungen am deutlichsten merken.

DD: Köln hat einen bedeutsamen sozialen und kulturschaffenden Sektor: Popkomm, Art Cologne etcetera., und wir haben in Köln ein relativ ausgeprägtes bürgerschaftliches Bewusstsein, eine Kölner Identität. Ist es so, dass der bürgerschaftliche Bereich den staatlichen Sektor ergänzt? Ist er sogar das Zentrum der sozialen Leistungen in unserer Gesellschaft, das seinerseits ergänzt wird durch staatliche oder manchmal marktwirtschaftliche Tätigkeit?

FRAU HARRER: Ich sehe das ähnlich. Gerade Köln ist eine Stadt, wo es ungeheuer viele Vereine gibt. Dort sind BürgerInnen, die sagen, *„wir wollen, dass sich etwas verändert, dass etwas anders gemacht wird als es die Stadt oder das Land macht, drum nehmen wir unsere Interessen selber in die Hand, gründen einen Verein und machen auf unsere Art und Weise soziale Arbeit.“* – Das finde ich einen ganz wichtigen Faktor für eine Stadt. Das macht das Klima in der Stadt besser, macht sie lebendiger, bunter, macht auch die Sozialarbeit besser, weil all das, wodurch Menschen selber bestimmen, was sie tun, immer schon eine eigene Qualität hat. Dabei gibt es sicher auch einen Teilbereich sozialer Arbeit, der in der Hand von professionellen MitarbeiterInnen sein muss. Ganz schlimm finde ich momentan gewisse Gesetzesvorlagen, die darauf bauen, dass das Freiwillige tun. Zum Beispiel legt nun das Pflegeleistungsergänzungsgesetz fest, dass Ehrenamtliche die Menschen betreuen und dafür ‚ein paar Mark fünfzig‘ kriegen. Damit wird verhindert, dass man das Thema wirklich ernst nimmt und ihm mit der dazu gehörigen Professionalität begegnet. Da ist eine riesige Gefahr bei diesem ‚Alle sollen sich engagieren‘. Man muss bei der Förderung ehrenamtlicher Arbeit immer auch darauf achten, wo die Grenzen liegen, wo es gefährlich wird, weil Organisationen überfordert werden, wo Freiwillige überfordert werden oder auch die, die die Hilfe in Anspruch nehmen.

DD: Könnten Sie sich eine Art Qualitäts-Controlling im Ehrenamtssektor vorstellen? Oder Qualifikationen für ehrenamtliche Tätigkeit zu etablieren?

FRAU HARRER: Prof. Langnickel von der Fachhochschule für Sozialarbeit in Köln beispielsweise hat Qualitätshandbücher, Leitfäden, für Vorstände geschrieben. Finde ich gut. Es geht um Fragen wie vernünftige Sitzungsarbeit und Gremienarbeit, wie man neue Vorstandsmitglieder findet, wie man die Aufgaben sinnvoll verteilt und so weiter. Das stößt aber kaum auf Akzeptanz der Freiwilligen, weil die Freiwilligkeit ja nicht unbedingt ungeheure Qualitätsbewertungen will.

DD: Freiwilligkeit bedeutet Fehlerfreundlichkeit.

FRAU HARRER: Absolut. Ich kenne das selber, wenn ich mich freiwillig engagiere, versuche ich immer auch, das in einer anderen Art und Weise zu tun, als ich mich im Beruf engagiere. Ich finde das Ansinnen im Prinzip zwar richtig, nur liegt es sozusagen in der Natur der Freiwilligenarbeit, dass man da nur mit immer wieder lockenden Angeboten den Menschen sagen kann, *„wir haben hier etwas, das kann vielleicht eure Arbeit unterstützen und verbessern, da könnt ihr euch qualifizieren.“* Ich persönlich bin überhaupt keine Freundin von Zwangsqualifikationen für Freiwillige. Auch Selbstkontrolle kann immer nur so lange gut gehen, wie das die Menschen selber entscheiden.

DD: Wir sind uns also einig: Es muss eine stärkere Förderung bürgerschaftlicher Arbeit geben; zweitens der bürgerschaftliche Sektor ist zentral für die Vielfalt, Lebendigkeit einer Stadt; und

es werden zentrale, unverzichtbare Leistungen mit eigenständigen Qualitäten erbracht, die sich nicht durch Erwerbsarbeit ersetzbar sind, die aber auch nicht nach denselben Qualitätsmaßstäben wie Erwerbsarbeit bemessen werden. Nun haben wir eine Erosion der Erwerbsarbeit, haben das Problem, dass Stadt und öffentlicher Sektor zunehmend pleite gehen, die Leistungen der öffentlichen Hand schrumpfen. Andererseits richtet sich die Wahrnehmung der Öffentlichkeit, Medien fast ausschließlich auf den Marktsektor. Was sind in Anbetracht dessen die zentralen Anforderungen an Politik und Gesellschaft?

FRAU HARRER: Als KABE versuchen wir immer zu werben, zu locken und Anreize für Menschen zu schaffen, sich zu engagieren; und versuchen, sie in ihrem Engagement zu unterstützen, so, wie sie das haben wollen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Vermittlungsorganisationen, die Freiwilligenagenturen wirklich gut angenommen werden, weil der Fokus auf den Freiwilligen liegt. Es sind keine Organisationen, die werben, sondern man fragt: „*Wer bist du, was kannst du?*“ und sucht einen guten Ort. Das ist ein anderer Ansatz als die Organisation, die damit wirbt „*wir brauchen jemanden, der xy tut*“. Als Zweites planen wir eine Kampagne, wo wir einmal direkt in die Stadtteile, in die Viertel gehen wollen, um bürgerschaftliches Engagement zum Thema zu machen, wo man drüber spricht. Es geht nicht darum, Leute sofort in ein Ehrenamt zu zwingen, sondern, wie man etwa über Brustkrebs spricht oder Selbsthilfegruppen zu sagen, dass dort etwas zu tun etwas ganz Zentrales ist, dass das auch ein Schatz sein kann. KABE will gerne mehr mit den Organisationen arbeiten, in denen Freiwillige tätig sind, denn die sind nicht Engagement freundlich genug; sie verheizen immer noch die Freiwilligen und lassen ihnen keine Form der Selbstbestimmung, machen irgendwelche Dienstpläne; das mag eine Altagestätte, ein Altenheim, Kinderkrankenhaus sein. Dabei weiß man schon lange, dass Freiwillige mitgestalten, mitbestimmen wollen, sich eher projektorientiert engagieren wollen statt lebenslang immer in ein und derselben Organisation, dass sie auch Ansprechpartner brauchen, dass sie im besten Sinne auch jemand haben, der sich um sie kümmert als Person - da müssen die Organisationen noch viel lernen.

DD: Mit was sollte ich OB Schramma konfrontieren bei der Frage, wie bürgerschaftliches Engagement sich organisieren lassen müsste über kommunale Einrichtungen und wie sollte dies verwaltet werden? Was wären Anforderungen an Politik der Stadt, des Landes, Bundes?

FRAU HARRER: Köln hat sich ja Engagementfreudigkeit ganz groß auf die Fahnen geschrieben, in der Leitbilddebatte ist es ‚das‘ Querschnittsthema neben ‚Gender Mainstreaming‘. Ich finde es gut, dass es erst einmal ein Thema ist. Über die bisherigen Maßnahmen bin ich mir aber nicht so sicher, weil man da auch finanziell investieren muss, wenn man bürgerschaftliches Engagement haben will; man muss in die Einrichtungen investieren und bei großen Einrichtungen in Ehrenamtskoordinatoren, Ehrenamtsmanager etc. Es sollte für jeden Ehrenamtler ein Jobticket geben; er sollte für 50 DM im Monat überall mit der Straßenbahn hinfahren können oder Zug. Solche Anerkennungsformen sind zu stärken. Und bei Bewerbungen um bestimmte Jobs sollte als Kriterium bürgerschaftliches Engagement stärker nachgefragt werden. Corporate Volunteering ist im Prinzip gut, denn das Spiel braucht mehr Akteure. Nur sehe ich bisher den Gewinn davon mehr auf Seiten der Unternehmen, die gemeinnützige Organisation oder der Freiwillige zieht daraus bislang weniger Profit. Da wird viel Wirbel gemacht, wenn ein Unternehmen bloß seine Mitarbeiter einen Tag in den Kindergarten schickt. Warum stellt man nicht einfach

die Menschen pro Jahr für soundso viele Tage für ehrenamtliche Tätigkeit frei? Beispiel Ford: Das ist noch nicht ausgegoren, noch nicht genug, ehrlich.

DD: Zur Netzwerkfunktion von KABE: Warum ist KABE erst so jung?

FRAU HARRER: Wir haben 1999 in Köln gemerkt, dass wir von sieben Ecken und Stellen aus alle gleichzeitig dieses Thema bearbeitet haben, da haben wir uns dann zusammengetan. Die Netzwerkarbeit selbst wird nicht finanziert, aber die einzelnen Vermittlungsorganisationen werden finanziert; die kriegen zwischen 40 000 und 50 000 DM im Jahr von der Stadt, früher vom Sozialamt, jetzt beim Büro des OB angesiedelt, vom Hauptausschuss. Dort ist auch die Kommunalstelle ‚Förderung und Anerkennung Bürgerschaftlichen Engagements‘ – FABE angesiedelt.

Hier müssen noch einige Anmerkungen gemacht werden. Die zu Beginn des Interviews von Frau Harrer angegebenen Zahlen unterstützen ja grundsätzlich die Aussagen des Autors, dessen Anliegen ja unter anderem die Bedeutung und den Umfang gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit darzustellen ist. Dennoch muss hier gesagt werden, dass die von Frau Harrer angegebenen Zahlen nicht realistisch sind, zumindest, wenn man die Kriterien dessen, was eine bürgerschaftliche Subsistenzeinrichtung ist, verwendet. Sicherlich, wie auch im folgenden Exkurs 7 deutlich werden wird, ist die Zahl von Einrichtungen, in denen bürgerschaftliches Engagement geleistet wird, unter Hinzunahme der großen Wohlfahrtsverbände noch deutlich höher als in dieser Studie. Aber hierbei handelt es sich um soziale Unternehmen (vergleiche Unterkapitel III-I.1.) und nicht um bürgerschaftliche Subsistenzeinrichtungen. Auch kann nicht jede Stelle, wo Freiwilligenarbeit geleistet wird, automatisch als bürgerschaftliche Einrichtung gewertet werden, sondern hierüber entscheidet der Formalisierungsgrad, der Grad der Selbstbestimmung und –organisation, das Verhältnis formeller zu informeller Arbeit etcetera (vergleiche Unterkapitel III-III.). Auch ist die Adresskartei von KISS, ebenso wie von KABE und FABE keineswegs vollständig, im Gegenteil, sie besteht bestenfalls rudimentär, und enthält nicht einmal ein Viertel der Adressen, die für diese Studie recherchiert wurden, zudem sind sie zu großen Teilen nicht mehr aktuell – bis der Autor die recherchierten Adressen ihnen zur Verfügung stellen wird (was nicht mehr lange dauern wird – hoffentlich...)

Dennoch war die Recherche eine lang dauernde Sisyphusarbeit und war – wie sich heraus stellte – auch nicht mit der reinen Adresssammlung abgeschlossen. Denn ca. ein Drittel der Adressen und Telefonnummern war nicht mehr aktuell. Und die zu aktualisieren, war nicht gerade einfach, denn die Mehrzahl der Einrichtungen ist nicht im Telefonbuch verzeichnet, sondern häufig unter dem Namen und der Adresse eines oder mehrerer (Vorstands)Mitglieder. Diese heraus zu kriegen, bekam teilweise detektivische Züge, da dem Autor teilweise (glücklicherweise nicht überwiegend) ein großes Misstrauen entgegen gebracht wurde, was mit dem hohen Informalisierungsgrad vieler Einrichtungen zusammen hing. Besonders, da der

Fragebogen ja einige sensible Informationen zu Finanzierung und institutioneller und organisatorischer Struktur der Einrichtung enthielt.

Letztlich wurden 1097 bürgerschaftliche Einrichtungen für Köln ermittelt. Deren Adressen wurden im Frühjahr 2002 für die Kartierung ein weiteres Mal aktualisiert.

Die großen Wohlfahrtsverbände sind jeweils nur einmal enthalten, also ohne ihre vielfältigen Untergruppen. Diese wurden auch ermittelt, aber nicht befragt und nicht kartiert. Im folgenden Unterkapitel sind sie aufgeführt und ihren Trägern zugeordnet (vergleiche Exkurs 6). Die Gründe liegen auf der Hand, denn der Formalisierungsgrad der großen Wohlfahrtsverbände überschreitet deutlich die primär informell geprägten bürgerschaftlichen Einrichtungen, die hier im Mittelpunkt stehen. Auch ist der Selbstbestimmungs- und Selbstorganisationsgrad in den großen Wohlfahrtsverbänden nicht mehr primär von der Vielzahl der bürgerschaftlich Engagierten getragen, sondern weitgehend professionalisiert und klare Hierarchien sind festgelegt. In den großen Wohlfahrtsverbänden ist mittlerweile ein Mangel an ehrenamtlichen Kräften zu beobachten, was eine Organisationsreform bei den freien Trägern nach sich ziehen muss. *„Zu den beruflichen Aufgaben für soziale Fachkräfte wird deshalb in Zukunft zählen, sinnstiftende und flexible Betätigungsmöglichkeiten für Freiwillige zu entwickeln.“*⁶⁴⁶ Die AWO sieht sich dabei selbst als ein typisches Beispiel konventioneller Mitgliederorganisationen. *„Sie gehörten einst zur ersten Garnitur für Bürgerengagement und haben inzwischen als Anlaufstelle für Freiwillige an Attraktivität verloren. Diese Erfahrung teilen sie mit anderen Traditionsverbänden einschließlich der politischen Parteien.“*⁶⁴⁷ Die wesentlichen Konflikte werden dabei in den erstarrten Hierarchien und in den eingeschränkten Möglichkeiten Selbstbestimmungsverfahren und gleichberechtigte Teilhabe am gemeinschaftlichen Arbeitsprozess zu gewährleisten. So müssten sich die in einer eingefahrenen Routine erstarrten AWO-Mitgliedervereine von ihrer hausgemachten Blockade durch Öffnung der Institutionen befreien: *„Die soziale Verengung der Vereine muss produktiv geöffnet werden für Anliegen des lokalen Raumes, die bürgerschaftliches Engagement mobilisieren und die zugleich einen institutionellen Haltepunkt brauchen. Solche Belange aufzugreifen, Anwalt für Themen des Gemeinwesens zu sein und dafür als Anlaufstelle Bekanntheit erlangen, verändert das Image und schafft neue Attraktivität.“*⁶⁴⁸ Gegenwärtig müssen die großen Wohlfahrtsverbände eher dem Bereich der Sozialen/ Lokalen Ökonomie (verglei-

⁶⁴⁶ Pott, 2002, S. 6.

⁶⁴⁷ Pott, 2002, S. 7.

⁶⁴⁸ Pott, 2002, S. 8.

che Kapitel III-I.1.) zugerechnet werden. Das gleiche gilt für die kirchlichen Wohlfahrtsträger und die kirchlichen Gemeinden, in denen bundesweit auch ca. 14 % der ehrenamtlichen Arbeit⁶⁴⁹ geleistet wird. Sie sind noch mehr als die Wohlfahrtsverbände formalisiert (z.B. sie erhalten Gelder aus Kirchensteuer, die Konfession ist amtlich festgehalten), und deshalb nicht im Betrachtungsinteresse des Autors. Genauso wenig ist für diese Studie das bürgerschaftliche Engagement in Schulen, Universitäten und anderen öffentlich-getragenen Einrichtungen von Interessen, denn sie finden in einem hochformalisierten Rahmen statt.⁶⁵⁰ Auch die Parteien⁶⁵¹ sind Bestandteil unserer Demokratie, und deshalb nicht mehr völlig selbstbestimmt und – organisiert, auf keinen Fall sind sie informelle Einrichtungen, ebenso wenig die knapp 260 Berufs- und Wirtschaftsverbände, sowie Gewerkschaften⁶⁵², die der Vertretung formeller Interessen und formeller Erwerbsarbeit dienen. All dies soll keinesfalls die auch hier wichtigen ehrenamtlich erbrachten Arbeitsleistungen schmähern, aber diese sind nicht das primäre Thema der hier vorliegenden Studie (vergleiche auch noch mal Kapitel III, besonders III-I.1., III-II. und III-III.1. sowie Grafik 17 und 22)

Weiterhin nicht enthalten sind natürlich Einrichtungen, die dem Hobby, Freizeit und Sport (ca. 11 % aller freiwillig Engagierten sind im Sport tätig⁶⁵³) zuzurechnen sind, also primär der Muße dienen bzw. konsumtiven Freizeitcharakter haben. Auch hier wird ehrenamtliche Arbeit geleistet, sie ist aber etwas anders gerichtet und wurde in dieser Studie nicht mit aufgenommen. Das gleiche kann auch für den Bereich der über 100 Karnevals- und Schützenvereine gelten, deren Bedeutung für Köln auf gar keinen Fall unterschätzt werden darf. Dies kann kritisiert werden, denn immerhin 17 % aller bürgerschaftlich Engagierter sind in Deutschland in den Bereichen Sport, Bewegung, Freizeit und Geselligkeit freiwillig engagiert.⁶⁵⁴ Aber diese Einrichtungen bzw. Organisationen sind in der Zahl der 1097 nicht enthalten, obwohl auch hier – ohne hierzu genauere Angaben zu haben – überwiegend ehrenamtliche Tätigkeiten geleistet werden. Die Gründe für diese Ausschlüsse liegen

⁶⁴⁹ Vergleiche BMFSFJ, 2000b, S. 72.

⁶⁵⁰ Hier werden bundesweit immerhin ca. 11 % der freiwilligen, ehrenamtlichen Tätigkeiten verrichtet, vergleiche BMFSFJ, 2000b, S. 72.

⁶⁵¹ Hier werden bundesweit ca. 4 % der freiwilligen, ehrenamtlichen Tätigkeiten verrichtet, vergleiche BMFSFJ, 2000b, S. 72.

⁶⁵² Hier werden bundesweit ca. 2 % der freiwilligen, ehrenamtlichen Tätigkeiten verrichtet, vergleiche BMFSFJ, 2000b, S. 72.

⁶⁵³ Vergleiche BMFSFJ, 2000c, S. 236.

⁶⁵⁴ Vergleiche BMFSFJ, 2000c, S. 236.

aber eigentlich auf der Hand, wenn man sich mit dem geschilderten Subsistenzkomplex auseinandersetzt. Denn untersucht werden sollen jene Tätigkeiten, die primär auch Arbeitscharakter haben (ja, auch der Bau eines Karnevalswagens macht Arbeit, und Sonntags gemeinsam Fußball zu spielen kann auch sehr anstrengend sein), also weniger das Freizeitvergnügen im Vordergrund steht als der Gemeinsinn und die solidarische Komponente. Es werden die gemeinschaftsorientierten Subsistenztätigkeiten untersucht und in ihrer Bedeutung argumentiert, indem ihr Charakter gerade dadurch beschrieben wird, dass kooperatives, solidarisches Miteinander, das Verschenken von Hilfe und Mühe an andere gesellschaftlich und wirtschaftlich wirksam ist. Dies soll keinesfalls Spaß, Muße, Freizeit, Traditionspflege und Sport in ihrer Bedeutung mindern, im Gegenteil (z.B. der Köln-Marathon ist ebenso wie der Karneval ein kulturelles und wirtschaftliches Großereignis für die Stadt Köln mit beträchtlichen wirtschaftsfördernden Effekten).

Auch die über 290 vorwiegend informell organisierte Musikbands unterschiedlicher Stilrichtungen in Köln wurden nicht in die Untersuchung einbezogen. Bei den Bands muss zu einem größeren Anteil von Hobbymusikern ausgegangen werden. Genauso wenig wurde die Vielzahl von Künstlerateliers in Köln, berücksichtigt, die aus Sicht des Autors zum überwiegenden Anteil direkt zur gemeinschaftsorientierten Subsistenz gerechnet werden müssten, denn ernsthaft Kunst (und ernsthaft Musik) zu machen, hat mit Freizeit genauso wenig zu tun, wie andere Arbeiten auch, dies hat sicher nichts mit Freizeit zu tun, und trägt wesentlich zur Selbstversorgung mit Gemeinschaftsgütern bei. Dass die Künste für Köln wesentliche Wirtschaftsfaktoren (z.B. PopKomm, ArtCologne) sind, unterstreicht ihre Bedeutung nur um so mehr.

Aber wenn man sich einer Thematik wissenschaftlich nähert, die zumindest im marktökonomischen Mainstream nicht zureichend anerkannt und gefördert wird, dann ist es nicht notwendig, Bereiche wie den der Künste, der körperlichen Bewegung und der Freizeit mit einzubeziehen, die die Argumentation eher schwammiger und weniger prägnant und somit angreifbarer machen würden, weil sie ja schon an sich dem Objektivierungszwang der Wissenschaft zu widersprechen scheinen. Sicherlich ist es so, dass wenn man sich den hier ausgelassenen Themen genauer widmen würde, wahrscheinlich feststellen könnte, dass deren sozioökonomische Bedeutung bisher auch deutlich unterbewertet wird. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf und es wäre zu wünschen, dass auch hier wissenschaftlich vertiefter und transdisziplinärer gearbeitet würde. Insgesamt sind die Grenzen hier unscharf. Es wurden somit also vor allem jene Einrichtungen erfasst, deren Orientie-

rung auf informelle Subsistenzarbeit eindeutig ist⁶⁵⁵, das Spektrum der Wohlfahrtsverbände sowie das Interview mit dem Direktor des Caritas-Stadtverbandes Herr Pfarrer Franz Decker schließt hier als Exkurs an.

10. EXKURS ‚WOHLFAHRTSVERBÄNDE, KIRCHLICHE WOHLFAHRTSTRÄGER‘

Im folgenden sind der Vollständigkeit halber die Angebote und Leistungen der freien Wohlfahrtsträger in Köln zusammen gefasst. Diese sind sehr umfangreich und müssen bei der vorliegenden Studie zumindest zur Kenntnis genommen werden. Wenn man sich bewusst macht, welches Ausmaß an Diensten und Leistungen allein über die sieben Kölner Wohlfahrtsverbände und die acht kirchlichen Wohlfahrtsträger angeboten wird, wird schon klarer, welche Bedeutung die über 1000 stärker informellen (natürlich auch deutlich kleineren) bürgerschaftlichen Einrichtungen für Köln haben müssen. Im Anschluss an die Kurzdarstellung der Wohlfahrtsverbände ist das Kurzinterview mit dem Direktor Caritasverbandes für die Stadt Köln angefügt. Dieses wird nur kurz kommentiert, aber nicht weiter vertieft, da die hieraus resultierenden Fragen, Diskussionen und Befunde entweder bereits dargestellt wurden, oder über die nachfolgenden Ergebnisse der exemplarischen Untersuchung in Köln beantwortet werden.

Die *Arbeiterwohlfahrt – Kreisverband Köln e.V.* (AWO) hat ein sehr breites Angebotsspektrum. Sie ist in verschiedene Betriebsabteilungen unterteilt. Die AWO bietet Kinder- und Jugendarbeit an, Senioren- und Jugenderholung, Seniorenberatungen, hat ein Bildungswerk, Ambulante Dienste, einen Ausländersozialdienst und vieles mehr. Im Kreisverband gibt es 33 Ortsvereine, und ein weites Spektrum von Einrichtungen und Diensten. So gibt es 38 Altenclubs, Bildungswerk, 35 rein ehrenamtlich geführte Altenclubs und Altentagesstätten, zwei Sozialstationen, drei mobile soziale Dienste, eine ambulante psychiatrische Pflege, ein Altenwohnhaus, zwei Seniorenzentren, zwei Beratungszentren für ausländische Mitbürger, drei Kultur- und Begegnungszentren für ausländische Mitbürger, zwei Beratungsstellen für Aussiedler, eine Jugendgerichtshilfe, eine Kleiderkammer, drei Kindertagesstätten, fünf weitere Jugendeinrichtungen, des weiteren Betreuungen und pädagogische Unterstützungen von Eltern, und mehr. Darüber hinaus gibt es eine enge Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband Mittelrhein e.V. und weitere 12 korporative Mitglieder (eigenständige Einrichtungen).

Der *Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.* (ASB) hat drei städtische Service-Zentren, die Ambulante Pflegedienste, Mobile Soziale Dienste, Mahlzeitendienste, Behinderten-Fahrdienst, Rettungs- und Sanitätsdienste, Krankentransporte bis zum Katastrophenschutz anbieten.

⁶⁵⁵ *Einen Sonderfall stellen die Bürgerzentren dar, denn sie sind in der Regel nicht informell initialisiert und sie werden zu einem erheblichen Teil von formeller Arbeit (überwiegend öffentlich finanziert) getragen. Sie dienen allerdings einer Vielzahl informeller Tätigkeiten als Plattform, weshalb sie hier aufgenommen wurden. Zudem sind einige bürgerschaftliche Einrichtungen in ihnen verortet. Einen weiteren Sonderfall stellen die verschiedenen Weiterbildungszentren dar, wie auch einige Theater. Es wurden nur jene aufgenommen, deren Initialisierung deutlich informellen Charakter hatte, in denen weiterhin in großem Umfang informelle Subsistenzarbeit stattfindet, oder deren Zweckbestimmung es ist, gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit zu ermöglichen und zu fördern und die weiterhin politische, soziale und oder integrative Zielsetzungen verfolgen.*

Der *Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband NRW e.V. Kreisgruppe Köln* ist Dachverband und Plattform für 248 rechtlich selbständige, gemeinnützige Vereine und Gesellschaften sowie für weitere Initiativen und Selbsthilfegruppen, die mit ihren Angeboten, Diensten und Einrichtungen vielfältige soziale Hilfen für die Menschen vor Ort bereit halten. Der Paritätische, Kreisgruppe Köln unterstützt und fördert seine Mitgliedsorganisationen durch örtliche Interessenvertretung, fachliche Beratung und Information, organisatorische Hilfen sowie durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch. Weiterhin werden im Haus des Paritätischen verschiedene Informationen, Koordinationsstellen und Dienste angeboten, unter anderem ambulante pflegerische Dienste, Beratungen zu Belangen von Frauen, Migrations- und Armutsthemen. Es wird Jugendhilfe, Kultur- und Gemeinwesenarbeit geleistet und auch die KISS (Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe) hat ihren Sitz im Paritätischen. Weiterhin wird offene Altenarbeit geleistet, es gibt ein Paritätisches Bildungswerk und Tageseinrichtungen für Kinder. Außerdem ist die Stiftung gemeinsam Handeln – Paritätischer Stifterverbund NRW ein wichtiger Teil des Paritätischen, ebenso wie der Paritätische Sozialarbeit Köln e.V. Darüber hinaus gibt es ein Gesundheitszentrum für MigrantInnen und 15 Seniorenclubs.

Das *Deutsche Rote Kreuz Kreisverband Köln e.V.* (DRK) hat auch wie die anderen Wohlfahrtsverbände ein breites Spektrum an Diensten. Von unterschiedlichen Diensten die von Erste-Hilfe-Kursen, über ambulante Flugdienste, Rettungs- und Sanitätsdienste und Katastrophenschutz (ca. 9 Bereitschaften Katastrophenschutz, mehrere Bereitschaftsstellen/-häuser) reichen, ist das Rote Kreuz auch im Bildungs- und Beratungsbereich aktiv. Es bietet eine sozialpädagogische Familienhilfe, ein Familienbildungswerk und eine Schuldnerberatung an. Außerdem eine Einrichtung zum betreutem Wohnen, drei Hotels für Wohnungslose, ein sozialpsychiatrisches Zentrum, vier DRK-Service-Zentren, 11 mobile soziale Dienste, bzw. ambulante Pflege und ambulante Beratungen, fünf Beratungsstellen, zwei Wohnheime und unterschiedliche Angebote für Freizeit und Begegnung. Das sind z.B. 19 Altenclubs, Seniorenreisen, ein Internet Café für Senioren sowie Internet- und Computer-Kurse, drei Jugendeinrichtungen und mehr.

Die *Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Regionalverband Köln/Erftkreis/Leverkusen* bietet ebenso wie die anderen Wohlfahrtsverbände ein breites Spektrum an Einrichtungen und Diensten. Zu ihr gehören zwei Service-Zentren (Ambulante Versorgung und Pflege / Soziale Dienste), der Johanniter-Hausnotruf, verschiedene häusliche Betreuungs- und Pflegedienste, medizinische Dienste (Kölner Rettungsdienst), ein Rettungsdienst und Krankentransport, eine Lehrrettungswache/Schnell-Einsatz-Gruppe, ein Medizinischer Transportdienst, zwei ärztliche Notdienste, sechs Sanitätsdienste, verschiedene Behindertendienste, ein Bildungszentrum, sowie 45 Kindertagesstätten und Kindergärten in NRW.

Unter dem Dach des *Malteser Hilfsdienst e.V.* findet sich der Malteser Versicherungs-Dienst, zum Katastrophenschutz 250 ehrenamtliche Bereitschaften, diverse Erste Hilfe Kurse, ein Rettungs- und Fahrdienst, zwei Pflege- und Betreuungsdienste, ein Hausnotrufdienst, ein mobiler sozialer Hilfsdienst, eine ambulante Hospizgruppe, eine ehrenamtliche Betreuung und Pflege von Behinderten und Kindern, ein Fahrdienst für Behinderte, ein Reisebus für Schwerstbehinderte, 10 Jugendgruppen, ein betreutes Wohnen für Drogenabhängige, ein Krankenhaus, eine Familienberatungsstelle und außerdem der weltweit agierende Malteser Auslandsdienst.

Der *Caritasverband für die Stadt Köln* ist der größte Kölner Wohlfahrtsträger. Hier werden Kleidersammlungen ebenso durchgeführt, wie Sachmittelausgaben, Kuren und Kindererholung angeboten, Beratungen zu den verschiedensten Themen gegeben, von allgemeiner Sozialberatung, Schuldnerberatung und Seniorenberatung (auch in neun Stadtbezirken) bis hin zur Beratung und Begleitung von Hospizinitiativen. Der Caritasverband ist in unterschiedliche Fachbereiche und Dekanate unterteilt, die alle zu erklären hier zu weit führen würde. Es gibt 10 Caritas-Sozialstationen, eine Hausaufgabenhilfe für Kinder und Jugendliche, 11 Krankenhäuser, zwei Kleiderkammern, ein Psychosoziales Zentrum für ausländische Flüchtlinge, eine Caritas-Asylberatung e.V., vier Selbsthilfegruppen, zwei Behinderten-Wohnhäuser, vier Einrichtungen in denen Arbeitsplätze für Behinderte angeboten werden, den ‚Frauentreff Kölnberg‘, eine Erholungs- und Tagesstätte, ein Gehörlosenzentrum, je einen Sozialdienst für Griechen, Italiener, Portugiesen, Mitbürger aus dem ehemaligen Jugoslawien und Spanier, ein kroatisches Zentrum und ein griechisches Begegnungszentrum, ein Hospiz für palliative Therapie, je ein indisches, koreanisches, philippinisches und spanisches Zentrum, ein internationales Jugendwohnheim, eine Kontakt- und Beratungsstelle für Wohnungslose mit Essensausgabe, einen Mahlzeiten-dienst, zwei sozialpsychiatrische Zentren, einen Sprachheilkindergarten, eine ambulante psychiatrische Pflege und 120 Altenclubs.

Der *Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V.* bietet ein Großküchenprojekt an, einen Sozialdienst für Inder, Koreaner, Philippinos, eine Kindertageseinrichtungen, mehrere Krankenhaushilfegruppen, eine Caritas-Gemeinschaft für Pflege- und Sozialberufe sowie das St. Raphaelswerk ‚Dienst am Menschen unterwegs‘.

Das *Diakoniewerk Coenaculum Michaelshoven Köln e.V.* steht unter der Trägerschaft der katholischen Kirche und bietet auch einiges an Einrichtungen und Diensten. Für Senioren sind dies drei Wohn- und Pflegeheime (stationäre Angebote) und drei Kurzzeitpflegeeinrichtungen, weiterhin der ambulante Dienst Michaelshoven, ein Fachseminar für Altenpflege, vier Wohngruppen für Jungen und Mädchen, drei Wohngruppen nur für Mädchen, betreutes Einzel-Wohnen für junge Erwachsene, einen psychosozialen Dienst, sechs Koordinationsstellen Wohnen / Betreutes Wohnen, einen therapeutischen Arbeitsbereich mit 16 betreuten Arbeitsplätze einen psychosozialen Dienst. Weiterhin ein Aufnahmeheim und Wohnheim für Frauen in Not, eine Außenwohngruppe, eine Frauenberatungsstelle, einen familienunterstützenden Dienst und ein Berufsförderungswerk.

Äußerst aktiv ist auch der *Sozialdienst Katholischer Frauen e.V. (SKF)* und der *Sozialdienst Katholischer Männer e.V. (SKM)* sowie der *Verband Katholischer Mädchensozialarbeit e.V. (IN VIA)*. Sie haben verschiedene offene Hilfen über den Kölner Raum verteilt, von Jugendhilfe und Familienhilfe, Hilfe für Frauen, über Straffälligenhilfe, Gefährdetenilfe und betreutem Wohnen bis zu Schuldnerberatungen. Weiterhin bieten sie Pflege-, Vormund- und Erziehungsbeistandschaften an, Betreuungen und Beratungen zu den unterschiedlichsten Themen, einen Frauentreff, sechs Wohngruppen, Aufnahmeheime, Apartmenthäuser für Frauen und Mädchen, eine Kindertagesstätte, eine Intensivgruppe für Mädchen, eine Notaufnahme, eine Adoptionsberatung, eine Schwangerschaftskonfliktberatung, eine Beratung für Frauen mit besonderen Schwierigkeiten, eine Kontakt-, Beratungs- und Anlaufstelle für Jugendliche, Obdachlose, Drogenabhängige, psychisch Kranke, eine Jugend- und Familienhilfe, eine Jugendgerichtshilfe, eine

Anlaufstelle für Mädchen und junge Frauen, Prostituierte, einen Drogenbus – Drogenhilfe, einen Warte- und Schutzraum im Gericht für geladene Kinder, eine Präventions- und Clearingstelle bei sexueller Gewalt. Der Sozialdienst Katholischer Männer bietet ein Beschäftigungsprojekt für Nichtsesshafte, eine AIDS-Beratung und Betreuung, 17 Kindertageseinrichtungen, ein REHA-Zentrum für Drogenabhängige, ein Wohnprojekt für obdachlose Jugendliche, eine Kontakt- und Notschlafstelle mit Beratungsstelle und Essensausgabe und noch einiges mehr. IN VIA bietet Schulsozialarbeit an, Jugendberufshilfe, eine Arbeits- und Ausbildungsplatzvermittlung, Sprachkurse, Lehrgänge, Berufsvorbereitungs- und begleitende Maßnahmen und andere Bildungsangebote (unter anderem für Ausländer), außerdem eine Bahnhofsmision, ein Wohnheim für Mädchen und Junge Frauen, eine Berufshilfe und das Café International.

Dem *katholischen Stadtdekanat* sind 138 katholische Kirchengemeinden angeschlossen. Diese bieten 14 ‚offene Türen‘ an, acht katholische Beratungsstellen, sieben Familienbildungsstätten im Rahmen der Familienbildung Köln e.V. und fünf katholische Familienforen.

Zum *Evangelischen Stadtkirchenverband* gehören 62 evangelische Kirchengemeinden, fünf Jugendzentren und diverse Altenclubs und Beratungsstellen (siehe Amt für Diakonie).

Das *Amt für Diakonie des Evangelischen Stadtkirchenverbandes* hat 55 Altenclubs und ein Jugendzentren im Raum Köln.

11. EXKURS ‚INTERVIEW MIT PFARRER FRANZ DECKER, DIREKTOR DES CARITASVERBAND FÜR DIE STADT KÖLN VOM 17.6.2002‘

DD: Ich habe in Köln das gesamte ehrenamtliche Arbeitsaufkommen, alle bürgerschaftlichen Einrichtungen zusammengetragen und unter anderem das Wechselspiel der ehrenamtlichen in Kombination mit der hauptamtlichen Arbeit untersucht. Die ehrenamtliche Initialkraft, die wesentlich den sozialen Bereich trägt und dynamisiert, ist – besonders in einer Marktwirtschaftsgesellschaft – ein ökonomisch nicht unmittelbar eingängiges Phänomen. De Facto leben wir ja schon heute in einer pluralwirtschaftlichen Gesellschaft...

DECKER: Kennen Sie die Prognos-Studie? Sie sagt Ähnliches...

DD: Ihre Webpage mit dem Matthäus-Zitat erklärt Ihr Anliegen so, dass es Ihnen um den Aufbau einer gerechten Gesellschaft geht; in der Kölner Resolution der Caritas taucht der Satz auf: *„Ehrenamtliche Arbeit fördert eine Kultur der Solidarität, trägt zur Entfaltung des Einzelnen und damit der Gesellschaft bei; es geht um die Schaffung von Rahmenbedingungen, die die Freude an Ehrenarbeit fördern... Die Arbeit der freiwillig Engagierten muss unterstützt und gefördert werden“* – Nun die Frage an Sie: Wie können denn Anreize zu freiwillig erbrachten Arbeiten in einer Gesellschaft, wo fast sämtliche Motivationen mittlerweile über Geld ersetzt sind, noch transportiert werden? Wie wären denn Anreize zu setzen, um andere Maßstäbe für eine andere Wertegrundlage zu stiften? Durch Steueranreize, Bürgergeld, Appelle?

DECKER: Es ist ein Motivationsbündel, das Ehrenamtlichkeit auslöst. Ein Beispiel, bei dem es gelingt, im Kleinen persönliche Beziehung herzustellen ist die Kölner Caritas-Initiative ‚Kölsch Hätz‘: Angesichts der Isolation alter Leute in Stadtvierteln von Köln wurde die Initiative gestartet, etwa in Nippes; dort gibt es eine hauptamtliche Koordinatorin, ansonsten arbeiten dort nur

Ehrenamtliche; und die Koordinatorin vermittelt dort wohnende Leute an Alte, die einsam sind. Ziel ist es, Kontakt herzustellen, um die Isolation aufzubrechen. In einem zweiten Schritt versuchen wir zur Zeit, die Jungen zu erreichen, die Enkelgeneration. Drum herum sind dort weiterhin Veedels-Gespräche – also beispielsweise erzählt der Milchmann von früher etcetera – entstanden. Die verschiedensten Leute haben daran Interesse gefunden, und jetzt gibt es Firmen vor Ort, die bezahlen uns etwa unsere Druckkosten für einen Flyer, den wir herausgeben haben. Wir haben also zuerst Beziehungen gestiftet; dann gab es Interesse, und dann haben die Menschen auch ehrenamtliches Engagement zur Verfügung gestellt. Einer gestaltet uns gerade einen Internetauftritt. Alle diese Leute sind in den Prozess hineingezogen worden, die haben wir nicht durch einen Zeitungsaufruf gesucht. Wenn auf der Viertelsebene also persönliche Beziehungen entstehen, wo sich die Leute konkret angesprochen fühlen und kennen lernen, für wen und was sie da sein können, dann entsteht so etwas.

DD: Sie betonen, dass Sie sich auch als ein Unternehmen am Markt verstehen, sagen, dies bedeute einen Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit und Karitativem. Ich behauptet einmal, die Nachfrage ist höher als das Angebot, welches Sie erbringen. Sehen Sie politische Notwendigkeiten, um die Leistungsfähigkeit der Caritas so steigern zu können, dass Sie alle erreichen? Was könnte eine Forderung an Politik, Wirtschaft, Gesellschaft sein?

DECKER: Haupt- und Nebenamt müssen miteinander kombiniert werden. Dass z.B. das Projekt ‚Kölsch Hätz‘ gut läuft, liegt daran, dass sich dort eine hauptamtliche Koordinatorin verbindlich und kontinuierlich um die Vermittlung der Leute kümmert, Weiterbildung und eine Struktur bietet.

DD: Gesamtgesellschaftlich gesehen, ist der Staat in seinen Funktionen immer weniger leistungsfähig, weil er unter Druck steht, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu fördern durch Steuersenkungen und so weiter ... Ich meine, wir sollten die Bereitschaft zur Teilzeitarbeit in der Gesellschaft erhöhen, Arbeit auf mehr Menschen verteilen, und die Anerkennung und Zuwendung zur freiwilligen bürgerschaftlichen Arbeit in allen Sektoren steigern. Dies könnte zu erhöhter kultureller und sozialer Stabilität und Attraktivität für den Standort Köln führen, die öffentlichen Kassen entlasten (Hier bringt der Autor das Beispiel der Leistungskraft der Versorgungsleistungen der Aidshilfe ein, siehe hierzu IV-III.2.) und Lebensqualität erhöhen.

DECKER: Wir haben ja Ehrenamtler an ganz vielen Stellen. In allen Altenheimen gibt es Ehrenamtlergruppen, im Obdachlosentreff, beim Therapiezentrum für Folteropfer und vieles mehr... – wir haben sogar einen Dienst ‚Mensch zu Mensch‘, wo Ehrenamtler, die sich engagieren wollen, anrufen können und ganz persönlich beraten und vermittelt werden, was sie wo machen können. Dächte man sich die ehrenamtlichen Mitarbeiter/-innen weg, würde ganz vieles nicht geschehen.

DD: Caritas ist Arbeitgeber für über 1 600 Hauptamtler. Aus einer Befragung geht hervor, dass sie zusätzlich 13 000 bis 14 000 Ehrenamtler haben. Im Schnitt erbringen die zwischen drei und sechs Stunden pro Woche, das heißt bei durchschnittlich nur vier Stunden wären das pro Woche ja schon 60 000 Stunden. Warum wird trotz solcher Zahlen die Gemeinwesenökonomie – und besonders die Bedeutung der Freiwilligenarbeit – in der Politik so wenig wahrgenommen?

DECKER: Neulich hat der Bundeskanzler gesagt, Demokratie ohne Ehrenamt wäre gar nicht möglich, und wenn man die Demokratie stützen wollte, müsste man das Ehrenamt stützen. Das sind große, richtige Worte, da kann man ihn nur unterstützen. Wenn ich die Politiker höre, betonen die immer die Wichtigkeit. Wenn man dann aber guckt, wie sie das unterstützen, denken sie sich Ehrenamtspreise aus oder eine Dampferfahrt für Hausarbeitshilfegruppen. Eine wirkliche Wertschätzung wäre es, wenn die Politik für die Begleitung der bürgerschaftlich Engagierten und für die Schaffung ehrenamtfreundlicher Strukturen Geld zur Verfügung stellte. Köln ist da ganz gut, z.B. sieht der Plan für ein Senioren freundliches Köln acht oder 10 halbe Stellen für Sozialarbeiter vor, die Seniorennetzwerke schaffen und einen Runden Tisch einrichten, um die verschiedensten Ehrenamtlerinitiativen zu vernetzen .

DD: Was würde passieren, wenn alle Ehrenamtler für zwei Wochen streiken?

DECKER: Es würde natürlich im Sport ganz viel wegfallen, in der Kultur, im Bereich Jugend, Kinderarbeit, der Seniorenbetreuung und in vielen andern sozialen Bereichen.

DD: Wenn wir über soziale Infrastrukturen reden, hat das ja auch damit zu tun, wo die Einrichtungen liegen und wie die internen Vernetzungen gestaltet sind. Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, Selbsthilfevereinen, Aidshilfe, KEKS, Kinder-Eltern-Vereine, usw. – Sind das Konkurrenten oder Partner?

DECKER: Das sind keine Konkurrenten. Wir arbeiten z.B. im Arbeitskreis ‚Kölner Arbeitskreis bürgerschaftliches Engagement‘ (KABE) zusammen, da versuchen alle Verbände, die Vermittlungsbörsen für Ehrenamtler haben, im gegenseitigen Austausch und im Gespräch mit der Stadt das bürgerschaftliche Engagement zu stützen. Der derzeitige Oberbürgermeister Schramma hat das Thema Ehrenamt ja zur Chefsache gemacht und dazu eine Stabsstelle eingerichtet.

DD: In den letzten zwei Jahren ist in Köln viel passiert. Was könnte aber eine kritische Frage oder Forderung sein, mit der ich Herrn Schramma konfrontieren könnte?

DECKER: Sie könnten ihn damit konfrontieren, dass er solche Koordinationen schafft. Erstens: Es gibt ja eine Fülle von Verbänden mit Hauptamtlichen. Ehrenamtlich zu leistende Aufgaben sind gar nicht so leicht zu definieren; und sich im Netz all derer, die hauptamtlich arbeiten, zurechtzufinden, ist gar nicht so einfach. Hier liegt die Aufgabe von solchen Vermittlungsstellen und KoordinatorInnen. Zweitens: Wer weiterkommen will, erlebt ein Gestrüpp aus Verwaltungsbestimmungen, Paragraphen für Zuschüsse und so weiter – Um da zurechtzukommen, braucht man ein Stück hauptamtliche Begleitung. Hier könnten auch Fachleute aus Verbänden hauptamtlich Arbeit übernehmen, die ehrenamtlich Engagierte eher abschreckt. Wir haben ein Stabsstelle Gemeinde-Caritas, die die Aufgabe hat, die ehrenamtliche Caritasarbeit in den Gemeinden zu fördern. Dort tun wir so etwas. Wenn die Politik wirklich etwas verbessern will, dann geht es nicht nur darum, Bürger zu Engagement zu motivieren z.B. durch Ansprachen und Preise, sondern dann muss man Strukturen schaffen, die Ehrenamtler erleben lassen: ‚Man will uns, denn man hilft uns‘. So kann man meiner Meinung nach seine Wertschätzung dieses Engagements ausdrücken.

DD: Könnten Sie sich steuerliche Anreize vorstellen?

DECKER: Das finde ich sehr schwierig, weil dort jemand sagen müsste: *„Der hat jetzt so viel ehrenamtlich gearbeitet – das ist so viel Geld wert“*.

DD: Und wenn man sich ein ‚Sozialkonto‘ aufbauen könnte – nicht über Geld, sondern über Dienstleistungen? – Das setzte natürlich Qualitätskontrollen voraus.

DECKER: Genau, ich kann mir nicht vorstellen, wie das gehen soll, denn es steht im prinzipiellen Widerspruch zum Ehrenamt. Viele Leute identifizieren sich entweder mit einer Personengruppe oder mit einem Wohngebiet, in dem sie leben, und möchten etwas tun. Ehrenamt wird ja auch als ein Stück Selbstbestimmung erlebt: *„Ich kann was tun mit meinem ganzen Potenzial an Fähigkeiten und persönlicher Energie.“* – Zu erleben, dass ich das kann, dieses Stück erfahrene Selbstbestimmung, ist ein Stück Motivation. Hier spielt dann auch die religiöse Motivation hinein. Die religiöse Identität eines Menschen kann man natürlich in der Kirche auch so ansprechen: *„Du findest dich selbst nicht allein dadurch, dass du dich mit dir selbst beschäftigst, sondern indem du dich sozial und kreativ in der Welt einbringst, in der du lebst.“* Wenn du dich mit deinem hilfsbedürftigen Nächsten identifizierst, kommt du am Ort der Begegnung mit Gott. – Immer geht es um die Motivation: Ich möchte meinen Lebenssinn finden, ich möchte mich selbst verwirklichen. Dieser starke Wunsch ist überall vorhanden, und wenn ich den bei Menschen anspreche und dann auch von politischer Seite Strukturen dafür geschaffen worden sind, dann wird das auch als erfüllbar erlebt.

DD: *„Jenseits aller großen Worte sprechen Christen so mit ihren Taten von der Wahrheit des Lebens...“*, heißt es auf Ihrer Webseite – Wie kommen wir von einer Gesellschaft des Nehmens zu einer Gesellschaft des Gebens? Brauchen wir mehr Spiritualität?

DECKER: Wenn ich mit Ehrenamtlern spreche, warum sie die Arbeit tun, so antworten sie stets, *„weil wir da erleben, dass wir etwas ganz persönlich geben können, das sonst nicht geschieht und doch vom Gegenüber dringend gewünscht und dankbar angenommen wird, und dass uns das eigentlich das Wichtigste ist.“* Und umgekehrt wie z.B. ein Drogenabhängiger in einer Anlaufstelle zu einem dort ehrenamtlich Tätigen: *„Ich habe hier das erste Mal erlebt, dass sich mir jemand zugewandt hat, ohne dass er dafür Geld bekommt.“* Hier geht es um Spiritualität und diese muss auch an der richtigen Stelle und zu bestimmten Zeiten auch – aber dann in die richtigen – Worte gefasst und angesprochen werden. Ich halte aber nichts von Moralappellen, ich denke, das die Moral dies betreffend nicht schlechter als früher ist, auch wenn dies gern behauptet wird. Die Spiritualität der Leute ist abgesehen davon, wie oben ausgeführt, dass sie durch gesellschaftliche Strukturen gestützt werden muss, dann eher eine Frage der gesellschaftlichen Kultur. In Sachen Ehrenamt schwappt ja von den USA nach Europa eine andere Kultur herüber, wo sich die Unternehmen viel selbstverständlicher als Teil der Bürgerschaft sehen, während sie bei uns meinen, nur die sach- und marktgerechte Produktion irgend einer Ware zur Aufgabe zu haben, nicht aber auch sich als Unternehmen eine bestimmte bürgerschaftliche Aufgabe stellen zu sollen. Diese Kultur ebenso in Europa zu entwickeln, wird jetzt versucht. Und wir haben gerade von der Firma Ford folgendes Angebot: Ford bietet ihren Mitarbeitern an, 16 Stunden ihrer Arbeitszeit einmal in ein Ehrenamtlerprojekt zu stecken. Das ist sicher eine nützliche und produktive Idee, wenn es hierzu auch sicherlich noch vieler Experimente und daraus resultierender Erfahrungen bedarf. Aus Baden-Württemberg habe ich von der Diakonie gehört, wie sie mit mehreren Verbänden zusammen einen Studienführer entwickelt hat, in dem ein Fülle an Projekten genannt sind, für welche jeweils für eine gewisse Zeit Leute gesucht werden. Das hatte ein Jahr Vorlaufzeit, doch haben sich dort nur zwanzig Leute

gemeldet. Was zunächst nur besagt, dass dies ungeheuer schwierig ist. Es erfordert z.B. eine ungeheure Umstrukturierung und Konzentration der Sozialverbände auf das Ehrenamt, in einer Weise, wie wir es bisher noch nicht haben. Damit sind wir wieder bei den Strukturen und beim notwendigen gesellschaftlichen Umdenken aller.

DD: Es geht also um die Schnittstellen zwischen ehrenamtlicher und hauptamtlicher Tätigkeit sowie den nötigen öffentlichen bzw. marktlichen Stellen.

DECKER: Die Politik muss einfach Geld zur Verfügung stellen, damit man die nötigen Koordinationsstellen hat, um die ehrenamtsfreundliche Struktur zu schaffen. Das Zweite ist, dass die Verbände dem Ehrenamt einen viel größeren Stellenwert geben, und sie müssen dafür die Arbeitszeit Hauptamtlicher zur Verfügung stellen. Kernpunkt ist, dass man über Strukturen nachdenkt, die ehrenamtsfreundlicher und ehrenamtsbedürftiger sind. Dafür braucht es neue soziale Prioritäten und ein Umdenken aller über das, was Leben lebenswert macht.

Die Aussagen, die Herr Decker im Interview machte, decken sich in eigentlich allen Aspekten mit den wesentlichen Ansätzen, die der Autor in diese Studie wissenschaftlich verfolgt und in der nachfolgenden exemplarischen Fallstudie Köln belegt. Sie unterstützen die Konzepte dieser Studie und zeigen auch, dass es sich bei der Perspektive des Autors keineswegs um eine rein akademische handelt, sondern von Menschen, die einen sehr dichten und langjährigen Praxisbezug haben geteilt werden.

IV - 1.2 . DIE BÜRGERSCHAFTLICHEN EINRICHTUNGEN

Nach der Recherche und Adressaktualisierung wurden die Einrichtungen in Kategorien nach den von ihnen abgedeckten thematischen Schwerpunkten, ihren Einrichtungstypen, Angeboten und Zielgruppen zusammengefasst. Hierüber wird die Verteilung und Gewichtung auf die jeweiligen Themenbereiche deutlich.

Dem folgt eine qualitative Analyse ausgewählter Einrichtungen. Hier werden verschiedene Thesen über Art und Umfang der dort verrichteten Tätigkeiten und über ihre direkte und/ oder indirekte Beschäftigungswirkung begründet und untermauert. Zudem wird eine typologische Zuordnung der Einrichtungen⁶⁵⁶ nach ihren strukturellen Eigenschaften und Trends vorgenommen. Weiterhin erfolgt eine Kategorisierung der in und aus den Einrichtungen erbrachten Leistungen.

⁶⁵⁶ *Schnittstellentypologie (siehe Kapitel III-III.3.)*

IV-1.3. ANGEBOTE AUS BÜRGERSCHAFTLICHEN EINRICHTUNGEN UND ANLÄSSE FÜR GEMEINSCHAFTSORIENTIERTE SUBSISTENZARBEIT

Von den recherchierten bürgerschaftlichen Einrichtungen bieten eigentlich alle ein ganzes Spektrum von Angeboten an, die unterschiedlichsten Bedürfnissen und Problemen gewidmet sind. Es gibt wenige Einrichtungen, die nur Einzelleistungen erbringen, weshalb im folgenden die Angebote prozentual aufgeschlüsselt sind, davon aber der Großteil der Einrichtungen mehrere Leistungen gleichzeitig anbietet. Das, was hier das Angebot der Einrichtungen darstellt, ist zugleich auch der Anlass der gemeinschaftsorientierten Subsistenzarbeit, die nur jenes anbietet, wonach offensichtlich auch ein Bedarf besteht (vergleiche Kapitel III-I).

Von den 1097 Einrichtungen gehören bei rund 53 % unterschiedlichste Beratungen zu den wichtigen Leistungen, 46 % erbringen Kommunikations- und Vernetzungsangebote und bei 41 % geht es unter anderem um Selbsthilfe und Erfahrungsaustausch. 38 % der Einrichtungen haben Integration zum Thema, bei 28 % hat die Begegnung zwischen Menschen eine wichtige Funktion, knapp 27 % vertreten die politischen Interessen ihrer Themensetzung, 26 % erbringen Betreuungsleistungen gegenüber Kindern, Jugendlichen, Alten, Kranken, Behinderten und Menschen in Not. Für 21 % der Einrichtungen gehören Themen, die sich den Belangen von Kindern und Eltern und ihrem Verhältnis widmen, zu den zentralen Aufgaben. Für immerhin 19 % stellen künstlerisch-musische Medien, wie Musik, Kunst, Theater zu den wichtigen Mitteln und Wegen, ihre inhaltlichen Anliegen und Leistungen zu erbringen. 17 % sind Nachbarschaftsinitiativen und Gruppen, die sich mit Gestaltung und Belangen des eigenen Stadtteils beschäftigen. 12 % zählen Bildung und Qualifikation zu ihren zentralen Angeboten, knapp 11 % befassen sich mit interkulturellen Themen und kulturellen Identitäten. 6 % widmen sich Umwelt-, Natur- und Tierschutz, bzw. Ökologie, während rund 5 % sich der Thematik des Altwerdens und Altseins und den damit verbundenen Problemen widmen. Rund 5 % der Einrichtungen haben Essens-, Kleider- und Sachmittelausgabestellen für Bedürftige und/ oder bieten Wasch- und Schlafgelegenheiten an. Weitere knapp 4 % befassen sich mit Themen rund um Homo- und Bisexualität, und ebenso viele erbringen unterschiedliche Pflegeleistungen für Pflegebedürftige aus verschiedensten Gründen. 4 % erbringen Erwerbsarbeitsberatungen und –vermittlungen. Bei 3 % der Einrichtungen geht es um Drogen- und Suchtproblematik.

Betrachtet man die Zielgruppen der Einrichtungen, stellt man fest, dass jene Gruppierungen von Menschen mit gleichen Merkmalen –Menschen aus anderen Kultur-

räumen, Kranke und Behinderte, Homosexuelle, Drogensüchtige, Obdachlose in den bürgerschaftlichen Einrichtungen deutlich stärker vertreten sind, als dies sonst der Fall ist. Diese Gruppierungen finden in einer Gesellschaft, die sich immer mehr einer kulturellen Homogenisierung verschreibt immer weniger Gehör und Wahrnehmung, obwohl sie in ihrer Gesamtheit eine durchaus große gesellschaftliche Gruppe darstellen. Letztlich sind ja fast alle Menschen anders als das, was als normal betrachtet wird, nur im Durchschnitt gleichen sie sich an. Gerade in Städten – besonders in Großstädten und Metropolen – erreichen Menschen, die sonst Minderheiten darstellen, eine genügende Masse, um sich zu finden und zu solidarisieren. So geht es hier weniger um die Wahrung von Partikularinteressen, sondern um das Lindern einer gesellschaftlichen Vernachlässigung und großenteils sogar Diskriminierung, die den friedlichen und produktiven Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet. Auch in Köln wird dies durch den metropolitanen Charakter erleichtert.

Das Spektrum der Nachbarschaftsgruppen, Umweltschutzgruppen und der aktiven Partizipation an staatlichen, kommunalen und Stadtteilbelangen ist im Vergleich dazu verhältnismäßig gering ausgeprägt. Ob dies auf einen geringeren Bedarf deutet, ist sehr fraglich. Diese Aussage kann mit dieser Studie zwar nicht belegt werden, wird aber durch die Ergebnisse der qualitativen Untersuchung und der Vielzahl von Gesprächen, die auf bürgerlicher wie institutioneller Ebene während der Studie geführt wurden, unterstützt. Eher kann man es auf die seit dem 16. Jahrhundert anhaltende Tendenz zur Privatisierung und Kommerzialisierung des Lebens zurückführen, die uns des kooperativen Umgangs mit Gemeinschaftsaufgaben entwöhnt hat.⁶⁵⁷ Zudem dürfte ein Zusammenhang mit der soziokulturellen Entwicklung der letzten vier Jahrzehnte weg von gesellschaftlicher und politischer Partizipation bestehen. Insbesondere der seit Ende der 1960er Jahre bis Mitte der 1980er Jahre andauernde Trend zur Individualisierung und der Ausrichtung auf materielle Wohlstandsmaximierung dürfte eine Entkoppelung von Individuum und bürgerschaftlicher Ebene zur Folge gehabt haben (vergleiche Kapitel II.). In den letzten Jahren sind Ansätze zu einer Gegenbewegung zu erkennen; die ehrenamtliche Vereinsarbeit hat von 1985 bis 1996 von 25 % auf 35 % zugenommen⁶⁵⁸ und das Fehlen von Partizipationsstrukturen wird zunehmend als Defizit wahrgenommen.⁶⁵⁹

⁶⁵⁷ *Vergleiche Scherhorn 1998a und 1998b.*

⁶⁵⁸ *Vergleiche Beyer et al., 1998.*

⁶⁵⁹ *Vergleiche Klages, 2001.*

IV-II. QUALITATIVE INTERVIEWS

Um den qualitativen Merkmalen gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit auf die Spur zu kommen, und das Ausmaß, in dem diese von einzelnen Einrichtungen erbracht werden, beispielhaft darstellen zu können, wurde eine Auswahl aus der Gesamtheit der recherchierten Einrichtungen getroffen, von denen 10 für qualitative Interviews ausgewählt wurden. Dabei war es von Vorteil, dass der Autor sich schon vorab bei verschiedenen bürgerschaftlichen Einrichtungen durch telefonische Befragung von Schlüsselpersonen⁶⁶⁰ über die jeweiligen Einrichtungen informieren konnten. Aus der Vielzahl von vorbereitenden Evaluierungsgesprächen wurde ein Modell zur typologischen Zuordnung der bürgerschaftlichen Einrichtungen entworfen und anhand der Interviewergebnisse überprüft und ausgearbeitet. Die Typologie ist den einzelnen exemplarischen Fallstudien kurz voran gestellt und am Ende jedes Fallbeispiels begründet. In einer eingehenden Auswertung der Interviews, wurden die Einrichtungen unter anderem nach ihren erbrachten Leistungen kategorisiert. Dabei wurden sämtliche Dienste und Güter einbezogen, die von einer Einrichtung erbracht werden, auch jene, die sich nicht ohne weiteres quantifizieren lassen.

IV-II.1. SCHNITTSTELLENTYPOLOGIEN NACH LEISTUNG, ALIMENTATION, INTEGRATION UND TRENDS

Aus dem Vorangegangenen, insbesondere in Kapitel III-III.3. wurde deutlich, dass sich bürgerschaftliche Einrichtungen als Schnittstellen zwischen informellen und formellen Strukturen beschreiben lassen. Sie sind in ihrer Charakteristik aber nicht identisch, sondern unterscheiden sich nach ihren ökonomischen Eigenschaften, nach den von ihnen erbrachten Leistungen und nach ihren Entwicklungstrends. Hieraus wurde eine Schnittstellentypologie entwickelt, welche anhand der Auswertung der Fallbeispiele überprüft und bisher bestätigt wurde. Sie soll jedoch keinen normativen Charakter haben, sondern primär dazu dienen, strukturelle Gemeinsamkeiten von teilweise thematisch sehr unterschiedlichen Einrichtungen transparent zu machen.

⁶⁶⁰ Dies sind Personen, die entweder schon über einen langen Zeitraum in der betrachteten Einrichtung tätig sind oder sich in einer koordinierenden Position befinden.

Wenn heute eigentlich niemand⁶⁶¹ mehr allein oder ganz überwiegend von selbst produzierten Gütern und Diensten leben kann, weder in der individualorientierten, noch in der gemeinschaftsorientierten Subsistenz, dann ist klar, dass die Mittel zum Kauf von Gütern und Diensten zunächst aus der formellen Erwerbswirtschaft kommen müssen. Die Möglichkeit, Subsistenztätigkeiten ausüben zu können, ob als Einzelne(r) oder gemeinschaftlich ist also an die Verfügbarkeit finanzieller Mittel gebunden, die aus formeller Arbeit stammen oder als Zuschüsse aus formellen marktwirtschaftlichen oder staatlich-öffentlichen Einrichtungen.

Dieser Zusammenhang lässt sich einfach am Beispiel der ‚klassischen‘ städtischen Hausfrau und Mutter gezeigt werden, die ja glücklicherweise in ihrer geschlechtsspezifischen Rollenzuteilung zunehmend auf dem Rückzug ist. Sie kann ihre Tätigkeit nur ausüben, weil ihr Mann ihr das Geldverdienen abnimmt. Subsistenz ist also häufig mehr oder weniger abhängig von finanziellen Mitteln aus formellen Quellen, mal unmittelbarer, mal mittelbar. Diese Art der Abhängigkeit wird hier als finanzielle Abhängigkeit bezeichnet.

Am Beispiel der Hausfrau lässt sich aber noch eine zweite Art der Abhängigkeit erläutern, die hier als strukturelle Abhängigkeit bezeichnet wird. Denn der klassische städtische erwerbstätige Ehemann (dessen geschlechtsspezifische Rollenzuteilung sich hoffentlich auch nicht dauerhaft erhält) kann umgekehrt auch nur seiner beruflichen Erwerbsarbeit nachgehen, weil seine Frau ihm die Hausarbeit und die Familienarbeit größtenteils abnimmt. Andernfalls müsste er mit seinen Erwerbseinkünften eine Drittperson (Haushälterin, Tagesmutter) bezahlen. Aber seine familiäre Einbettung und die Qualität der sozialen Nähe ginge verloren, außerdem müsste er mindestens gleichviel oder mehr als die Haushälterin verdienen, sonst könnte er ja gleich alles selber machen. Insofern ist auch die formelle Beschäftigung direkt von den informellen Subsistenztätigkeiten abhängig, die soziale und familiäre Strukturen schaffen und erhalten, die nötig sind, damit Erwerbsarbeit durchgeführt und aufrechterhalten werden kann.⁶⁶² Diese Zusammenhänge äußern sich auf der Ebene der Bürgergesellschaft und in den bürgerschaftlichen Einrichtungen nicht so linear, wie auf der personalen und familiären Ebene, und verlangen deshalb der detaillierteren Analyse.

Finanzielle und strukturelle Abhängigkeit können nebeneinander stehen und sich ergänzen und müssen daher separat untersucht werden. Um sie zu operationalisieren, werden hier zwei Typologien gewählt, die der Alimentation für die finanzielle

⁶⁶¹ ... in den westlich-europäisch geprägten Kulturkreisen...

⁶⁶² *Vergleiche Enquete Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘, 2002, Band 4, S. 411.*

und die der Integration für die strukturelle Abhängigkeit. Das Wort Alimentation bedeutet soviel wie Unterhaltszuschuss; die Typologie soll klären, wieweit die jeweils betrachteten bürgerschaftlichen Einrichtungen zu ihrer Unterhaltung auf Mittel aus formellen Quellen angewiesen sind und wieweit sie (auch) aus informellen Quellen bestritten werden. Neben den Abhängigkeiten wird noch untersucht, wie die in der Einrichtung erbrachten Leistungen gerichtet sind, und welchen Entwicklungstrend die Einrichtung zum Untersuchungszeitpunkt haben.

Im folgenden werden mehrere Kategorisierungsoptionen dargestellt, die es ermöglichen, verschiedene Qualitäten und Eigenschaften der jeweilig untersuchten Einrichtungen zu identifizieren und zu klassifizieren. Dabei wird zwischen vier Grundtypologien unterschieden, die verschiedene Merkmale systematisieren:

1. *Leistungsorientierung*

2. *Alimentation*⁶⁶³

3. *Integration*⁶⁶⁴

4. *Entwicklungstrend*

Mit ihnen werden Kategorien angeboten, die es ermöglichen, unterschiedliche Qualitäten bestimmter Merkmale den Einrichtungen zuzuordnen. Eine jede untersuchte Einrichtung sollte sich je einmal pro Kategorientyp zuordnen lassen, das heißt, pro Einrichtung erfolgt eine Zuordnung zu den vier verschiedenen Merkmalsgruppen A, B, C und D.

L e i s t u n g e n

Typ: Interne Leistungsorientierung

Vorwiegend nur Dienstleistungen für die in der Einrichtung vertretenen Personen/ (Vereins)Mitglieder.

Typ: Externe Leistungsorientierung

Aus der Einrichtungen heraus werden vorwiegend Leistungen für andere, nicht in der Einrichtung vertretende Personen/Gruppen oder. Einrichtungen/Strukturen erbracht, und zwar:

➤ für andere informelle Einrichtungen/ Strukturen;

⁶⁶³ finanzielle Abhängigkeit

⁶⁶⁴ strukturelle Abhängigkeit

- für bestimmte Personen-/ Interessengruppen (mit informellem Charakter);
- für vorwiegend formelle Einrichtungen/ Wirtschaftssektoren (und damit mittelbar für die bürgerschaftliche Ebene);
- Mischformen aus 1/ 2/ und 3, verschiedene Zielgruppeninteressen werden zu einem Gesamtinteresse verschmolzen.

Typ: Interne und externe Leistungsorientierung

Leistungen werden für die in der Einrichtung vertretenden Personen ebenso erbracht, wie für bestimmte Personen-/ Interessensgruppen und/oder formelle oder informelle Einrichtungen. Dabei ist keine klare Gewichtung festlegbar.

Diese Zuordnungen lassen sich besonders für weitergehende Untersuchungen sinnvoll operationalisieren, gerade dann, wenn sich aufgrund einer umfassenden Umfrage Gruppen von Einrichtungen für informelle Arbeit mit gemeinsamen Kombinationen von bestimmten Merkmalsgruppen ergeben. Für die im folgenden dargestellten Fallbeispiele können die Zuordnungen nur beispielhaft erfolgen, eine ergiebige Vergleichbarkeit lässt sich hierbei aber, aufgrund des Studienumfanges, nicht erreichen. Zu bedenken ist, dass über die oben genannten Typologien noch keinerlei Aussagen über die Art und die Qualität der aus der jeweiligen Einrichtung erbrachten Leistungen gemacht werden können. Auch stellen sie noch kein Instrument dar, über welches ermöglicht würde, diese Leistungen zu quantifizieren. Die Leistungstransfers – die Outputs –, die von den Einrichtungen für informelle Arbeit ausgehen, werden im Anschluss auf die folgenden qualitativen Beschreibungen der untersuchten Einzelfallstudien thematisch systematisiert und in ihren Eigenschaften beschrieben.

A l i m e n t a t i o n

Typ: Formelle Alimentation

finanzielle Abhängigkeit von formellen Strukturen (mehr als 80 %), und zwar von

- Kommune, Land, Bund, EU (auch ABM-, HzA-Gelder, kommunale Zuschüsse, ...);
- Stiftungen, Wirtschaftsunternehmen, Auftragsarbeiten;
- beiden in etwa gleichem (oder wechselndem) Umfang.

Typ: Informelle Alimentation

finanzielle Abhängigkeit von informellen Strukturen (mehr als 80 %), und zwar von

- Trägervereinen und sonstigen Einrichtungen für informelle Arbeit;
- Mitgliedern und informell Tätigen (Mitgliedsbeiträge, Spenden);
- beiden in etwa gleichem (oder wechselndem) Umfang.

Typ: Informelle und formelle Alimentation

finanzielle Abhängigkeit von informellen und formellen Strukturen, und zwar

- mit deutlicher Gewichtung auf formellen Strukturen (mehr als 60 %, weniger als 80 %);
- mit deutlicher Gewichtung auf informellen Strukturen (mehr als 60 %, weniger als 80 %);
- beides in etwa gleichem (oder wechselndem) Umfang;
- im Sonderfall: funktionale Teilung der Einrichtung in eine informelle und eine formelle Einheit, dabei intrainstitutionelle Arbeitsteilung⁶⁶⁵.

Typ ‚Informelle und formelle Alimentation‘ ist eine Restkategorie. Ihr ist die Majorität der Einrichtungen zuzuordnen. Die Zuordnungen der Einrichtungen zu den Typen ‚formelle Alimentation‘ und ‚informelle Alimentation‘ wird zusätzlich zeigen, wie die finanziellen Abhängigkeiten tatsächlich gewichtet sind. Natürlich sind die informellen Tätigkeiten in den Schnittstellen nicht unabhängig von formeller Alimentation. Doch gibt es nicht wenige Fälle, die in die Typen ‚informelle Alimentation‘ oder ‚informelle und formelle Alimentation‘ fallen, wo die Abhängigkeit nicht so stark ausgeprägt ist. Der wirkliche Grad der Abhängigkeit lässt sich nicht eindeutig quantifizieren, aber die Zuordnung zu den Typen und ihren Untergliederungen ermöglicht zu mindestens die Gewichtung der finanziellen Abhängigkeiten darzustellen, und bietet vor allem in Koppelung mit der Typologie der strukturellen Abhängigkeit Ansatzpunkte für die Entwicklung möglicher Fördermaßnahmen.

Die strukturelle Abhängigkeit, die Integration, ist Gegenstück und Ergänzung – nicht Gegenteil – zur Alimentation. Sie bezeichnet zum einen die strukturelle Abhängigkeit der Einrichtungen von der formellen Beschäftigung und von den informellen Tätigkeiten. Diese ist umso größer, je geringer die Möglichkeit ist, alimentierte informelle Tätigkeiten durch formell organisierte zu ersetzen oder in formelle Organisationen einzubinden. Die Möglichkeit dazu ist umso geringer, je tiefer die Tätigkeit in eine informelle Struktur eingebunden (integriert) ist, sei das nun eine

⁶⁶⁵ formelle Einheit alimentiert informelle Einheit mit finanziellen Mitteln, informelle Einheit unterhält formelle Einheit mit informeller Arbeit.

Familie (ein Haushalt) oder eine Gruppe, ein Verein. Hier ist eine enge Interdependenz zur formellen Arbeit erkennbar. Zum anderen bezeichnet sie die strukturelle Abhängigkeit von sonstigen Gütern und/ oder Zuwendung (z.B. das Bereitstellen oder Überlassen eines Geländes oder Gebäudes), sowie die Abhängigkeit von der Integration in Kooperationsnetzwerken. Diese Zuwendungen können von bürgerschaftlicher Seite erfolgen, ebenso wie von Seiten eines Unternehmens, einer Kommune oder eines Bundeslandes. Die strukturelle Abhängigkeit kann, je nach ihrem Grad, die finanzielle Abhängigkeit vermindern oder sogar völlig ersetzen, sie aber auch erhöhen⁶⁶⁶. Die Typisierung kann sich hier nur auf die Frage beschränken, wieweit Einrichtungen für informelle Arbeit sich in diesen strukturellen Abhängigkeiten befinden, für formelle Arbeit wäre eine vergleichbare Zuordnung noch zu erarbeiten. Die strukturelle Abhängigkeit formeller Arbeit ist mindestens ebenso hoch, sei es weil sie in Organisationen eingebettet ist, die überwiegend durch informelle Tätigkeiten unterhalten werden, sei es weil sie eine Nachfrage nach Gütern oder Diensten decken, die durch informelle Tätigkeiten stimuliert wird.

I n t e g r a t i o n

Typ: formelle Integration

Abhängigkeit von Gütern, Diensten und Arbeit mit deutlicher Gewichtung auf formeller Arbeit und formellen Strukturen (mehr als 70 %).

Typ: informelle Integration

Abhängigkeit von Gütern, Diensten und Arbeit mit deutlicher Gewichtung auf informeller Arbeit und informellen Strukturen (mehr als 70 %).

Typ: informelle und formelle Integration

Abhängigkeit von Gütern, Diensten und Arbeit von beidem in etwa gleichem (oder wechselndem) Umfang.

Die Bedeutung der informellen Tätigkeiten kommt natürlich nicht nur in der Entwicklung und der wechselseitigen Abhängigkeit mit der formellen Beschäftigung zum Ausdruck, sondern auch in den erbrachten Leistungen. Diese werden danach unterschieden, ob sie sich eher Partialinteressen widmen oder eher Gemeinschaftsaufgaben erfüllen.

⁶⁶⁶ Dies z.B. dann, wenn die strukturelle Abhängigkeit relativ hoch ist, für strukturbildende und -fördernde Maßnahmen aber wiederum finanzielle Zuwendungen vonnöten sind.

Entwicklungstrends

Trend: Formalisierung (*zunehmende Formalisierung*)

- Funktionale Teilung in eine formelle und eine informelle Einheit mit zunehmendem Schwergewicht auf der formellen Einheit;
- Verdrängung der informellen Strukturen und Funktionen durch formelle Elemente.

Trend: Informalisierung (*zunehmende Informalisierung*)

- Funktionale Teilung in eine formelle und eine informelle Einheit mit zunehmendem Schwergewicht auf der informellen Einheit;
- formelle Elemente ziehen sich zurück/ spalten sich ab (oft aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit), mit der Folge der Schwächung der informellen Strukturen und deren Funktionsfähigkeit.

Trend: Stabil (*Status bleibt weit gehend unverändert*)

- Organisationsstruktur ist weit gehend stabil, Funktion bleibt erhalten, meist mit einer formell und informell anerkannten Etablierung verbunden.

Trend: Optimierung (*Optimierung der Schnittstellenposition*)

- (Typus bisher nicht identifiziert, wäre als zukunftsfähiger Prototyp noch zu entwickeln, verschiedene Einrichtungen arbeiten aber an Organisationsmodellen hierfür.)

Sofern der Trend ‚zunehmende Formalisierung‘ bestände, bzw. in letzter Zeit zunähme, könnte man auf schwindende Bedeutung der informellen Tätigkeiten schließen, in den anderen Fällen nicht. Dieser Typ ist jedoch relativ häufig. Dies deutet darauf hin, dass die mangelhafte Wahrnehmung der aus Subsistenzarbeit erbrachten Leistung und die zu geringe Unterstützung seitens formeller Strukturen die Notwendigkeit der stärker formellen Orientierung erzeugt. Das bedeutet, dass ihre Leistungen ersatzlos entfallen oder zumindest in ihrer Qualität abnehmen, da sie in der Wettbewerbsstruktur nicht bestehen können – aus soziokultureller Perspektive sind sie also nicht bedeutungsgeringer, sondern ihre Bedeutung nimmt sogar zu, umso geringer sie vorhanden sind – im Wettbewerbssinne sind sie vor allem durch ihre kompensatorische Wirkung von Bedeutung – diese wird aber nicht erkannt, deswegen neigen sie zu einer Formalisierung. Dabei geht aber der kom-

pensatorische Effekt verloren – gleichzeitig geht soziale und kulturelle Lebensqualität verloren und die Stabilität und Qualität des Standortes wird gefährdet.

IV - 11.2. AUSWAHL UND ABLAUF DER INTERVIEWS

Die folgenden Fallstudien stellen Stichproben von bürgerschaftlichen Einrichtungen in Köln dar. Aufgrund des enormen Spektrums unterschiedlicher bürgerschaftlicher Einrichtungen in Köln kann über die Analyse von 10 Fallbeispielen kein Anspruch auf Repräsentanz der Thematik gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit in der Bürgerarbeit erhoben werden. Dennoch ist der Autor der Auffassung, dass die dargestellten Fallbeispiele zumindest einen repräsentativen Überblick über die unterschiedlichen Organisationsformen dieser Einrichtungen leisten und wertvolle Hinweise über grundsätzliche inhaltliche, ökonomische und soziostrukturelle Potentiale und Konflikte liefern können. Ihre Auswahl erfolgte aufgrund von Empfehlungen von Schlüsselpersonen aus anderen Einrichtungen und ausführlichen telefonischen und persönlichen Sondierungsgesprächen. Interesse des Autors war, neben strukturellen betriebswirtschaftlichen Informationen der jeweiligen Einrichtungen, besonders auch das subjektive Empfinden der gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit in diesen Einrichtungen ermitteln zu können. Zudem ging es auch darum, in den Gesprächen einen kreativen Assoziationsprozess zu aktivieren. Die jeweiligen InterviewpartnerInnen sind in die prozessuale Entwicklung der bürgerschaftlichen Einrichtungen und die dort verrichteten Tätigkeiten involviert und deshalb viel direkter und konkreter in der Lage, auf eventuelle Zukunftsszenarien kritisch zu reagieren, als dies Außenstehende können. So dienten die Gespräche neben der Systematisierung der jeweiligen spezifischen Charakteristika und der erbrachten Leistungen vor allem auch dazu, die in dieser Studie formulierten Thesen im Gespräch zu überprüfen, zu korrigieren und eventuell neue einzubringen.

Die Gespräche folgten immer einer festgelegten Reihenfolge. Am Anfang stand immer ein sondierendes telefonisches oder persönliches Gespräch, über das die jeweilige Einrichtung themenspezifisch eingeordnet und das Interesse der Repräsentanten der Einrichtung an der Studie ermittelt werden konnte. In diesem Gespräch wurde der Forschungshintergrund, die Thesen und Fragestellungen sowie die Zielsetzung der Studie dargestellt und bei Interesse ein Termin für ein weiteres Gespräch ausgemacht. In der Zwischenzeit wurde das Anliegen und die Zielsetzungen der Studie innerhalb der Einrichtung und des Vorstandes diskutiert und über die Teilnahme an der qualitativen Evaluierung entschieden. Dieses zweite Gespräch erfolgte in der Regel telefonisch. Hier wurden die Fragestellungen und In-

halte der Studie ein weiteres Mal wiederholend dargestellt und thematisch vertieft. Am Abschluss dieses Gesprächs stand dann die Terminabsprache zum Interview. Dabei wurden die Beteiligten auf folgende Frageblöcke vorbereitet:

- inhaltliche Schwerpunkte und Arbeitsfelder der Einrichtung;
- Organisationsstruktur, Finanzierung, Verhältnis formeller zu informeller (Subsistenz)Arbeit;
- Zukunftsszenarien der Einrichtung auf Grundlage des Ist-Zustandes und in der ‚Idealsituation‘/ Vision.

Die Interviews wurden als freie Gespräche in Form eines Brainstorms angekündigt. Es wurde auf Assoziativfragen vorbereitet und zu einer kritischen Hinterfragung der Thesen und Bewertungen der Studie ausdrücklich aufgefordert. Angesetzt wurde eine Interviewzeit von eineinhalb bis zwei Stunden. Wie sich herausstellte, reichte diese Zeit bei keiner der Fallstudien aus, so dass die durchschnittliche Interviewzeit letztlich vier Stunden pro Einrichtung betrug. Diese wurde meistens auf zwei Interviewtermine verteilt. In zwei Fällen wurde das Interview mit nur einem Termin bewältigt. Bemerkenswert war, dass die Bereitschaft für ein derart langwieriges Interview bei den Vorabgesprächen nicht ein einziges Mal bestand. Da sich erst nach den ersten drei Interviews herauskristallisierte, dass eine solch lange Interviewzeit wohl der Regelfall würde, wurden dennoch im Vorabgespräch nur zwei Stunden angekündigt, wohl wissend, dass es wohl länger werden würde. Diese Strategie folgte aus der Tatsache, dass das Interesse am Studienthema während des Interviews so wuchs, dass die Interviewpartner von sich aus auf eine Intensivierung und Vertiefung der Thematik drängten. Aus dem Vertrauen auf dieses Interesse erwuchs denn auch die Strategie auf die Eigenmotivation der informell Tätigen zu setzen, welche sich gut bewährte. Die Interviewpartner waren immer Personen, denen über Organisation und Funktion der Einrichtung eine besondere Kompetenz zugebilligt werden kann, entweder weil sie in organisatorischer und koordinierender Schlüsselfunktion tätig sind (z.B. Vorstandsposten oder Geschäftsführung), oder weil sie über einen langen Zeitraum in die Aktivitäten der Einrichtung involviert waren bzw. sind.

Die Darstellung der folgenden fünf ausgewählten Fallstudien⁶⁶⁷ sind nach ihren Entwicklungstrends gegliedert (siehe oben). Sofern mehrere Studienbeispiele den gleichen Trend aufweisen, ist die Reihenfolge durch die chronologische Abfolge der Interviews bestimmt. In der Auswertung erfolgt außerdem eine Zuordnung zu

⁶⁶⁷ fünf weitere Fallstudien finden sich im Anhang.

den dargestellten Schnittstellentypologien Alimentation, Integration, Leistungsorientierung. Die Ergebnisse der Interviews sind nicht homogen. Die Gründe hierfür liegen einerseits in der oft dezentralen Organisation der Einrichtung, weshalb einige Informationen nicht verfügbar waren oder nur unter hohem Aufwand der Vertreter der jeweiligen Einrichtung hätten verfügbar gemacht werden können. Andererseits wurde bei einigen Informationen darauf verwiesen, dass sie nicht offiziell zugänglich seien bzw. in ihrer öffentlich zugänglichen Form nicht immer exakt den realen Verhältnissen entsprechen würden. Dies läge besonders an den städtischen Verwaltungsstrukturen und Politikinteressen und den an den Vereinsstatus gekoppelten rechtlichen Regelwerken, sowie den Kriterienkatalogen für Förderungen. Betroffen sind hiervon vor allem die Daten der finanziellen In- und Outputs. Zudem sind die Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche so unterschiedlich, dass eine Vergleichbarkeit dieser Daten bei einer Stichprobenanalyse wenig sinnvoll wäre. Eine strukturelle Vergleichbarkeit wird hierdurch nicht behindert. Eine Zuordnung zu den Schnittstellentypologien der verschiedenen Einrichtung erfolgt bei jeder Fallstudie zunächst direkt unter dem Namen der Einrichtung und dann ausgewertet in jeweils einem eigenen Abschnitt. Die Ergebnisse der qualitativen Untersuchung resultieren aus den Informationen, die dem Interviewer zugänglich gemacht wurde. Über die Richtigkeit der Angaben kann der Autor kein Gewähr übernehmen, sondern nur darauf verweisen, dass diese nach besten Wissen und Gewissen überprüft wurden. Die finanziellen Angaben wurden ab- oder aufgerundet, um eine gewisse Diskretion über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Einrichtungen zu wahren. Die InterviewpartnerInnen blieben auf eigenen Wunsch anonym. Weiterhin beziehen sich die wirtschaftlichen Angaben auf den Winter 1999 bis Sommer 2000 und dürften sich mittlerweile verändert haben. Da die finanziellen Sicherheiten zum Nachteil der meisten bürgerschaftlichen Einrichtungen schlecht planbar sind, und Förderungen für die die Arbeit unterstützenden (oft auf ABM-Basis beschäftigten) hauptamtlich Tätigen oftmals auslaufen, ohne dass eine einplanbare Zusage für eine neue Stelle in Aussicht wäre, kann häufig nur sehr kurzfristig geplant und organisiert werden. Grundsätzlich hat sich aber die Lage für die bürgerschaftlichen Einrichtungen in den letzten zwei Jahren nicht verbessert.

IV-11.3. AUSGEWÄHLTE INTERVIEWS

A. AIDS-HILFE KÖLN E.V.

Trend stabil/informelle & formelle Alimentation – formell gewichtet/Informelle Integration/Externe Leistungsorientierung auf bestimmte Personengruppen.

Beethovenstr. 1, 50674 Köln, Tel.: 0221 – 202030

Inhalte und Funktion

In Köln leben um die 3 000 Menschen mit HIV⁶⁶⁸ und Aids.⁶⁶⁹ Für viele ist ihre Infektion Privatsache und es gibt viele Hürden andere Positive kennen zu lernen. Zum anderen haben viele Angst vor Entdeckung und gesellschaftlicher Isolation. Die AIDS-Hilfe Köln e.V. wurde 1985 auf ehrenamtlicher Basis gegründet. Bereits zwei Jahre zuvor bestand eine Selbsthilfegruppe homosexueller Männer, die erste Meldungen und Informationen über eine neue lebensbedrohliche Krankheit bei homosexuellen Männern in den USA sammelte. Diese ausschließlich auf Grundlage gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit agierende Gruppe unter dem ursprünglichen Namen Deutsche AIDS-Hilfe Köln stellte die gesammelten Informationen Interessierten zur Verfügung, klärte auf, unterstützte Betroffene und richtete eine Telefonberatung ein, aus der sich die Telefonberatung der AIDS-Hilfen mit der bundesweiten Nummer 1 94 11 entwickelte. Im Laufe der Jahre vergrößerte sich das Aufgabenfeld der AIDS-Hilfe immer mehr, so dass die Einstellung bezahlter MitarbeiterInnen notwendig wurde. Dennoch nahm und nimmt parallel dazu auch die Bedeutung der ehrenamtlichen informellen Tätigkeiten eine immer wichtigere Rolle ein.

Die AIDS-Hilfe bietet ein breites Spektrum verschiedenster Beratungs- und Informationsleistungen an, führt zu verschiedenen Anlässen Einzelaktionen und Events durch und führt durchgängig mehrere Projekte im Bereich der Aids-Problematik durch. Insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit und –sensibilisierung zu den HIV-Risiken spielen eine große Rolle, wie auch die Vernetzung mit anderen bürgerschaftlichen Einrichtungen zur Betreuung und Begleitung Betroffener und zur Prävention. Vor allem aber versteht sich die AIDS-Hilfe als Selbsthilfe-Organisation, die für die Selbstbestimmung von Menschen mit HIV und Aids eintritt. Die Arbeit der AIDS-Hilfe soll:

⁶⁶⁸ *Human Immuno deficiency Virus (menschliches Immundefektvirus - Infektionsstatus)*

⁶⁶⁹ *Aquired Immuno Deficiency Syndrome (erworbenes Immunschwächesyndrom - Krankheitsstatus)*

- Hilfe zur Selbsthilfe bieten;
- persönliche Selbstbestimmung und Eigenständigkeit fördern;
- die gesellschaftlichen und politischen Interessen der Betroffenen vertreten und sichern;
- Gesundheitsförderung von Betroffenen und Nichtbetroffenen bewirken;
- vorbeugend aufklären;
- den selbstverständlichen Umgang mit HIV-positiven Menschen und Aids-Kranken fördern;
- Solidarität mit und zwischen Betroffenen fördern;
- Akzeptanz gegenüber unterschiedlichen Lebensstilen bieten und fördern.

Alle Angebote der AIDS-Hilfe sind kostenlos, Anonymität und Vertraulichkeit sind Voraussetzung der Arbeit.

Um diese Ansprüche zu erfüllen, haben drei Hauptaufgabenbereiche von Anfang an die Arbeit der AIDS-Hilfe bestimmt. Diese sind:

1. Beratung zu allen Fragen im Zusammenhang mit HIV und Aids;
2. Begleitung der unmittelbar von Infektion und Erkrankung bedrohten oder betroffenen Menschen sowie deren FreundInnen, PartnerInnen und Angehörigen, und
3. die Aufklärung durch gezielte Präventionsprojekte, Netzwerk- und Vor-Ort-Arbeit bei bestimmten Gruppen.

Darüber hinaus werden Fort- und Weiterbildung von Menschen und Gruppen in verschiedenen sozialen Zusammenhängen angeboten.

a n g e b o t e n e D i e n s t e u n d G ü t e r

Die Inanspruchnahme der allgemeinen Telefonberatung unter der Nummer 0221 – 19411 ist stetig steigend, wichtiger werden auch Fragen nach anderen Krankheiten, deren Infektionsweg dem von HIV ähnlich ist, hier besonders auch Geschlechtskrankheiten und immer mehr gerade zu Hepatitis. Auch diesen Krankheitsbildern ist das Beratungsangebot der AIDS-Hilfe gewidmet. Zu den verschiedenen Veranstaltungen und Anlässen in Köln errichtet die AIDS-Hilfe regelmäßig Informationsstände und informiert mit der Vereinszeitung NEWS Vereinsmitglieder, andere Ein-

richtungen und Interessierte und politische Entscheidungsträger über aktuelle Fragen zum Thema Aids. Für Journalisten und Medien hat sich die AIDS-Hilfe bundesweit als wichtige Anlaufstelle zur Thematik erwiesen und wird zunehmend genutzt.

Die AIDS-Hilfe bietet außerdem ein breites Spektrum konkreter Beratungsleistungen an. Hierzu gehört z.B. die PositHIV-Hotline, die durch gezielte Werbung kölnweit bekannt gemacht wurde. Über diesen Beratungsservice können Betroffene jederzeit Kontakt zu Selbsthilfegruppen in der Kölner AIDS-Hilfe oder auch zu anderen Netzwerken bekommen. Über die Hotline kann man jedoch auch die psychosozialen Serviceangebote, Veranstaltungsangebote usw. erfahren. Auch die MED+-Hotline wird rege genutzt, hier können insbesondere medizinische Informationen abgefragt und Termine für persönliche Beratungen zu diesem Thema gemacht werden. In dem Gebäude der AIDS-Hilfe, einem Altbau im Zentrum von Köln, findet sich im Erdgeschoss das Regenbogencafé, in dem sich HIV-infizierte, Aids-Kranke und Freunde, Förderer und Mitarbeiter der AIDS-Hilfe und Interessierte täglich bis 22 Uhr treffen können. Dieses Vereins-Café wird ausschließlich ehrenamtlich betrieben.

Die persönlichen Beratungsgespräche zu den verschiedenen Fragebereichen werden individuell nach den Wünschen der Besucher abgestimmt. Im Rahmen einer Sozialberatung geht es inhaltlich häufig um mögliche Leistungen über das Bundessozialhilfegesetzes oder um Fragen zu Arbeitslosen-, Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. Weitere Schwerpunkte sind die Vermittlung ambulanter Hilfen und zu anderen Einrichtungen und Stellen formeller und informeller Art. Sind die Belange der Besucher umfassender, kommt es in aller Regel zu einem längerfristigen Beratungskontakt und zum Aufbau eines persönlichen Betreuungsverhältnisses. In dessen Mittelpunkt steht die Entwicklung einer vertrauensvollen und tragfähigen Beziehung zu den Ratsuchenden. Sinn und Zweck einer solchen langfristigen Beratung und Begleitung ist zum einen, dass die Menschen sich angenommen und verstanden fühlen. Zum anderen sollte es mittels der Gespräche und Hilfen zu einer Stabilisierung und Verbesserung der gesamten Lebenssituation kommen. Im Jahr 1997 wurden auf diese Weise ca. 200 Menschen mehrfach beraten, 66 Personen wurden auf der Basis der Richtlinien nach §§ 39,40 BShG langfristig psychosozial betreut, davon waren 27 Frauen. Insgesamt kam es zu ca. 2 500 Beratungsgesprächen⁶⁷⁰, etwa die Hälfte von ihnen wurden mit homosexuellen Männern geführt. Aus dem betreuten Personenkreis verstarben 1997 eine Frau und 14 Männer.

⁶⁷⁰ Neuere Zahlen liegen dem Autor nicht vor, die Tendenz ist steigend.

Bei einem Teil der Ratsuchenden stehen die seelischen Nöte im Vordergrund und es besteht die Möglichkeit, sie psychotherapeutisch zu unterstützen und zu begleiten. Im Zentrum der therapeutischen Begleitung stehen Gefühle der Angst und Verzweiflung, der Trauer und Depression wie auch Beziehungswünsche, Gefühle des Verlassenseins und der Einsamkeit. 1997 nutzten 76 Personen, in der Mehrzahl homosexuelle Männer, das Angebot. Insgesamt wurden 650 therapeutische Einzelgespräche durchgeführt, im Jahr 1996 waren es ca. 570.⁶⁷¹ In mehreren Fällen kam es zu einer engen Zusammenarbeit mit psychiatrischen Fachdiensten. Von den Menschen, die psychotherapeutisch begleitet wurden, verstarben 1997 drei Personen (1996 acht Personen). Sie waren sowohl an Aids als auch an Krebs erkrankt und wurden bis zu ihrem Tod begleitet.

Zusätzlich werden auch für Angehörige HIV-infizierter und Aids-Kranker therapeutische Einzelgespräche angeboten. Darüber hinaus gibt es in der AIDS-Hilfe auch Selbsthilfegruppen für Angehörige, und es gibt für sie einen eigenen Etat im Haushalt der AIDS-Hilfe. Weiterhin bietet die AIDS-Hilfe Raum für verschiedene Selbsthilfegruppen, so z.B. die MED+-Gruppe⁶⁷², in der Erfahrungen mit Therapien und Therapiemöglichkeiten ausgetauscht werden. Selbsthilfe in der AIDS-Hilfe zeichnet sich dadurch aus, dass sich Menschen mit HIV und Aids treffen, ihre Zusammenkunft selber organisieren und bestimmen, mit welchen Menschen, persönlichen Themen und Problemen sie sich in Gruppen und Netzwerken beschäftigen und engagieren möchten. Voneinander lernen und wechselseitiges Unterstützen sind die wesentlichen Merkmale von Selbsthilfegruppen. Die persönliche Lebenssituation, unterschiedliches Gesundheits- bzw. Krankheitsmanagement sowie verschiedene Interessen bestimmen, welche Gruppen entstehen und welche Unterstützung durch Projekte und Angebote seitens der AIDS-Hilfe gebraucht werden.

Neben diesen Aktivitäten bietet die AIDS-Hilfe eine Vielfalt unterschiedlicher Projekte an. Das Freizeitprojekt Positron soll vor allem junge Positive ansprechen, die erst seit kurzer Zeit von ihrer Infektion wissen und für die das Gefühl, dass ihr Leben weitergeht, wichtiger ist, als der Austausch medizinischer Informationen. Diese Gruppe trifft sich einmal im Monat in der AIDS-Hilfe und organisiert verschiedene Freizeitaktivitäten. Weiterhin gibt es das kunsttherapeutische Projekt FarbEcht, bei dem sich einmal wöchentlich neun Personen unter Anleitung einer

⁶⁷¹ Neuere Zahlen liegen dem Autor nicht vor, die Tendenz ist steigend.

⁶⁷² Aktuelle medizinische Informationen zu Therapie und Forschungsstand werden über Referate erarbeitet und in allgemeinverständlicher Sprache aufbereitet. Der Gruppenleiter besucht Vorträge und Kongresse um anschließend über den neuesten Wissensstand zu berichten. Jeden zweiten Dienstag treffen sich hier 10 bis 20 Personen, überwiegend positiv getestete homosexuelle Männer zwischen 20 und 50 Jahren.

Kunsttherapeutin und eines Künstlers treffen. Über die therapeutische Arbeit entstehen auch freundschaftliche Kontakte in der Gruppe. Zweimal pro Woche findet in der AIDS-Hilfe der Mittagstisch HIVissimo statt, bei dem regelmäßig 20 bis 30 Personen zusammen kommen. Dieses Treffen dient unter anderem auch als Informations- und Kontaktbörse, vor allem aber ist der Aspekt der gesunden Ernährung wichtig, denn gerade für HIV-infizierte und Aids-Kranke ist eine regelmäßige und ausgewogene Ernährung mitunter lebenswichtig. Für viele stellt der Mittagstisch nicht nur eine Ergänzung zum sonstigen Alltag dar, sondern ist oft die einzige warme Mahlzeit in der Woche, denn die soziale Absicherung ist besonders bei Aids-Kranken sehr schlecht. Sie sind oft jung, geraten in Arbeitslosigkeit, können ihre Ausbildung nicht abschließen, werden häufig ausgegrenzt und leben oft unkonventionell, weshalb sie in der Regel nicht über eine Vielzahl von Versicherungen und anderen sozialen Sicherungsnetzen verfügen. Unter Anleitung von Ernährungsberatern finden regelmäßig Kochkurse zur ausgewogenen, gesunden und günstigen Ernährung statt.

Der Positive und Aids-Rat Pairat, die Interessenvertretung von Menschen mit HIV/Aids in der AIDS-Hilfe, nimmt vor allem die politischen und gesellschaftlichen Interessen der Betroffenen wahr. Das Anbringen der Roten Schleife am Kölner Regierungspräsidium zum Welt-Aids-Tag, wie auch die Präsenz beim Christopher-Street-Day-Wochenende in Köln mit einem Ruhebus, gehören unter anderem zu den Aktionen von Pairat.

Weiterhin gibt es das Projekt ‚Frauen, Kinder und Familien mit HIV und Aids‘, welches sich mehr und mehr zu einem Frauen- und Familienzentrum innerhalb der AIDS-Hilfe entwickelte. Im Rahmen des Projektes werden schwangere Frauen und Familien bis zur Geburt begleitet und betreut. Das Frauen- und Familienzentrum ist Anlaufstelle für HIV-infizierte und an Aids erkrankte Frauen und Familien, fördert Begegnungsmöglichkeiten und Kontakte zwischen Frauen und Familien, und fördert deren Vernetzung auch mit regionalen und überregionalen Frauenprojekten und mit anderen Institutionen in Köln und Umgebung. Dies geschieht durch die Organisation von Freizeitaktivitäten, Workshops, Seminaren, Festen, durch persönliche Beratung und Unterstützung sowie regelmäßige Kinderbetreuung.

Auch für Drogenabhängige werden Selbsthilfegruppen, Beratungsgespräche und Wochenendfahrten angeboten und Hilfe bei Fragen wie Verschuldung, Wohnungsnot, Gesundheit und Entzugsmöglichkeiten gegeben und es besteht eine enge Kooperation mit dem Junkiebund Köln e.V. 1997 erhielt die AIDS-Hilfe Köln die Anerkennung als Drogenberatungsstelle und damit das Zeugnisverweigerungsrecht.

Das Recht der MitarbeiterInnen, in einem gerichtlichen Verfahren die Aussage verweigern zu können, stellt für alle KlientInnen nicht nur einen Schutz dar, sondern fördert zudem das wechselseitige Vertrauensverhältnis. Am Ebertplatz in Köln betreibt die AIDS-Hilfe einen Automaten für Einwegspritzen, der wegen des hohen Bedarfes dreimal wöchentlich neu aufgefüllt werden muss. 1997 wurden über den Automaten 2 138 Spritzen abgegeben und am Empfang der AIDS-Hilfe weitere 250 Stück.

Auch in der Justizvollzugsanstalt Köln werden drogenabhängige und HIV-positive Menschen betreut. 1997 waren 16 Männer und sieben Frauen. Es wurden außerdem 86 Gesundheitspakete an infizierte und erkrankte Gefangene verteilt.

Für Wohnungslose entstand 1992 in Trägerschaft der AIDS-Hilfe und in Kooperation mit der Stadt Köln im Stadtteil Bickendorf ein betreutes Übergangwohnheim mit vier bis fünf Paarwohnungsplätzen. Das Projekt wird von zwei Mitarbeitern der AIDS-Hilfe ständig begleitet. Zur gleichen Thematik formierte sich Anfang 1995 das Projekt Netzwerk Wohnen in Kooperation mit den AIDS-Hilfen in Bonn, Düsseldorf und der AIDS-Hilfe NRW e.V. Seit 1996 gibt es für kranke Menschen die Pflegewohnung Lachemer Weg. Bis zu sechs Personen können in dieser Wohnung aufgenommen und betreut werden. Die Anfragen um Aufnahme in die Pflegewohnung sind wesentlich größer als die vorhandenen Kapazitäten. Zusätzlich bemühte sich die AIDS-Hilfe intensiv um den Aufbau des Lebenshauses und konnte dieses auch Anfang 1999 in Kooperation mit dem SchwIPS e.V.⁶⁷³ und dem Bürgerzentrum Alte Feuerwache e.V. auf dem Gelände der alten Feuerwache verwirklichen. Es ist ein Ort, an dem schwerstkranke Menschen in Würde und Selbstbestimmung ihre letzte Lebensphase verbringen können. Der Standort wurde durch Flugblätter und Informationsveranstaltungen einvernehmlich mit der Nachbarschaft im Stadtteil Agnesviertel abgestimmt.

Im Bereich der Aufklärung gibt es eine weitere Zahl von Projekten, die gerade auch Aspekte der Lebenslust und Sexualität berühren. So gibt es Kooperation mit verschiedenen Clubs und Discos in Köln (wie z.B. dem Szene-Club Lulu), wo neben Informationsmaterial zum Thema Aids und Drogen auch Kondome und Gleitmittel ausgegeben werden. Dieses Angebot findet eine gute Akzeptanz bei den Partygästen und den Veranstaltern. Auch an Schulen in Jugendeinrichtungen und Ausbildungsstätten werden Fort- und Weiterbildungen und Elternabende zu den Themen HIV und Drogen veranstaltet. In den Sommernächten bietet die AIDS-Hilfe das

⁶⁷³ Eine Einrichtung für informelle Arbeit, die sich vor allem mit der Betreuung und Pflege von an Aids erkrankten Menschen beschäftigt.

Nachtcafé an Standorten wie öffentlichen Parks an⁶⁷⁴ und gibt dort neben Getränken Kondome und Gleitmittel aus. Darüber hinaus gibt es weitere zielgruppenspezifische Projekte wie Leder+, ein Seminar für Lederfetisch-Fans, teilweise in Tagungshäusern außerhalb von Köln mit Teilnehmern aus verschiedenen europäischen Ländern.

Ende 1997 startete eine wissenschaftliche Veranstaltungsreihe zum Thema Prävention bei schwulen Männern mit Referenten aus verschiedenen Ländern der EU. Auch international ist die AIDS-Hilfe aktiv und fördert z.B. ein Aids-Projekt in Kolumbien, die LIGA Columbiana de Lucha contra el SIDA.

Neben den bereits erwähnten Leistungen trägt die AIDS-Hilfe auch zur Vernetzung mit anderen themenverwandten Einrichtungen bei. Sie ist Teil eines kommunalen Netzwerkes unterschiedlicher Organisationen, die sich mit dem Thema HIV und Aids beschäftigen. Auch auf Landes- und Bundesebene vertritt sie ihre Interessen. Sie ist Mitglied in der AIDS-Hilfe NRW e.V. (Landesverband mit Sitz in Köln) und der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. (Bundesverband mit Sitz in Berlin), als gemeinnütziger und konfessionell ungebundener Verein ist die Kölner AIDS-Hilfe Mitglied des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

G e s e l l s c h a f t s f o r m , H i e r a r c h i e n u n d E n t s c h e i - d u n g s f i n d u n g

Die AIDS-Hilfe Köln ist ein eingetragener Verein, dessen oberstes Beschlussorgan die Mitgliederversammlung ist. Über diese wird unter anderem alle zwei Jahre der Vorstand des Vereins gewählt, der sich ausschließlich aus ehrenamtlichen Mitarbeitern zusammensetzt. Der Vorstand vertritt und repräsentiert als Vereinsorgan den Verein nach Außen und führt die Geschäfte des Vereins, kann diese Aufgabe aber auch an die Geschäftsführung übertragen. Die wichtigste Aufgabe des Vorstandes ist die mittel- und langfristige Planung der Vereinsaufgaben. Dazu werden in regelmäßigen Sitzungen die Vereinsangelegenheiten diskutiert, die Konzepte der unterschiedlichen Arbeitsbereiche besprochen und die Finanzierung der Vereinsarbeit gesichert. Der Vorstand tagt regelmäßig und lädt zu öffentlichen Vorstandssitzungen ein. Der Geschäftsführer wird vom Vorstand eingestellt und ist generell für Finanzen, Personal und inhaltliche Entwicklung der AIDS-Hilfe-Arbeit verantwortlich. Die hauptamtlichen MitarbeiterInnen gestalten und verantworten

⁶⁷⁴ An solchen ‚Cruising-Plätzen‘ findet häufig anonym oft ungeschützter Geschlechtsverkehr zwischen meist homosexuellen Männern, mit entsprechendem Infektionsrisiko statt.

die Arbeit in den einzelnen Aufgabenbereichen selbständig und werden dabei von den Ehrenämtern unterstützt. Die Interessen der Ehrenämter werden durch die gewählte EhrenamtssprecherIn vertreten. Ein weiteres Vereinsorgan ist der Fachausschuss. Er dient der Diskussion und Klärung inhaltlicher Fragen und Entscheidungen und setzt sich aus VertreterInnen des Vorstands, der haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, den Vertretern der Selbsthilfe und der Geschäftsführung zusammen. Darüber hinaus können Fachleute und Interessierte in dieses Gremium eingeladen werden. Ähnlich basisorientiert arbeiten die Bewerbungskommissionen, die über die Einstellung neuer MitarbeiterInnen beraten und Empfehlungen für den Vorstand aussprechen. Zusammengesetzt sind sie wie die Fachausschüsse.

A r b e i t

Es gibt 24 formelle Erwerbsverhältnisse bei der AIDS-Hilfe⁶⁷⁵. Diese teilen sich auf vier Teams auf in den Bereichen Aufklärung⁶⁷⁶, Beratung und Begleitung⁶⁷⁷, Selbsthilfe⁶⁷⁸, und Verwaltung.⁶⁷⁹

Team Aufklärung: Ein Jugendarbeiter wird über das Youth-Work-Programm des Landes NRW, ein Ehrenamtskoordinator zu 50 % über die institutionelle Förderung NRW finanziert und seine Finanzierung zu 50 % durch Eigenmittel der AIDS-Hilfe ergänzt. Eine dreiviertel Stelle im Bereich Allgemeine Aufklärung (zugleich stellvertretende Geschäftsführung) wird zu 50 % von der Stadt und zu 50 % aus Eigenmitteln bezahlt.

Team Beratung und Begleitung: Sechs Vollzeitstellen⁶⁸⁰ sind über BShG 39/40 vom Sozialamt finanziert. Die AIDS-Hilfe leistet psycho-soziale Betreuung nach BShG 39/40 anstelle des Sozialamtes. Damit ist die AIDS-Hilfe Dienstleister des Sozialamtes Köln, welches Ratsuchende an die AIDS-Hilfe weitervermittelt und diese Leistungen dann refinanziert. Das Refinanzierungslimit ist erreicht bzw. reicht gerade noch aus. Eine Stelle im Bereich Drogen- und Knastarbeit wird aus Eigenmit-

⁶⁷⁵ Vor allem Diplom-Pädagogen, -Sozialpädagogen, -Sozialarbeiter und 2 Psychotherapeuten.

⁶⁷⁶ Vier Personen.

⁶⁷⁷ Sieben Personen.

⁶⁷⁸ Sechs Personen.

⁶⁷⁹ Sechs Personen.

⁶⁸⁰ Team ‚Beratung und Begleitung‘.

teln bezahlt. Die Stelle eines Pressesprechers ist nicht besetzt, da hierfür keine Gelder zur Verfügung stehen.

Team Selbsthilfe: Zwei halbe Stellen im Frauenbereich werden ebenfalls aus Eigenmitteln bestritten, wie auch eine 630,- DM-Stelle im Bereich schwule Selbsthilfe und Aufklärung. Zwei halbe Stellen für den Bereich homosexuelle Männer werden über die institutionelle Förderung getragen, allerdings hier aus städtischen Mitteln. Eine Honorarstelle wird durch Pharmafirmen und Apotheken finanziert. Sie ist besonders in Aufklärungsveranstaltungen für Positive engagiert.

Team Verwaltung: Eine halbe Stelle in der allgemeinen Verwaltung wird über die institutionelle Förderung der Stadt Köln und eine Stelle über die institutionelle Förderung des Gesundheitsamtes, eine Stelle im Bereich Rehabilitation von Schwerbehinderten über ABM getragen, die Stelle der Putzfrau ist eine HZA-Stelle. Drei Stellen (Geschäftsführung, Personalwesen, Spendenwesen, Fundraising, allgemeine Verwaltung) sind aus Eigenmitteln finanziert.

Außerdem sind vier Zivildienstleistende und zwei Praktikanten in den Teams tätig.

Abgesehen von den direkt in der AIDS-Hilfe Erwerbstätigen gibt es noch zwei Stellen in Kölns Schwuler Gesundheitsagentur – CheckUp⁶⁸¹, ein ausgelagertes Projekt der AIDS-Hilfe in Kooperation mit dem SchwIPS e.V. Diese sind zu 50 % aus dem NRW-Topf Zielgruppenspezifische Prävention und zu 50 % von der AIDS-Hilfe finanziert.

Zu diesen formellen Arbeitsplätzen kommen 130 informell Tätige hinzu, die sehr regelmäßig in der AIDS-Hilfe arbeiten.

Die AIDS-Hilfe basiert grundsätzlich auf gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit. Die Grundsäulen der Infrastruktur der AIDS-Hilfe werden durch gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit bestritten. So ist die Telefonberatung ausschließlich ehrenamtlich besetzt (hier arbeiten 14 Personen) ebenso der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit (25 in informeller Tätigkeit) mit der homosexuell-spezifischen und allgemeinen Aufklärung über die Vereinszeitung NEWS, Flugblätter und Infostände. Das gesamte Archiv (inklusive der Bibliothek) der AIDS-Hilfe wird von sechs informell tätigen Mitarbeitern verwaltet und systematisiert. Das Regenbogencafé arbeitet ohne Ausnahme nur mit Ehrenämtlern (18 Personen), ebenso wie die Kulturgruppe der AIDS-Hilfe, die an verschiedenen Projekten beteiligt ist. Ein großer Teil der Beratungs- und Begleitungsarbeit wird durch die gemeinschaftsorientierte

⁶⁸¹ Projekte („Safer-Sex-Parties“), Medienarbeit, Aufklärungsarbeit.

Subsistenzarbeit der zwei BeraterInnengruppen der AIDS-Hilfe mit 28 informell tätigen Mitarbeitern getragen, genauso wie ein wichtiger Teil der Aufgaben der Verwaltung der AIDS-Hilfe ehrenamtlich bewältigt wird, wie auch die so genannte Knast-Gruppe. Weiterhin gibt es eine Stand-By-Gruppe von sechs informell Tätigen, die z.B. für kurzfristige Krankenhausbetreuungen und andere aktuelle Aktionen verfügbar sind. In der Frauen Gruppe sind 15 – 20 Personen informell tätig, das Frauen-Telefon wird von sechs Personen betreut, und in dem jüngsten Projekt ‚Aufklärung von Menschen mit geistiger Behinderung‘ sind weitere vier Personen aktiv. Hinzu kommt noch ein größerer Pool an flexiblen, unregelmäßig aktiven informellen Mitarbeitern und 15 Ehrenämtern, die für CheckUp (siehe oben) arbeiten. Um weitere Ehrenämter für die Arbeit in der AIDS-Hilfe zu gewinnen und weiter zu qualifizieren, werden mehrmals im Jahr Informationsabende zur informellen Arbeit in der AIDS-Hilfe veranstaltet und kostenlose Schulungsreihen für Ehrenämter angeboten.

Finanzierung

Finanziert wird die Arbeit der AIDS-Hilfe durch öffentliche Zuschüsse der Stadt Köln und des Landes NRW. Zusätzlich erhält sie Zuwendungen der Deutschen AIDS-Stiftung in Bonn. Ein großer Teil der Arbeit wird über Spenden finanziert.

Nach dem Haushaltsplan 1999 (Stand 1.10.1999) betragen die Gesamtausgaben der AIDS-Hilfe 2 465 950,- DM. Davon entfielen 300 000,- DM auf allgemeine Sachkosten (Strom/ Miete/ ...), 305 550,- DM auf die Sachkosten der verschiedenen Projektbereiche⁶⁸² und 1 784 400,- DM auf allgemeine Personalkosten.⁶⁸³

Die Ausgaben decken sich mit den Einnahmen, welche ebenfalls 2 465 950,- DM betragen. Diese verteilten sich wie folgt: Über die Stadt Köln wurde vornehmlich vom Gesundheitsamt⁶⁸⁴ und zum geringeren Teil über sonstige städtische Projekte (Youthwork, Anteil von 11 700,- DM) insgesamt 303 700,- DM gezahlt.⁶⁸⁵ Vom Land

⁶⁸² Verteilt auf die Bereiche Selbsthilfe = 82 000,-; Aufklärung = 158 300,-; Beratung – Begleitung – Betreuung = 45 250,-; Organisationsentwicklung = 20 000,- DM.

⁶⁸³ Verteilt auf die Bereiche Verwaltung (inklusive 700 Arbeitsplätze für Köln-Programm, ähnlich wie HzA finanziert) = 476 000,-; Aufklärung = 394 400,-; Selbsthilfe = 225 500,-; Beratung – Begleitung – Betreuung = 689 000,- und weitere 76 000,- DM auf besondere Personalkosten.

⁶⁸⁴ Inklusive der Zahlungen für die Gesundheitsagentur Check Up.

⁶⁸⁵ Teilweise im Rahmen der institutionellen Förderung auf kommunaler Ebene aus städtischen Haushaltsmitteln mit der Zielsetzung "Schwule Prävention".

NRW kamen von den örtlichen AIDS-Hilfen⁶⁸⁶ 123 900,- DM, über das Förderprogramm Youthwork 50 000,- DM und über die Zuschüsse zur zielgruppenspezifischen Prävention⁶⁸⁷ weitere 120 400,- DM, was also gesamt 294 300,- DM entspricht. Hinzu kommen weitere 274 000,- DM über die Finanzierung der ABM- und HzA-Stellen seitens des Arbeitsamtes NRW und des städtischen Sozialamtes. Aus Eigenmitteln wurden insgesamt 1 593 950,- DM eingebracht, davon entfielen 530 495,- DM auf Spenden (Anteil 9/10) und Bußgelder⁶⁸⁸ (Anteil 1/10), 850 000,- DM auf die Psycho-Soziale Betreuung, eine Dienstleistung welche die AIDS-Hilfe für das Sozialamt erbringt und von diesem dafür bezahlt wird, weitere 104 000,- DM kamen von Sponsoren, 50 000,- DM betrug die Kostenrückerstattung für das Lebenshaus vom DPWV⁶⁸⁹ und weitere 59 455,- DM kamen aus der Auflösung der Rücklage zusammen.

Recht aufschlussreich ist es, wenn man die finanzielle Entwicklung der AIDS-Hilfe von 1989 bis 1996 betrachtet:

Finanzrahmen der AIDS-Hilfe Köln e.V. – Eigenmittel und öffentliche Förderung

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
STADT KÖLN	413 300	483 200	535 400	530 000	409 600	307 200	307 200	312 200
LAND NRW	120 305	148 328	122 333	160 667	162 400	171 000	196 084	213 000
BUND	195 100	174 550	162 451	0	0	0	0	10 868
ARBEITS- AMT	200 052	118 898	49349	0	114 406	265 674	282 896	141 631

⁶⁸⁶ Aus dem NRW-Programm zur institutionellen Förderung.

⁶⁸⁷ Verteilt auf Frauen = 51 800,-; diverse kleinere Projekte = 20 600,-; ‚Faxline‘ = 2 000,-; ‚Check Up‘ = 30 000,-; Safer-Sex-Kampagnen = 9 000,- und Kundenbefragung 7 000,- DM.

⁶⁸⁸ Es besteht eine Zusammenarbeit mit den Staatsanwälten. Bei gerichtlicher Verhängung von Bußgeldern können die Verurteilten die Auflage bekommen, diese an eine gemeinnützige Einrichtung zu zahlen, wie z.B. die AIDS-Hilfe.

⁶⁸⁹ Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

STIFTUNG	26 196	19 586	29 251	13 538	20 478	39 612	52 595	64 669
PSB⁶⁹⁰	0	0	45 290	148 175	236 934	432 660	477 047	561 548
EIGEN- MITTEL	87 522	34 079	164 611	243 508	273 566	249 267	398 950	821 325
SUMME	1 042 475	978 641	1 108 685	1 095 888	1 217 384	1 465 413	1 714 772	2 125 241

Die Übersicht des Finanzrahmens endet mit dem Haushaltsplan 1996, da für die vorliegende Studie eine Entschlüsselung des Finanzrahmens in dieser Form für die Jahre 1997 – 1999 noch nicht vorlag. Einbeziehen kann man auf jeden Fall die Bilanzendsumme für 1999 in Höhe von 2 465 950,- DM.

An dieser Stelle soll die Tabelle nicht im Detail analysiert werden. Auffällig ist auf jeden Fall, dass die Zuschüsse der Stadt Köln mit einem Hoch 1991/ 1992 permanent abnehmen, ebenso die des Bundes. Dies wird auch nicht von dem leichten Anstieg der Zuwendungen seitens des Landes NRW wie der Stiftungsgelder kompensiert. Während der Gesamtumsatz sich in dem Referenzzeitraum mehr als verdoppelt hat, steht dem eine ungefähr 10fache Steigerung der Eigenmittel gegenüber, bezieht man die erwirtschafteten Erträge aus der Psycho-Sozialen Betreuung mit in die Eigenmittel ein, kommt man sogar auf eine mehr als 15fache Steigerung. Dieses Missverhältnis zeigt klar auf, in welcher Relation die erbrachten Leistungen und die formellen Förderstrukturen stehen.

W e i t e r e I n t e r v i e w e r g e b n i s s e

Zukunftsperspektive für die AIDS-Hilfe Köln ist, dass das Schwergewicht von der Beratungsarbeit auf die Projektarbeit um verlagert werden wird. Obwohl die Nachfrage nach den Beratungsleistungen sehr hoch ist, werden für die Globalförderung weniger Gelder bewilligt als für die Projektförderung. Dies zieht, neben einer Qualitäts- und vor allem aber Quantitätssenkung in den beratenden Tätigkeiten, auch eine zusätzliche Belastung für die Verwaltung, denn die administrativen Kosten werden, trotz hohem Verwaltungsaufwand, nicht mit finanziert.

Für den Bereich Drogen ist eine Auslagerung des betreffenden Arbeitsbereiches in Kooperation mit dem Junkiebund geplant. Dies wird zum einen der Diversität dieses Problembereiches gerechter, vor allem aber kann hier besser eine zielgruppen-

⁶⁹⁰ Psycho-Soziale-Betreuung, Dienstleistung für das Sozialamt Köln.

spezifische Ausdifferenzierung und Vernetzung mit anderen Einrichtungen erfolgen. Auch das Abrechnungsverfahren wird günstiger und es eröffnet sich so ein breiteres Spektrum an erreichbaren Fördermitteln.

Thematisch will sich die AIDS-Hilfe nicht mehr so ausschließlich auf HIV konzentrieren, sondern sich verstärkt auch dem Bereich der STD's (Sexually Transmitted Diseases) zuwenden, wie z.B. den Hepatiden, insbesondere den B- und C-Typen. Dies ergibt sich als Folge eines hohen Beratungsbedarfes zu diesen Themen. Eine zunehmende Zuwendung soll auch zum Thema Aids und Arbeit erfolgen. Dies folgt aus der Tatsache, dass die Kranken aufgrund der verbesserten Therapiemöglichkeiten immer länger krank sind bzw. ‚nicht so schnell sterben‘. Hieraus resultiert ein erhöhter Bedarf an Beschäftigungsangeboten und sinnvoller Freizeitgestaltung. Dies berührt einerseits den Bereich der formellen Arbeit, aber vor allem den der informelle Arbeit. Es sollen tagesstrukturierende Maßnahmen entwickelt werden, um die Betroffenen aus Isolation, Resignation und Passivität zu holen und die gesellschaftliche Partizipation zu fördern. Zudem kann gerade gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit eine sinn- und wertvolle Ergänzung des Freizeitangebotes sein, da viele Kranke auch finanziell sehr schwach sind.

Angestrebt wird auch eine Qualitätssicherung und –optimierung auf der institutionellen Metaebene. Es soll hier eine Anpassung an bestimmte Standardmodelle erreicht werden, diskutiert wird die Ausrichtung an ISO-Standards. So soll ein Qualitätsentwicklungsprozess erreicht werden, um intrainstitutionelle Abläufe nach einem speziellen Regelwerk qualitativ zu optimieren. Dies ergibt sich unter anderem auch aus dem Konflikt, dass bestimmte Maßstäbe von den formellen Geldgebern vorgegeben bzw. eingefordert werden und daraus ein Druck für die Einrichtung entsteht. Positiv kann sich dabei auswirken, dass eine überregionale Qualitätssicherung auf Grundlage gemeinsamer Standards, sowie eine bessere Transparenz und Effizienz der Arbeitsabläufe erreicht werden kann. Negativ fiel zu Buche, dass sich bestimmte freie, flexible Leistungen schlechter finanzieren ließen.

Insgesamt steigt der Bedarf an gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit weiter an, ebenfalls der Bedarf nach formeller Arbeit, für die aber keine Mittel zur Verfügung stehen, weshalb auch diese Ausfälle durch gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit kompensiert werden müssen.

Als Zukunftsvision wäre grundsätzlich eine höhere Anerkennung der informellen Arbeit wünschenswert, und nicht nur in Worten, sondern in Taten. Dies könnten z.B. Finanzierung von Maßnahmen zur Qualifikation von Ehrenämtlern sein.

Ebenso wäre das Berufsbild der Ehrenamtskoordination und des Managements bürgerschaftlichen Engagements förderungswürdig.

Vor allem aber muss die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit in ihrer eigenständigen Qualität anerkannt werden. Insbesondere die Kriterien der Eigenmotivation, des unbürokratischen Vorgehens, der flexiblen, spontanen Arbeitszeiten sind hier wichtig, aber auch spezifischere anwendungsorientierte Aspekte wie z.B. das Klienten von informell Tätigen nicht als funktionale Einheiten betrachtet werden sondern als Menschen, mit denen jemand gerne arbeitet. Diese Anerkennung könnte z.B. erfolgen durch die Anerkennung der Qualifikationskriterien, die durch Bürgerarbeit erlangt wurden (z.B. bei Einstellungsgesprächen im formellen Beschäftigungssektor). Ansätze dafür gibt es bereits in den USA und in Deutschland besteht inzwischen bei der Studienplatzvergabe über die ZVS der Anspruch auf einen Studienplatz in der Gemeinde, wo auch ein Ehrenamt geleistet wird. In Köln wird bereits an einem Ehrenamtspass gearbeitet, über den in Museen, Schwimmbädern und sonstigen öffentlichen Einrichtungen ermäßigte Tarife für Ehrenamtler erhoben werden. Vor allem aber kommt es auf einen Wertewandel auf soziokultureller Ebene an und die gesamtgesellschaftliche Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement muss wachsen. Dies muss sich besonders auch in der Anpassung formeller institutioneller Regelwerke äußern.

Aber auch darin liegt eine Gefahr: Denn wenn z.B. Rentenansprüche aus gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit erwachsen würden, hätte dies vermutlich auch eine höhere Kontrolle der informellen Arbeit zur Folge. Die marktrelevanten Maßstäbe für Arbeitseffizienz oder Produktivität greifen hier aber nicht, bzw. sind nicht mit den üblichen Methoden messbar. Damit gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit attraktiv bleibt, muss sie weiter selbstorganisiert und –bestimmt funktionieren können.

S y s t e m a t i s i e r u n g n a c h S c h n i t t s t e l l e n t y p o l o g i e n

„Trend stabil“ ist bei der Trendzuordnung die zu wählende Kategorie. Der Status bleibt weitgehend unverändert und Organisationsstruktur ist weitgehend stabil, die Funktion bleibt erhalten bzw. wird weiter ausgeweitet, eine formell wie informell anerkannte Etablierung ist sehr deutlich, was sich unter anderem durch die ausgeprägte Inanspruchnahme der angebotenen Leistungen zeigt, wie auch der Funktionsübernahme im Bereich der psycho-sozialen Betreuung und Beratung vom Sozialamt Köln. Die Zielsetzung einer Optimierung der Schnittstellenposition nach

dem ‚Trend Optimierung‘ wird auch klar, obwohl die formellen Ausgangsvoraussetzungen dies gegenwärtig nicht unterstützen.

Die finanzielle Abhängigkeit ist auf informelle und formelle Strukturen verteilt, die Gewichtung liegt aber eher auf den formellen Strukturen, denn vor allem unter Inbezugnahme der durch die geleisteten Arbeit im Bereich der psycho-sozialen Betreuung erwirtschafteten Refinanzierungen stammt der Hauptteil der Einnahmen aus formellen Quellen, deshalb ist hier der ‚Typ Alimentation informell und formell mit Gewichtung auf formell‘ zu wählen.

Bei der Abhängigkeit von Gütern, Diensten und Arbeit liegt das Schwergewicht deutlich auf der informellen Arbeit, von der die erbrachte formelle Arbeit im hohen Masse abhängig ist. Deshalb liegt die Wahl hier auf ‚Typ informelle Integration‘.

Die Leistungen der AIDS-Hilfe werden vorwiegend für die Personengruppe der HIV-infizierten und Aids-Kranken erbracht. Zum überwiegenden Teil sind diese keine Mitglieder der AIDS-Hilfe, weshalb hier die Entscheidung für den Typ ‚Externe Leistungsorientierung auf bestimmte Personengruppen‘ eindeutig ist.

R e s u m é e

Für die AIDS-Hilfe Köln kann man ein ausgesprochen positives Resumée ziehen. Die Relevanz der Inhalte und Funktionen sind unübersehbar für die Zielgruppe der HIV-infizierten und Aids-Kranken. Mit dem Spektrum der erbrachten Leistungen werden nahezu alle Erfordernisse, die auf der soziokulturellen Ebene mit der Thematik Aids zusammenhängen, abgedeckt. Auch in den Bereichen der medizinischen Versorgung wird wichtige Grundlagenarbeit durch Information und Beratung geleistet. Der pädagogische Wert der Beratungsleistungen, Informations- und Präventionsaktionen und –projekte ist sehr umfassend und auf nahezu alle gesellschaftlich relevanten Zielgruppen spezifisch zugeschnitten. Für direkt durch die HIV-Infektion Betroffene stellt die AIDS-Hilfe ein wichtiges Forum für gesellschaftliche Teilhabe und Kommunikation ebenso, wie auch in der konkreten Lebenshilfe dar, was z.B. Alltagsbewältigung und Kontaktpflege angeht. Auch sehr praktische Unterstützung in der Beratung zu Rechtsfragen, Ämtergängen und Umgang mit den therapeutischen Möglichkeiten um das Krankheitsbild Aids wird angeboten. Die Begleitung von der HIV-Infektion über den Ausbruch von Aids bis zum Sterbeprozess bedeutet für die Betroffenen einen großen Zuwachs an Lebensqualität. Auch für die indirekt von HIV Betroffenen wie Familie, Freunde und PartnerInnen bietet die AIDS-Hilfe eine Vielzahl von Leistungen und Hilfen an. Auf gesamtgesellschaft-

licher Ebene stärkt sie die Solidarität mit von Ausgrenzung Betroffenen und sensibilisiert Menschen zur Wahrnehmung und Integration von gesellschaftlichen Randgruppen (nicht nur durch Aids) auf breitester Ebene, unter anderem durch die ausgeprägte öffentliche Präsenz über Medien und Informationsveranstaltungen. Für die Gruppe der Homosexuellen wirkt die AIDS-Hilfe zudem gemeinschaftsbildend und unterstützt auf personaler wie institutioneller Ebene vor allem kommunale und regionale Kooperationen.

Bemerkenswert ist, dass sie hier nahezu in ein Vakuum stößt, denn die erbrachten Leistungen weisen in keiner Weise ein adäquates Pendant in formellen Strukturen auf. Das bedeutet, dass, wenn die AIDS-Hilfe aus irgendwelchen Gründen nicht mehr in der Lage wäre, diese Leistungen zu erbringen, sie zunächst ersatzlos entfallen würden, denn keine formelle Institution wäre auch nur annähernd in der Lage die Quantität und die Qualität dieser Dienste zu kompensieren. Hier zeigt sich deutlich, wie sehr sich Staat und Markt der Rücken über Bürgerschaftliche Einrichtungen freihalten können und dies auch tun, ohne allerdings den Wert der erbrachten Leistungen entsprechend zu honorieren oder auch nur wahrzunehmen. Wäre es möglich zu quantifizieren, wie viel Kapitaleinsatz vonnöten wäre, um die hier erbrachten Leistungen formell zu erbringen, ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Kosten die Summen der in der AIDS-Hilfe entstehenden um ein vielfaches übersteigen würden. Außerdem wären die aus gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit erbrachten Leistungen nicht erreichbar.

Was die beschäftigungsfördernde Wirkung der in der AIDS-Hilfe erbrachten Bürgerarbeit angeht, kann auch hier eine Bilanz gezogen werden, welche die These dieser Studie massiv unterstützt. Zum einen würden die formellen Arbeitsplätze in der AIDS-Hilfe ohne die Grundlage der informellen Arbeit wegfallen, denn sie würden zum einen ihrer institutionellen Grundlage beraubt, zum zweiten wären sie in ihrer Leistungsfähigkeit so weit eingeschränkt, dass sie nicht mehr finanzierbar würden. Dies wird dadurch zusätzlich unterstrichen, dass das Sozialamt einen großen Teil der eigenen Verpflichtungen auf die AIDS-Hilfe umgelagert hat. Zudem würde auch ein großer Teil des Klientel und damit der Nachfrage entfallen, denn speziell der informelle Charakter der Arbeitsleistungen führt zu der hohen Nachfrage durch die Zielgruppe. In diesem Fall müsste man davon ausgehen, dass sich die AIDS-Hilfe in einen reinen Zuschussbetrieb mit hohem Kostenaufwand wandeln würde. Über die Leistungen in den Bereichen Information, Workshops, Seminare und praktische wie theoretische Arbeit werden die Qualifikationen der in der AIDS-Hilfe Tätigen erhöht und ihre Chancen auf dem formellen Beschäftigungssektor

begünstigt. Über den Aspekt der Vermittlung werden weitere Arbeitsplätze auf der Plattform der Einrichtung geschaffen. Der hohe Vernetzungsgrad der Einrichtung führt für die informell Tätigen zu engeren Netzwerkanbindungen in formelle wie informelle Strukturen, was die Beschäftigungsmöglichkeiten weiter stärkt. Das über die finanzielle Entlastung der Kommune potentiell Gelder für weitere beschäftigungsfördernde Maßnahmen frei werden, kommt noch hinzu. Denn eines wird durch das Leistungsspektrum der AIDS-Hilfe klar: Weder der Markt noch die staatliche Administration ist offenbar in der Lage, diese lebenswichtigen Leistungen für die Bürger zu erbringen, sonst wäre die Nachfrage nicht so immens und die AIDS-Hilfe könnte Ausweicheinrichtungen anbieten. Hieraus muss die Konsequenz gezogen werden, dass diese informellen Tätigkeiten deutlich finanziell und administrativ gefördert werden müssen, denn sonst stellt sich die Frage, ob die Demokratie noch ihren Verpflichtungen nachkommen kann oder schon am Expansionszwang des Marktes gescheitert ist.

B. KÖLN APPELL – GEGEN RASSISMUS E.V.

Trend Informalisierung – Rückzug formeller Strukturen/formelle Alimentation– öffentlich/Informelle Integration/Externe Leistungsorientierung auf bestimmte Personengruppen.

Körner Str. 77 – 79, 50823 Köln, Tel.: 0221 – 9521199, Fax: 0221 – 9521197,

eMail: koelner.appell@t-online.de, www: <http://home.t-online.de/home/koelner.appell>

I n h a l t e u n d F u n k t i o n

Köln Appell setzt sich vor allem für die Integration von Ausländern, Aussiedlern, Asylanten und Flüchtlingen in der BRD ein. Dieses Ziel wird über ein breites Spektrum verschiedener Projekte, Angebote und Aktion voran getrieben. Die politische Aufklärungsarbeit des Vereins hat das Ziel antirassistische Einstellungen zu stärken und darauf hinzuwirken, dass sich antisemitische, rassistische und rechtsextremistische Einstellungen auflösen. Das wird versucht, durch Vorträge, Diskussionen, Büchertische, Demonstrationen, Aktionsbündnisse, Flugblätter und viele anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen. Um die öffentliche Wahrnehmung zu erhöhen, bestehen zum Teil gute Kontakt zu JournalistInnen verschiedener Medien, die in Köln zu den betreffenden Themen arbeiten.

Vor allem aber ist Köln Appell auf kommunaler Ebene aktiv und hier besonders im Stadtteil Ehrenfeld. Köln Appell hat ein breites Angebot an Beratungsleistungen, von der Rechtsberatung für Asylanten und Aussiedler, über Sozial- und Asylberatungen und Beratungen von Gefangenen in der örtlichen Justizvollzugsanstalt. Außerdem wird vor allem auch die nachbarschaftliche Gemeinschaft in Ehrenfeld in die Arbeit einbezogen. Hier stellt insbesondere die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen den Schwerpunkt dar. Für diese werden z.B. dreimal pro Woche eine zweistündige Hausaufgabenhilfe (siehe unten) angeboten und verschiedene Ausflüge, zum Beispiel in Schwimmbäder oder zu ähnliche Vergnügungen. Gezielt werden Kölner Kinder und Jugendliche verschiedener nationaler und ethnischer Zugehörigkeiten angesprochen. Nach Möglichkeit wird gleichzeitig eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern gesucht. Für den Stadtteil Ehrenfeld, als ein sozialer Brennpunkt von Köln (gerade auch wegen des hohen Ausländeranteils), ist diese Arbeit besonders wichtig. Hier bestehen auch gute Kontakte mit den städtischen und bezirklichen Jugendämtern. Unter anderem ist Köln Appell mit einer Kinder- und Jugendgruppe in der Gestaltung eines nachbarschaftlichen Spielplatzes aktiv, wo sie auch über Räumlichkeiten in einer kleinen Baracke verfügt.

angebotene Dienste und Güter

Köln Appell verfügt über Räumlichkeiten im Allerweltshaus e.V. in Köln-Ehrenfeld, mit dem eine enge Kooperation besteht. Ihm steht ein großer Büroraum und ein kleiner Saal zur Verfügung, die sonstigen Räumlichkeiten können nach Absprache mitgenutzt werden. In der Steubenstraße 23 hat Köln Appell eine Souterrain-Wohnung, in der jeden Donnerstag eine Sozialberatung für AussiedlerInnen von einem Mitarbeiter angeboten wird. Jeden Mittwoch findet dort ein Nähkurs für Frauen aus dem Aussiedlerübergangwohnheim statt. Vom Amt für Kinderinteressen des Jugendamtes Köln hat Köln Appell einen Raum in der Baracke auf dem Spielplatz Glasstr./ Wissmannstraße, ca. 300 m vom Allerweltshaus entfernt. Im Sommer 1998 wurde dort der offene Kinder- und Jugendtreff begonnen, in dem unter anderem die Gestaltung des Spielplatzes betrieben wird. Im Winter ist der Raum zu kalt und feucht, um sich dort aufhalten zu können, seit neuestem soll die Baracke nach Zusage der Stadt saniert werden. Dennoch hat Köln Appell die Patenschaft für den Spielplatz übernommen und bemüht sich, neben der Sorge um die Sauberkeit der Anlage, besonders diese mit mehr Leben zu füllen und für Kinder attraktiver zu gestalten. Aus diesen Gründen sucht Köln Appell für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil Ehrenfeld einen Laden oder etwas vergleichbares. Das Objekt zu finden ist dabei weniger schwierig, als die Miete zu finanzieren.

Im Köln Appell werden verschiedene Leistungen in einem festgelegten Rhythmus angeboten, im folgenden ist der Wochenplan kurz aufgeführt:

WOCHENPLAN DES KÖLN APPELL GEGEN RASSISMUS E.V.

Das Büro ist in der Woche von 9 bis 17 Uhr besetzt. Sprechstunden finden in der Zeit von 11 bis 17 Uhr statt.

MONTAG

- 13.00 – 16.30 Uhr Asyl- und Sozialberatung
- 15.00 – 17.00 Uhr Hausaufgabenhilfe
- 17.00 – 18.00 Uhr Teambesprechung Hausaufgabenhilfe
- 18.00 – 20.30 Uhr Öffentliches Arbeitstreffen

DIENSTAG

- 10.00 – 11.00 Uhr Teambesprechung
- 13.00 – 16.30 Uhr Asyl- und Sozialberatung
- 15.00 – 17.00 Uhr Hausaufgabenhilfe
- 17.00 – 18.00 Uhr Teambesprechung Hausaufgabenhilfe
- 17.00 – 19.00 Uhr Fußballgruppe
- 17.30 – 19.30 Uhr Beratung mit Schwerpunkt auf rechtlichen Fragen

18.00 – 22.00 Uhr Asyl- und Sozialberatung

MITTWOCH

13.00 – 16.00 Uhr Nähkurs für AussiedlerInnen (Steubenstr. 23)

DONNERSTAG

14.00 – 16.30 Uhr Sozialberatung für AussiedlerInnen (Steubenstr. 23)

15.00 – 17.00 Uhr Hausaufgabenhilfe

15.00 – 17.00 Uhr Gesprächskreis gegen Rassismus in der Justizvollzugsanstalt Ossendorf

17.00 – 18.00 Uhr Teambesprechung Hausaufgabenhilfe

FREITAG

14.30 – 16.30 Uhr Gesprächsgruppe in türkischer Sprache für Gefangene in der Justizvollzugsanstalt Ossendorf

SAMSTAG

13.00 – 16.00 Uhr Kindergruppe

Aus dem Wochenplan wird deutlich, dass besonders die Beratungsarbeit einen hohen Stellenwert in der Arbeit von Köln Appell einnimmt. Ebenso wichtig und schwer davon trennbar ist der Bereich der Informationsarbeit. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit erscheint alle zwei bis drei Monate der Rundbrief, der vor allem die Mitglieder, Förderer und Kooperationspartner des Vereins über die laufende Arbeit informiert.

1998 fand die Vortragsreihe ‚Multikultur in der Festung Europa‘ im Bürgerzentrum Alte Feuerwache e.V. statt, in deren Rahmen vier ReferentInnen über Fragen der Menschenrechte, Fluchtursachen, demokratische Steuermechanismen und ähnliche Themen sprachen. Leider wurden diese Vorträge nicht so gut besucht, dass sie den Saal in der Alten Feuerwache hätten füllen können und wurden deshalb in das Allerweltshaus verlegt. Fast wöchentlich besucht Köln Appell mit seinem Bücher-tisch verschiedene politische, wissenschaftliche, kulturelle und bürgerliche Ver-anstaltungen. Neben der Tatsache, dass über den Verkauf der eigenen Publikatio-nen (z.B. zum Thema Jugendkriminalität⁶⁹¹ und multikulturelle Einrichtungen in Köln⁶⁹²) zusätzliche Gelder reinkommen, ist der Tisch ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit. Nicht nur durch Broschüren und Bücher, sondern auch mit Transparenten provoziert Köln Appell und wird immer wieder zum Kristallisations-kern der Diskussionen, gerade auch auf Straßenfesten oder dem alljährlichen vier-tägigen Bücherherbst auf dem Kölner Neumarkt. Neben diesen regelmäßigen Auf-

⁶⁹¹ Jünschke, K.; Tekin, U. [Hrsg.] (1997): *Jugendkriminalität – Gegen die Kriminalisierung von Jugendlichen. Der andere Buchladen. Köln.*

⁶⁹² Köln Appell [Hrsg.] (1994): *Köln International – Ein Stadtbuch gegen Rassismus. Volksblatt-Verlag. Köln.*

gaben der Öffentlichkeitsarbeit gab es z.B. 1998 einen Plakatwettbewerb ‚Alltag in Deutschland im Europäischen Jahr gegen Rassismus‘⁶⁹³, an dem über 500 Kölner SchülerInnen teilnahmen, der Aufbau des Kölner Netzwerk ‚Kein Mensch ist illegal‘ und Wanderkirchenasyl⁶⁹⁴, und die Karawane für die Rechte der Flüchtlingen⁶⁹⁵.

Die interkulturelle Kinder-, Jugend- und Elternarbeit hat für Köln Appell ebenfalls einen hohen Stellenwert. Sie begann 1992 mit der internationalen Kinderfoto-gruppe und der Hausaufgabenhilfe für die Ehrenfelder Flüchtlingskinder. Inzwischen heißt die Hausaufgabenhilfe auf Wunsch der Kinder Kinderweltshaus und es haben sich neben ihr noch weitere Kindergruppen etabliert, so z.B. die Kinderzirkusgruppe⁶⁹⁶. Im Kinderweltshaus sind gegenwärtig 22 Kinder (zwei aus Algerien, sieben aus der Türkei, drei aus Makedonien, eins aus Italien, drei aus Afghanistan, zwei aus dem Iran und vier aus Deutschland), von denen ca. 18 dreimal wöchentlich an der Hausaufgabenhilfe teilnehmen. Acht von ihnen gehen auf die Grundschule, zwei auf eine Lernbehindertenschule und 12 auf weiterführende Schulen. In den letzten Jahren hat sich der Schwerpunkt von der Arbeit mit Grundschulkindern zu der mit Schülern weiterführender Schulen verlagert. Damit haben sich auch die Anforderungen an die Mitarbeiter des Köln Appells erhöht, denn die Kinder brauchen gerade auch in Sprachen wie Englisch, Französisch und Latein Hilfe. Für die Mitgestaltung an dem Projekt findet einmal monatlich ein Kinder-Gesprächskreis statt, bei dem die Kinder Gelegenheit bekommen, sich zu Projektfragen zu artiku-

⁶⁹³ In Kooperation mit dem AK MigrantInnen Bündnis 90/Die Grünen Köln, Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., Heinrich-Böll-Stiftung, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften und weitere Einrichtungen und Organisationen.

⁶⁹⁴ Eine Solidaritätsaktion zwischen Kirchengemeinden, illegalisierten kurdischen Flüchtlingen und der Kampagne ‚Kein Mensch ist illegal‘, die vom Köln Appell aktiv unterstützt wurde.

⁶⁹⁵ Vom 14. August 1998 bis zu ihrem Abschluss in Köln am 29.9.1998 ist die ‚Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen‘ durch ganz Deutschland unterwegs gewesen. Es handelte sich um eine fünfwöchige Dauerdemonstration, die durch über 40 Städte gezogen ist und dabei zahllose Orte der Repression gegen Flüchtlinge, wie Ausländerbehörden, Flüchtlingslager, Abschiebegefängnisse oder die deutschen Außengrenzen angesteuert hat. Der Köln Appell organisierte mit einigen Leuten aus anderen Initiativen, wie dem ASTA der Sporthochschule, AK MigrantInnen Bündnis 90/Die Grünen Köln, ‚Kein Mensch ist illegal‘, Jugendclub Courage, TÜDAY, AGIF unter anderem eine Demonstration in Köln mit ca. 3000 TeilnehmerInnen unter dem Motto „Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme“ durch. Abgeschlossen wurde die Aktion mit einem Kongress in der Kölner Volkshochschule, an dem 300 Menschen teilnahmen und von mehreren Dolmetschern in vier Sprachen übersetzt wurde.

⁶⁹⁶ Die Zirkusgruppe traf sich 1998 einmal wöchentlich und es wurde mit Spielen, Tänzchen und Kleinszenen begonnen, die Kinder auf gemeinsames Spielen und trainieren einzustimmen. Teilweise wurde die Gruppe in drei Kleingruppen getrennt um je nach Eignung Unterschiedliches einzuüben. Der Nachmittag wurde immer mit den gleichen Riten begonnen und beendet, die erste halbe Stunde diente zum Abreagieren und Toben, da die Kinder häufig großen Bewegungsdrang und die Notwendigkeit zum Aggressionsabbau verspürten. Konzentriert wurde danach eine Stunde gearbeitet, dabei häufig mit Verkleidungen, Schminken und einfachen Mitteln in die Akrobatik eingeführt.

lieren, mit zu gestalten und eventuell auch Verantwortungen zu übernehmen. Immer wieder werden auch Wochenendfahrten mit den Kindern veranstaltet, z.B. in die Eifel. Über die Gruppenarbeit hinaus setzt sich Köln Appell auch für die Belange der Kinder ganz individuell ein, mag es sich um einen Schulwechsel handeln oder um therapeutische Sonderförderungen für schwer gestörte Kinder. Da die Kinder oft aus sozial zerrütteten Verhältnissen kommen, gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Eltern häufig schwierig und von dieser Seite kann nicht auf große Unterstützung gebaut werden. Neben diesem großen Kinder- und Jugendlichenprojekt gibt es noch die Samstagskindergruppe, in der vor allem gespielt und gebastelt wird und saisonal verschiedene zusätzliche Aktivitäten wie Ausflüge und Kinderferienprogramme.

Schwierig erwies sich grundsätzlich bei der Kinderarbeit, dass die Kinder oft lange brauchten, bis sie sich aufgehoben und beheimatet fühlten, erschwerend kam hinzu, dass die Motivation der Eltern oft sehr gering war, und sie ihre Kinder nicht unterstützten, die Termine wahrzunehmen, sondern sie lieber zu Hause behielten, um im Haushalt zu helfen oder auf ihre Geschwister aufzupassen.

Eine weitere wichtige Funktion von Köln Appell liegt im Angebot der Asyl- und Sozialberatungen. Die Aufgabenstellung ergibt sich aus zwei Perspektiven: im Hinblick auf die Stadtteilarbeit geht es um die Beratung für die Flüchtlinge in den drei Ehrenfelder Flüchtlingsheimen und die AussiedlerInnen in den Übergangwohnheimen und alle anderen Menschen, die in Ehrenfeld leben und Probleme haben, die durch Sozialberatung zu lösen sind. Aus der Perspektive der allgemein-politischen Lage geht es um die Verbesserung der Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, um Aktionen, die dies thematisieren und um Initiativen, die ganz konkret Flüchtlinge unterstützen, wie z.B. die Kampagne ‚Kein Mensch ist illegal‘. Hierzu ist Köln Appell in verschiedenen Gremien und Netzwerken vertreten, wie dem Kölner Flüchtlingsrat, den entsprechenden Arbeitskreisen im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Kölner Bündnis gegen Rechts, Kölner Runder Tisch für Ausländerfreundlichkeit, Nord-Süd-Forum, United for Intercultural Action, Agenda 21, AK Aussiedler Köln, AK Gemeinwesenarbeit Ehrenfeld, AK Interkulturelle Zentren Köln, AK Straffälligenhilfe, unter anderem. Die Einzelberatungen finden an den festgelegten Terminen (siehe oben) statt. 1998 wurden ca. 300 Einzelberatungsgespräche durchgeführt, hinzu kamen noch täglich telefonische Beratungen. Die Mehrzahl der Ratsuchenden sind Flüchtlinge, die Aufenthalts-, aber auch soziale Probleme haben. Es gibt häufig auch Bitten um Beistand bei familiären Problemen. Neben den Flüchtlingen kommen auch StudentInnen sowie deutsche und ausländische Nachbarn. Die zunehmende Arbeitslosigkeit und wachsende Armut haben

dazu geführt, dass viele Menschen überschuldet sind, sich nicht mehr zutrauen ihre Probleme selbst zu lösen und deshalb Rat und Hilfe suchen. Teilweise tritt Köln Appell in Folge der Beratungsgespräche dann gegenüber, beispielsweise dem Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, das für die Flüchtlingsheime zuständig ist, für die Interessen der Flüchtlinge ein, um menschenwürdigere Lebensbedingungen für diese durchzusetzen.

Weiterhin werden Beratungen für Aussiedler angeboten. Diese sind zwar rechtlich sofort nach ihrer Ankunft mit den hier lebenden Deutschen gleichgestellt, leiden aber oft unter denselben Konflikten und Problemen wie viele andere Zuwanderer auch (Sprachprobleme, soziale Konflikte, finanzielle Schwierigkeiten).

Um den Erfordernissen der Qualitätskontrolle zu genügen, werden diese Beratungstätigkeiten seit 1999 mit anonymisierten Fragebögen dokumentiert. Zusätzlich werden regelmäßig verschiedene Projekte und Aktionen durchgeführt, so z.B. ein Fest zum Tag der Menschenrechte, Geschenkesammlungen für die Flüchtlingsheime zu Weihnachten, etcetera.

Der Bereich der Haftvermeidung ist ein weiteres Aktivitätsfeld von Köln Appell. Haftvermeidung im engeren Sinne sind alle Projekte und Maßnahmen, die dazu dienen, dass Haft vermieden oder verkürzt wird. Köln Appell geht darüber hinaus und rückt das Bild des deutschen Strafvollzugs kritisch ins Licht der Öffentlichkeit, zeigt auf, dass die Ergebnisse der Haft oft das genaue Gegenteil dessen bewirken, was erreicht werden soll, prangert die prozentuale Überrepräsentation der Menschen ohne deutschen Pass in der Kriminalberichterstattung der Medien an und setzt sich für nichtrepressive Reaktionen im Umgang mit bestimmten kriminellen Vergehen ein. Neben diesen öffentlichkeitswirksamen Aktionen können straffällig gewordene Männer und Frauen ihre Sozialstunden bei Köln Appell ableisten. Hierfür bestehen Kooperationen mit der Staatsanwaltschaft Köln und dem Sozialdienst katholischer Männer und dem Sozialdienst katholischer Frauen. Darüber hinaus werden Gesprächsgruppen gegen Rassismus und Deutschkurse für ausländische Gefangene in der Justizvollzugsanstalt Köln angeboten. Ein hervorzuhebender Erfolg war (unter Anderen), dass Köln Appell dazu beitragen konnte, dass Gefangene ohne Aufenthaltserlaubnis wieder eine Duldung erhalten haben⁶⁹⁷.

⁶⁹⁷ Dazu muss man wissen, dass drogenabhängige Gefangene ohne Aufenthaltsstatus keine Therapie beginnen können, weil sich ohne Aufenthaltsstatus kein Träger für die Finanzierung der Therapie findet.

G e s e l l s c h a f t s f o r m , H i e r a r c h i e n u n d E n t s c h e i - d u n g s f i n d u n g

Der Köln Appell ist ein eingetragener, als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins. Sie besteht aus 31 Mitgliedern. Sie wählt den Vorstand, nimmt neue Mitglieder auf und bestimmt die inhaltliche Arbeit. Der Vorstand führt die Geschäfte und vertritt den Verein nach Außen. Er besteht aus zwei ehrenamtlich arbeitenden und zwei hauptamtlichen Vereinsmitgliedern und entscheidet über die Einstellung hauptamtlicher Mitglieder und ist leitend für die Projekte verantwortlich. In wöchentlichen Arbeitstreffen wird die Arbeit der vergangenen Woche und die Arbeit der kommenden Woche von den Vereinsmitgliedern, den ehrenamtlichen und hauptamtlichen MitarbeiterInnen diskutiert und organisiert. Auf den wöchentlichen Sitzungen der hauptamtlichen MitarbeiterInnen werden die Aufgaben verteilt, die sich auf den Arbeitstreffen ergeben haben. Zweimal im Jahr treffen sich alle, die im Köln Appell mitarbeiten, außerhalb Kölns in einer Tagungsstätte, um die Arbeit auf der Grundlage vorbereiteter Referate zu diskutieren und zu planen. Die meisten Mitglieder sind Langzeitmitglieder, das Engagement hat über die Jahre etwas abgenommen. Es fehlt auch an neuen Mitgliedern. Hauptgrund hierfür ist die mangelnde Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit, weil es vor allem an formellen Arbeitsplätzen (gerade die Koordination und Vernetzungsarbeit wird von Hauptamtlichen geleistet) aber auch an bürgerschaftlich Engagierten fehlt (siehe unten).

F i n a n z i e r u n g

Ein Jahreswirtschaftsplan oder exakte Zahlen für die Finanzierung liegen dem Autor nicht vor, anstelle dessen können zumindest die finanziellen Anteile aus den verschiedenen Quellen in prozentualen Schätzungen aufgezeigt werden.

Von 100 % der Einnahmen entstammen ca. 30 % aus städtischen und Landesmitteln. Weitere 20 % stammen aus vorwiegend anderen Einrichtung mit hauptsächlich informellem Charakter und von privaten Spendern, 5 % entstammen aus freiwilligen Mitgliedsbeiträgen (die Mitgliedschaft im Köln Appell ist unentgeltlich, vor allem, da der Grossteil der von Köln Appell angesprochenen Zielgruppe finanziell schwach gestellt ist, aber nicht davon abgehalten werden soll, im Verein Mitglied zu werden). Die Herausgabe der zwei letzten Bücher wurde von der Stadt Köln finanziert, der Gewinn geht an Köln Appell, was ca. 5 % der Jahreseinnahmen ausmacht. Über den regelmäßigen Verkauf von Secondhand-Büchern werden weitere

10 % der Gelder erwirtschaftet. Weitere 30 % kommen über die jährliche Tombola⁶⁹⁸ beim Kölner Bücherherbst rein.

Die Kosten verteilen sich (hier sind leider keine prozentualen Angaben verfügbar) auf:

Personalkosten/ Löhne, die Miete und Nebenkosten, Versicherungen (die teuersten für die Kinder- und Jugendlichen), Büromaterial und Kosten (Telefon, Computer, ...), öffentliche Veranstaltungen (wie z.B. Vorträge/ politische Arbeit), Kosten der laufenden Projekte (Heizung der Spielplatzbaracke, Spiel-, Werkzeug, Ferianausflüge, ...), verschiedene Einzelaktionen (Nikolaus im Kinderheim, Essen für Flüchtlinge, Automieten, ...), Tombola (Container für die Preise, Platzmiete, Akquisekosten), ehrenamtliche Mitarbeiter (Bewirtung, Versicherungen, Kontaktpflege), Druck-/ Grafikkosten der Veröffentlichungen, Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Plakataktionen, Internetpräsenz, Büchertisch, Gremien-, Vernetzungsarbeit, Spesen), Weiterbildungskosten für Mitarbeiter (Computerkurse, Projektmanagement, Buchhaltung), Reparaturen/ Wartungen/ Ersatz/ Neuanschaffungen.

A r b e i t

Bei Köln Appell sind fünf Personen in formeller Beschäftigung tätig, davon sind drei ABM- und zwei HzA-Stellen. Bis zum 30.11.1999 waren es noch sechs Stellen, eine ABM-Stelle für den Bereich Sozial- und Asylberatung fiel dann ersatzlos weg. Die Leistungsfähigkeit in diesem Bereich ist seither etwas eingeschränkt. Bis zum 1.5.2000 fallen weitere drei ABM-Stellen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Kinder- und Jugendarbeit und Geschäftsführerin weg, Zusagen für neue Stellen gibt es bisher noch nicht (das letzte Gespräch fand am 12.1.2000 statt). Seit Beginn des Jahres 2000 gibt es eine neue ABM-Regelung, nach der nur noch jene Personen ABM-würdig sind, die entweder unqualifiziert, behindert oder langzeitarbeitslos sind. Die Folge davon ist, dass die wegfallenden Stellen/ Funktionen nicht mehr adäquat besetzt werden können. Ausnahmen sind hier zwar (nach Willkür der Ämter) möglich, aber nicht einplanbar (außer man hat die Kontakte zu den zuständigen Amtsinhabern, der Leumund der Einrichtung spielt eine Rolle, man gehört zum ‚Klüngel‘).

⁶⁹⁸ Die Tombola ist ein Lossystem, bei dem jedes Los gewinnt. Die Preise werden Köln Appell von Kölner Geschäften und Kaufhäusern aus ihrem Sortiment (zu Werbezwecken) gespendet, es handelt sich also um Neuware, und werden dann verlost.

Die Gesamtentwicklung seit dem Jahre 1997 ist für den Köln Appell äußerst kontraproduktiv. 1997 waren noch acht Personen in formeller Beschäftigung bei Köln Appell tätig, im Frühsommer 2000 werden es voraussichtlich nur noch zwei sein. Erschwerend kommt hinzu, dass die Verlängerung der ABM-/ HzA-Stellen wesentlich erschwert oder sogar unmöglich gemacht wurde. Eine Kontinuität der Arbeit (z.B. vier Jahre am Stück) ist nicht mehr möglich. Von formeller Seite wird die Einrichtung wie eine Ausbildungsstätte behandelt, Funktion der thematischen Einarbeitung verdrängt zunehmend die eigentliche Funktion der inhaltlich Arbeit bzw. der Zweckbestimmung. So besteht ein strukturelles Problem mit den ABM-Stellen, dass sie nämlich dort eingesetzt werden, wo ein dringender Bedarf an Arbeitskraft und Förderung existiert, dieser Bedarf aber im Widerspruch zum funktionalen Zweck der ABM-Stelle (Sprung in den 1. Arbeitsmarkt) steht. Sobald jemand Professionalität erlangt, ist die Stelle schon ausgelaufen, qualitativ hochwertige Arbeit wird behindert.

Es fehlt wenigstens an einer festen Stelle, die aber aus Geldmangel der Einrichtung nicht finanzierbar ist.

Außer diesen Erwerbsarbeitsstellen gibt es in der Regel mehrere Praktikanten, die unterstützend arbeiten und sich Qualifikation im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit wie in der Projektarbeit und den sonstigen Aktivitäten und anfallenden Arbeiten aneignen. Im Interviewzeitraum waren allerdings keine Praktikanten bei Köln Appell tätig.

Aufgrund der geringen Verlässlichkeit der formellen Beschäftigungsverhältnisse ist bei dem hohen Dienstleistungsoutput von Köln Appell nahe liegend, dass der Grossteil der Arbeit in Form gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit geleistet wird. Gegenwärtig sind ca. 45 Personen regelmäßig informell bei Köln Appell aktiv: 25 Personen sind im Rahmen der Hausaufgabenhilfe tätig. Sie sind zum Grossteil Studenten, einige Rentner und zwei Hausfrauen und im Durchschnitt ca. vier bis sechs Stunden/ Woche bei Köln Appell beschäftigt. Eine Person von ihnen ist zugleich im Vorstand aktiv. Zwei Studenten sind ca. vier Stunden/ Woche ehrenamtlich im Projekt Haftvermeidung im Gesprächskreis an der JVA tätig. Zwei weitere Personen sind Leiter des Projektes Haftvermeidung und Mitglieder des Vorstandes und damit acht bis zehn Stunden/ Woche für Köln Appell in gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit. Die Nähgruppe für AussiedlerInnen und ein Gesprächskreis für AussiedlerInnen wird ebenfalls ehrenamtlich geleitet, eine Person ist damit vier Stunden/ Woche beschäftigt. Weitere sechs Studenten arbeiten ca. vier Stunden/ Woche informell im offenen Kindertreff. Eine Studentin bietet einen

Selbstverteidigungskurs für Kinder- und Jugendliche an, was ca. vier Stunden/ Woche beansprucht. Außerdem sind ca. acht Personen bei verschiedenen Projekten bei Bedarf aktiv. Viele der Ehrenämter sind über Jahre hinweg beim Köln Appell aktiv. Die Zusammenarbeit zwischen informell und formell Arbeitenden wird mit gut bis sehr gut bewertet. Den informell Tätigen wird eine hohe Verlässlichkeit und qualitative Kontinuität bescheinigt.

W e i t e r e I n t e r v i e w e r g e b n i s s e

Die Zukunftsperspektive für Köln Appell ist von der drängenden Frage bestimmt, wie mit weniger Arbeitskräften, vor allem Vollzeitkräften, das gleiche oder ein steigendes Arbeitsaufkommen geleistet werden soll. Der gesamte Sozialberatungsbereich fiel kürzlich durch die Streichung einer ABM-Stelle (siehe oben) ersatzlos weg, die Öffentlichkeitsarbeit ist stark eingeschränkt. Die Qualität und der Umfang der Projekte vermindert sich, bzw. eine Qualitätsverbesserung ist unmöglich, und wird sich weiter vermindern. Die Bedeutung der informellen Arbeit wächst in Folge des Mangels formeller Arbeitskräfte, diese kann den Ausfall aber nicht kompensieren. Da ab Mai 2000 weitere Stellen wegfallen, verschärft sich dieser Konflikt. Das Arbeitsamt entscheidet willkürlich und spontan, eine Absehbarkeit der kurz-, mittel- oder langfristigen Verfügbarkeit von ABM-Stellen ist nicht gegeben. Ebenso ist gegenwärtig der absolute finanzielle Tiefpunkt seit Bestehen von Köln Appell erreicht, die Bewilligung von Förderanträgen hat sich verschlechtert und aus formellen Quellen kommen immer weniger Gelder. Weiterhin ist das Spendenaufkommen sehr ungewiss, da es auch in erster Linie aus bürgerschaftlichen Einrichtungen stammt, die mit ähnlichen Konflikten zu kämpfen haben, und in ihrer Liquidität zunehmend eingeschränkt sind. Auch lief im Jahr 1999 die Tombola schlecht und Alternativfinanzierungen sind dringend nötig. Große Hoffnungen werden jetzt auf die EU-Fördertöpfe gelegt, was thematisch nahe liegend wäre, da die interkulturelle Thematik von Köln Appell eigentlich im EU-Interesse sein müsste. Zur Zeit wird deshalb an einem EU-Antrag gearbeitet, der auf eine Laufzeit von drei Jahren ausgerichtet ist.

Eine Vision für Köln Appell wäre, eine feste Stelle für die Geschäftsführung zur Verfügung zu haben, sowie fünf Stellen für die Projektarbeit und eine Stelle für die Ehrenamtskoordination. Diese müssen langfristig angelegt und verbindlich sein. Für das Spielplatzprojekt wäre eine Vergrößerung der Räumlichkeiten sehr förderlich. Außerdem wäre eigentlich eine langfristige Einbindung in eine Projektfinanzierung vonnöten, z.B. über EU-Mittel.

Grundsätzlich soll die politische und Öffentlichkeitsarbeit intensiviert, die Gremienarbeit vertieft, die Funktion der Netzwerke und Kooperationsstrukturen verbessert werden. Wenn hierfür noch eine zusätzliche Stelle geschaffen werden könnte, wäre dies optimal.

S y s t e m a t i s i e r u n g n a c h S c h n i t t s t e l l e n t y p o l o g i e n

Für Köln Appell ist der ‚Trend Informalisierung – Rückzug formeller Strukturen‘ der zunehmenden Informalisierung festzustellen, bedingt durch sich zurückziehende formelle Elemente. Dies sind vor allem die öffentlichen Förderungen über ABM-Stellen. Die Folge ist die Schwächung der informellen Strukturen und ihrer Funktionsfähigkeit bis an die Bedrohung der Existenz der Einrichtung und dem damit verbundenen ersatzlosen Verlust der aus ihr erbrachten Dienstleistungen.

Aus dem zuvor geschilderten Konflikt wird klar, dass die finanzielle Abhängigkeit von formellen Strukturen (mehr als 80 %) abhängt, und zwar vor allem von Kommune, Land, Bund, und in Zukunft vielleicht der EU (insbesondere sind es die ABM-, HZA-Gelder von Arbeits- bzw. Sozialamt). Hier ist also der ‚Typ Formelle Alimentation – öffentlich‘ zu wählen.

Die Abhängigkeit von Gütern, Diensten und Arbeit dagegen liegt mit deutlicher Gewichtung auf gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit und informellen Strukturen, die sogar bedingt, wenn auch lange nicht ausreichend, den Rückzug der formellen Finanzierung durch Bürgerarbeit ersetzen können, deshalb ‚Typ informelle Integration‘.

Der ‚Typ Externe Leistungsorientierung auf bestimmte Personengruppen‘ ist ebenfalls eindeutig. Aus der Einrichtungen heraus werden vorwiegend Leistungen für andere, nicht in der Einrichtung vertretende Personen und Gruppen erbracht, und zwar vorwiegend für Asylanten, Ausländer, Aussiedler, die Ehrenfelder Nachbarschaft und grundsätzlich alle anderen aus welchen Gründen auch immer Verfolgten und oder Randgruppen.

R e s u m é e

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das beschäftigungsfördernde Potential von Köln Appell eigentlich recht groß ist, 10 Erwerbsarbeitsplätze würden ohne weiteres in eine sinnvolle Tätigkeit eingebunden werden können und werden auch dringend gebraucht. Wenn man sich das gesamte Dienstleistungsoutput die bür-

gerschaftlichen Einrichtungen anschaut, stellt man fest, dass Zielgruppen angesprochen werden, deren gesellschaftliche Wahrnehmung ausgesprochen unterrepräsentiert ist und deren Lebensumstände unter anderem von amnesty international und der UN-Menschenrechtskommission in Deutschland kritisiert werden. Köln Appell kommt dabei einer staatlichen Verpflichtung ersatzweise für die BRD nach und übt Versorgungsarbeit und Integrationsarbeit, die eigentlich von der bürgerlichen Ebene in Kooperation mit staatliche und wirtschaftlichen Stellen geleistet werden müsste. Anstatt das diese Arbeit wenigstens massiv unterstützt wird, werden Gelder der institutionellen Förderung als auch Arbeitsplatzfinanzierungen gestrichen oder reduziert. Auf der Ebene der Kinder- und Jugendarbeit werden zusätzlich verschiedene formelle Strukturen von ihren Verpflichtungen entlastet. Da staatliche Stellen offenbar nicht in der Lage sind, diesen Verpflichtungen nachzukommen, ist unverständlich, dass auch auf dieser Ebene Stellen eingespart werden. Das auch im Fall von Köln Appell das Modell der ABM- und HzA-Stellen eigentlich funktional eher hinderlich statt förderlich ist, verwundert nicht. Auch hier nimmt zum einen die Qualifizierungsarbeit unverhältnismäßig viel Zeit der anderen Beschäftigten in Anspruch (es handelt sich nicht um eine Ausbildungsstätte), zum anderen wirkt sich die temporäre Integration dieser Arbeitnehmer in die Einrichtung gegen eine qualitative und quantitative Kontinuität der erbrachten Leistungen aus. Aufgrund der Unabsehbarkeit der Laufzeiten der Stellen und der unverbindlichen Haltung der zuständigen Behörden ist eine langfristige Planung für die Einrichtung nicht möglich.

Das konkret über Hausaufgabenhilfe den Kinder- und Jugendlichen Unterstützung für ihre spätere berufliche Qualifikation gegeben wird und dadurch mittelbar ihre Chancen für den Arbeitsmarkt verbessert werden, ist klar. Mittelbar wird auch über die Integrationsarbeit zwischen Asylanten, Flüchtlingen, Ausländern und Deutschen die Bereitschaft der Kooperation auf bürgerschaftlicher Ebene auch die Akzeptanz ausländischer Mitmenschen auf dem deutschen Arbeitsmarkt verbessert. Arbeit gegen Rassismus und Ausgrenzung, für Kooperation, Partizipation und Solidarität fördert zudem ganz grundsätzlich die Bereitschaft auf nachbarschaftlicher und kommunaler Ebene zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen. Dies ist besonders in Lebenssituationen, die von Arbeitslosigkeit und/ oder Armut geprägt sind, von immanenter Bedeutung und führt auf allen Ebenen zur Erhöhung der Lebensqualität aller Beteiligten. Da dies bei Köln Appell generationsübergreifend umgesetzt wird, ist die soziokulturelle und –ökonomische Stabilisierung nur von der Hand zu weisen, wenn interdisziplinäre Zusammenhänge ignoriert werden.

C. KEKS – KÖLNER ELTERN UND KINDER SELBSTHILFE E. V.

*Trend stabil/informelle und formelle Alimentation – informelle Gewichtung/informelle Integration/
interne Leistungsorientierung.*

Venloer Str. 725, 50827 Köln, Tel.: 0221-9589254, Fax: 0221-9589255

Inhalte und Funktion

Der Kölner Eltern und Kinder Selbsthilfe (KEKS) e.V. ist ein Förderverein Kölner Elterninitiativen. Er entstand 1987 aus dem Arbeitskreis Kölner Krabbelgruppen (AKK) und fünf Elterninitiativen. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnitts ‚Steuerbegünstigte Zwecke‘ der Abgabeverordnung von 1977. Freistellungsbescheid vom 10.10.1996. Zweck des Vereins ist die Förderung der Jugendhilfe. Zielsetzung ist insbesondere die stärkere Kooperation von Elterninitiativen, Krabbel-⁶⁹⁹ und Kindergruppen auf politischer, kommunaler und praktischer Ebene.

KEKS besteht aus 40 Mitgliedsvereinen, deren Gemeinsamkeit die selbstorganisierte und –verwaltete Betreuung Kinder aller Altersstufen ist, unabhängig davon, ob es Eltern-Kind-Kreise, kleine oder große altersgemischte Gruppen oder ob sie öffentlich gefördert oder nicht gefördert sind.

KEKS koordiniert und organisiert Erfahrungsaustausch, Kooperationen zwischen den Mitgliedsvereinen und zwischen den Eltern und unterstützt und berät beim Aufbau von neuen Selbsthilfegruppen. Weiterhin versteht sich KEKS auch als politisch wirksame Instanz und will Öffentlichkeit und Politik über die Belange von Eltern und Kindern aller Altersgruppen informieren und für ihre Unterstützung (vor allem für die Anerkennung und Finanzierung von Krabbelgruppen) mobilisieren (so z.B. durch eine Untersuchung von Kölner Spielplätzen auf Giftstoffe, Schwermetalle und sonstige Verunreinigungen). Neben der beratenden und unterstützenden Funktion für andere Einrichtungen mit gleichem oder ähnlichen Zielgruppen, insbesondere für die eigenen Mitgliedsvereine, werden verschiedene Lehrgänge (siehe

⁶⁹⁹ *Krabbelgruppen sind Gruppen für Babys und Kleinkinder im Alter von ein bis drei Jahren, diese sind aber vom Landesjugendamt NRW nicht gewollt und erlaubt. Dieses lässt für die oben genannte Altersgruppe nur so genannte Eltern-Kind-Spielkreise und sich im Aufbau befindende Altersgemischte Gruppen zu, bei denen alle Eltern anwesend sein müssen. Ist der Zweck einer solchen Gruppe jedoch unter anderem, dass einige Eltern in der Zwischenzeit einer anderen Tätigkeit – Beruf und/ oder Ausbildung – nachgehen können, erhält diese Gruppe keine offizielle Betriebsurlaubnis und deshalb auch keine Betriebskostenförderung, wird also in die Informalität gezwungen.*

unten.) und Spielgruppen angeboten und betreut. Auf dem Gelände des KEKS findet sich auch die Kindertagesstätte Brunnenkinder, auch ein Mitgliedsverein, mit dem eine enge Zusammenarbeit besteht.

Mitgliederstruktur

KEKS besteht aus 40 Mitgliedsvereinen aller Typen von Kindergruppen, außer Kindergärten⁷⁰⁰, und ist selber Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. (BAGE), einem bundesweiten Zusammenschluss von Elterninitiativen mit überregionaler Vernetzungsfunktion, im Paritätischen, Förderverein für soziale Arbeit e.V. und in der Verwaltungsgemeinschaft Buchhaltung beim KEKS GbR. Organe von KEKS sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

angebotene Dienste und Güter

KEKS bietet unterschiedlichste Dienstleistungen an. So unterstützt er Krabbelgruppen bei der Vereinsgründung, bei der Beantragung von HzA- und ABM-Stellen und sonstigen Fördermöglichkeiten und bei Versicherungsangelegenheiten vor allem durch Beratungsgespräche und verfügt zur Vermittlung für suchende Eltern und Gruppen über eine umfassende Krabbelgruppenkartei.

Zusätzlich gibt er den ‚Almanach Kölner Krabbelkinder‘ mit zusammengefassten Gründungstipps heraus, zusammen mit den Ehrenfeldern Elterninitiativen den Ehrenfelder Stadtteilführer Spielen & Lernen in Ehrenfeld und monatlich den KEKS Newsletter, in dem aktuelle Stellenangebote und -gesuche, Kinder- und Krabbelgruppenplatz-Angebote und -gesuche ebenso wie aktuelle Informationen und Aktionen veröffentlicht werden.

Weiterhin veranstaltet KEKS das KEKS-Frühstück als Gelegenheit für interessierte Eltern sich über verschiedene Einrichtungen zu informieren und Kontakte zu knüpfen.

Darüber hinaus bietet KEKS ein Spektrum an praxisorientierten Dienstleistungen für Eltern und Vereine an. So werden für Vereine Managementberatungen und -hilfen angeboten, z.B. die Organisation der Verwaltungsgemeinschaften, Buchführung, Personalabrechnungen und deren technischen Abwicklungen, zudem gibt

⁷⁰⁰ *Betreuungszeit nur von 9 – 12 Uhr, ist eher für ländliche Räume mit klassischer Kernfamilienstruktur und Geschlechterrollenverteilung geeignet, für die meisten, besonders größeren städtischen Regionen weniger attraktiv.*

es einen KEKS-Bus, der von anderen Kindergruppen zum Selbstkostenpreis für Ausflüge, Transporte, etcetera gemietet werden kann.

Zum Thema Finanzbuchhaltung und Orientierungsberatungen/ Bewerbungstraining für Frauen in Kommunalen ABM werden regelmäßige Fortbildungsseminare organisiert. Außerdem werden über ein von KEKS selbst entwickeltes Umbaufinanzierungskonzept Gruppenneugründungen unterstützt. Eltern und KöchInnen werden zum Thema ‚Gesundheit und Ernährung‘ beraten und Schulungen vermittelt, ebenso werden Beratungen zu den Themen Ökologie und Umgang mit Chemikalien in Kindertagesstätten angeboten. Wochenendseminare mit verschiedenen Themenschwerpunkten aus Alltag, Theorie und Erziehungswissenschaften werden veranstaltet und nicht zuletzt durchgängig Spielgruppen organisiert, angeboten und betreut.

Die Mehrzahl der angebotenen Dienste findet in den eigenen Räumlichkeiten bzw. auf dem eigenen Gelände oder in den Mitgliedsvereinen statt.

K r a b b e l g r u p p e n , k l e i n e u n d g r o ß e a l t e r s g e - m i s c h t e G r u p p e n u n d a d m i n i s t r a t i v e V o r g a b e n

KEKS wurde letztlich aus den Kinderläden der 70er Jahre initialisiert. Aus dem Gedanken der größeren Eltern-Kind-Nähe und dem Bedarf nach stärkerer Involvierung der Eltern in frühe Sozialisierungsprozesse, wuchs die Nachfrage nach Alternativen zu den klassischen Kindergärten und Jugendgruppen. Verstärkend kam der rapide Anstieg von allein erziehenden jungen Müttern hinzu, die nebenbei auch Geld verdienen und/ oder eine Ausbildung abschließen mussten. Die Stadt Köln fördert allerdings die Ausbildung jünger Mütter wenig, wesentlich geringer als in vielen anderen Großstädten. Es herrscht (nach Aussage der Mitarbeiter von KEKS) weiterhin das veraltete ‚Mutter-bleibt-zu-Haus-Prinzip‘ vor, auch gegenüber Alleinerziehenden. Nach Angaben des Jugendamtes der Stadt Köln liegt die Zielquote der Verfügbarkeit von Kindergruppen im weitesten Sinne für Kinder im Alter bis drei Jahren bei nur 4 % der Kinder dieser Altersgruppe, von denen zudem nur 3,9 % erreicht wurden, während bei Kindern der Altersgruppe von drei bis sechs Jahren die Zielquote bei 100 % liegt, wovon 1999 100,2 % erreicht wurden. Von 28 874 Kinder bis drei Jahren steht nur für 1 111 einen Platz in einer Kindergruppe zur Verfügung, für das Jahr 2000 sind weitere 120 Plätze geplant, der Bedarf ist damit in keinerlei Weise gedeckt.

Krabbelgruppen werden von der Stadt Köln kategorisch abgelehnt und nicht öffentlich gefördert. Zwar ist nach dem 8. Bundessozialgesetzbuch alles, was Eltern selbst organisieren, erlaubt, aber der Landschaftsverband Rheinland mit der Stadt Köln hat dies kommunal ergänzt um die Auflage sinngemäß ‚solange die Eltern dabei anwesend sind‘. Auf der Grundlage eines solchen Interessensdissenses können keine innovativen und komplementären Zukunftskonzepte entstehen. Zunächst ist die Reaktion der Eltern auf diese kontraproduktive formelle Struktur die Selbstorganisation unter Umgehung formeller Vorgaben. Hieraus erwachsen Solidargemeinschaften zwischen ‚Leidensgenossen‘, und es wird versucht, Auswege aus den administrativen Vorgaben zu finden.

Nahe liegende Alternative ist die Bildung von ‚kleinen altersgemischten Gruppen‘.⁷⁰¹ Der Konflikt, der daraus für viele Elternteile erwächst, resultiert aus pädagogischen Grundfragen, deren Bewertung auslegungsfähig ist. So kommt es in der kleinen altersgemischten Gruppe zu größeren Reibungen zwischen den Kindern der verschiedenen Altersgruppen und besonders die Babys und Kleinkinder haben größere Schwierigkeiten, zu Geltung zu kommen, während die Krabbelgruppe sich nur aus Babys und Krabbelkindern zusammensetzt und ein größerer Interessenskonsens beim Spielen besteht. Während in der kleinen altersgemischten Gruppe die Konkurrenzsituation höher und eine höhere Durchsetzung gegenüber älteren Kindern nötig wird, ist die Harmonisierung der Kinderinteressen in der Krabbelgruppe höher. Diese zwei Anschauungen stehen sich hier gegenüber, die Ansichten von Pädagogen teilt sich ebenso in zwei Lager. Wichtig erscheint es aus Sicht des Autors hierbei, dass die Partizipation an der Erziehungsgestaltung seitens der Eltern durch formelle Vorgaben stark eingeschränkt wird und verschiedene Perspektiven von zwischenmenschlichen Miteinander kollidieren. Hier steht Wettbewerbsfähigkeit in Konkurrenz zu Interessensausgleich. Es ist zumindest fraglich, auf administrativer Ebene hierüber entscheiden zu wollen, zumal aus den engen Vorgaben ein Interessenskonflikt zwischen Eltern und Kindern resultiert.

Neben den kleinen altersgemischten Gruppen gibt es:

- die großen altersgemischten Gruppen⁷⁰²,
- die Hortgruppen⁷⁰³, und

⁷⁰¹ Die Idealform der kleinen altersgemischten Gruppe entspricht nach Vorgabe des Landes NRW und der Stadt Köln folgender Zusammensetzung: zwei Babys (bis ein Jahr), fünf Krabbelkinder (ein bis drei Jahre) und acht Kindergartenkinder (bis sechs einhalb Jahre).

⁷⁰² 20 Kinder im Alter zwischen 3 und 14 Jahren. Hierfür werden zwei pädagogische Fachkräfte von der Stadt gefördert.

➤ die Kindergartentagesstättengruppen.⁷⁰⁴

Die Anerkennung dieser Gruppentypen entspricht der bei kleinen altersgemischten Gruppen. Unter Umständen gibt es über die normalen Förderungen Sonderförderungen weiterer Arbeitskräfte (eine halbe bis eine ganze Stelle extra), z.B. bei überlangen Öffnungszeiten, räumlichen Sondersituationen, Integration von behinderten Kindern

Ursprünglich gab es auch Förderungen für Krabbelstuben und Krippen, diese Nachfrage entfiel aber⁷⁰⁵ aus Perspektive der Jugendämter durch die Förderung der kleinen altersgemischten Gruppen. Diese nicht-befriedigte Nachfrage musste nun informell gedeckt werden, und dies ist eine der Hauptaufgaben von KEKS. Hier geht es darum, unter Zunutzmachung der ungünstigen formellen Ausgangsvoraussetzungen dennoch zum erwünschten Ergebnis zu kommen, also z.B. zur Gründung und Förderung einer selbstorganisierten und selbstbestimmten Einrichtung für die Sozialisierung von Babys und Kleinkinder bei höchst möglicher Partizipation der Eltern.

A r b e i t u n d F i n a n z i e r u n g

Bei KEKS sind sechs Personen in formellen Arbeitsverhältnissen tätig. Fünf davon werden über öffentliche Förderungen finanziert, sind damit dem 2. Arbeitsmarkt zuzurechnen, eine wird aus Eigenmitteln finanziert:

Eine Bürokraft, eine pädagogische Hilfskraft (beides HzA-Stellen); eine Stelle für Öffentlichkeitsarbeit (ABM-Stelle); ein Azubi⁷⁰⁶ (KEKS ist als Ausbildungsstätte vom Arbeitsamt anerkannt) als Bürokauffrau; ein Zivildienstleistender⁷⁰⁷ zum Busfahren und für verschiedene Tätigkeiten (Reparaturen, ...) und ein Buchhalter, der aus Eigenmitteln von KEKS finanziert wird. Weiterhin werden für verschiedene Projekte und Aktivitäten von KEKS weitere formelle Arbeitsverhältnisse getragen. Insbesondere in den Aus- und Umbaumaßnahmen werden verschiedene Handwerker regelmäßig beschäftigt. Die in formeller Arbeit Tätigen in den 40 Mitgliedsvereinen kämen noch hinzu.

⁷⁰³ 20 Kinder unterschiedlichen Alters. Förderung wie bei der großen altersgemischten Gruppe.

⁷⁰⁴ 20 Kinder im Alter zwischen drei und sechseinhalb Jahren. Förderung: Eine pädagogischen Fachkraft und eine andere ergänzenden Stelle seitens der Stadt.

⁷⁰⁵ Fälschlicherweise, sie bestand weiterhin und wuchs sogar an!

⁷⁰⁶ Auszubildende, finanziert durch das Arbeitsamt.

⁷⁰⁷ Finanziert vom Bundesamt für Zivildienst.

Die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit ist jedoch der tragende integrale Bestandteil von KEKS und der Idee der Elterninitiativen im Besonderen.

Der Vorstand von KEKS setzt sich aus 10 informell Tätigen zusammen, vier bis fünf wechselnde Personen sind ständig in verschiedenen Projekten von KEKS beschäftigt oder entwickeln neue Projekte und Aktionen. Hinzu kommt ein großer Pool von Ehrenämtern aus dem Netzwerk der Mitgliedsvereine, der mehrere Hundert Personen umfasst. Ohne die Säule des Ehrenamtes würde nach Aussage der (formellen) Mitarbeiter von KEKS das gesamte Konzept nicht mehr aufgehen, bzw. die Einrichtung wäre nicht mehr funktionsfähig und müsste die Arbeit komplett einstellen. Dennoch ist die Ergänzung durch formelle Arbeit notwendig. Da die Ehrenämter tagsüber oft wenig Zeit haben, besteht, gerade auch bei Arbeit mit Kindern, die Notwendigkeit sich auch auf formelle Arbeit zu stützen, zumindest wenn eine konsistente und effiziente Arbeit geleistet werden soll. Die Förderung der formellen Arbeit in den Einrichtung ist allerdings höchst unzuverlässig, denn der zweite Arbeitsmarkt wird vom ersten Arbeitsmarkt stark unter Druck gesetzt. ABM- und BShG-Stellen sollen nach der Strategie des Arbeitsamtes zum Sprung in den ersten Arbeitsmarkt verhelfen, die formelle Arbeit in den bürgerschaftlichen Einrichtungen ist aber zum Grossteil auf langfristige Förderungen angewiesen und seitens der Einrichtungen besteht eigentlich nicht ein Interesse, eine gut eingearbeitete ABM-Stelle nach Ablauf der Förderung wieder zu verlieren (zumal der Sprung in den ersten Arbeitsmarkt oftmals nicht gelingt), seitens der Mehrzahl der ABMler genauso wenig. So wurden z.B. am 14.12.1999 zwei ABM-Stellen gestrichen, deren Funktion jetzt durch die anderen formell und informell Tätigen aufgefangen werden muss, was qualitativ nur mit Abstrichen zu bewältigen ist. Das Arbeitsamt ist an der Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen stärker interessiert als an den ABM-Stellen, denn diese schaffen eher Stellen auf dem 1. Arbeitsmarkt. So wird KEKS als Ausbildungsstätte instrumentalisiert, muss bei einem hohen Input von formeller und informeller Arbeit Aus- und Weiterbildungen leisten, um an Fördergelder zu kommen. Auch auf diese Weise externalisiert der formelle Sektor Leistungsansprüche in den informellen bzw. semiformalen Bereich. Dies betrifft seit Anfang 1999 besonders auch die BShG-Stellen.⁷⁰⁸ Die ABM-Stellen werden zur Krücke für nicht-

⁷⁰⁸ So wurden hier zum 1.1.1999 neue Landesrichtlinien von der Stadt Köln erarbeitet. Hiernach wird auf die Qualifizierung der Beschäftigten durch den Träger größten Wert gelegt. So muss der Träger, der eine Stelle beantragt, einen Qualifizierungsplan ausfüllen, in dem angegeben wird, welche Möglichkeiten zur Qualifizierung die Stelle grundsätzlich bietet (Fortbildung in bestimmten Bereichen, Bewerbungstraining). Bei Einstellung einer Beschäftigten muss der Träger einen Personalentwicklungsplan ausfüllen. Geplant wird die Arbeit an der beruflichen Perspektive der Beschäftigten und den Qualifizierungsinhalten. Dieses muss vom Träger vierteljährlich dokumen-

vorhandene alternative Stellen, bzw. für eine fehlende alternative Arbeitsmarktstrategie für den sozialen Sektor.

Gegenwärtige Situation ist, dass die kleinen altersgemischten Gruppen mit mindestens drei Vollzeitkräften (Rechtsanspruch) und 96 % der Einrichtungskosten der Räumlichkeiten von der Stadt gefördert werden. Nach Schätzung von KEKS gibt es in Köln ca. 25 – 30 so genannte Eltern-Kind-Kreise, die informell in der Funktion von Krabbelgruppen tätig sind, aber anonym bleiben müssen, da sie sonst in einen Konflikt mit dem Jugendamt kämen.

Für kleine altersgemischte Gruppen gibt es eine Mindestförderung von drei Vollzeitstellen, wenn funktionale, kindergerechte Räumlichkeiten vorhanden sind, deren Eignung durch die Bauaufsicht genehmigt ist.⁷⁰⁹ Der Zuschuss für die Ersteinrichtung einer kleinen altersgemischten Gruppe liegt bei ca. 60 000,- DM. Hierbei wird die Verpflichtung einer Mindestlaufzeit von 10 Jahren übernommen. Voraussetzung für die Förderung ist der Status des eingetragenen Vereins, die Anerkennung der Trägerschaft der freien Jugendhilfe (formelle Prüfung administrativer Leistungsfähigkeit und der Umsetzung des Bildungsauftrages nach dem Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder⁷¹⁰) und der Gemeinnützigkeit⁷¹¹. Hier besteht ein Konflikt zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalebene, das Finanzamt erkennt z.B. die Gemeinnützigkeit von Krabbelgruppen an, während die Stadt die Organisationsform an sich und damit auch Förderung ablehnt (für die Krabbelgruppen erweist sich gegenüber dem Jugendamt das Steuergeheimnis als vorteilhaft). Um zusätzlich erhöhte Zuschüsse⁷¹² zu bekommen, ist die Anerkennung als Elterninitiative⁷¹³ Bedingung.

KEKS finanziert sich vor allem über den Ausbau von Räumlichkeiten, über die Verbandstätigkeit, insbesondere Mitgliedsbeiträge, und ergänzend über bestimmte Dienstleistungsentgelte (z.B. Buchhaltung für Mitgliedsvereine, Verleih des VW-Busses, angebotene Weiterbildungen ...) und auch Spenden. Zudem baut KEKS

tiert werden. Am Ende des Jahres soll die Perspektive der Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt bzw. der Weiterbildung und Umschulung für den selben stehen.

⁷⁰⁹ *Es müssen für 15 Kinder z.B. mindestens 120 qm Innen- und 120 qm Außenfläche sowie mindestens ein Wickelraum verfügbar sein.*

⁷¹⁰ *Ausführungsgesetz des 8. Sozialgesetzbuches des Landes NRW.*

⁷¹¹ *Ist gegeben wenn die allgemeine Vereinsarbeit ausschließlich ideell inhaltlich der Zweckbindung entspricht und diese (hier liegt der Casus knaxus) dem öffentlichen Interesse folgt.*

⁷¹² *Erstattung von 96% der Betriebskosten bei Anerkennung als Elterninitiative.*

⁷¹³ *90 % der Eltern der Kinder, die die Tagesstätte besuchen, müssen Mitglieder des Trägervereins sein*

unterschiedlichste Räumlichkeiten selbstorganisiert unter Einsatz informeller wie auch formeller Arbeit zu Kindergärten und Kindertagesstätten aus und vermietet diese dann an die jeweiligen Einrichtung weiter. Fester Mietsatz liegt bei 23,- DM/qm, welche die Einrichtungen aus öffentlichen Mittel rückerstattet kriegen. Der Ausbau wird über Bankkredite finanziert, die Tilgung erfolgt über die Mietdifferenz.⁷¹⁴ Ergänzt wird die Finanzierung durch die Förderung von ABM- und BShG-Stellen. Insgesamt wird eine Kostendeckung ohne Gewinne erreicht.⁷¹⁵

Grundsätzlich interessant ist die Quintessenz, die sich aus der Förderstruktur ziehen lässt:

Regeleinrichtungen (z.B. kirchliche Kindergärten) erhalten gesamt 73 % Zuschüsse (27 % vom Land, 27 % von der Stadt, 19 % aus Elternbeiträgen), weitere 27 % werden vom Träger der Einrichtung (in diesem Fall die Kirche) zur Verfügung gestellt;

Finanzschwache Träger (z.B. Arbeiterwohlfahrt) erhalten 90 % Zuschüsse (35,5 % vom Land, 35,5 % von der Stadt, 19 % aus Elternbeiträgen) weitere 10 % werden vom Träger der Einrichtung (in diesem Fall die AWO) zur Verfügung gestellt;

Elterninitiativen (90 % Vereinsmitglieder) mit Zusatzförderung erhalten 96 % Zuschüsse (38,5 % vom Land, 38,5 % von der Stadt, 19 % aus Elternbeiträgen) weitere 4 % werden vom Träger der Einrichtung (in der Regel auch die Eltern) zur Verfügung gestellt

Ist die Stadt selber der Träger, kostet die Förderung zusätzlich den Trägeranteil, also ist ein städtischer Kindergarten für die Kommune teurer als die Förderung einer selbstorganisierten Einrichtungen für informelle Arbeit.⁷¹⁶

W e i t e r e I n t e r v i e w e r g e b n i s s e a u s e i n e m K u r z i n t e r v i e w m i t e i n e m V a t e r

Er zahlt monatlich ungefähr 90,- DM Vereinsbeiträge. Für Gering-Verdienende gibt es teilweise Sozialstaffeln. Zusätzlich kommen pro Elternteil noch vier Stunden Eigenarbeit hinzu und einmal im Jahr ein Putztag. Dieser Aufwand lohnt sich auf

⁷¹⁴ Beispiel: Eine Halle kostet leer 10,- DM/qm, wird über einen Kredit ausgebaut und für 23,- DM/qm weitervermietet.

⁷¹⁵ Ist Voraussetzung für als gemeinnützig anerkannte Vereine.

⁷¹⁶ Die prozentuale Platzverteilung nach Trägern für die Altersgruppe der bis drei Jährigen: 62,9 % Städtisch, 3,78 % Katholisch, 3,15 % Evangelisch, Kölner Kindertagesstätten (Köln Kitas) 5,67 % und 24,48 % Andere. Für die Altersgruppe der drei bis sechs Jährigen sind es 42,44 % Städtische, 34,54 % Katholische, 8,7 % Evangelische, 4,21 % Köln Kitas und 10,1 % Andere.

jeden Fall, denn der Kontakt zu den Kindern ist viel dichter, die Solidarstrukturen zwischen den Eltern werden entwickelt und gefördert, so dass auch in anderen Lebensbereichen als denen der Kindererziehung ein engeres Kooperationsnetz entsteht. Das Empfinden des Zuwachses subjektiven Wohlstandes überwiegt die finanziellen Mehrkosten bei weitem.

Z u k u n f t s v i s i o n e n , - k o n z e p t e

Zu erhoffen wäre eine Stärkung der frühkindlichen (unter drei Jahren) Förderung und Erziehung seitens der Stadt. Eine Idee hierfür wäre, dass jeder Elternteil einen Beratungsgutschein zum Thema Kinderbetreuung vom Jugendamt bekommen würde. Dieser Gutschein soll als Zwischenwährung dienen und bei der jeweiligen Einrichtung abgegeben werden. Diese führt die Gutscheine dann wieder an die Stadt zurück und tauscht sie in Form einer Arbeitsplatz- oder Arbeitszeitfinanzierung um. Resultat wäre hieraus ein stärkerer Dienstleistungswettbewerb, informell Tätige würden die Funktion der Einrichtungen optimieren, was bei qualitativ hochwertigen Dienstleistungen Kosten einsparen könnte. Hieraus würde zudem ein Anreiz für mehr gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit erwachsen. Weiterhin soll für Unternehmen die Möglichkeit bestehen, solche Gutscheine bei der Stadt einzukaufen und an die eigenen Arbeitnehmer zu geben, um selber Sozialabgaben reduzieren zu können.

S y s t e m a t i s i e r u n g n a c h S c h n i t t s t e l l e n t y p o l o g i e n

KEKS ist grundsätzlich dem ‚Trend stabil‘ zuzuordnen, wobei eher eine Tendenz zur zunehmenden Informalisierung durchzuscheinen scheint. Grundsätzlich geht das Interesse Richtung ‚Trend Optimierung‘, einer Optimierung der Schnittstellenposition in Kooperation mit formellen wie informellen Stellen.

Die finanzielle Abhängigkeit ist verteilt, deshalb ist hier der ‚Typ informelle und formelle Alimentation – informelle Gewichtung‘ zu wählen, allerdings liegt die Gewichtung primär auf informellen Strukturen.

Die Abhängigkeit von Gütern, Diensten und Arbeit liegt im Schwerpunkt auf informeller Subsistenzarbeit und informellen Strukturen, ist also dem ‚Typ informelle Integration‘ zuzuordnen, allerdings handelt es sich hier um einen Grenzfall und die Gewichtung könnte bei ein bis zwei zusätzlich geförderten Erwerbsarbeitsplätzen anders gelagert sein.

Die Leistungsorientierung ist klar endogen und dem ‚Typ interne Leistungsorientierung‘ zuzuordnen.

R e s u m é e

Zusammenfassend stellt KEKS eine Einrichtung dar, über die eine Nachfrage befriedigt wird, die über formelle Strukturen nicht repräsentiert oder gering bis gar nicht wahrgenommen wird. Auf Grundlage einer sehr funktionalen Organisationsstruktur wird sehr effizient gewirtschaftet und mehrere Arbeitsplätze geschaffen und gesichert, einer davon aus Eigenmitteln finanziert. Zudem ließe sich die finanzielle Entlastung der Kommune pro vertretender Einrichtung von KEKS klar quantifizieren. Neben dem Aspekt der Arbeitsplatzschaffung und Sicherung bietet KEKS die Möglichkeit zur Aus- und Weiterbildung in der eigenen Einrichtung und bietet darüber hinaus zusätzlich verschiedene Lehrgänge an.

Über die Arbeit von KEKS wird es vielen Elternteile erst ermöglicht, ihre Berufsausbildung abzuschließen und/ oder eine solche zu beginnen oder weiterzuführen, in dem sie besonders auch die Entlastung von jungen Müttern aber auch Vätern von erzieherischen Aufgaben unterstützt.

Neben diesen direkt arbeitsmarktwirksamen Effekten der Arbeit von KEKS werden Kooperationsnetze auf bürgerschaftlicher Ebene geschaffen und gestärkt, Identifikationsprozesse mit der eigenen Rolle als Erziehende/r bei den Eltern begleitet, generationsübergreifend Kommunikation gefördert und stadtteilbezogene Nachbarschaftsarbeit geleistet. Auf individueller Ebene wird die Aktivität in KEKS als befriedigend und wohlstandserhöhend empfunden, sofern die Bereitschaft besteht, hierfür auf einen Teil des monetären Erwerbes zu verzichten.

Dem steht eine kontraproduktive formelle Außenstruktur gegenüber, die vor allem durch die Maßstäbe der städtischen Administration geprägt ist, und die nicht die bürgerlichen Interessen widerspiegelt. Aus diesen Gründen werden die formellen Hemmnisse durch unterschiedlichste Tricks überwunden. Hierbei werden vor allem von formeller Seite die Chancen einer Komplementarität beider Sektoren nicht wahrgenommen und profitable Möglichkeiten der Kooperation verhindert.

D. [BA]ROCK – BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER MUSIKINITIATIVEN E. V.

Trend Formalisierung – funktionale Teilung/formelle Alimentation – öffentlich und marktlich/informelle Integration/Externe Leistungsorientierung – Mischform.

Kaiser-Wilhelm-Ring 20, 50672 Köln, Tel.: 0221-2227448/-49, Fax: 0221-2227450

eMail: barock@netcologne.de, www.: www.barock.org

I n h a l t e u n d F u n k t i o n

[BA]Rock wurde 1993 in Köln auf dem dritten Bundeskongress der Landesverbände der Musikinitiativen, der frei organisierten Interessensvereinigungen und der regionalen Einzelinitiativen als Dachverband gegründet. Zweck des Vereins ist die Förderung der Rock- und Popmusik in ihrer gesamten stilistischen Breite auf Bundesebene. So wird insbesondere der Informationsaustausch über und zwischen den verschiedensten Organisationsformen des Rock- und Popmusikbereiches im In- und Ausland gefördert, die Rock- und Popmusikkultur zielgruppenspezifisch gefördert, unter anderem indem verschiedensten Bands Auftrittsmöglichkeiten vermittelt oder auch direkt angeboten werden. Weiterhin werden Interessen von Musikinitiativen, den verschiedenen Landesverbänden und MusikerInnen vertreten. So kommt es zu Kooperationen über [BA]Rock zwischen ihrem Klientel und formellen Institutionen auf kommunaler Ebene, Landes und Bundesebene und es werden national wie international Förderkontakte vermittelt, genutzt oder aufgebaut. Weiterhin werden vernetzende Beratungen von politischen Entscheidungsträgern, Ämtern, Institutionen, Initiativen, Veranstaltern, MusikerInnen und sonstigen Einrichtung angeboten und geleistet. Darüber hinaus bietet [BA]Rock verschiedenste Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen an oder vermittelt solche. Im Besonderen ist [BA]Rock bestrebt, mittelfristig eine Neuordnung der Förderstrukturen in Deutschland zu erreichen und ein tragfähiges Fördermodell bzw. eine –struktur in Deutschland zu etablieren.

M i t g l i e d e r s t r u k t u r , G e s e l l s c h a f t s f o r m u n d E n t - s c h e i d u n g s f i n d u n g

[BA]Rock ist eingetragener Verein und als gemeinnützig anerkannt im Sinne des Abschnittes ‚Steuerbegünstigte Zwecke‘ der Abgabenverordnung freier Träger der Jugendhilfe nach § 75 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG). Alle ordentli-

chen Mitglieder haben in den Mitgliederversammlungen ein Stimmrecht, alle außerordentlichen Mitglieder⁷¹⁷ sind teilnahmeberechtigt und beratend tätig, haben aber kein Stimmrecht. An die [BA]Rock sind folgende Landesarbeitsgemeinschaften angeschlossen: LARI – Landesarbeitsgemeinschaft der Rockinitiativen in Baden-Württemberg, die ABMI – Arbeitsgemeinschaft Bayrischer Musikinitiativen, der Brandenburgische Rockmusikerverband, die Landesarbeitsgemeinschaft Rock in Niedersachsen, die L.A.Rock – Landesarbeitsgemeinschaft der Musikinitiativen in Nordrhein-Westfalen, die Landesarbeitsgemeinschaft Rock und Pop in Rheinland-Pfalz, der Saarländische Rockmusikerverband das Institut für Neue Medien in Vertretung von Mecklenburg-Vorpommern und viele weitere Mitgliedsvereine, Bands und Einzelmitglieder bundesweit. [BA]Rock repräsentiert insgesamt über 16 000 MusikerInnen bundesweit.

Die Vereinsorgane sind 1. der Vorstand⁷¹⁸, 2. der Beirat⁷¹⁹ (Vertretung der Landesverbände) und 3. dem Bundeskongress⁷²⁰ (die Mitgliederversammlung).

a n g e b o t e n e D i e n s t e u n d L e i s t u n g e n

Neben einem ständigen Beratungsservice der [BA]Rock für MusikerInnen, Musik- und Kulturinitiativen, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft wie für sonstige thematisch Interessierte wird ein breiter Fächer von sonstigen Aktivitäten wahrgenommen. [BA]Rock veranstaltet jährliche Bundeskongresse mit den verschiedenen Landesarbeitsgemeinschaften und ist als Repräsentant seiner Mitglieder in verschiedenen Gremien vertreten, wie z.B. dem Deutschen Musikrat, dem Landesmusikrat NRW, den Fonds Soziokultur, der Rockstiftung und der Emil Berliner Stiftung.

⁷¹⁷ Unterscheidung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern siehe Vereinssatzung [BA]Rock.

⁷¹⁸ Besteht aus 5 Personen: Dem 1. Vorsitzenden, dem/der FinanzreferentIn und 3 gleichberechtigten BeisitzerInnen. Der Vorstand wird vom Bundeskongress für einen Zeitraum von 3 Jahren gewählt. Ihm obliegt die Geschäftsführung, die Verwaltung des Vereinsvermögens und die Wahrnehmung der Vereinsinteressen nach den Satzungs Vorschriften. Der Vorstand bestellt den Geschäftsführer und beruft ihn auch ab. Er ist beschlussfähig wenn 3 Vorstandsmitglieder anwesend sind und beschließt mit einfacher Mehrheit. Weiteres siehe Vereinssatzung [BA]Rock.

⁷¹⁹ Der Beirat besteht aus je einem Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft bzw. der Ländervertretungen. Vorstandsmitglieder der [BA]Rock können nicht zugleich im Beirat vertreten sein. Der Beirat hat die Aufgabe dem Vorstand beratend und empfehend in wichtigen Vereinsangelegenheiten zur Seite zu stehen. Rechtsgeschäfte des Vorstandes über 25 000,- Euro bedürfen der Zustimmung des Beirates. Bei der Beschlussfassung entscheidet die einfache Mehrheit. Weiteres siehe Vereinssatzung [BA]Rock.

⁷²⁰ Der Bundeskongress wählt den Vorstand und beruft ihn ab, er setzt die Mitgliedsbeiträge fest und entscheidet über Satzung und Änderung und Auflösung des Vereins. Ihm obliegt die Wahl der 2 Kassenprüfer, welche dem Bundeskongress regelmäßige Prüfberichte vorzulegen haben. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst Weiteres siehe Vereinssatzung [BA]Rock.

1995 veranstaltete [BA]Rock den Bundesrocktag 1995, 1996 wurde das Projekt ‚Rock´n´Future‘ 1996 mit 151 Festivals und 600 Livebands in 140 Städten der BRD durchgeführt, 1997 war [BA]Rock an der Organisation und Durchführung der ‚1. Konferenz zur Förderung der Popmusik in Deutschland‘ in Osnabrück maßgeblich beteiligt und Initiator der Konzertierte Aktion Pop. 1998 war [BA]Rock Mentor des ersten PopMusiContest 1998 (durchgeführt vom Deutschen Musikrat, der GEMA, der NCC Cultur Concept gGmbH⁷²¹) und die nominierte Band der [BA]Rock ‚No sex until marriage‘ wurde eine der fünf Siegerbands. Seit 1999 arbeitet die [BA]Rock im Rahmen eines partnerschaftlichen Fördermodells der Musikkultur mit der Volkswagen Sound Foundation und dem (Musik)Fernsehsender VIVA zusammen. Am 25.1.1999 wurde dann auch die neue Geschäftsstelle in Köln aufgebaut. Für die zweite Konferenz zur Förderung der Populärmusik in Deutschland⁷²² Ende Oktober 1999 in Bochum wurden die Konzeptions- und Planungsarbeiten geleistet, Veranstalter war die NCC Cultur Concept gGmbH. In Zusammenarbeit mit dem Kultursekretariat NRW/ Rockbüro und dem Kulturbüro Bochum veranstaltete [BA]Rock den Pop Sightseeing Award TRIEBWERK `99, den landesweit größten Wettbewerb für Populärmusik. Hierfür bestehen Kooperationen mit der Emil-Berliner-Stiftung der Deutschen Phono-Akademie, mit der PopKomm⁷²³, VIVA und VIVA ZWEI und der Volkswagen Sound Foundation. Am Pop Sightseeing Award TRIEBWERK können sich Bands, DJ´s, Einzelinterpreten oder Musikprojekte sämtlicher Stilrichtungen bewerben. Grundlage für die Teilnahme ist, dass die betreffenden Bands noch nicht über einen Major-Deal verfügt und Wohn- und Arbeitssitz in NRW hat. Als

⁷²¹ Kommunikationsagentur für Kultur und Kulturwirtschaft, gefördert vom Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes NRW.

⁷²² Im Rahmen der 2. Konferenz zur Förderung der Populärmusik in Deutschland wurden anhand von Best-Practice-Beispielen die Erfolgsfaktoren der Populärmusik im Bereich der Musikwirtschaft in den Mittelpunkt gestellt. In AG´s und einem Podiumsgespräch wurden die Rahmenbedingungen, die Potentiale und die innovativen Ansätze der Musikkultur- und Wirtschaft eruiert mit dem Ziel diese auch nutzbar zu machen. So sollte die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Förderern mit dem Ziel optimiert werden, das die Vielfältigkeit der Musikszene erhalten, die bestehenden strukturellen Defizit abgebaut und die Gestaltung neuer Arbeitsplätze angeregt wird. Schirmherr der Konferenz war Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes NRW.

⁷²³ Besonders mit der PopKomm, der weltweit größten Messe für Populärmusik, hat [BA]Rock traditionell enge Kontakte. Auch die PopKomm hatte sich zunächst informell initialisiert und wuchs aus dem gleichen Pool von Personen und Vernetzungen wie auch [BA]Rock heraus. Während [BA]Rock weiterhin zugunsten der Stützung und Förderung von Musik gerade auch als soziokultureller Bestandteil arbeitet, hat sich die PopKomm völlig formalisiert und kommerzialisiert und es finden primär nur noch jene MusikerInnen Platz, deren Produkte gefällig genug sind, dem Allgemeingeschmack zu gefallen, während der kreative, innovative Nachwuchs nur schwer zu Gehör kommt. Auch setzt sich das Management der PopKomm immer weniger aus MusikerInnen zusammen, sondern immer mehr aus Medienvertretern und Vertretern der Musikindustrie.

Hauptpreis winken 10 000,- DM. Explizites Anliegen von Triebwerk ist es, die Spitze der in NRW ansässigen Bands/ Projekte/ Künstler an professionelle Kontakte und Arbeitsbedingungen heran zu führen. Deshalb sind speziell alle Independent, Klein- und Kleinstlabel in NRW angesprochen, Bewerbungen einzusenden. Das dieses Konzept greift, zeigt sich in den Ergebnissen der vorausgegangenen Triebwerk-Veranstaltungen. Einige der Gewinner konnten inzwischen größere Verträge unterzeichnen und haben sich professionalisiert (allerdings damit auch meist kommerzialisiert). Ausschlag gebend ist hierbei auch, dass die PopKomm, VIVA und VIVA ZWEI als Präsentatoren der Gewinner auftreten.

Außerdem wurden Landesnachwuchsfestivals in fast allen alten Bundesländern durchgeführt, eine Ausweitung gerade auch in die neuen Bundesländern wird anvisiert.

Über [BA]Rock und deren Mitglieder werden verschiedene Fortbildungen und Zusatzqualifizierungen angeboten. Dies sind unter anderem Know-How-Seminare für Organisatoren⁷²⁴, verschiedenste Qualifizierungen in den Dezentralen Rockakademien⁷²⁵, über das Rockmobil⁷²⁶ verschiedene Weiterbildungsseminare für die Musikbranche und das erste Music Business Summer College.⁷²⁷ Zusätzlich erscheinen von [BA]Rock und ihren Mitgliedern verschiedenste Publikationen zum Thema Pop-, Rock-, Musikkultur/ Musikbranche, Musik- und Kulturförderung, wissenschaftliche Studien zum Thema Musikkultur, Adressverzeichnisse und Handbücher zu Fördermöglichkeiten im Bereich Musik. Informationsdienste werden angeboten, teils schriftlich, teils telefonisch, teils per Internet-Newsgroups und Mailing-Listen.⁷²⁸ Außerdem gibt es noch einen Projektbereich zur Thematik Frau und Musik. Hierzu veranstaltet das Frauenrockmobil der LAG Niedersachsen Workshops, Konzerte und Landesmusiktage, und rocksie⁷²⁹! das european music network for wo-

⁷²⁴ vom Rockbüro Süd, München

⁷²⁵ der LAG Rock Niedersachsen.

⁷²⁶ des Saarländischen Rockmusikerverbandes.

⁷²⁷ der Rockstiftung Baden Württemberg.

⁷²⁸ So wurde z.B. die Internet-Netzwerk-Börse aufgebaut, mit der Funktion, die Kulturszene, das heißt, die in NRW ansässigen MusikerInnen und Bands der Populärmusik, mit der Musikwirtschaft, der öffentlichen Verwaltung auf kommunaler und Landesebene und weiteren VertreterInnen aus den Bereichen Medien, Musikwissenschaft, Fördergremien Politik und Stiftungen zu vernetzen. Der Benutzer kann Eigenrecherchen zu spezifischen Themen ermöglicht, es stehen umfangreiche Datenbanken (Adressen, Bibliographien, Publikationen, themenbezogene www.-Links...) zur Verfügung sowie nutzbare Kontakte und Kooperationen für die selbstorganisierte Planung und Umsetzung künstlerischer und beruflicher Ziele.

⁷²⁹ Teil der Kultur Kooperative Ruhr.

men, in dessen Rahmen verschiedenste Workshops, Konzerte und Symposien stattfinden.

A r b e i t

[BA]Rock finanziert aus Eigenmitteln eine volle Stelle, die des Geschäftsführers, eine einzeidrittel Stelle mit 23 Wochenstunden, die der Geschäftsführerin und eine studentische Hilfskraft mit 19,25 Wochenstunden. Weiterhin werden eine nicht quantifizierbare Zahl von Erwerbsarbeitsplätzen in der Gastronomie, den Medien und der Musikbranche entweder direkt durch Konzerte, Projekte und sonstige Veranstaltungen oder indirekt über Nachwuchsförderung, Dynamisierung der innovativen Musikkultur, Förderung der Popularität von Pop- und Rockmusik gesichert. Hinzu kommt die direkte Wirkung auf den Erwerbsarbeitsmarkt, indem Nachwuchsmusiker an große Labels und Produktionsfirmen vermittelt werden und/ oder in anderer Form/ Tätigkeit auf dem formellen Arbeitsmarkt in der Musikbranche, den Medien, etcetera ... Fuß fassen. Über Fortbildungsseminare und Zusatzqualifikationen werden die Chancen der Zielgruppe auf formelle Beschäftigungsverhältnisse zusätzlich stark verbessert, von der Stärkung der Motivationen und der Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zielgruppenspezifisch wie gesamtgesellschaftlich ganz zu schweigen.

Sämtliche Inhaber der Vereinsämter sind ehrenamtlich tätig, ebenso der Grossteil der Mitglieder der Mitgliedsvereine, Verbände, AG's etc. Herausstechend ist aber die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit der Musiker und Musikerinnen sowie deren technischen und handwerklichen Unterstützung. Die Stundenzahl der hier geleisteten informellen Arbeit lässt sich nicht annähernd erfassen, denn sie ist nicht damit abgegolten, dass sich die Bandmitglieder mit ihren Roadies in ein Auto setzen (was sie zuvor beladen haben), eventuell mehrere Stunden zum Veranstaltungsort fahren, dort die Instrumente und Technik aufbauen, den Soundcheck machen (was alles in allem in der Regel nochmals ca. vier Stunden dauert) und anschließend in ein bis zwei Stunden ihr Programm runterspielen. Der größte Teil der informellen Arbeit liegt in den vorausgehenden Jahren der Bandarbeit mit den mindestens wöchentlichen Proben, des kreativen Entwicklungsprozesses der einzelnen Stücke und der Zusammenstellung des Programms. Diese wird noch alimentiert durch zusätzliche formelle Arbeit, um den Proberaum (und die schalldichte Isolation), die Instrumente, das Equipment (Kabel, Verstärker, Mikrophone, Instrumentenständer, ..., oftmals im Wert von mehreren Zehntausenden DM) zu finanzieren. Somit bietet gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit die wesentliche

Grundlage der auf [BA]Rock und ihren Projekten gewachsenen formellen Arbeit. Diese würde ohne die Bürgerarbeit nicht existieren und auch wieder verschwinden.

F i n a n z i e r u n g

Die Anschubfinanzierung für [BA]Rock in Köln war relativ günstig, die Zusagen der Sponsoren über eine einjährige Laufzeit bestanden bereits vorab, für eine langfristige Planung sind aber keine Verbindlichkeiten vorhanden. So wurde nach erfolgreicher Zusammenarbeit mit VW die Anschubfinanzierung nach einem Jahr eingestellt und nun in Funktion eines Dienstleisters für die Volkswagen-Stiftung fortgeführt.

Das jährliche Gesamtbudget 1999 beträgt ca. 405 000,- DM brutto. Dieses setzte sich ungefähr zusammen aus:

- 150 000,- DM aus dem VW-Sponsoring⁷³⁰;
- 100 000,- DM als Förderbeitrag des NCC (siehe oben);
- 20 000,- DM vom Rockbüro NRW;
- 55 000,- DM vom Förderverein des Rockbüros NRW;
- 10 000,- DM Sponsoring der deutschen Phono-Akademie und
- 80 000,- DM aus Dienstleistungen und Projekten (speziell Triebwerk).

Diese Summe wird (geschätzt) zu ungefähr 50 % für Personal- und Nebenkosten (Löhne und sonstige Nebenkosten) und 50 % für konkrete Projektarbeit (inkl. Verwaltung und Spesen) verwendet. Die Projekte sind äußerst knapp kalkuliert, entweder gerade Kosten deckend oder defizitär. Geleistet wurden 1999:

- a) sämtliche alltäglichen Informations-, Beratungs⁷³¹-, Öffentlichkeits-, Internetaufgaben⁷³²;
- b) ganzjährig bundesweite Pressearbeit;
- c) verschiedene kleinere Konferenzen;
- d) Sieben Triebwerk-Veranstaltungen mit jeweils fünf Bands;
- e) Ein Bundeskongress;

⁷³⁰ [BA]Rock als Imagerträger

⁷³¹ nach Schätzung mindestens 1 000 Beratungsstunden im Jahr.

⁷³² nach Schätzung mindestens 500 eMail-Antworten im Jahr.

- f) mindestens drei Vorstandssitzungen;
- g) Zwei Beiratssitzungen;
- h) Eine Publikation⁷³³ und ca. 1 500 Seiten Konzeptpapiere und Artikel;
- i) auf der PopKomm ein Messestand und ein Festival mit sechs Bands;
- j) Ein Amsterdam-Festival mit drei Bands;
- k) Ein Symposium (Popseminar, 15 Teilnehmer aus der BRD, 15 aus den NL) in Amsterdam;
- l) Ein Workshop in Italien.

Sämtliche Einnahmen aus den Veranstaltungen fließen an die Bands und die Veranstalter, Kosten für Promotion, Plakate ... stellt [BA]Rock zur Verfügung plus einen betreuenden Koordinator. Für die Veranstalter wird eine Auswahlbürgschaft in Höhe von 2 000,- DM übernommen, das heißt, wenn die Eintrittseinnahmen unterhalb von 2 000,- DM liegen, springt [BA]Rock mit dem Differenzbetrag ein. Die Einnahmen über die Gastronomieumsätze kommen für den Veranstalter noch hinzu. Für die Bands bleibt in der Regel ein Gesamtbetrag zwischen 120,- bis 200,- DM (dieser ist natürlich in der Regel auf wenigsten drei Personen umzurechnen), Spesen wie Anfahrtskosten u. ä. müssen aus diesem Betrag bestritten werden, Catering ist inklusive. [BA]Rock schätzt, dass das Triebwerk-Projekt die öffentliche Hand ca. 40 000,- DM kostet und über dieses Projekt wieder ca. 80 000,- mittelbar oder unmittelbar an diese zurück fließen.

W e i t e r e E r g e b n i s s e a u s d e m I n t e r v i e w

[BA]Rock versteht sich als Brückenkopf des informellen Sektors in formelle Strukturen. Er versucht zwischen den Interessen der informell agierenden Musiker und Musikerinnen, welche in der [BA]Rock vertreten sind, und den Interessen der Veranstalter, der Medien und der großen Musikverlage – also der Musikindustrie – zu vermitteln. Schwerpunkt der Arbeit von [BA]Rock ist der Erhalt und die Förderung einer vitalen Musikkultur. Dies will [BA]Rock vor allem über die Etablierung und den Ausbau von Kommunikations- und Kooperationsnetzwerken erreichen um Informationstransfers zu beschleunigen und optimieren. Der Point of Sales wird in der Plattenindustrie bei ca. 15 000 Anfangsverkäufen erreicht. Alles, was darunter

⁷³³ Neumann, J. (1999): *Fanzines 2. Noch wissenschaftlichere Betrachtungen zum Medium der Subkulturen, mit aktuell recherchiertem Fanzine-Index.* Ventil-Verlag, Mainz.

liegt, wird als Flop betrachtet. Gerade Nischenstellungen, innovative Keimzellen für neue Stilrichtungen (und damit neue Marktchancen) werden dadurch stark behindert und in der Kulturförderung massiv vernachlässigt.⁷³⁴ Es werden keine Künstler mehr aufgebaut. Der Zugang der Industrie an Musik hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Es werden nur noch bestehende Trends gestärkt, die Industrie interessiert sich nur noch für die Distribution von CDs u. ä., der Mainstream drängt die Trend setzende Subkultur an die Wand. Dies, obwohl Musik eigentlich Selbstzweck ist, sie folgt einer Eigenlogik, ökonomische Verwertung ist davon der geringste Bestandteil, die Rauhigkeiten, die Ecken und Kanten sind Teil des künstlerisch-musikalischen Gesamtwerks. Ihre Nivellierung ist für die Entwicklung der Musikkultur kontraproduktiv.

Als Zukunftsperspektive steht für [BA]Rock die Aufspaltung in eine gewinnorientierte und eine gemeinnützige Einheit (was z.B. die Bildung einer zusätzlichen GmbH bedeuten könnte) in Aussicht. Der Vereinsstatus ist häufig ungünstig, weil keine Überschüsse gemacht werden können, bzw. dies keinen Sinn macht. Für eine funktionale Arbeit ist aber die Option Gewinne machen zu können grundsätzlich vorteilhaft. Deshalb ist eine funktionale Teilung bei gegenseitiger Alimentation nützlich, zumindest, solange es keinen Alternativstatus gibt. Ebenso erweist es sich bei ABM-Stellen, weshalb diese auch nicht beantragt werden, denn die Unverbindlichkeit dieser Fördermaßnahme bedeutet oft mehr Arbeit als Entlastung.

Gerade die interdisziplinäre Vernetzung auch mit anderen Bürgerschaftlichen Einrichtungen wäre sehr hilfreich und anzustreben, gerade auch um kulturelle Interaktion und Bildung themenübergreifend zu fördern. Denn Geldarbeit verdrängt inhaltliche Arbeit.

Als Zukunftsvision wäre ein nationales Popinstitut ein soziokulturell wertvoller Beitrag. Dieses könnte eine virtuelle Bibliothek und Musiksammlung beinhalten,

⁷³⁴ Anmerkung: Wer sich auch nur einige Male in den feuchten kalten Kellerlöchern aufgehalten hat, wo bei fehlender Belüftung und sanitärer Ausstattung neue Musik entwickelt wird, weiß, dass die Kulturförderung in der BRD nicht über dem Niveau eines Entwicklungslandes liegt, sogar eher darunter, insbesondere dann, wenn man die gesellschaftliche Anerkennung eines Künstlers/einer Künstlerin vergleicht! Neben den Marktchancen, die hier vertan werden, liegt der größte Mangel darin, dass die künstlerisch-kreativen Werte der marktwirtschaftlich orientierten Kulturen zunehmend ins Hintertreffen geraten und vor allem das Wohlstandsempfinden der Bevölkerung darunter leidet. Denn die Verarmung an künstlerischen Ausdrucksformen ist eine Verarmung an Geist und ohne Geist ist individuelle und damit auch kollektive Reflexion nur schwer oder gar nicht möglich. Die Folge ist der Mangel an Innovation, damit Stillstand die Folge und aus fehlender soziokultureller Entwicklung folgt ökologische Regression. Hieraus resultieren wiederum auch Arbeitslosigkeit und Wohlstandsdefizite und diese können ohne Innovation nicht behoben werden.

nationaler und internationaler Repräsentant der Populärmusik werden und Projekte entwickeln, beraten und Musikkultur intra- und interkulturell vernetzen.

Dieses Popinstitut sollte auf drei Säulen fußen: Zum einen auf der Grundlage der öffentlichen Unterstützung und des politischen Rückhaltes, zum zweiten auf dem Pool der Musiker und der Musik- und Kunstszene in Deutschland und zum dritten auf der Wirtschaft und deren Förderung. In diesem Institut sollen so die drei Säulen verbunden werden zugunsten einer Fusion der Partikularinteressen. Es sollte als stetiges Forum für Musikkultur für alle Bürger offen sein und Symbol für eine weltoffene kreative deutsche (Musik)Kultur werden. Denn Menschen brauchen Kultur um gesund zu sein, sie wirkt revolutionär und evolutionär, ist der Spiegel der Gesellschaft und dient als psycho-soziales Ventil. Besonders die Musik fördert mentale, physische und spirituelle Entfaltung und bewirkt so Schöpfungskraft.

S y s t e m a t i s i e r u n g n a c h S c h n i t t s t e l l e n t y p o l o - g i e n

Bei der Trendzuordnung ist die Tendenz einer zunehmenden Formalisierung bei einer funktionalen Teilung in eine formelle und eine informelle Einheit festzustellen, deshalb ‚Trend Formalisierung – funktionale Teilung‘. Ob, und zu welchem Grad dabei das Schwergewicht zunehmend auf der formellen Einheit liegen wird, oder bereits bestehende informelle Strukturen und Funktionen durch formelle Elemente verdrängt werden, bleibt abzuwarten.

Die finanzielle Abhängigkeit von formellen Strukturen ist eindeutig, deren Gewichtung ist verteilt, und nicht eindeutig festzulegen, also wechselnd, aus diesem Grund ist ‚Typ formelle Alimentation – öffentlich und marktlich‘ zu wählen.

Was die strukturelle Abhängigkeit betrifft, liegt sie wegen den informellen Leistungen der MusikerInnen bei ‚Typ informelle Integration‘.

Die Leistungsorientierung ist zwar zu einem nicht unbeträchtlichem Spektrum auch auf die Mitgliedsorganisationen gerichtet, das Schwergewicht liegt aber deutlich auf der externen Leistungsorientierung, wobei Bürgerschaftliche Einrichtungen ebenso von der Arbeit der [BA]Rock profitieren, wie auch die Interessensgruppe der MusikerInnen, als auch verschiedenste Einrichtungen mit stark formellem Charakter, wie Veranstalter, Musikindustrie und kommunale Einrichtungen. Aus diesen Gründen ist hier der ‚Typ Externe Leistungsorientierung – Mischform‘ zu bevorzugen.

R e s u m é e

Die Arbeit der [BA]Rock ist für ihren Themenbereich sehr weit gefächert und es werden nahezu alle angebundenen Sektoren berührt. Der Charakter der Schnittstelle wird hier sehr deutlich. Alle involvierten Interessensgruppen profitieren von den Leistungen der [BA]Rock, wobei aus Gründen administrativer und wirtschaftlicher Vorgaben die formellen Strukturen deutlich stärker profitieren, als dies z.B. die Bands können. Auch zeigt sich sehr klar, dass die Notwendigkeit der Kooperation mit der Musikindustrie sich erschwerend für die inhaltliche Arbeit auswirkt, denn hier kollidieren Wettbewerbsmaßstäbe mit inhaltlicher Arbeit. Dennoch ist die inhaltliche Arbeit die Triebfeder, auf der die ökonomischen Interessen aufbauen müssen, denn Musik entsteht nur aus Eigenmotivation und neue Musik nur aus Raum und Zeit für Kreativität und Freude an der Sache und nicht an Sachzwängen. Die äußerst positive Wirkung auf den Arbeitsmarkt ist offensichtlich. Die direkte beschäftigungsfördernde Wirkung der informellen Arbeit auf den Grundlagen der Selbstorganisation und Eigenmotivation wird über die Vermarktung der Produkte (Musik) aus informeller Arbeit über die Veranstaltungsorte und die angebundene Infrastruktur besonders transparent, ebenso wie durch die sich professionalisierenden Bands. Die mittelbar wirksamen Aspekte der Beschäftigungsförderung durch Qualifikation, Beratung und Vernetzungsleistung der [BA]Rock sind ebenfalls schwer fehl zu deuten. Das über gelebte und gehörte Musikkultur gesellschaftlicher Wohlstand wächst, dass Musiker sehr häufig auf ein gutes Erwerbseinkommen verzichten, weil sie das, was sie tun, mit Erfüllung belohnt, zeigt umso mehr, wie immaterielle Wohlstandskriterien über Entfaltungsräume für Kreativität qualitativ gesteigert werden können und die Bereitschaft zur Reduktion materiellen Konsums, also Suffizienz, massiv fördern. Somit ließe sich sogar ein hohes Potential ökoeffizienter Wirkungen auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge über Musik- und Kulturförderung prognostizieren.

E. ZUG UM ZUG BAUKOOPERATIVE E.V.

Trend Formalisierung – funktionale Teilung/formelle Alimentation – öffentlich und marktlich/formelle Integration/Externe Leistungsorientierung für bestimmte Personengruppen.

Kempener Str. 135, 50733 Köln, Tel.: 0221-973141-0, Fax: 0221-973141-91

„Lieber ‘nen Buckel vom Arbeiten, als ‘nen Bauch vom Saufen“ Hans, Bauwerker

Inhalte und Funktion

Die Zug um Zug Baukooperative e.V. ist ein gemeinnütziger Träger öffentlich geförderter Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte. Sie wurde durch den Kauf des 120-Jahre alten Worringer-Bahnhofs 1983 für 1 DM geboren. Das Bahnhofsgebäude wurde abgebaut und zerlegt, bis 1987 die Aufbaumittel aus dem europäischen Sozialfonds genehmigt wurden. Am Rande des Geländes des ehemaligen Bundesbahn-Ausbesserungswerk wurde er unter hohem Einsatz von Eigenarbeit von den Gründungsmitgliedern von Zug um Zug wieder aufgebaut und im Herbst 1990 fertig gestellt. In vor allem Holz- und Lehmbauweise, besonders auch unter Verwendung traditioneller Baustoffe, entstand durch die Arbeit von zum Großteil ehemaligen Arbeitslosen (Maurern, Zimmerern, Schreibern, ...) das Gebäude, in dem sich heute der Hauptsitz von Zug um Zug findet. Im Projekt ‚Worringer Bahnhof‘ arbeiteten zu Spitzenzeiten 30 Beschäftigte, davon 20 junge Arbeitslose verschiedener Nationalitäten unter 25 Jahren, die überwiegende Anzahl ohne Ausbildung bzw. bisher ohne feste Anstellung. Neben sozialarbeiterischer Begleitung wurde im Bildungsbereich – vorbereitend und ergänzend zu den Arbeiten auf der Baustelle – besonderes Gewicht auf die Vermittlung ökologischer Bauweisen gelegt. Der Großteil der geleisteten Arbeit war eigenmotivierte Arbeit, denn die notwendige Arbeit ließ sich zum damaligen Zeitpunkt nicht finanzieren und letztlich stellte Eigenarbeit die Grundlage der Bauphase dar. Das Projekt bot außerdem Bauwerkerstellen als befristete Arbeitsmöglichkeit, für die ein Einkommen nach Bautarif gezahlt wurde.

Seit der Fertigstellung wurden und werden mehr und mehr Teile des Geländes auf verschiedenste Weise genutzt. Für das Gelände ist unumstritten der Bau einer autofreien bzw. autoarmen Wohnsiedlung geplant. Zug um Zug soll mit jungen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern 12 Wohneinheiten zugunsten besonderes Zielgruppen des Wohn- und Arbeitsmarktes errichten. Ebenso entsteht zur Zeit

unter der Trägerschaft der Antoniter Siedlungsgesellschaft mbH⁷³⁵ ein Wohnhaus auf dem ehemaligen Bahngelände. Es soll durch seine Bauweise ökologische Maßstäbe setzen und beispielhaft Wohnungsbau und Beschäftigungsförderung verbinden. Über die Nutzung der Geländefläche der alten Eisenbahnhalle besteht ein Dissens mit dem neuen Besitzer des Geländes.⁷³⁶ Zug um Zug plant seit Mitte der 90er Jahre den Umbau der stillgelegten Eisenbahnhalle als einen Gewerbehof, um diesen als Standort für Sozialbetriebe, stadtteilnahe Handwerksbetriebe, Dienstleister, Kunst und Kultur nutzbar zu machen. Hier greift Zug um Zug gerade auch einer großen Künstlergemeinschaft⁷³⁷ (KAN e.V. – Künstler auf dem Ausbesserungswerk Nippes) unter die Arme, die seit einigen Jahren diese Halle als Atelier-, Werkstätten- und Ausstellungsraum nutzt⁷³⁸, aber über den neuen Besitzer des Geländes verdrängt werden soll, wie auch den anderen Nutzern wie dem Natur und Kultur e.V., der Kantine GmbH und dem Umweltzentrum West. Auch Zug um Zug gerät durch ihn stark unter Druck, denn, obwohl Zug um Zug das unbegrenzte Pachtrecht für den Worringer Bahnhof hat, der Aufbau des Gewerbehofes ist elementares Anliegen des Vereins, um seiner Zweckbestimmung zukunftsfähig entsprechen zu können. Um diese durchzusetzen, initiierte Zug um Zug eine Immobilien-Aktiengesellschaft ProjektRaum Köln für soziale und kulturelle Projekte um eine solide Finanzierung und professionelle Leitung zu gewährleisten.

Das Hauptziel von Zug um Zug liegt darin, Lebenshilfe für Menschen, die aus der Arbeitswelt ganz heraus gefallen sind oder noch keinen Zugang gefunden haben, im Besonderen in der sozialen und beruflichen (Wieder-)Eingliederung schwer- und schwerstvermittelbarer Arbeitsloser. Zu diesem Zweck führt der Verein seit seiner Gründung 1987 Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für jugendliche

⁷³⁵ Wohnungsbaugesellschaft des Ev. Stadtkirchenverbandes.

⁷³⁶ Ein Bauherr, der das Gelände von der DB Immobilien GmbH NL Köln kaufte. Neben oben genannter Wohnsiedlung soll anstelle der Eisenbahnhalle eine Vergnügungs- und Einkaufszentrum entstehen. Seit Veränderung der Ratsmehrheiten in Köln sieht es so aus, als könne er sich mit diesen angeblich wirtschaftlicheren Plan, entgegen der bisherigen Zusage des Stadtentwicklungsplanungsamtes der Stadt Köln, dem Ministerium für Städtebau, der Bezirksverwaltungsstelle Köln-Nippes und der DB Immobilien GmbH NL Köln zugunsten Zug um Zug, durchsetzen. Der von Zug um Zug geplante Gewerbehof hätte dann dort keinen Platz mehr, das Projekt der Verbindung von Wohnen und Arbeiten wäre zumindest für diesen Standort gescheitert.

⁷³⁷ Veranstaltet unter anderem die InterNippes, einen Atelierrundgang, sowie Feten, Ausstellungen u. ä., ist nicht nur in Nippes sondern im gesamten Kölner innenstadtnahem Raum bekannt und auf bürgerlicher Ebene, vor allem wegen der künstlerischen Belegung des Stadtteils, wie auch von den kommerziellen Galerien als kreative und innovative Keimzelle geschätzt.

⁷³⁸ Die Zielsetzung von Zug um Zug ist bei den ansässigen Künstlern teilweise umstritten, da diese bisher mietfrei arbeiten können und von keinerlei Verwaltungsvorschriften berührt wurden. Dennoch ist die Arbeit und Zielsetzung von Zug um Zug vom Grossteil der Künstler gewünscht und wird aktiv unterstützt.

Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger durch. Hierfür hat Zug um Zug verschiedene Zweckbetriebe gegründet und ausgelagert bzw. steht in engster Kooperation mit diesen, in denen die Zielsetzungen des Vereins umgesetzt werden. Dies sind ein Hochbau und Zimmereibetrieb, die Schreinerei Nippes, die Schreinerei Chorweiler, die Projektwerkstatt Geldernstrasse, die JobBörse Nippes, das Projekt Jugend in Arbeit und das Projekt Sprungbrett.

Hilfe zur Selbsthilfe für von Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung Betroffene wird durch arbeitsbegleitende sozialpädagogische Unterstützung, die Beratung von Hilfebedürftigen und die Unterstützung und persönliche Stabilisierung bedürftiger Personen geleistet. Arbeitsvermittlung und Beratung von Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfängern in der JobBörse Nippes, eine Einrichtung von Zug um Zug in Kooperation mit dem Arbeitsamt Köln, ist ein weiteres Tätigkeitsfeld von Zug um Zug.

1993 öffnete ‚Die Kantine‘, ein Kultur- und Veranstaltungsort, der sich in der Kölner Kultur- und Musikszene fest etabliert hat auf dem Gelände. Die Kantine ist eine GmbH und Tochtergesellschaft von Zug um Zug. Ihr Zweck ist, neben der Stärkung des kulturellen Angebotes in Nippes und dem Kölner Norden, die finanzielle Alimentation von Zug um Zug, welche im Gegenzug diese wiederum bei Bedarf mit gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit unterhält. So leistet Zug um Zug z.B. Renovierungs- und Umbauarbeiten und Bühnenarbeiten in der Kantine, welche wiederum aus ihren Erträgen Zug um Zug mit finanziert.

a n g e b o t e n e D i e n s t e u n d G ü t e r

Zug um Zug bietet auf dem Gelände des ehemaligen Bundesbahn-Ausbesserungswerkes verschiedene Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen an. Hierbei werden verschiedene handwerkliche Tätigkeiten in den Bereichen Zimmerei, Schreinerei (Schwerpunkt Fensterbau), Möbelschreinerei, Hochbau/ Bauhauptgewerbe (Mauern, Putzen, Fliesenlegen, Trockenbau), Textilwerkstatt (Schneiderei, Dekoration), haushandwerkliche Dienstleistungen für Einrichtungen im Stadtbezirk Nippes angeboten. Zusätzlich werden im Bereich Schreinerei und Zimmerei Umschulungen und Ausbildungen für sozial Benachteiligte angeboten.

Zug um Zug bietet von der Planung (Planungs- und Entwurfsarbeiten in enger Abstimmung mit den Auftraggebern, Erstellung von Bauanträgen, spezielle Informationen zum ökologischen Bauen, Wärmeschutznachweis) über die Bauleitung der Bauvorhaben bis zur Ausführung (Zimmererarbeiten aller Art, Bauschreinerarbei-

ten, sämtliche Maurerarbeiten, Verputzarbeiten, Fliesenlegerarbeiten, Innenausbauarbeiten, Bausanierungen, Wärmedämmung) einen Rundumservice für die Auftraggeber an. Ausführende sind immer Arbeitslose in Anleitung und Anlernung durch qualifizierte (auch vormals arbeitslose) Fachkräfte unter sozialpädagogischer Begleitung. Im Besonderen legt Zug um Zug Wert auf ökologisches und naturnahes Bauen, so wird ökologische und baubiologische Beratung, Zusammenarbeit mit auf ökologisches Bauen spezialisierte Architekten, Umsetzung der neuen Wärmeschutzverordnung⁷³⁹, Ständerwände aus Recyclingstoffen und Wärmedämmung im Einblas- oder Sprühverfahren ebenso angeboten wie die Konzeption und Umsetzung von Niedrigenergiehäusern. Darüber hinaus bietet Zug um Zug Möbel und sonstige Schreinerarbeiten an, wie auch alle sonstigen handwerklichen Aufträge, wofür qualifizierte Kräfte verfügbar sind. Auftraggeber sind für die Zug um Zug vornehmlich öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten, oder auch das Jugendamt, ebenso aber auch andere Einrichtungen, Unternehmen und Privatpersonen.

Die Beratungsarbeit ist neben der Qualifikation und Beschäftigung das dritte wichtige Standbein von Zug um Zug. Für die Beratungs- und Vermittlungsarbeit der JobBörse Nippes stehen für den Zeitraum vom 1.12.1998 bis zum 15.8.1999 statistische Daten zur Verfügung, die quantitativ ein exemplarisches Bild der erbrachten Dienstleistungen geben können. Zu einer detaillierteren Quantifizierung der im wesentlichen qualitativen Prozesse und Ergebnisse liegen bisher keine Daten vor, nicht zuletzt aufgrund des bisher kurzen Erfassungszeitraumes. Die absolute Anzahl der Personen im Beratungsprozess (Nutzer) liegt bei 430, davon wurden 48 in Arbeit vermittelt, für 92 wurden Hilfepläne erstellt (ohne Arbeitsvermittlung), 146 brachen den Beratungsprozess ab und 144 befinden sich noch im Beratungsprozess. Neben der bereits erwähnten Tätigkeit über die JobBörse wird im Rahmen des NRW-Landesprogramms ‚Jugend in Arbeit‘ für besonders benachteiligte Jugendliche Beratung und Betreuung für und zur Ausbildung und Beschäftigung angeboten. Insbesondere auch durch die bezirkliche Integrationsmaßnahme für junge SozialhilfeempfängerInnen in der Projektwerkstatt Geldernstrasse nimmt der Verein faktisch die Funktion einer übergreifenden Beratungseinrichtung für Ausgrenzte oder von Ausgrenzung bedrohte Personengruppen für den gesamten Stadtbezirk Nippes wahr. In dieser Funktion wird Zug um Zug vom bezirklichen

⁷³⁹ WSchV 1995.

Sozialamt und anderen bezirklichen Einrichtungen inzwischen gezielt und zunehmend in Anspruch genommen.⁷⁴⁰

Das Ergebnis der Arbeit liegt – allgemein formuliert – in der Verbesserung der Eingliederungschancen für die beschäftigten und beratenen Personen. So bewirkt die Arbeit im Feld der fachpraktischen, -theoretischen und allgemein bildenden Qualifizierung den Erhalt, die Wiederauffrischung (Training) und die Erhöhung des beruflichen Qualifikationsniveaus. Sie wirkt der Entwertung der beruflichen Qualifikation durch Arbeitslosigkeit entgegen und führt gerade auch junge noch ungelernete Arbeitslose in einer dieser Personengruppe spezifisch angemessenen Weise an das Arbeitsleben und/ oder an sonstige berufsvorbereitende Qualifizierungsmaßnahmen⁷⁴¹ heran. Zu diesem Zweck wird in einem ausführlichen Beratungsprozess ausgehend von den Bedürfnissen, Kenntnissen, Stärken und Schwächen eines Bewerbers eine so genannte Persönliche Profilanalyse erstellt, die, gemeinsam mit dem Bewerber, zu einem detaillierten Hilfeplan oder Perspektivenplan ausgearbeitet wird. Stehen die darin festgehaltenen Vermittlungshemmnisse einer Arbeitsaufnahme in absehbarer Zeit entgegen, so wird Hilfestellung zum Abbau dieser Vermittlungshemmnisse (in Kooperation mit anderen sozialen Einrichtungen) gegeben. Gerade Elemente wie Selbstbestimmung in der Arbeit und Entfaltung individueller kreativer Potentiale werden besonders gefördert. Die persönliche Entwicklung in den vielfältigen Aspekten der persönlichen Lebensverhältnisse (Gesundheit, Familie, Wohnsituation, Verschuldung, Kriminalitäts- und Drogenvermeidung) wird stabilisiert und Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation aufgezeigt. Über die gezielte Akquisition von Arbeitsplätzen und/ oder Praktikumsplätzen, die den Fähigkeiten des jeweiligen Bewerbers entsprechen, wird der Sprung in den 1. Arbeitsmarkt konkret unterstützt.

Zug um Zug deckt inzwischen im Stadtteil Köln-Nippes (wie auch für den weiteren Kölner Norden) wesentliche Bereiche der Arbeit auf dem Feld der beruflichen und sozialen Integration ausgegrenzter oder von Ausgrenzung bedrohter Personengruppen ab. Darüber hinaus wirkt Zug um Zug am Diskurs über Fragen der Arbeitsmarktpolitik besonders auch in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche Rheinland mit. So nahm Zug um Zug am Arbeitskreis Arbeitslosigkeit und an der ‚Karthäuser-Runde‘ im evangelischen Stadtkirchenverband teil, Arbeit im ‚Fachver-

⁷⁴⁰ So waren z.B. von November 1997 bis März 1999 allein in der Projektwerkstatt Geldernstr. 140 junge SozialhilfeempfängerInnen im Beratungsprozess.

⁷⁴¹ Hierzu gehört auch das Training im Arbeiten im Team, der Bewältigung professioneller Arbeitserfordernisse (Zeiten und Absprachen einhalten) und Bewerbungstraining.

band für Arbeit und Ausbildung' des Diakonischen Werks der Ev. Kirche im Rheinland mit, initiierte den regionalen Arbeitskreis Köln/ Bonn des selbigen Fachverbandes und ist im bundesweiten Evangelischen Fachverband für Arbeit und soziale Integration (EFAS) und in verschiedenen bezirklichen und stadtteilbezogenen Arbeitskreisen zur Arbeitsmarkt- und Jugendpolitik sowie Armutsbekämpfung aktiv. Die Geschäftsführung von Zug um Zug vertritt die freien Träger der Kölner Beschäftigungsförderung in der ‚arbeitsmarktpolitischen Konsensrunde‘ der Stadt Köln und nimmt die Funktion des Sprechers dieser Träger in weiteren arbeitsmarktpolitischen Gremien und Aktivitäten wahr. Die Mitarbeiter des Vereins werden in den letzten Jahren zunehmend und in vielfältiger Weise als Referenten, Podiumsteilnehmer etc. von politischen Parteien (SPD, Grüne), von Hochschulen (regelmäßig von der FH für Sozialarbeit) und von Einrichtungen der Stadt Köln und benachbarten Kommunen gebeten. Weiterhin nahm das Arbeitsamt Köln und das Sozialamt Köln die Vereinsvertreter mehrfach beratend bei Projektentwicklungen und –auswertungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Anspruch. Weiterhin arbeitet Zug um Zug in den Gesprächsrunden und Arbeitskreisen des NRW-Landesprogrammes ‚Jugend in Arbeit‘, in der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit (BAG Arbeit) und der dazugehörigen Landesarbeitsgemeinschaft (LAG Arbeit) mit. So übt Zug um Zug eine Integrations- und damit auch Vernetzungsfunktion für Projekte und Initiativen im Bereich der Beschäftigungsförderung auf kommunaler, aber auch auf Landesebene aus.

H i e r a r c h i e n u n d E n t s c h e i d u n g s f i n d u n g

Der Verein hat einen Vorstand, der sich aus ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern zusammensetzt. Der Vereinsvorstand beruft die Geschäftsführung von Zug um Zug, die maßgeblich die Geschicke des Vereins lenkt und Projektverwaltung und Verwaltung der verschiedenen Zweckbetriebe übernimmt, aber auch in Fragen der Außenpräsentation und Verhandlungsführung mit kommunalen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen maßgebend ist. Ebenso fallen die Aufgaben der Bauleitung in weitem Masse der Geschäftsführung zu. Sie stimmt sich eng mit den verschiedenen Projektleitern und Nutzern des Geländes ab und vertritt die Interessen der anderen Arbeitnehmer von Zug um Zug gegenüber Politik, Arbeitsamt und Arbeitgebern. Die jeweilige Projektarbeit verläuft weitestgehend selbstbestimmt, soweit es mit der Zweckbestimmung vereinbar ist. Kooperation und Partizipation spielen für die Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen eine große Rolle und es wird versucht hierarchische Strukturen von ‚innen‘ heraus auf Grundlage

von sozialer und fachlicher Kompetenz wachsen zu lassen. Die Arbeitsrhythmen werden weit gehend individuell abgestimmt und individueller kreativer Entfaltung kommt ein hoher Stellenwert zu.

A r b e i t

Zug um Zug ist vor allem auch eine Einrichtung des 2. Arbeitsmarktes, das heißt, der überwiegende Teil der formellen Beschäftigungsverhältnisse ist öffentlich zum Zweck der Integration schwervermittelbarer Arbeitslose gefördert.

Im August 1999 gab es bei Zug um Zug 92 subventionierte Beschäftigungsverhältnisse, davon waren 79 Teilnehmer von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen (v. a. ABM⁷⁴² / HzA⁷⁴³-Stellen). 13 davon sind Stammkräfte für Anleitung, Pädagogik und Verwaltung des Vereins und werden über Personalkostenzuschüsse (wie z.B. vom evangelischen Stadtkirchenverband) mit finanziert. Ab September des Jahres 1999 stieg die Zahl durch das Integrationsprojekt ‚Sprungbrett für junge Sozialhilfeempfänger‘, in Kooperation mit dem Sozialamt und dem Arbeitsamt Köln, an und wird wohl bis Ende 1999 insgesamt ca. 150 subventionierte Beschäftigungsverhältnisse erreichen. Weitere acht Mitarbeiter werden aus Eigenmitteln bezahlt. Acht weitere Mitarbeiter haben im Anschluss an die Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in der Tochtergesellschaft des Vereins ‚Die Kantine Kulturbetrieb GmbH‘ unbefristete Arbeitsverhältnisse (aus Eigenmitteln) erhalten, das heißt, für diese Mitarbeiter hat der Verein selbst Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen. Der Verein übernimmt zudem selber Mitarbeiter in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse, zunehmend unbefristet und aus Eigenmitteln. Die heutige Zahl der 21 regulären unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse bei Zug um Zug stellt den bisherigen Höchststand dar, wobei der enorme Zuwachs der letzten Jahre über geplante neue Projekte und Maßnahmen fortgesetzt werden soll.

Seit Bestehen des Vereins gab es ca. 650 subventionierte Beschäftigungsverhältnisse, davon ca. 450 mit einer Beschäftigungsdauer von sechs Monaten bis zwei Jahren, ca. 170 mit einer Beschäftigungsdauer unter sechs Monaten und ca. 30 von mehr als zwei Jahren. Die Orientierung auf und die Vermittlung von Maßnahmeteilnehmern in den ersten Arbeitsmarkt ist konstitutiver Bestandteil des Integrati-

⁷⁴² *Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen, vom Arbeitsamt finanziert.*

⁷⁴³ *HzA = Hilfe zur Arbeit, identisch mit AsS = Arbeit statt Sozialhilfe, Förderung vom Sozialamt nach Bundes-Sozialhilfe-Gesetz (BShG)*

onskonzeptes von Zug um Zug. Bereits in den Vorstellungsgesprächen wird der soziale und berufliche Integrationszweck der Beschäftigungsverhältnisse dargelegt und die Verpflichtung der aktiven Mitarbeit zu diesem Ziel offen besprochen. Durch die fachpraktische und –theoretische wie allgemein bildende Qualifizierung, wie durch die sozialpädagogische Unterstützung als auch über Praktika in anderen Firmen wird dieses Ziel konkret umgesetzt. Zusätzlich wurde die unmittelbare Vermittlungsarbeit Ende 1998 durch den Aufbau der JobBörse mit einem institutionellem Standbein versehen. Die von den Mitarbeitern akquirierten Arbeitsplätze werden über das Verfahren der passgenauen Arbeitsvermittlung gemäß den Qualifikationen und Wünschen der Arbeitssuchenden vermittelt und kommen gerade zum Ende der Qualifizierungsmaßnahmen auch den Beschäftigten von Zug um Zug zugute. Der Erfolg der Vermittlungsbemühungen von Zug um Zug hängt wesentlich von den Aufnahmebedingungen des Arbeitsmarktes ab, insbesondere auch vom Angebot freier Arbeitsplätze bzw. der Nachfrage nach ungelernten (ohne formellen Abschluss) Arbeitskräften. Darin begründen sich auch die starken Schwankungen der Erfolge der Vermittlungen. Von 1988 bis 1990 wurden 60 % der Beschäftigten in den ersten Arbeitsmarkt integriert, 1990 bis 1993 waren es dann nur noch 50 % und in den Jahren 1993 bis 1997 dann nur noch 35 %. Mit der Professionalisierung der Vermittlungstätigkeiten stieg diese Quote von 1997 bis 1999 wieder auf 50 % an, in der Anlaufphase der JobBörse wurden in den ersten acht Monaten 48 Personen vermittelt. Durch die Arbeit von Zug um Zug seit 1987 konnten ca. 280 Personen eine Beschäftigung im 1. Arbeitsmarkt aufnehmen. Leider gehören die vermittelten Personen langfristig aber zu dem Personenkreis, der beim Abbau von Arbeitsplätzen die ersten Opfer bringt, denn insbesondere für diejenigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt oftmals sehr labil.

F i n a n z i e r u n g

Für den Initialisierungszeitraum von Zug um Zug 1987 bis 1990 lässt sich eine interessante Zwischenbilanz ziehen. Es wurden 466 458,88 DM Lohn- und Kirchensteuer sowie 809 977,32 DM Sozialbeiträge gezahlt, zusammen 1 276 436,20 DM. Dies entspricht 40 % aller Fördermittel dieses Zeitraumes, die unmittelbar in öffentliche Hände zurückflossen. Zusätzlich wurden 1 870 257,65 DM an Nettolöhnen und Gehältern ausgezahlt. Außerdem 1 515 153,83 DM für Planungs- und Fachaufsichtshonorare, Mieten, Maschinen und Werkzeug, Baumaterial und Baumaßnah-

men und Versicherungen, welche in Verwaltungen, Betriebe, an Firmen und Büros fließen.

Der Gesamtumsatz von Zug um Zug lag für 1998 bei 5 200 000,- DM. Davon kamen 23,76 % aus Eigenmitteln⁷⁴⁴, 4,4 % mittelbar aus Eigenmitteln (Mietträge und Gewinn der Tochtergesellschaft ‚Die Kantine‘, 1,25 % aus Spenden, Lottogewinnen und ähnlichem, 4,17 % aus den Arbeitslosenfonds der Ev. Kirche, 18,58 % aus ‚Arbeit statt Sozialhilfe‘-Mitteln, 35,71 % aus ABM-Geldern, 10,25 % aus diversen Zuschüssen des Arbeitsamtes und 1,88 % aus dem Programm ‚Stadtverschönerung‘ als kommunale Förderung.

Der Wirtschaftsplan 2000 sieht für den Bereich der Personalkosten⁷⁴⁵ 7 700 000,- DM vor, für Sachmittel⁷⁴⁶ weitere 2 200 000,- DM, was einer Gesamtsumme von 9 900 000,- DM entspricht. An Zuschüssen kommen für die Personalkosten⁷⁴⁷ 6 300 000,- DM und für die Sachkosten⁷⁴⁸ 6 500 000,- DM als Erträge herein, zuzüglich einer Summe von 3 300 000,- DM Erlösen⁷⁴⁹, summa summarum 9 800 000,- DM. Das wirtschaftliche Ergebnis sieht ein Defizit von ‚nur‘ 100 000,- DM vor. Die Finanzierung gerade auch der koordinierenden Tätigkeiten in Zug um Zug stößt dennoch an die Grenzen der durch die Zweckbetriebe des Vereins maximal zu erwirtschaftenden Erträge, weshalb eine qualitativ hochwertige Arbeit z.B. der Geschäftsführung zunehmend gefährdet ist.

W e i t e r e E r g e b n i s s e a u s d e m I n t e r v i e w

Die informellen Aspekte von Zug um Zug sind nur schwer wahrzunehmen. Zug um Zug ist zwar informell initialisiert, hat sich dann aber formalisiert, um Bezuschussungen zu bekommen. Die Folge davon war, dass die Arbeitsthemen reglementiert wurden, denn es wird nur gefördert, was als öffentliches Interesse wahrgenommen

⁷⁴⁴ Erträge der Zweckbetriebe.

⁷⁴⁵ Personalkosten, RKD-Kosten, Berufsgenossenschaft.

⁷⁴⁶ Raumkosten, Versicherungen/Gebühren, Kfz-Kosten, Reise-/Werbekosten, Reparatur/Instandhaltung, Miete/Leasing, Verwaltungskosten, Fortbildung Arbeitnehmer, Rechts-/Beratungskosten, Betriebsbedarf/ Sonstiges, Werksarzt/ Arbeitssicherheit, Materialeinsatz/ Fremdleistungen, Leistungen der Kooperationspartner, GWG (bis 800,- DM, Zinsen/Kredite, Abschreibungen.

⁷⁴⁷ Arbeitsamt (ABM, LKZ, SAM), Ausbildungsförderung, Sozialamt HzA (Teilnehmer, Anleiter), SKV Köln Alo-Fonds, Diakonisches Werk der Ev. Kirche Rheinland.

⁷⁴⁸ Stadtverschönerungsprogramm, Sozialamt Miete/ Nebenkosten JobBörse, Sachkosten ABM, Diakonisches Werk der Ev. Kirche Rheinland, Glückspirale, Kölnische Rückversicherung, PS-Sparen SSK Köln.

⁷⁴⁹ Umsatzerlöse, Leistungsentgelte, diese stammen v. a. aus den verschiedenen Zweckbetrieben.

wird. Organisierte Bürgerarbeit ist davon z.B. ausgeschlossen, sieht man einmal von Renomé-Projekten, wie dem Haus der Eigenarbeit in München ab. Gleichzeitig wird aber auch der gewerbliche Teil reglementiert, wodurch eine Einrichtung permanent gezwungen ist, an ihrem finanziellen Existenzminimum zu wirtschaften. Deshalb wurden auch gewerbliche Betriebe aus dem Verein ausgelagert. Insbesondere gilt Eigenarbeit dann nicht als Förderungswürdig, wenn sie als Selbstzweck erfolgt, also in erster Linie die Arbeit ihrer Selbst halber ausgeführt wird und der Lohn sich durch die Erhöhung eines immateriellen Wohlstandes äußert. Menschliche Zufriedenheit lässt sich monetär nicht quantifizieren.

Die momentane Zukunftsperspektive hängt wesentlich von der Entwicklung der Verhandlungen um die Nutzung des Geländes des Ehemaligen Ausbesserungswerkes der DB ab. Der Konflikt mit dem Privatinvestor, der anstelle des geplanten Gewerbeparks ein Vergnügungszentrum mit Fitnesszentrum und Parkhaus sowie Einkaufsmöglichkeiten (orientiert am CENTRO Oberhausen) erreichen will, hat sich seit der Veränderung der Ratsmehrheit in Köln verschärft. Der Investor argumentiert vor allem damit, dass die wirtschaftliche Verwertung, besonders vor dem Hintergrund des hohen Investitionsbedarfs, erst durch die Errichtung dieses Vergnügungszentrum interessant wird. Die Frage, die sich stellt ist die, ob es dabei um die Verwertbarkeit für ihn als Investor oder für das öffentliche Gemeinwohl geht. Demgegenüber steht das Konzept von Zug um Zug, über das eine stärkere strukturelle und funktionale Integration des Stadtteil Nippes erreicht werden soll, über eine Einbindung der jetzigen Nutzung durch Künstler und soziale Einrichtungen in eine Wohnbebauung mit Grünflächen und ortsnahe Gewerbe. Zug um Zug argumentiert, dass das Vergnügungszentrum nicht die Wohnqualität und Sozialstruktur bereichert, sondern sich sogar eher kontraproduktiv auf diese auswirkt, denn die Kommerzialisierung des Nachbarschaftslebens ist kein Qualitätsgewinn für den Stadtteil sondern wenn, dann nur für Wochenendausflügler und ‚Shoppingtouristen‘. Von dem Konzept Zug um Zugs profitieren dagegen Sozialstruktur ebenso wie Kleingewerbe und auch Köln als Kulturstadt. Hier zeigt sich ein klassischer Konflikt zwischen ‚weicher‘ stadtteilorientierter Entwicklung und zentralisierter, wirtschaftsorientierter Investoren-Absicht. Zentral ist dabei, dass die direkten und indirekten Leistungen von Zug um Zug und dem Konzept des Gewerbehofs nicht wahrgenommen oder unzureichend wahrgenommen werden. Falls sich der Investor durchsetzen sollte, droht im Schlimmstenfall das Negativszenario eines totalen Projektzusammenbruchs, bei dem nur die Verwaltung übrig bliebe. Ein Alternativgelände steht nicht zur Verfügung, ist aber aus oben genannten Gründen auch nicht erwünscht.

Als Zukunftsvision stellt sich Zug um Zug ein dauerhaft geförderter Beschäftigungssektor zwischen formeller und informeller Arbeit vor. Dieser stünde dann im Gegensatz zur zeitlich-begrenzten, nicht einplanbaren Förderstruktur. Zudem wäre ein Definitionswandel des Arbeitsbegriffes wünschenswert, denn die formelle Arbeit, die über Zug um Zug eigentlich permanent gefördert und angestrebt wird, entspricht nicht wirklich dem Bild von Arbeit, nach dem Menschen sinnerfüllt leben wollen. So werden dauernd neue Kompromisse zwischen den Anforderungen des Arbeitsmarktes und den Bedürfnissen der Menschen gemacht. Es wird auf ein Arbeitssystem trainiert, das Menschen zum Überleben in dieser Gesellschaft brauchen, das aber ihre individuelle Freiheit und den Raum zu Kreativität einschränkt. Eigenmotivation so zu erhalten ist schwierig, denn für den Weg ins formelle Erwerbsarbeitsleben erweist sich Selbstorganisation und Individualität im Arbeiten oftmals als hinderlich. Die Maßstäbe an Produktivität schließen diese Aspekte, Bedingungen für Eigenmotivation, oftmals nicht ein. So muss auch der bestehende Produktivitätsbegriff in Frage gestellt werden, besonders aus der Perspektive derer, die diese Maßstäbe zwar erfüllen können, aber auch wissen, um welchen Preis. Die Ausweitung eines informellen Arbeitssektors auf Grundlage eigenmotivierter, selbstbestimmter Tätigkeiten wäre zum einen sehr wichtig, um kompensatorisch auf die Entwertung des formellen Arbeitssektors (Arbeitszeitverkürzung, Arbeitslosigkeit, Rationalisierungen) zu reagieren, andererseits um die Bereitschaft zur Suffizienz zu fördern, denn wer selbstbestimmt und kreativ in Kooperation und Solidarität mit Anderen arbeiten kann, braucht weniger Konsumgüter. So stellt letztlich die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit die Arbeitsform der Zukunft dar. Viele der Aktivitäten von Zug um Zug dienen zwar einerseits dazu Menschen wieder in ihrem Alltagsleben zu stabilisieren, langfristig braucht es aber einen radikaleren Strukturwandel, um die freiwerdenden Potentiale aus dem Arbeitsmarkt aufzufangen. Zu diesem Zweck sollten gemeinnützige Einrichtungen stärker ins Zentrum des öffentlichen Interesses, aber auch des öffentlichen Raumes gerückt werden.⁷⁵⁰

⁷⁵⁰ Anmerkung: Wenn man sich einmal verdeutlicht, dass es in fast allen städtischen Zentren, in Köln auch, keine kulturellen öffentlichen Einrichtungen (außer Bibliotheken) gibt, sondern das gesamte städtische Zentrum nur zum Absatz von Konsumartikeln und als Produktionsstandort von Diensten pervertiert ist, wird klar, dass menschliche Bedürfnisse wie Kommunikation und Partizipation wie kreative Entfaltung in der westlichen Gesellschaft am Anfang des 21. Jahrhunderts kaum noch einen Stellenwert haben.

S y s t e m a t i s i e r u n g n a c h S c h n i t t s t e l l e n t y p o l o - g i e n

Nach der Trendtypologie ist Zug um Zug dem ‚Trend Formalisierung – funktionale Teilung‘ zuzuordnen. Eine zunehmende Formalisierung ist vor allem durch die Zunahme an gewerblich orientierten Tochtergesellschaften eindeutig. Man kann hier klar von einer funktionalen Teilung in eine formelle und eine eher informell geprägte Einheit mit zunehmendem Schwergewicht auf der formellen Einheit ausgehen. Wieweit eine Verdrängung informeller Strukturen und Funktionen durch formelle Elemente stattgefunden hat, ist nicht klar identifizierbar, die Interviewergebnisse lassen aber darauf schließen. Gegenwärtig scheint aber eine weitere Verdrängung nicht gegeben zu sein, bezieht man allerdings die Situation der Gelände-nutzung mit ein, besteht die Gefahr, dass jene informellen Strukturen verdrängt werden, die bisher durch Zug um Zug geschützt wurden. Hiervon kann und sollte zum Zeitpunkt der Studie noch nicht ausgegangen werden. Ein Wunschtrend in Richtung einer Optimierung der Schnittstellenposition wurde klar formuliert und Kriterien hierfür vorgeschlagen, gegeben ist dies auch hier nicht.

Die finanzielle Abhängigkeit liegt deutlich auf formellen Strukturen mit weit mehr als 80 %, die Anteile von Kommune, Land und Bund sind dabei ähnlich hoch wie jene der Stiftungen, hier besonders die evangelische Kirche (siehe oben) und Auf-tragsarbeiten, deshalb ist hier der ‚Typ formelle Alimentation – öffentlich und marktlich‘ die Wahl.

Die Abhängigkeit von Gütern, Diensten und Arbeit liegt mit deutlicher Gewichtung auf formeller Arbeit und formellen Strukturen, also ‚Typ formelle Integration‘

Die Leistungen sind extern orientiert und vorwiegend für eine bestimmte Perso-nengruppe (Arbeitslose). Zudem werden allerdings auch im hohen Masse Leistun-gen für verschiedene formelle Einrichtungen und Wirtschaftssektoren erbracht. Ausschlag gebend ist hier die Zweckbestimmung des Vereins, deshalb ist der ‚Typ Externe Leistungsorientierung für bestimmte Personengruppen‘ zu wählen.

R e s u m é e

Zug um Zug hat eine Sonderstellung in dieser Untersuchung, denn hier überwiegt nicht die Bürgerarbeit als Selbstzweck, sondern es wird im großen Umfang Bürgerarbeit für den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt geleistet. Aber vor allem wird die Bereitschaft informelle (Mehr)Arbeit zu leisten dafür genutzt, die Leistungsfähig-keit der Einrichtung zu optimieren und die Arbeit zu einem späteren Zeitpunkt in

formelle Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu überführen. Die Einrichtung versteht sich allerdings, wie auch aus den Interviews deutlich hervorging, als Einrichtung für informelle Arbeit, präsentiert sich nach Außen aber nur bedingt oder gar nicht als solche. Besonders versteht sich Zug um Zug auch in der Verpflichtung die auf dem Gelände ansässigen informell Tätigen in ihren Arbeitsmöglichkeiten zu schützen und zu fördern und hat sie fest in ihr Sanierungskonzept integriert. Vor allem aber stellt die Bereitschaft zur Eigenarbeit eine wichtige Grundlage für die Durchführung dieses Konzeptes dar, wie dies bereits beim Wiederaufbau des Worringer Bahnhofs schon der Fall war.

Zug um Zug stellt in der Finanzierung keinesfalls ein Zuschussunternehmen dar, was aus den Wirtschaftsplänen hervorgeht. Dies liegt im wesentlichen auch an den ausgelagerten Zweckbetrieben, was aber eher ein Tribut an oft kontraproduktive formelle Vorgaben zu verstehen ist. Ebenso verhält es sich, wie gesagt, mit dem teilweise stark formalisierten Charakter dieser Einrichtung.

Die beschäftigungsfördernde Wirkung steht für Zug um Zug außer Frage, denn neben der intensiven und erfolgreichen Arbeit in den Bereichen der Qualifikation und des Trainings bietet Zug um Zug viele verschiedene, teils aus Eigenmitteln finanzierte Erwerbsarbeitsplätze auf der eigenen Plattform und akquiriert und vermittelt solche in andere Betriebe. Das Zug um Zug dabei als leistungsfähiger Kooperationspartner für Arbeits- und Sozialamt agiert, unterstreicht zusätzlich die Entlastung formeller Strukturen. Auf der Ebene der Stadtteilarbeit ist Zug um Zug ebenso aktiv und erfolgreich, wie auch in den Bereichen der Kooperations- und Partizipationsförderung auf kommunaler und regionaler Ebene. Das Spektrum der Motivationsarbeit lässt sich zwar nicht quantifizieren, aber aus der Vielzahl von Gesprächen, die mit Mitarbeitern von Zug um Zug wie auch den ansässigen Künstlern und Personen aus der nahen Nachbarschaft und der Kulturschaffenden in Köln geht hervor, dass dieses immens ist. Vor dem Hintergrund dieses Fallbeispiels wird besonders deutlich, mit welchen Konfliktfeldern die Entfaltung gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit in Köln zu kämpfen hat (besonders am Beispiel des Nutzungskonfliktes), und obwohl es auf den ersten Blick nicht so scheinen mag, stellt Zug um Zug eine ausnehmend erfolgreiche und unterstützende Einrichtung informeller Strukturen und selbstorganisierter eigenmotivierter Tätigkeiten für den Arbeitsmarkt, wie auch den ökologischen Baubereich und besonders auch das kulturschaffenden Spektrum in Köln dar und will sich so auch verstanden wissen.

IV - II. 4 . DIREKTE UND INDIRECTE LEISTUNGEN

Die Analyse der Fallbeispiele macht deutlich, dass die Einrichtungen teilweise sehr unterschiedliche Inhalte verfolgen und Funktionen haben. Dies hängt eng mit den unterschiedlichen Zielgruppen/ Klientel der Einrichtungen zusammen und/ oder ihrer Zweckbestimmung. Die Art der Dienstleistungen, Güter und sonstigen Angebote weist strukturelle Gemeinsamkeiten auf, die es möglich machen, diese zu gruppieren.

Im folgenden sind die Leistungstransfers dargestellt, die zwischen bürgerschaftlichen Einrichtungen, Einzelpersonen, Gruppen und formellen Strukturen erbracht werden. Qualität und Quantität der erbrachten Dienste und Güter stellen letztlich den Wert dar, der als Maßstab für die Argumentation verstärkter Förderungen angesetzt wird. Um eine Begrifflichkeit zur Verfügung zu haben, die das gesamte Spektrum der objektiv (Dienste, Güter, ...) und subjektiv erfahrbaren Outputs (Motivation, Kooperation, Partizipation, Erhöhung des Wohlstandsempfindens, ...) erfasst, wird der Begriff der Leistungen gewählt. Hierunter werden sämtliche Dienste und Güter zusammengefasst, die von einer Einrichtung erbracht werden, auch jene, die sich nicht ohne weiteres quantifizieren lassen, wie z.B. Erhöhung des Wohlstandsempfindens, Stärkung von Kooperationsstrukturen, Initialisierung und Intensivierung kommunikativer und partizipativer Prozesse. Gerade die schwer messbaren Leistungen, die auf soziostruktureller Ebene erbracht werden, haben eine enorme Wirkung auf die Interaktionen zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, schaffen soziales Kapital und konstituieren und stärken bürgerschaftlichen Zusammenhalt. Zudem haben sie oft den größten Anteil am erbrachten Leistungsoutput. Über eine Gruppierung der Leistungen wird es eher möglich, die Leistungsinputs und -outputs miteinander vergleichend in Beziehung zu setzen, um auch Einrichtungen mit sehr unterschiedlichen Inhalten vergleichend zu bewerten. Im folgenden wird eine Gruppierung der Leistungstransfers nach Leistungsoutputs vorgeschlagen.

Im Grunde produziert die Subsistenz auch Einkommen in Form von Gütern und Diensten, nicht hingegen einen monetären Lohn, auf den es ja auch nicht gerichtet ist. Das Einkommen aus Subsistenzarbeit besteht teils aus dem Eigengebrauch des Selbstproduzierten (Güter wie Dienste), das man nicht zu kaufen braucht (sofern man es überhaupt kaufen könnte), und teils aus dem mittelbaren Tauschgewinn für das Selbstproduzierte, welches man wieder gegen Güter oder Dienste eintauscht. Hier kommt insbesondere auch die zeitliche Komponente zu Tragen, denn bürgerschaftlich geleistete Dienste werden in der Regel nicht einmalig und auf eng

eingegrenzte Zeiträume beschränkt, sondern sollen nach Möglichkeit eine räumliche und zeitliche Persistenz erreichen. Dies trifft im besonderen auf die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit zu. Das heißt, der/ die subsistenzwirtschaftlich Tätige geht meist davon aus, im Bedarfsfall selber Empfänger entsprechender Dienste werden zu können (Krankenbegleitung, Altenbetreuung,...), oder auch indirekt selber von diesen Diensten zu profitieren (Stadtteilgestaltung, politische Partizipation, Netzwerkeinbindungen oder gesellschaftliche Anerkennung). Insofern erhöht gemeinschaftsorientierte Subsistenz direkt und indirekt individuelle und gemeinschaftliche Wohlfahrt und Lebensqualität, indem es Kooperationssysteme sowie Stabilität und Persistenz der einbettende Bürgergesellschaft sichert. Sie setzt Vertrauen zueinander und füreinander voraus, und bildet dieses wieder, indem sie tatsächliche und verlässliche Leistungen erbringt.

Gruppierung der Leistungstransfers nach Art

LEISTUNGSOUTPUTS:

Hier wird zwischen direkten, potenziell auch quantitativ (z.B. nach Stunden, oder monetärem Gegenwert) messbaren Outputs und indirekten, eher qualitativ messbaren Outputs unterschieden. Die räumlichen Ebenen, für die die Leistungen erbracht werden, variieren entsprechend der Netzwerkbezüge der jeweiligen Einrichtungen. Überwiegend werden die Leistungen zunächst auf kommunaler Ebene wirksam.

A) direkte Leistungen

1. *Beratung und Vermittlung;*
2. *Information, Wissen, Qualifikation;*
3. *Güter und Raum* (Essen, Wohnen, Arbeitsräume/ Werkstätten, materielle Konsum- und Gebrauchsgüter);
4. *Begleitung, Betreuung, Pflege;*
5. *Arbeit, informell und formell* (es ist konkretes Anliegen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen bzw. zu vermitteln, meint nicht primär die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit in der Einrichtung selber, sondern die aus der in der Einrichtung geleistete Subsistenz- und Erwerbsarbeit resultierende zusätzliche Arbeit);
6. *Vernetzung* (zwischen Individuen, Gruppen, Interessengemeinschaften).

B) indirekte Leistungen

(Die indirekten Leistungen sind immer einerseits nach innen – in die Einrichtung hinein, für aktive und passive Mitglieder und NutzerInnen – und andererseits nach außen – in die Bürgergesellschaft – gerichtet.)

1. *Stärkung kooperativer Strukturen;*
2. *Stärkung kommunikativer Strukturen;*
3. *Stärkung partizipativer Strukturen;*
4. *Stärkung solidarischer und integrativer Strukturen;*
5. *Stärkung individueller und gemeinschaftlicher Motivation zur Selbsthilfe;*
6. *Erhöhung des individuellen und gemeinschaftlichen Wohlbefindens/der Lebensqualität;*
7. *Erhöhung der Bereitschaft zu konsumtiver Suffizienz und Arbeitszeitverkürzung.*

Es wird deutlich, dass die direkten Leistungen eher einrichtungsspezifisch erbracht werden, während im Querschnitt offensichtlich die indirekten Leistungsoutputs den Bedeutungsschwerpunkt haben, denn ihre möglichst umfassende Erbringung ist Anspruch aller untersuchten Einrichtungen und wird als Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit verstanden. Wenn man die Einrichtungen ihren Leistungsoutputs zuordnet, wird dies noch deutlicher:

DIREKTE LEISTUNGEN	[BA] Rock	Zug um Zug	Katalyse	AIDS Hilfe	Köln Appell	Quer kopf	KEKS	Talent-Skulptur	SSM	Emanzipation
1. Beratung & Vermittlung	X	X	X	X	X	x	X		x	X
2. Information, Wissen, Qualifikation	X	X	X	X	X	x	X		X	x
3. Güter & Raum		X		x	X	X	x		X	X
4. Begleitung, Betreuung, Pflege				X					x	
5. Arbeit, informell & formell	X	X		x		X		X	X	X
6. Vernetzung	X	X	x	X	X		X	X	X	X

Mit den kleinen Kreuzen (x) wird kenntlich gemacht, dass die betreffende Leistung erbracht wird, aber im geringeren Umfang gegenüber den anderen Leistungen.

Vergleicht man im Vorgriff die Ergebnisse für die direkten Leistungen der 10 Fallbeispiele aus der qualitativen Erhebung mit den im Anschluss noch differenzierter ausgeführten Ergebnissen aus der quantitativen Befragung, wird die tatsächliche Gewichtung der Leistungstypen im Querschnitt der rund 50 befragten Einrichtungen deutlicher (siehe Grafik 25). Hier wurde die Dienstleistungsintensität pro Leistungstyp an den tatsächlich dafür aufgewendeten Stunden erhoben. Die Leistungstypen decken sich in der Befragung nicht völlig mit denen aus den Interviews ermittelten. So kommt ein wesentlicher Leistungstyp hinzu, jener der ‚Administration‘, eine Leistung, die ‚nur‘ nach innen, in die Einrichtung hinein und für ihre Mitglieder erbracht wird. Sie ist elementar wichtig, da sie die Funktion der bürgerschaftlichen Einrichtung als Plattform für gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit gewährleistet. Weggelassen wurde in der quantitativen Befragung dafür die Kategorie ‚Güter & Raum‘, ein Leistungstyp, der sich im Falle der Grafik 31 nicht über die eingebrachte Stundenzahl quantifizieren ließ, sondern zumeist eine Folge anderer Dienstleistungsaktivitäten ist, bzw. auch Resultat der administrativen Tätigkeiten, die die innere räumlich-technische Infrastruktur fördern und sichern, sowie über die Akquisition von Sachmitteln und Geldmitteln erreicht wird.

Explizite materielle Güterproduktion und Raumerschließung als Arbeitsprodukt, wird in den befragten Einrichtungen im geringen Maße angestrebt, was mit den Befunden aus den theoretischen Ausführungen (vergleiche auch Unterkapitel II-III.3. und III-I.2.) auch nicht zu erwarten war. Auch die indirekten Leistungen ließen sich nicht sinnvoll direkt über die erbrachten Stundenzahlen quantifizieren, da hierzu die bürgerschaftlichen Einrichtungen bzw. die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit oftmals ‚nur‘ die initialen Impulse liefert, die dann über die Bürgergesellschaft multiplikative Effekte auslösen, deren Dimension sich über die einzelne bürgerschaftliche Einrichtung nicht mehr erfassen lässt. Zudem sind die indirekten Leistungen auch an die direkten Leistungen eng – aber eben ‚indirekt‘ – gekoppelt, werden sozusagen als Beigabe mit den direkten Leistungen zusammen erbracht. Auffällig ist, dass die ‚Vermittlung und Schaffung von Arbeit‘ bei den Interviewergebnissen eine größere Rolle spielt, als aus den Ergebnissen des Fragebogens hervor geht. Dies mag darin begründet sein, dass die Zielorientierung ‚Arbeit‘, insbesondere ‚Erwerbsarbeit‘, über Subsistenzarbeit seltener direkt angestrebt wird, sondern vielmehr indirekte Folge und Ursache anderer Bedarfslagen ist, deren Deckung im Vordergrund steht. Das Fehlen von Erwerbsarbeit wird offensichtlich weniger als Verlust wahrgenommen, als das damit einhergehende Ausbleiben von Einkommen und sinnvoller Tätigkeit. Außerdem ist auch der Anteil von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten mit bürgerschaftlichem Engagement pro-

zentual untergewichtet (vergleiche Grafik 14). Weiterhin wird über die quantitative Erhebung das Verhältnis des Bereiches ‚Begleitung, Betreuung und Pflege‘ zu den anderen Leistungstypen angeglichen. Ergänzt werden die Ergebnisse der direkten Leistungen durch die vielleicht wesentlich bedeutsameren indirekten Leistungen.

INDIREKTE LEISTUNGEN	[BA] Rock	Zug um Zug	Katalyse	AIDS Hilfe	Köln Appell	Quer kopf	KEKS	Talent-Skulptur	SSM	Emanzipation
1. Stärkung kooperativer Strukturen	X	X		X	X	X	X	X	X	X
2. Stärkung kommunikativer Struktur	X	X		X	X	X	X	X	X	X
3. Stärkung partizipativer Strukturen		X	X	X	X	X	X		X	X
4. Stärkung solidarischer & integrativer Strukturen		X		X	X	X			X	X
5. Stärkung individueller Motivation		X		X	X	X		X	X	X
6. Erhöhung individuellen Wohlbefindens/ von Lebensqualität	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
7. Erhöhung Bereitschaft zu konsumtiver Suffizienz/ Arbeitszeitverkürzung	X	X		X				X	X	

Mit den kleinen Kreuzen (x) wird kenntlich gemacht, dass die betreffende Leistung erbracht wird, aber im geringeren Umfang gegenüber den anderen Leistungen.

Annäherungen lassen sich über Grafik 34 und 35 erschließen, wo die Motivationen für gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit dargestellt werden. Hieraus lässt sich zumindest ableitend erarbeiten, welche Motivationen die obigen indirekten Leistungen auf individueller Ebene unterstützen, bzw. durch sie auch befriedigt werden. Die Stärkung von Strukturen, die insbesondere zur Stärkung der Bürgergesellschaft, zum Aufbau sozialer Infrastruktur und zur Bildung sozialen Kapitals beitragen (besonders Punkte Eins bis Vier) äußern sich in der Regel auch erst auf der bürgergesellschaftlichen (Meta)Ebene, und sind somit für die bürgerschaftlich Engagierten eine so subjektiv abstrakte Kategorie, dass sie so nicht direkt erfragt werden konnten. Sie wurden deshalb weder in den Interviews noch in dem offenen Frageblock des Fragebogens so konkret gestellt, sondern aus den Antworten, die nach Motivationen zu unbezahlter Subsistenzarbeit fragten und den besonderen Qualitäten von bürgerschaftlichen Engagement, sowie den Leistungen, die aus der Einrichtung erbracht werden, abgeleitet. In den Interviews wurden diese Schluss-

folgerungen mit Gegenfragen überprüft, aus den Fragebögen gehen die hierzu gegebenen Antworten aus den betreffenden Textblöcken klar hervor.

Besonders auffällig bei den Interview ist, dass der überwiegende Teil der gesamt erbrachten Leistungen struktureller Art sind und gerade Netzwerkarbeit entweder direkt erbracht und angeboten wird, oder indirekt über die Stärkung von Kooperation, Kommunikation, Partizipation und Solidarität Netzwerkbildung und -erhalt unterstützt und dynamisiert wird. Die Erhöhung individuellen Wohlbefindens und der Lebensqualität der in den Einrichtung Tätigen ebenso wie der Nutzer wird überproportional geleistet und besonders betont, und sollte somit alleine schon ausreichen, die Förderungswürdigkeit des subsistenzwirtschaftlichen Sektors zu unterstützen.

Leistungsorientierung nach Typen

Was die typologische Leistungsorientierung betrifft, ist die Zuordnung nicht ganz eindeutig, allerdings liegt die Gewichtung klar auf der externen Leistungsorientierung mit sieben von 10 Fällen. Bei nur 10 vertieft untersuchten Fallbeispielen kann jedoch noch nicht auf eine Repräsentanz geschlossen werden, allerdings kann die Zuordnung Hinweise liefern.

LEISTUNGS-ORIENTIERUNG	[BA] Rock	Zug um Zug	Katalyse	AIDS Hilfe	Köln Appell	Querkopf	KEKS	Talent-Skulptur	SSM	Emanzipation	SUMME
Typ interne Leistung							X	X			2
Typ externe Leistung für informelle Einrichtungen & Strukturen											–
Typ externe Leistung für bestimmte Personengruppen		X		X	X	X					4
Typ externe Leistung für formelle Einrichtungen & Strukturen											–
Typ externe Leistung, gemischt	X		X							X	3
Typ interne & externe Leistung									X		1

Auffällig ist jedenfalls, dass die externe Leistungsorientierung mit sieben Fällen deutlich überwiegt, also der Eigennutz der bürgerschaftlich Engagierten offensichtlich keine wesentliche Rolle für das Einbringen von Subsistenzarbeit spielt,

sondern die Gemeinschaftsorientierung klar überwiegt. Die interne Leistungsorientierung ist bei den gewählten Fallbeispielen unterrepräsentiert, was jedoch mit der Auswahl der Einrichtungen zusammenhängen mag. Es wurden beispielsweise außer KEKS keine Einrichtungen gewählt, wo der Selbsthilfeaspekt eine zentrale Rolle spielt. Wären zu einem größeren Anteil die meistens kleinen Selbsthilfeeinrichtungen in die Untersuchung genommen worden, wäre die Leistungsorientierung sicherlich deutlich ausgeglichener.

Insgesamt wäre vor allem auch zu erwarten, dass der Typ der internen und externen Leistungsorientierung ausgeprägter vorkommen sollte. Dies ist jedoch wohl auch vom Selbstverständnis der Einrichtungen abhängig, die wichtige Anteile ihrer Zweckbestimmung über die Orientierung auf spezifische (oft bedürftige) Zielgruppen definieren. Dass häufig gerade ein wichtiger Anteil der indirekten Leistungen der Einrichtungen auch den Mitgliedern und MitarbeiterInnen der bürgerschaftlichen Einrichtungen zugute kommen, und so auch die Bereitschaft zu gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit erhöhen, wird oft nicht wahrgenommen, sondern kommt im Gespräch eher ‚zwischen den Zeilen‘ zum Tragen.

IV - II.5. STRUKTURELLE UND FINANZIELLE ABHÄNGIGKEITEN NACH TYPEN

Im folgenden werden die Ergebnisse der Systematisierungen nach finanziellen und strukturellen Abhängigkeiten dargestellt. Während die strukturelle Abhängigkeit (Integration) der Fallbeispiele weitestgehend homogen ist, sind die finanziellen Abhängigkeiten sehr unterschiedlich und weit gestreut.

ALIMENTATION	[BA] Rock	Zug um Zug	Katalyse	AIDS Hilfe	Köln Appell	Quer kopf	KEKS	Talent-Skulptur	SSM	Emanzipation	SUMME
formelle Alimentation, öffentlich					X						1
formelle Alimentation, marktlich											–
formelle Alimentation, gemischt	X	X									2
informelle Alimentation, von bürgerschaftlichen Einrichtungen											–
informelle Alimentation, von Mitgliedern & bürgerschaftlich Engagierten						X		X			2
informelle Alimentation, gemischt										X	1
informelle & formelle Alimentation, formell gewichtet								X	X		2

tation, formell gewichtet											
informelle & formelle Alimen- tation, informell gewichtet							X				1
informelle & formelle Alimenta- tion, gemischt											–
Typ informelle & formelle Alimen- tation, funktionale Teilung			X				–				1

Die finanziellen Abhängigkeiten sind durchmischt. Drei Einrichtungen sind primär finanziell von formellen Strukturen abhängig, weitere drei überwiegend von informellen Strukturen. Der gemischten Alimentation von informellen und formellen Quellen sind vier Einrichtungen zuzuordnen. Hieraus lassen sich keine spezifischen Hinweise ableiten. Zu zwei Typen, die hierbei nicht vorkommen sollte dennoch angemerkt werden, dass auch nicht zu erwarten wäre, dass diese häufig vorkommen. Dies betrifft zum einen die formelle Alimentation durch marktliche Strukturen. Dem Autor sind aus der Vielzahl von Gesprächen und auch aus der Literatur bisher keine Fälle bekannt, in denen bürgerschaftliche Einrichtungen von Marktunternehmen nennenswert gefördert würden. Die Anerkennung des gesamten Subsistenzsektors ist von marktwirtschaftlichen Perspektiven bisher nicht erfolgt, vermutlich vor allem wegen fehlender Kenntnis der hohen Bedeutung der Bürgergesellschaft für Standortqualität und –stabilität. Ebenso kommt auch der Typ der informellen Alimentation von bürgerschaftlichen Einrichtungen bisher nicht vor. Diesen gibt es zwar, z.B. wenn ein Trägerverein eine Vielzahl von bürgerschaftlichen Einrichtungen unter seinem Dach versammelt und diese vernetzt und für sie Dienstleistungen erbringt, kommt aber dennoch selten vor, da die Mehrzahl der bürgerschaftlichen Einrichtungen über sowenig Finanzmittel verfügen, dass sie eigentlich fast nie in der Lage sind, andere Einrichtungen zu bezuschussen. Die anderen Alimentationstypen, auch jene, die von den Fallbeispielen nicht repräsentiert werden, sollten erwartungsgemäß häufiger vorkommen. Grundsätzlich muss festgestellt werden, dass der Schwerpunkt der finanziellen Abhängigkeit eigentlich auf formellen Strukturen liegen muss, da schließlich aus Subsistenzarbeit keine monetären Gewinne erwirtschaftet werden. Selbst wenn die finanzielle Abhängigkeit auf den Personen, die in der Einrichtung tätig sind, oder Mitglieder sind, liegen, stammen diese Mittel letztlich auch aus formellen Quellen, nämlich in der Regel aus dem Erwerbseinkommen der bürgerschaftlich Engagierten. Um zu dem Komplex finanzieller Abhängigkeiten weitere Erkenntnisse zu gewinnen, sind weitere Untersuchungen notwendig.

Die strukturelle Abhängigkeit – Integration – ist demgegenüber wesentlich homogener gestaltet.

INTEGRATION	[BA] Rock	Zug um Zug	Katalyse	AIDS Hilfe	Köln Appell	Querkopf	KEKS	Talent-Skulptur	SSM	Emanzipation	SUMME
formelle Integration		X	X								2
informelle Integration	X			X	X	X	X	X	X	X	8
gemischte Integration											–

Bei acht von zehn Fallbeispielen liegt die strukturelle Abhängigkeiten auf den informellen Strukturen, der Integration in informelle Strukturen. Dies ist wenig verwunderlich, schließlich ist das personelle Übergewicht von subsistenzwirtschaftlich, also informell Tätigen das zentrale Kriterium, wodurch sich bürgerschaftliche Einrichtungen von anderen Organisationen unterscheiden. Besonders auch die Unverlässlichkeit der finanziellen Zuwendungen machen es nötig bzw. erzwingen es, sich soweit wie möglich finanziell von formellen Einrichtungen zu emanzipieren. Hierfür sind die Struktur schaffenden Leistungen aus Subsistenzarbeit das Hauptmittel, zumal sie auch höhere Verbindlichkeiten bieten, und somit für Planungen verlässlichere Größen darstellen. Dort, wo die Integration primär in formelle Strukturen erfolgt, hängt dies damit zusammen, dass die Einrichtungen in eine formelle und informelle Einheit unterteilt sind, welche sich gegenseitig unterhalten. Hier ist auch grundsätzlich eine verstärkte Formalisierung der gesamten Organisationsstruktur zu beobachten.

Ob sich diese Verteilungen im Rahmen einer erweiterten Studie bestätigen würden, bleibt abzuwarten. Es wäre aber äußerst spannend, sich diesem Ansatz noch zunehmend zu widmen, denn die Entwicklung von Optimierungsstrategien für die Schnittstellenfunktion der Einrichtungen zwischen Markt und Subsistenz, setzt voraus, dass die strukturellen Eigenschaften der Subsistenzeinrichtungen bekannt und typologisch fassbar sind. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf.

IV - II. 6 . ENTWICKLUNGSTRENDS

Bei den Trends dominiert der relativ gleich bleibende stabile Status mit sechs von 10 Fällen eindeutig, ohne eine eindeutig stärkere Zuwendung zu formellen oder informellen Strukturen bei weitestgehender Funktionserhaltung und formeller und informeller Etablierung.

ENTWICKLUNGS- TRENDS	[BA] Rock	Zug um Zug	Kata- lyse	AIDS Hilfe	Köln Appell	Quer kopf	KEKS	Talent- Skulptur	SSM	Emanzi- pation	SUMME
Trend Formalisierung, funktionale Teilung	X	X									2 (1?)
Trend Formalisierung, informelle Verdrängung	(X)		X								1 (2?)
Trend Informalisierung, funktionale Teilung											–
Trend Informalisierung, formelle Verdrängung					X						1
Trend stabil				X		X	X	X	X	X	6
Trend Optimierung											–

Mit den Kreuzen und Zahlen in Klammern (x)? wird kenntlich gemacht, dass die betreffende Einrichtung möglicherweise auch einem anderen Trend zugeordnet werden kann und zum Untersuchungszeitpunkt keine eindeutige Zuordnung möglich war.

Dies dürfte vor allem damit zu tun haben, dass die untersuchten Einrichtungen alle einen gewissen zeitlichen Bestand haben, und sich mit ihrer Arbeitsweise arrangiert haben, weder war es bisher deutlich schlechter, noch war es deutlich besser. Insofern haben sich die Einrichtungen weitgehend an die Schwierigkeiten und Möglichkeiten subsistenzwirtschaftlicher Aktivitäten gewöhnt und unterschiedlichste Strategien entwickelt, eventuellen Unbillen und wirtschaftlichen Krisenerscheinungen zu begegnen. Grundsätzlich ist die Feststellung wichtig, dass es kein Indiz für eine stabile und optimale Entwicklung ist, wenn die Aussage getroffen werden kann, dass der Trend stabil sei, sondern sagt zunächst nur aus, dass keine wesentlichen positiven wie negativen Entwicklungsveränderungen der Einrichtungen zu erwarten sind. Positiv verstanden heißt dies, dass sie nicht damit rechnen, kurz- und mittelfristig ‚aufzugeben‘. Aber es heißt auch nicht, dass nicht deutliche Verbesserungen wünschenswert wären, und die Leistungsfähigkeiten der Einrichtungen klar erhöhen könnten. Eine unverändert stabile prekäre Wirtschaftslage ist schließlich noch lange kein Gewinn.

IV-III. QUANTITATIVE BEFRAGUNG DER BÜRGERSCHAFTLICHEN EINRICHTUNGEN IN KÖLN

Auf der Grundlage der Interviews wurde ein Fragebogen erarbeitet, der dann an 500 nach dem Zufallsprinzip ermittelte Einrichtungen verschickt wurde. Beantwortet wurden nur 50 Fragebögen, doch zeigt die Verteilung der Absender, dass auch diese kleine Stichprobe von knapp 5 % aller bürgerschaftlichen Einrichtungen im Kölner Raum als im großen und ganzen repräsentativ für das Spektrum bürgerschaftlicher Einrichtungen angesehen werden kann. Gleichwohl sind Rückschlüsse auf die Gesamtheit nur als Hypothesen bzw. Indizien gemeint, auch wenn dies nicht jedes Mal betont wird.

Die Befragung erwies sich als sehr aufwendig. Der Autor verschickte zunächst in einem ersten Lauf 500 Fragebögen und erhielt knapp 15 zurück. Dann wurden die Einrichtungen einzeln angerufen, und um Beantwortung des Fragebogens gebeten. Meist wurde der Bogen bei Zusage ein zweites Mal zugeschickt, wenn möglich gefaxt oder per eMail versendet. Letztlich wurden ca. 30 der 50 Fragebögen mit telefonischer Begleitung durch den Autor beantwortet.

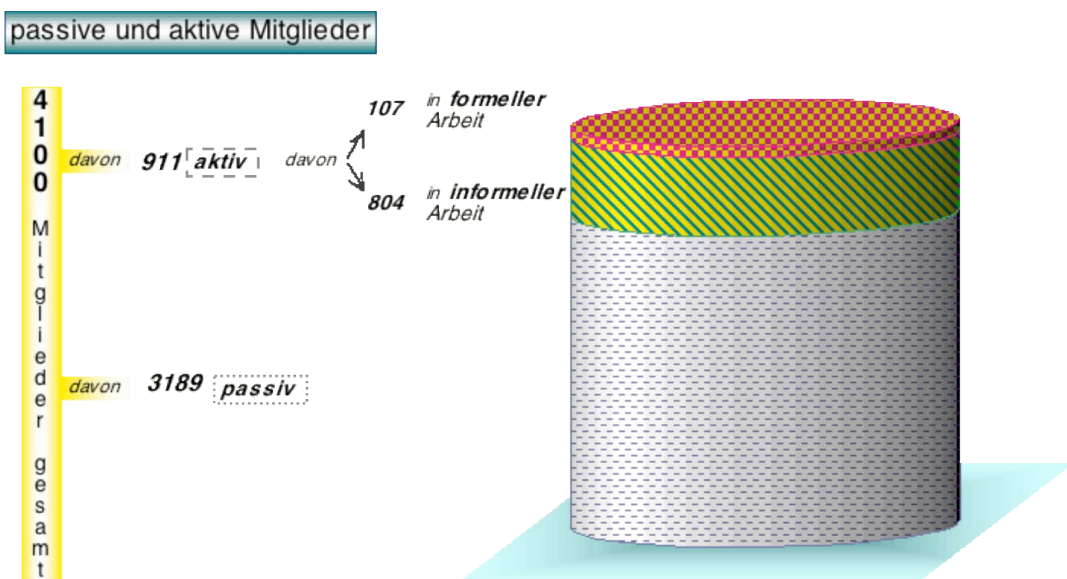
Mit diesem Ausschnitt soll ein Blick auf die Grundstrukturen bürgerschaftlicher Einrichtungen geleistet werden, quasi auf jenes, was unter der Oberfläche des Marktortes Köln verborgen ist ...



Quelle: <http://www.koeln.de/Koelnfotografien/bild.php?bid=12&galerie=5001>

IV-III.1. DER AUFWAND: MITARBEITER, ARBEITSSTUNDEN, FINANZIERUNG

In den 50 bürgerschaftlichen Einrichtungen (Vereinen, Gruppen, Initiativen, Organisationen) sind insgesamt rund 4 100 Mitglieder vertreten, von denen 3 189 passive, also unterstützende Mitglieder sind. Sie tragen im wesentlichen zur informellen Alimentation der Einrichtungen bei, liefern Sachmittel und bilden eine wichtige lobbyistische Rückendeckung für die bürgerschaftlichen Einrichtungen. 911 sind als aktive Mitglieder in den Einrichtungen tätig, davon sind 107 in formeller Erwerbsarbeit in den Einrichtungen beschäftigt, 804 leisten gemeinschaftsorientierte



Grafik 25

Subsistenzarbeit (siehe Grafik 25). So kommt im Verhältnis von bezahlten zu unbezahlten Mitarbeitern auf acht bürgerschaftlich Engagierte knapp ein hauptamtlich Beschäftigter, im Durchschnitt der befragten Einrichtungen ist das Verhältnis exakt 1: 7,5. Insgesamt sind mit 57 % etwas mehr Männer als Frauen in gemeinschaftsorientierter Subsistenz tätig (vergleiche Grafik 26). Bei der formellen Beschäftigung ist das Verhältnis umgekehrt, hier überwiegen mit 61 % die Frauen (vergleiche Grafik 27). Dass die Anteile von Männern in den ehrenamtlichen Tätigkeiten überwiegen, kann jedoch nicht als Aussage dafür gewertet werden, dass Frauen eine geringere Bereitschaft zu gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit hätten. In der Studie wurde ja nicht der haushaltsnahe und familienbezogene Anteil der Subsistenzarbeit einbezogen. Hier dürfte der Anteil der Frauen weit über

dem der Männer liegen, was erklären könnte, dass die Bereitschaft/ Möglichkeit noch zusätzlich gemeinschaftsorientiert informell tätig zu sein nicht mehr so hoch ist.

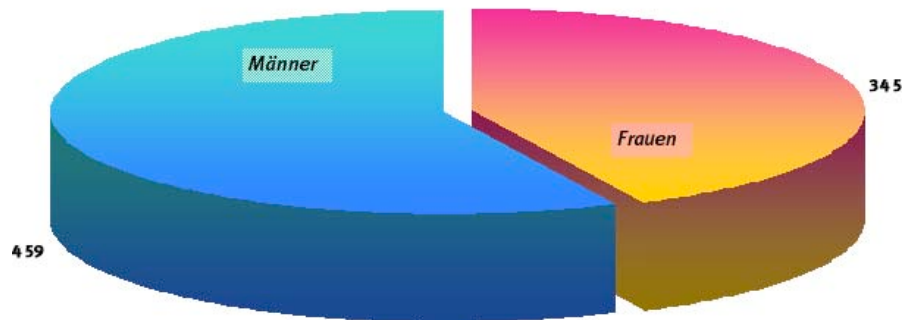
Insgesamt werden rund 12 000 Stunden an gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit und Erwerbsarbeit zusammen im Monat geleistet (siehe Grafik 30). 51 % davon sind gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit, 49 % Erwerbsarbeit. Die formell Beschäftigten leisten also nahezu genauso

viel Arbeitsstunden, wie die ehrenamtlich Tätigen, wobei bei den Zweiten die Stunden auf 7,5 mal so viel Personen verteilt sind (siehe Grafik 28).

Von den bürgerschaftlich Engagierten arbeiten 61 % unter 10 Stunden pro Monat, 23 % zwischen 10 und 25 Stunden, 6 % zwischen 25 und 40 Stunden und 10 % über 40 Stunden im Monat. Über 50 Stunden im Monat leisten 3 % der ehrenamtlich Tätigen mehr als 100 Stunden bringen immerhin noch 2 % ein (vergleiche Grafik 30). Im Durchschnitt erbringen sie pro Person jeweils etwa 16 Stunden pro

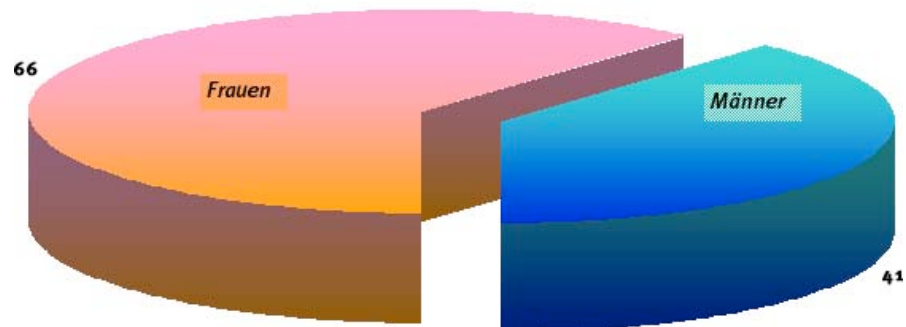
informelle Beschäftigung:
absolute Anteile von Männern & Frauen

Grafik 26



formelle Beschäftigung
absolute Anteile von Männern & Frauen

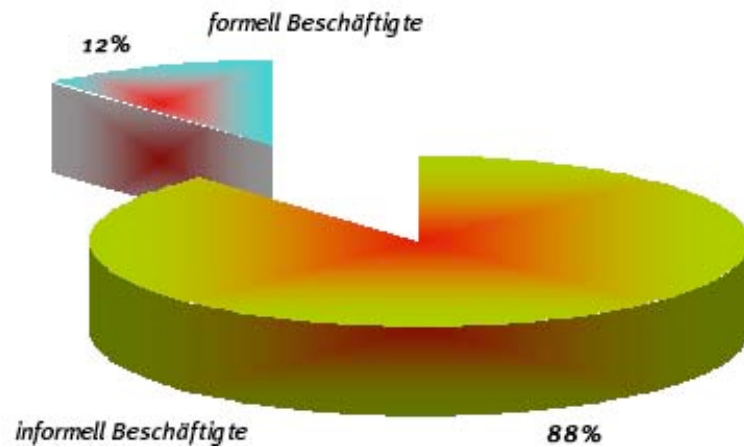
Grafik 27



Grafik 28

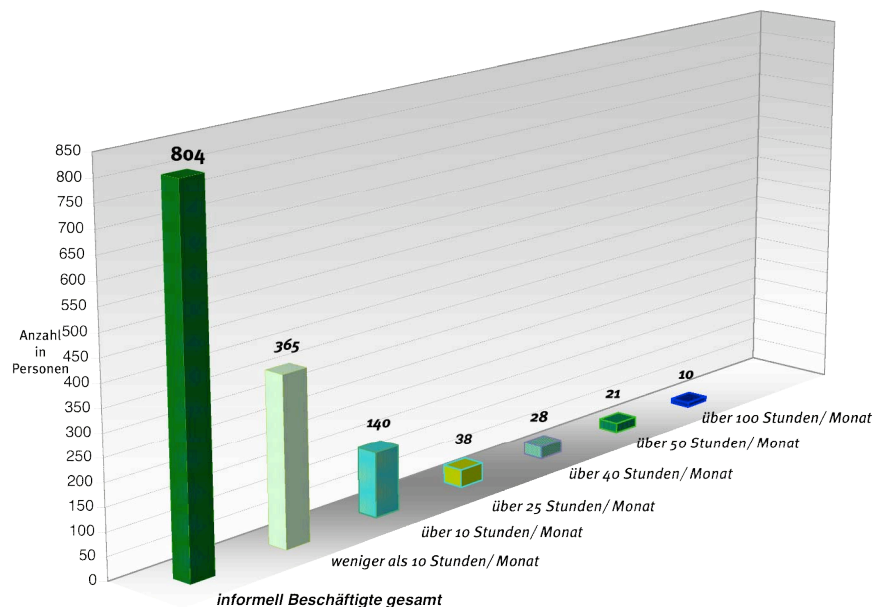
Verhältnis informeller zu formeller Beschäftigung

Monat gemeinschaftsorientierte Arbeit im Rahmen der bürgerschaftlichen Einrichtungen, denn bürgerschaftliches Engagement wird neben den Erwerbsarbeiten erbracht und neben der individualorientierten Subsistenzarbeit, die in Familie, in den Haushalt und die Selbstsorge einfließt (vergleiche Unterkapitel III-II.3). So wird die Zeit zur gemeinschaftsorientierten Subsistenz, von der Freizeit, der Muße abgezweigt.



Grafik 29

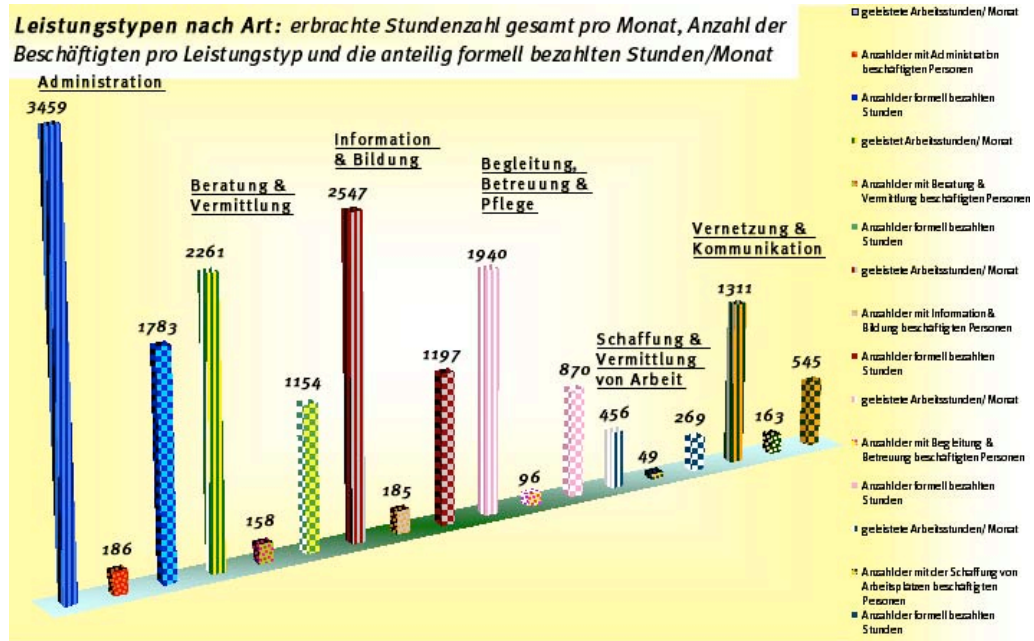
informell Beschäftigte – durchschnittliche Stundenzahl im Monat



Innerhalb der Einrichtungen werden 29 % der gesamten Arbeitsstunden für administrative Tätigkeiten aufgewendet, die restlichen 71 % sind inhaltlichen Arbeiten gewidmet.

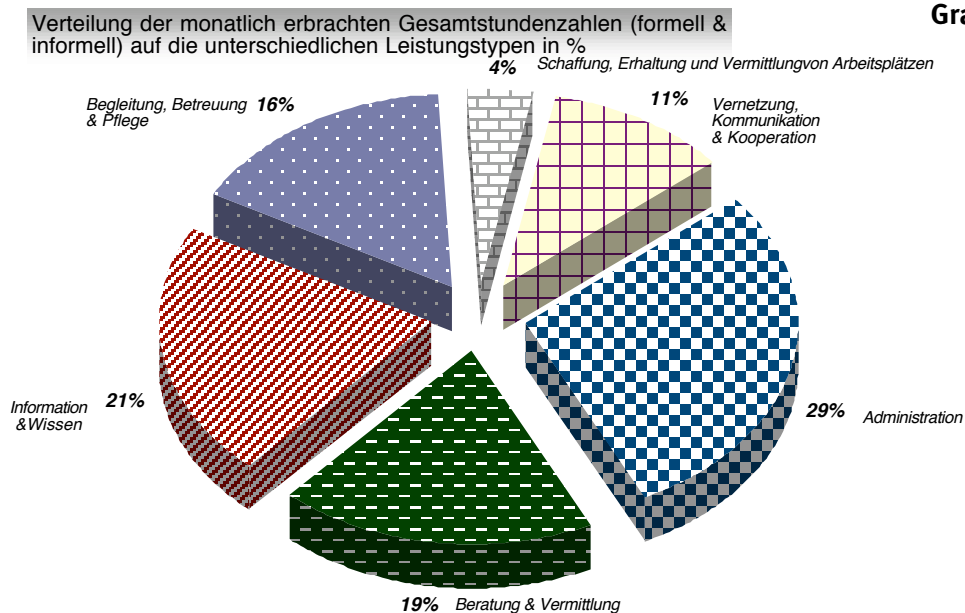
Für Beratungen (Rechts-, Sozial-, Verbraucher-, Asylberatung etc.) werden 19 % und für den Bereich Information und Wissen (Öffentlichkeitsarbeit, Tagungen, Vorträge, Veröffentlichungen, Kurse, Seminare) weitere 21 % der erbrachten Gesamtstundenzahl aufgewendet.

Grafik 30



16 % werden für Betreuung (z.B. von Kindern und Jugendlichen) und Pflege von Hilfebedürftigen (Kranken, Behinderten, Alten, ...) und Begleitung (Sterbenden, Alltagshilfen für z. B Aidskranke) aufgebracht, weitere 11 % der gesamten Stunden für Kommunikation und Vernetzung zwischen BürgerInnen, bürgerschaftlichen

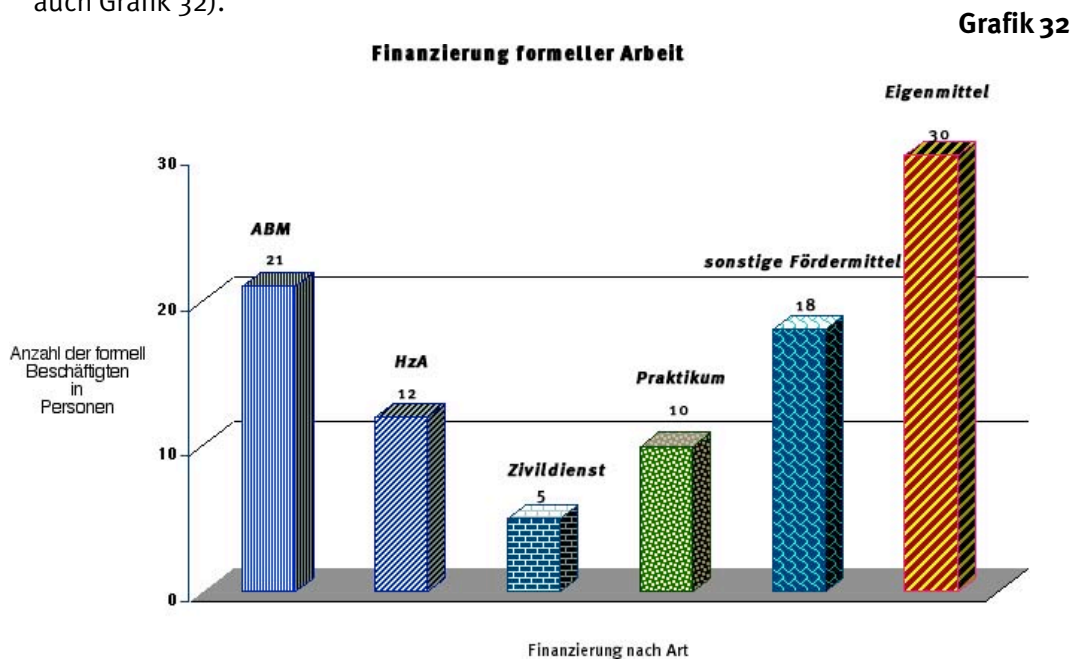
Grafik 31



Einrichtungen und anderen Gruppen und Organisationen, sowie politischen Instanzen, und 4 % für die Vermittlung von Erwerbsarbeitsplätzen (siehe auch Grafik 30 und 31).

Die unbezahlte Subsistenzarbeit überwiegt – gemessen an der Stundenzahl – in manchen Bereichen leicht, in anderen – speziell den administrativen (52 %) sowie beratenden Tätigkeiten (51 %) die bezahlte; doch die Unterschiede sind sehr gering. So kann man generell von einer Gleichverteilung ehren- und hauptamtlicher Arbeitsleistungen ausgehen. Gegenüber dem Verhältnis von 1: 7,5 der beteiligten Personen – der bezahlten und die unbezahlten Arbeitskräfte –, verhält sich das bezahlte zum unbezahlten Arbeitsvolumen (Gesamtzahl der Arbeitsstunden) nahezu 1: 1.

Gut ein Drittel der bezahlten Arbeitsplätze werden aus Eigenmitteln (Spenden und Mitgliedsbeiträgen) getragen, nur knapp zwei Drittel der Finanzierung kommen aus unterschiedlichsten Fördermitteln von Bund, Land und Kommunen (vergleiche auch Grafik 32).



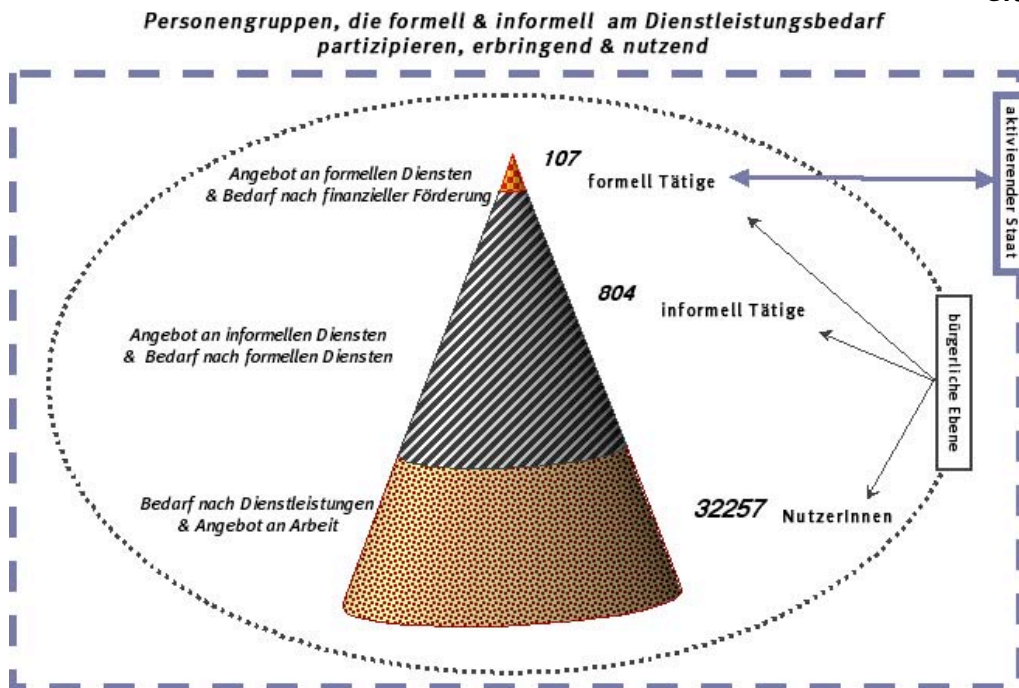
IV-III.2. DER NUTZEN: BEDARF AN GEMEINSCHAFTSORIENTIERTER SUBSISTENZARBEIT

Befasst man sich mit den besonderen Qualitäten, die der bezahlten und unbezahlten Arbeit zugeordnet werden, kommt zu wenig verwunderlichen Befunden. So wird die hauptamtliche, bezahlte Arbeit von 33 % der Einrichtungen mit Attributen wie Kontinuität der Verfügbarkeit, fest einplanbaren verbindliche Arbeitszeiten beschrieben, welche besonders für festgelegte Büro- und Öffnungszeiten, sowie für terminlich gebundene administrative und bürokratische Arbeiten nötig sind. Eine höhere Professionalität wird den Hauptamtlichen hingegen nur von 28 % der Befragten zugeordnet, während immerhin 32 % der formellen (Erwerbs)Arbeit keine spezifische Überlegenheit zuerkennt, im Gegenteil, sie primär kostet. Ein Kriterium, welches auch immer wieder hervorgehoben wird, ist, dass die Erwerbsarbeit Leistungen erbringen kann, die aus Subsistenzarbeit nur unter ‚Quälerei‘ und mit Demotivationseffekten erbracht werden, nämlich Arbeiten, die wenig individuelle und persönliche Involvierung verlangen, sondern im Grunde Pflichtaufgaben einer Organisation sind. Dies betrifft ungeliebte Arbeiten, wie beispielsweise Büroarbeiten, Buchhaltung und ähnliches.

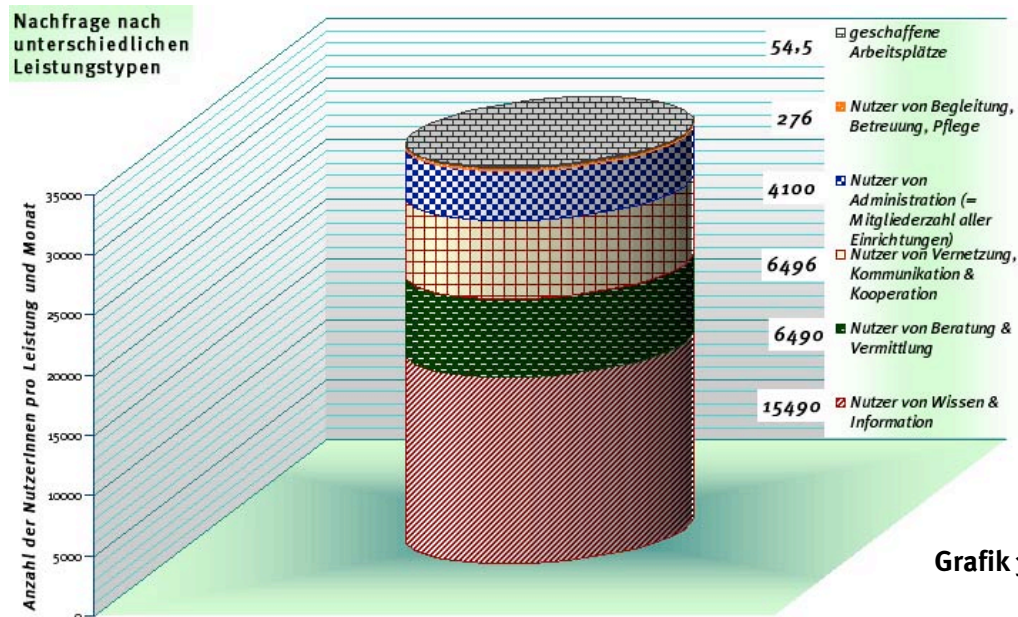
Betrachtet man die besonderen Qualitäten die der freiwilligen geleisteten Subsistenzarbeit zugeordnet werden, stehen erstrangig das hohe Engagement und Idealismus sowie zweitrangig die intrinsische Motivation im Vordergrund, die mit hoher Einsatzbereitschaft und Enthusiasmus und Idealismus verknüpft wird. Weiterhin wird in diesem Zusammenhang die hohe thematisch-inhaltliche Kompetenz wiederholt betont, die aus der oft eigenen Betroffenheit oder zumindest engen Berührung mit dem Inhalten der jeweiligen bürgerschaftlichen Einrichtung zusammenhängen. Auf dem dritten Rang liegt die hohe zeitliche Flexibilität und Unabhängigkeit sowie die Ganzheitlichkeit der eingebrachten Arbeitsleistungen – ‚mit dem Herzen bei der Sache‘, die als spezifische Qualitäten der gemeinschaftsorientierten Subsistenzarbeit zugerechnet werden. Diesen Aspekten werden auch Attribute wie besondere Glaubwürdigkeit, Überzeugungskraft wie auch hohe Kompetenz zugeordnet. Auch so erkennt man, wie dicht Erwerbsarbeit und gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit in bürgerschaftlichen Einrichtungen miteinander verknüpft sind, und wie sie sich ergänzen.

Die von Subsistenz- und Erwerbsarbeit gemeinsam erbrachten Leistungen nutzen nach eigener Einschätzung der befragten Einrichtungen zum Zeitpunkt der Erhebung von zusammen rund 32 000 Personen, was pro Einrichtung im Durchschnitt 610 NutzerInnen entspricht (siehe Grafik 33).

Grafik 33



In diese Zahl sind auch die Mitglieder der Einrichtung eingerechnet, die die indirekten Leistungen, insbesondere auch Vernetzung, Kontaktmöglichkeiten, zu großen Anteilen aber auch die direkten Leistungen in Anspruch nehmen. Pro bezahlte Arbeitskraft werden für im Durchschnitt ca. 300 NutzerInnen, pro bürgerschaftlich Engagiertem/r werden für rund 40 NutzerInnen Leistungen erbracht. Im Durchschnitt entspricht dies 35 NutzerInnen pro Person, die in den Einrichtungen mitarbeitet, unabhängig, ob formell oder informell beschäftigt. So entsteht aus der Nachfrage nach Leistungen aus gemeinschaftsorientierter Subsistenz der Bedarf

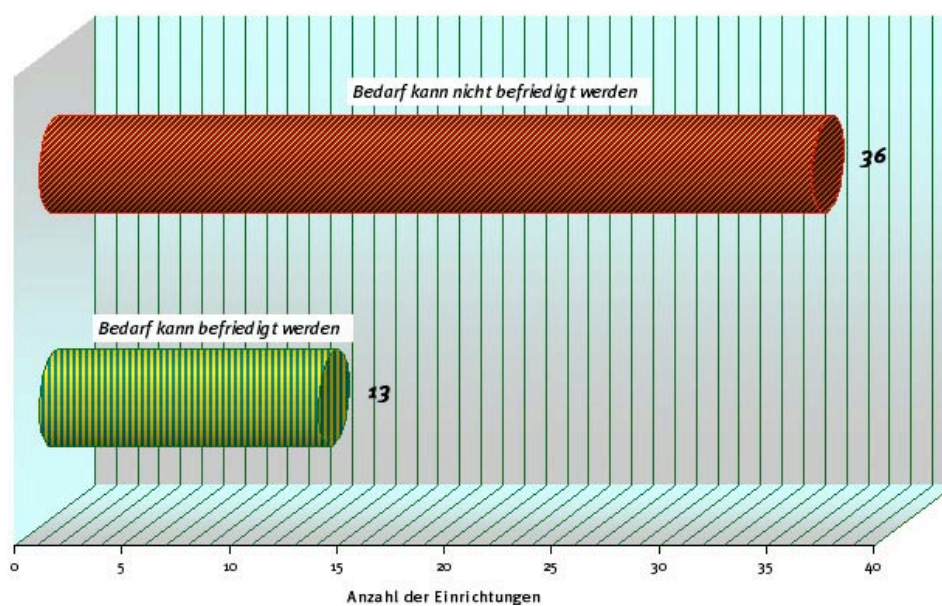


Grafik 34

nach informeller wie formeller Arbeit (vergleiche auch Grafik 33). Die bereit gestellten und vermittelten Informationen werden von 15 500 Personen genutzt, 6 500 nehmen die Beratungs- und die Kommunikationsleistungen in Anspruch, 280 profitieren von der – sehr arbeitsintensiven – Betreuung und Pflege, und immerhin 55 haben von der Arbeitsvermittlung profitiert, indem sie nun einen Erwerbsarbeitsplatz haben (vergleiche Grafik 34).

Bedarfsbefriedigung der erbrachten Leistungen

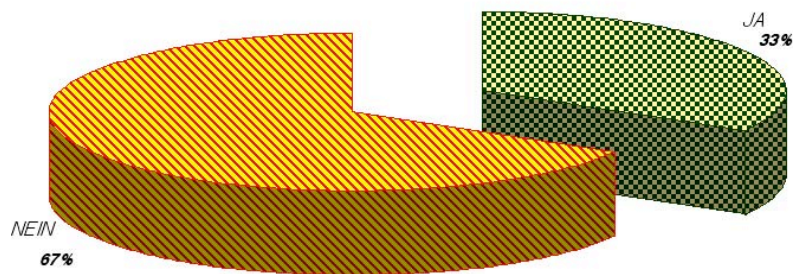
Grafik 35



Dennoch sind 73 % der bürgerschaftlichen Einrichtungen der Ansicht, dass sie den Bedarf nach ihren Leistungen nicht abdecken können (siehe Grafik 35). Aber äquivalente Angebote von marktlicher und/ oder staatlicher Seite bestehen nach eigener Einschätzung der Einrichtungen nicht ausreichend. 33 % der befragten Einrichtungen erbringen nach eigener Aussage Leistungen, die in vergleichbarer Qualität – wenn auch teurer – auch auf dem Markt angeboten werden können, während 67 % angeben, dass der ungedeckte Bedarf sich gegenwärtig nicht über den Markt Teil kompensieren ließe (siehe Grafik 36).

Grafik 36

Werden vergleichbare Leistungen über den Markt erbracht?



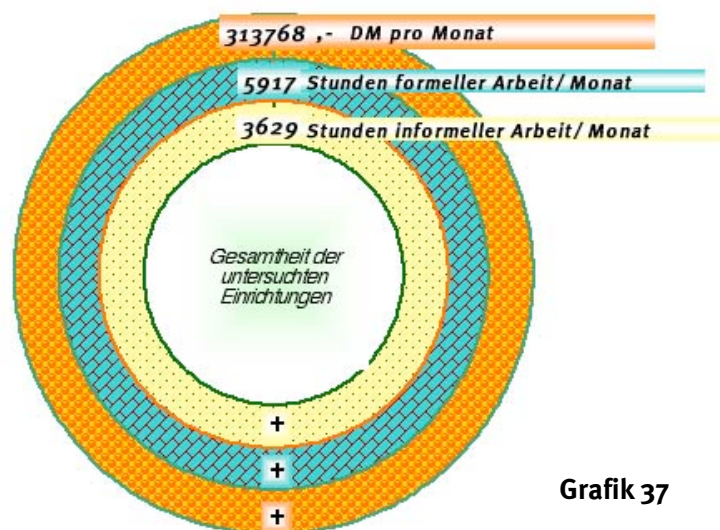
Dabei trauen sich die Einrichtungen einen deutlichen Kapazitätszuwachs zu, vorausgesetzt, die

finanziellen Mittel wären verfügbar, und vor allem würden auch formelle Arbeitsplätze gebraucht, um die ehrenamtlich Tätigen zu unterstützen. Um den zusätzlichen Bedarf zu decken, müsste die Kapazität nach der Meinung der befragten Einrichtungen im Durchschnitt auf nahezu das Doppelte erweitert werden (siehe Grafik 37). Dass sie der Meinung sind, dass dazu die Anzahl der bezahlten Arbeitsstunden etwas stärker zunehmen müsste, als die der unbezahlten ist ein

Indiz dafür, dass viele Einrichtungen an der Kapazitätsgrenze operieren, die wesentlich von den formell beschäftigten Personen bestimmt wird – ihre Anzahl lässt sich schwerer ausweiten als die der informell Tätigen, also werden sie oft über die normale Be-

lastung hinaus eingesetzt. Weiterhin wurde der entsprechende zusätzliche Kapitalaufwand pro Monat insgesamt auf ca. 300 000,- DM geschätzt, dies allerdings bei unveränderten sozioökonomischen und politischen Ausgangsbedingungen. Bei diesen Angaben muss berücksichtigt werden, dass hier sicherlich Idealsituationen angegeben wurden, und gerade der hohe Mangel an finanziellen Mitteln schlägt sich natürlich auch in einer entsprechenden Gewichtung bei den Antworten nieder. Eigentlich ist die angegebene Summe, betrachtet man die allein schon zum Erhe-

Zusätzliche Kapazität der untersuchten Einrichtungen an **informeller Arbeit** und **formeller Arbeit** in Stunden pro Monat und entsprechender **zusätzlicher Kapitalaufwand** in DM pro Monat

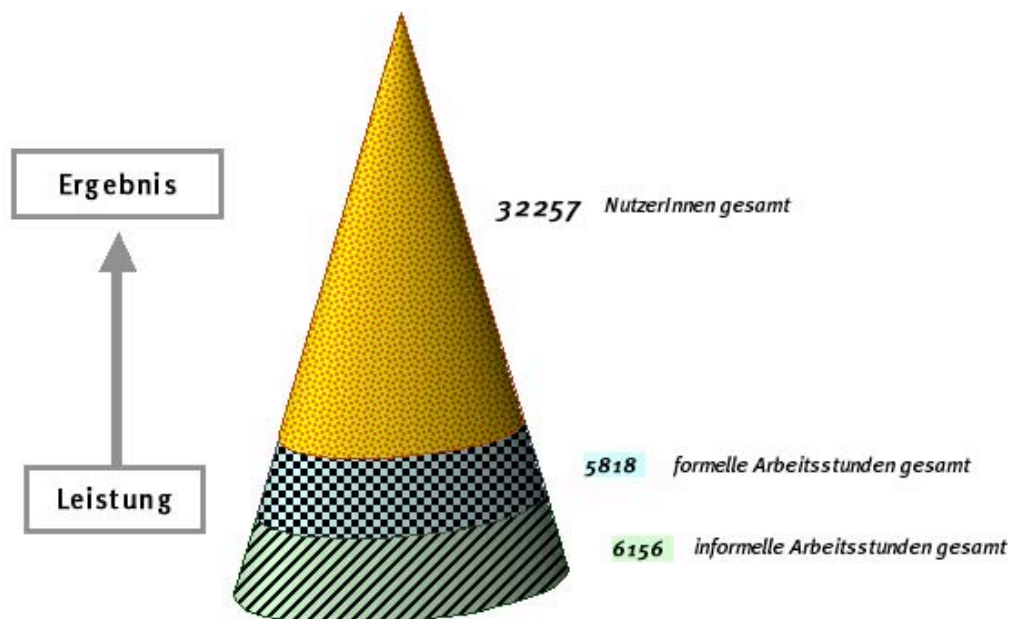


Grafik 37

bungszeitpunkt erbrachten Leistungen für 50 Einrichtungen nicht sonderlich hoch, beinhaltet sie schließlich die Finanzierungen der gesamten Infrastruktur der Einrichtungen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit auf einen Bedarf reagiert, der weder vom Staat noch vom Markt noch von der individualorientierten Subsistenzarbeit gedeckt wird, und dass aus der unbezahlten Arbeit ein Bedarf nach der Ergänzung durch bezahlte Arbeitsplätze erwächst, so dass auf der Plattform der Organisationen, Gruppen und Vereine neue Erwerbsarbeitsplätze entstehen (siehe auch Grafik 38). Diese wirken wieder auf die Funktion der bürgerschaftlichen Einrichtung zurück und bilden umgekehrt wieder zusätzliche Attraktivitäten für zusätzliches bürgerschaftliches Engagement. Sie erbringen in ihrer Kombination mit der ehrenamtlichen Arbeit Dienste besonderer Qualität, deren Kosten über formelle Strukturen ein Vielfaches betragen würden, und erreichen mit ihren Leistungen ein breites Spektrum der bürgerlichen Ebene. Sie tragen zu demokratischer Partizipation, zur Wohlfahrt von Gemeinschaft und Einzelpersonen und zur Standortqualität der Stadt wesentlich bei. Über gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit wird bei geringsten Kostenaufwand ein erheblicher Beitrag zu sozialer Sicherung und Wohlfahrt auf kommunaler Ebene geleistet. Die direkten Empfängerzahlen von Dienstleistungen aus gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit in den dargestellten Einrichtungen sprechen hier für sich. Das aber darüber hinaus ein viel größeres Spektrum mittelbar Profitierender be-

Produktivität der geleisteten formellen & informellen Arbeitsstunden, gemessen an den NutzerInnen

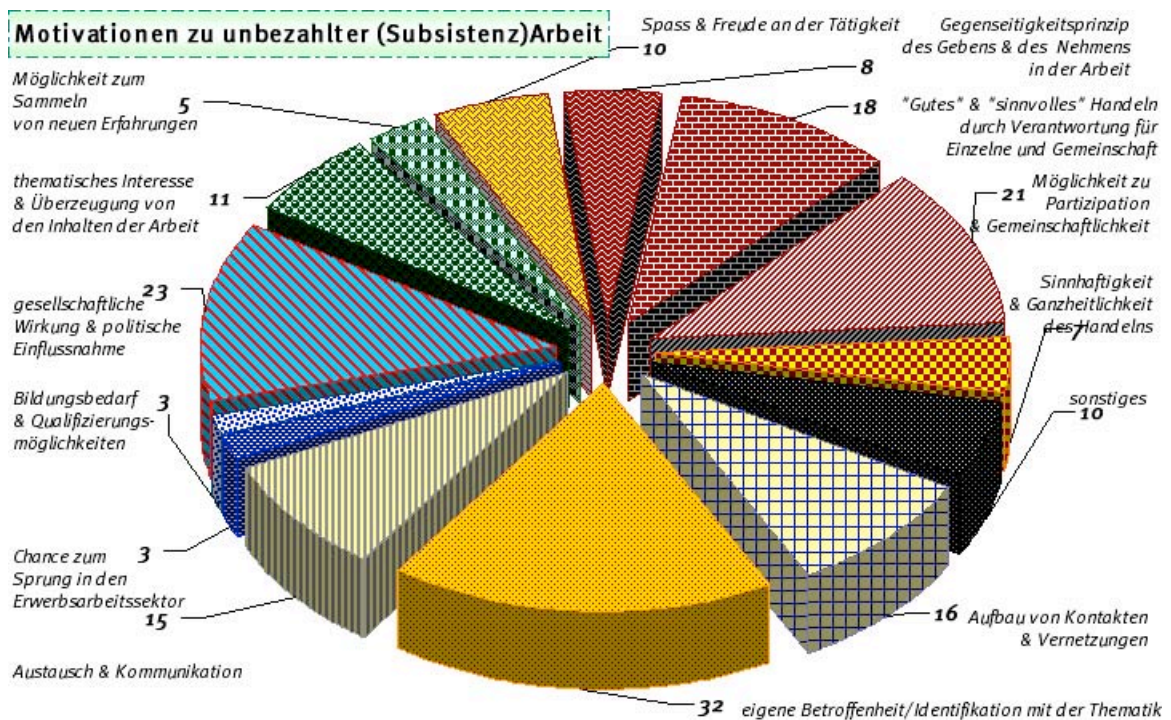


Grafik 38

steht, nämlich über die Bildung von sozialem Kapital und über die Stärkung der bürgergesellschaftlichen Grundlage einer Stadt, wurde bereits im zweiten und dritten Kapitel der vorliegenden Dissertation ausführlich begründet. Aber auch diese Aspekte dürfen hier keinesfalls gegenüber den direkt messbaren Effekten vergessen werden.

IV - III. 3. MOTIVE FÜR BÜRGERARBEIT

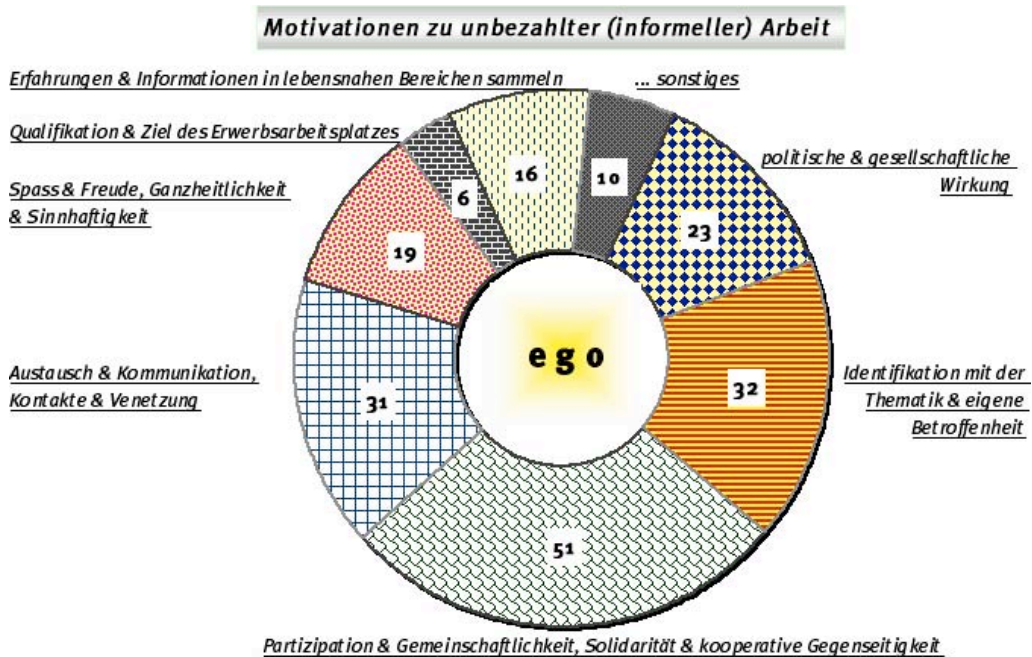
Die administrativen Tätigkeiten, die Beratungsdienste, die Öffentlichkeitsarbeit, die Betreuung und Pflege, die Beiträge zu Kommunikation und Vernetzung, die Schaffung und Vermittlung von Arbeitsplätzen lassen sich quantitativ gut erfassen und darstellen (siehe vorhergegangenes). Doch gerade die Leistungen, die auf soziostruktureller Ebene erbracht werden, haben eine enorme Wirkung auf sozio-kulturelle, –ökonomische und –politische Interaktionen in unserer Gesellschaft. Sie umfassen ein breites Spektrum der Stärkung soziokultureller Strukturen, speziell Kooperations-, Kommunikations-, Partizipations-, Solidaritätssysteme und –netze und ermöglichen so Integrationen und Entfaltungen vielfältiger Lebensstile. Darüber hinaus stärken sie die Bereitschaft und Motivation eigenverantwortlich Selbsthilfe zu leisten und einen suffizienten Konsumstil zu entwickeln. Insgesamt tragen sie auf diese Weise maßgeblich zu individueller und gemeinschaftlicher Lebensqualität und insgesamt zu Wohlstand bei. Dabei ist es auch expliziter An-



Grafik 39

spruch aller der bürgerschaftlichen Einrichtungen derartige Leistungen zu erbringen, und wird von ihnen als Maß und als Basis einer erfolgreichen Arbeit betrachtet. Dies spiegelt sich auch über das weite Spektrum an Motivationen wieder, die als Triebfedern für die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit angegeben werden (siehe Grafik 39).

Die Erhöhung der individuellen Lebensqualität und der Selbstentfaltung, insbesondere durch soziale Beziehungen, kooperatives und partizipatives Miteinander sind offensichtlich die zentrale Bedingung, dass Menschen unbezahlte gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit leisten wollen. Dies deutet sich bereits über die zuvor dargestellten qualitativen Fallstudien an, und zeigt sich über die Befragung noch deutlicher. Besonders deutlich wird das, wenn man die unterschiedlichen Motive, die von den befragten Einrichtungen angegeben wurden bündelt (siehe Grafik 40). So sehen 28 % wesentliche Motivationen für bürgerschaftliches Engagement durch Partizipation, Gemeinschaftlichkeit und solidarische Gegenseitigkeit gestiftet und für 16 % ist der Bereich Austausch und Kommunikation sowie Kontakt und Vernetzung von besonderer Bedeutung. Für 10 % sind die Attribute Spaß und Freude, Sinnhaftigkeit und Ganzheitlichkeit der Tätigkeit zentrale Motive und 12 % heben die politische und gesellschaftliche Wirkung hervor. Nur 17 % geben als Beweggründe eine eigene Betroffenheit, und nur 12 % das Sammeln von Erfahrung und Qualifikation für formelle Erwerbstätigkeiten an.



Grafik 40

So ist das Bedürfnis, gemeinschaftlich wirksam zu sein, gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit zu leisten, ein wichtiger Bedarf, der über die bürgerschaftlichen Einrichtungen gedeckt wird, es sind keineswegs nur die jeweiligen Leistungsempfänger die von der Subsistenzarbeit profitieren. Im Zentrum der gemeinschaftsorientierten Subsistenzarbeit steht die Identifikation mit der Arbeit, die Selbstbestimmung und -organisation, die Freude daran und besonders auch die Gemeinschaftlichkeit in der Arbeit und in der Aufgabe.

IV - III. 4. FÖRDERUNG VON ERWERBSARBEIT DURCH GEMEINSCHAFTSORIENTIERTE SUBSISTENZARBEIT

Wie im vorangegangenen dargestellt, wird in den bürgerschaftlichen Einrichtungen die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit durch hauptamtliche Erwerbsarbeit ergänzt. Diese steht mit ihren Leistungen komplementär zur freiwillig geleisteten unbezahlten Arbeit. Sie erbringt Leistungen, die entweder ungeliebt sind und deshalb nur ungern in freiwilliger Arbeit erbracht werden, oder die an bestimmte festgelegte Zeiten und Rhythmen gebunden sind (wie Öffnungszeiten) in denen jene, die primär bürgerschaftlich engagiert sind, nicht verfügbar sein können, weil sie selber einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Die Einrichtungen sind aber alle zunächst informell initialisiert und aus gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit erwachsen. Die Motivation zur Subsistenzarbeit liegt einerseits darin, etwas Sinnvolles in Gemeinschaft zu tun, dies selbstbestimmt und selbstorganisiert, außerhalb formeller Vorgaben. Die Zweckbindung der Subsistenztätigkeiten richtet sich nach den bestehenden Bedarfslagen, sind also in der Regel nicht angebotsgesteuert. Ab dem Erreichen eines bestimmten Organisationsgrades und der Notwendigkeit Verbindlichkeiten in den gemeinschaftsorientierten Leistungen zu gewährleisten, fallen in den bürgerschaftlichen Einrichtungen Arbeiten und Arbeitsqualitäten an, die nur ungenügend oder mit Abstrichen durch Subsistenzarbeit geleistet werden können. Es ist zwar möglich, diese Qualitäten auch durch Subsistenzarbeit zu erbringen, führen aber dazu, dass bürgerschaftliches Engagement in den betreffenden Einrichtungen weniger attraktiv wird – in der Folge sind weniger Personen dort zu freiwilliger Arbeit bereit, die Leistungsfähigkeit und auch die Gemeinschaftlichkeit sinkt. Also wird versucht, wenigstens einige wenige Personen innerhalb und zum Zwecke der Einrichtung formell bezahlt – hauptamtlich – zu beschäftigen. Oft ist dies der Initialgrund, warum überhaupt eine institutionelle Formalisierung wie eine Vereinsgründung erfolgt.

So ist hier eine kleine Kette von Bedarfslagen Ursache für ein weites Spektrum gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit und für Erwerbsarbeit gleichermaßen:

- Aus dem Bedarf nach gemeinschaftlicher, sinnvoller, partizipativer und selbstbestimmter produktiver Tätigkeit erwächst die Bereitschaft zu gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit; ➤ aus dem Bedarf nach spezifischen sozialen und kulturellen Dienstleistungen, nach bürgerschaftlicher Teilhabe, nach Wohlfahrtssicherung erwächst die Nachfrage nach spezifischen Leistungen und Leistungsqualitäten; ➤ aus der Bündelung dieser Bedürfnisse entsteht eine bürgerschaftliche Einrichtung als Plattform für gemeinschaftsorientierte Subsistenzproduktion; ➤ aus der (Subsistenz)Arbeit in der Einrichtung erwächst der Bedarf nach Verbindlichkeit und Regelmäßigkeit von bestimmten (häufig auch ungeliebten) kontinuierlichen Arbeiten, in der Folge werden Erwerbsarbeitsplätze in den Einrichtungen geschaffen.

Die Erwerbsarbeit wird zu einem Drittel aus Eigenmitteln bezahlt, zu zwei Dritteln aus formellen, öffentlichen Quellen (vergleiche hierzu auch Grafik 34, 35 und 40). So zeigt sich, dass eine Kombination weniger bezahlter Erwerbsarbeitsplätze und ein größerer Umfang bürgerschaftlich Engagierter die optimalsten Resultate erzielt, erstens, weil so die spezifischen Qualitäten der Dienste gesichert und entwickelt werden kann, und zweitens, weil sie auf diese Weise in einer Quantität erbracht werden können, die nur mit formellen Erwerbsarbeitsplätzen gar nicht zustande kommen würde, denn sie wäre gar nicht finanzierbar.⁷⁵¹

Weiterhin wird Beschäftigung durch gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit auch indirekt gefördert, indem positive Impulse für die Erwerbsarbeit einzelner Menschen, oder die Erwerbsarbeitsgesellschaft als gesamtes gegeben werden.

- Häufig werden Innovationen in Subsistenzarbeit entwickelt und/ oder erprobt, die später in Erwerbsbeschäftigungsverhältnisse einfließen oder neue schaffen, beispielsweise, indem durch Gemeinschaftsstiftung innerhalb bürgerschaftlicher Einrichtungen Firmengründungen erwachsen, wie z.B. ein Umweltlabor, welches an eine Umweltschutzeinrichtung angegliedert ist, oder ein medizinischer Betreu-

⁷⁵¹ Im Kölner Beispiel ermöglichen 804 Ehrenamtliche die Erwerbsarbeit von 107 Hauptamtlichen; in beiden Arbeitsformen werden rund 13 000 Arbeitsstunden pro Monat geleistet; Bei einer formellen monetären Entlohnung beider Arbeitsbereiche, würde – aus Mangel an den dann nötigen Finanzierungsmitteln – die Gesamtleistung von 26 000 Stunden gar nicht zustande kommen. Anstelle dessen werden aber von durchschnittlich 100 subsistenzwirtschaftlich tätigen Menschen weitere 7,5 Erwerbsarbeitsplätze geschaffen und damit das gesamte Arbeitsvolumen noch verdoppelt.

ungsdienst, der aus dem Erkennen eines spezifischen Bedarfs formell gegründet wird. Über diese innovativ befruchtenden Prozesse wird gesellschaftliches und wirtschaftliches Interesse für neue Geschäftsfelder aktiviert, in denen dann später auch Professionelle beschäftigt werden.

➤ Auch Qualifikationen werden in gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit erlangt, besonders durch den Austausch zwischen Menschen unterschiedlichen Wissens und Begabung, und durch das gegenseitige ‚Voneinander – lernen‘. Auch das Üben und Erproben von bestimmten Tätigkeiten, das Arbeiten im Team und die Stärkung sozialer und kooperativer Kompetenzen („soft skills“) tragen zu Qualifikation und zu Kompetenzen bei, die auch und immer weiter zunehmend in formellen Beschäftigungsverhältnissen relevant und gefragt sind. Darüber hinaus werden ganz direkt Qualifikationen und Wissenszuwächse („hard skills“) durch Workshops, Beratungen, Informationskampagnen und ähnliches vermittelt und geleistet. Welch nennenswerte Impulse damit von der informellen Arbeit ausgehen können, wird auch daran deutlich, dass die sich ausbreitende digitale Arbeitswelt das Alternieren zwischen informeller und formeller Arbeit fördert, indem sie zum einen Bereiche autonomer Qualifizierung und zum anderen Bereiche ortsunabhängiger Produktion schafft. Qualifikation, die man sich informell aneignet, wird in den neuen Arbeitsbereichen Information und Kommunikation eher anerkannt als in den traditionellen Arbeitsfeldern. Die Dienstleistungsgesellschaft ist bereits in Teilen, und die Wissensgesellschaft wird⁷⁵² umfassend auch durch die Durchlässigkeit zwischen formellen und informellen Tätigkeitsbereichen geprägt sein.

➤ Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch der Zuwachs an individuellem, besonders immateriellem Wohlstand, der dazu führt, dass die Bedeutung von Erwerbsarbeit für die jeweilig individuellen Lebenszusammenhänge, aber auch im gesellschaftlichen Kontext sinkt, und teilweise durch die Subsistenzarbeit substituiert wird. Hier spielt auch die Möglichkeit des Einkommensausgleichs über Bürgerarbeit eine Rolle, denn über Subsistenzarbeit wird tatsächlich auch Realeinkommen erzeugt, oder Ausgaben für den Kauf von Gütern und Diensten verringert. Dies geschieht, indem Dienste und Leistungen in die Gemeinschaft eingebracht und für Einzelpersonen erbracht werden, die – würden sie aus formeller Arbeit entstehen – mit höheren Kosten verbunden wären, oder mindestens über z.B. Steuern (mit)finanziert werden müssten. So wirkt Subsistenzarbeit in Teilen auch kompensatorisch gegenüber möglichen Erwerbseinkommensausfällen. Auf diese Weisen wird die Bereitschaft zur Verkürzung der Erwerbsarbeit zugunsten von Subsisten-

⁷⁵² (anders als die Industriegesellschaft)

zarbeit erhöht, was zugunsten einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und damit zu besserer Verteilung der noch bestehenden Erwerbsarbeitsvolumina führen kann. Nur so lässt sich noch eine Vollbeschäftigung, aber eben in Teilzeit, und ein demokratischer Wohlstand gewährleisten. Auch auf diese Weise trägt die gemeinschaftsorientierte Subsistenz zur Erhaltung oder Entstehung von Arbeitsplätzen bei.

➤ Eine weitere wichtige Bedeutung hat die gemeinschaftsorientierte Subsistenz für Staat und öffentliche Institutionen, indem sie für diese entlastend wirkt. Denn sie erbringt im umfassenden Maße soziale und kulturelle Leistungen, nach denen eine dringender Bedarf besteht, und die andernfalls über formelle Strukturen gesichert (und bezahlt) werden müssten. Das gleiche gilt für die Aspekte bürgergesellschaftlicher und politischer Teilhabe und die Integrationsleistungen von Minderheiten und gesellschaftlichen Randgruppen, die als konstituierende Elemente einer demokratischen und sozialen Gesellschaftsordnung unverzichtbar sind – sie sind sogar Staatspflicht – und müssten – würden sie nicht größtenteils über gemeinschaftsorientierte Subsistenz erbracht – über staatlich-öffentliche Systeme gewährleistet werden. So können Geldmittel wegen Subsistenz eingespart, und für (Markt- und Subsistenz-)Wirtschaftsförderungen, für Bildung und Förderung neuer Arbeitsbereiche frei gemacht werden. Zudem werden marktlichen Unternehmen wettbewerbsfördernde Standortfaktoren geboten und ein stabiler und fruchtbarer soziokultureller Nährboden für marktwirtschaftliche Aktivitäten.

Es ist unschwer zu erkennen, dass es die direkte Schaffung von Erwerbsarbeit über gemeinschaftsorientierte Subsistenz gibt, aber ebenso, und dies ist nach Ansicht des Autors wesentlich bedeutsamer, soziokulturelle und –ökonomische Impulse auf die Arbeitsgesellschaft ausgesendet werden, die dabei helfen können, das fatale erstarrte Erwerbssparadigma aufzubrechen und umzugestalten (vergleiche hierzu auch Unterkapitel II-I).

IV-IV. STADTRÄUMLICHE VERTEILUNG – KARTIERUNG UND CLUSTER

Im folgenden wird die Kartierung der bürgerschaftlichen Einrichtungen für Köln vorgestellt. Sie war mit einem sehr hohen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden,



und kann – mangels Vergleichskarten – nur den Anfang von sozial- und wirtschaftsräumlichen Analysen des gemeinschaftsorientierten Subsistenzsektors darstellen. Leider ist es nicht seriös möglich, auf Grundlage einer Karte eine sektorale Modellentwicklung auszuarbeiten, hierzu benötigt es Vergleichskarten und Referenzstudien. Diese existieren zum Untersuchungsbereich des städtischen Subsistenzkomplexes gegenwärtig – wie bereits ausgeführt – noch nicht, sind aber dringend angeraten und notwendig, um das sozioökonomische Wechselspiel zwischen Bürgergesellschaft und Raum vertieft zu verstehen, als auch, um die urbanen Standortfaktoren und –voraussetzungen in ihrer

Gesamtheit besser zu begreifen und beeinflussen zu können.

Neben der Kartierung der einzelnen bürgerschaftlichen Einrichtungen wurde eine Karte mit unterschiedlichen Dichtezonen bürgerschaftlicher Subsistenz angefertigt.

IV - IV.1. KARTIERUNG

Die kartographische Darstellung nahezu aller bürgerschaftlicher Subsistenzeinrichtungen für eine deutsche Großstadt ist, nach Wissen des Autors, in Deutschland bisher nicht erfolgt, auch in Europa ist dem Autor keine solche Kartierung bekannt. 1028 recherchierte Einrichtungen wurden im Maßstab 1:25 000 weitgehend ortgenau kartiert (soweit dies der Maßstab zulässt). 51 Einrichtungen, die sich mit den Themen Kunst, Theater und Musik befassen, wurden nicht mitkartiert, da damit zu rechnen ist, dass dem Autor unterstellt würde, seine Kriterien für ‚soziale Wirksamkeit‘ seien zu ‚weich‘. Besonders im kulturschaffenden, musischen Sektor ist der soziokulturell befruchtende Aspekt eigentlich sehr stark ausgeprägt, aber ungenügend untersucht. Dass die Künste angeblich brotlos seien, dabei aber Mehl für eine nährnde Soziokultur sind, wird leider zu wenig wahrgenommen und anerkannt. Dennoch wollte der Autor nicht die große Bedeutung bürgerschaftlicher Subsistenz für den städtischen Raum schwächen, indem er Kritikern mehr Angriffsfläche als nötig bietet. Es geht schließlich in der Studie primär um die Gesamtheit subsistenzwirtschaftlicher Phänomene und Aspekte, die auch die Künste mit beinhalten. Für die Kartierung wurden sie aber, wie begründet, nicht berücksichtigt.

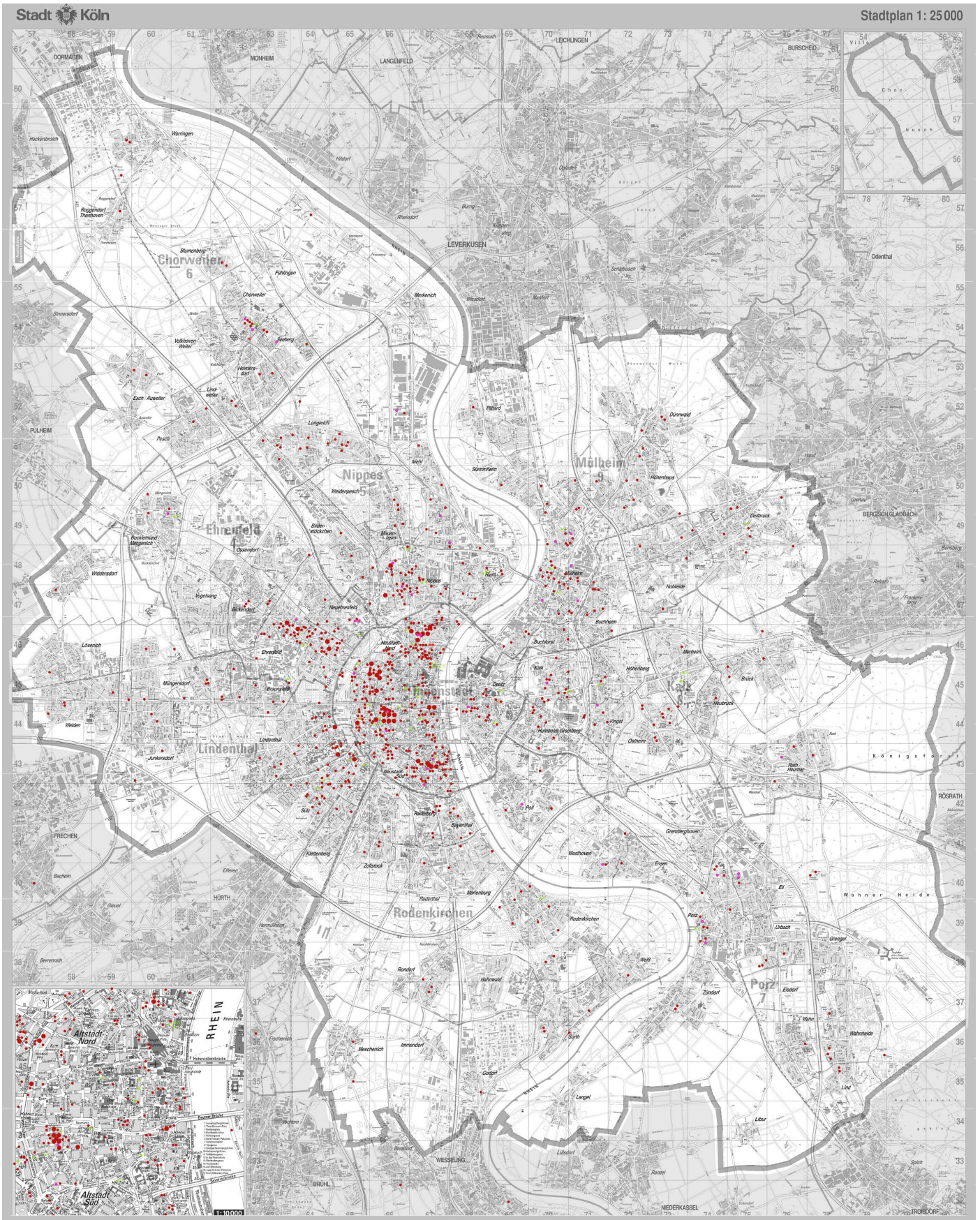
Kartographisch gesondert gekennzeichnet sind die Bürger- und Kulturzentren, die in der Regel mehrere bürgerschaftliche Einrichtungen unter ihrem Dach vereinigen und meist überwiegend städtisch getragen sind.

Zum Vergleich mit den formellen Strukturen wurden die öffentlichen, kommunalen Einrichtungen, die äquivalente oder zumindest ähnliche Angebote im sozialen Bereich wie aus bürgerschaftlicher Subsistenz erbringen (und ein weites Spektrum administrativer Dienste), mit kartiert.

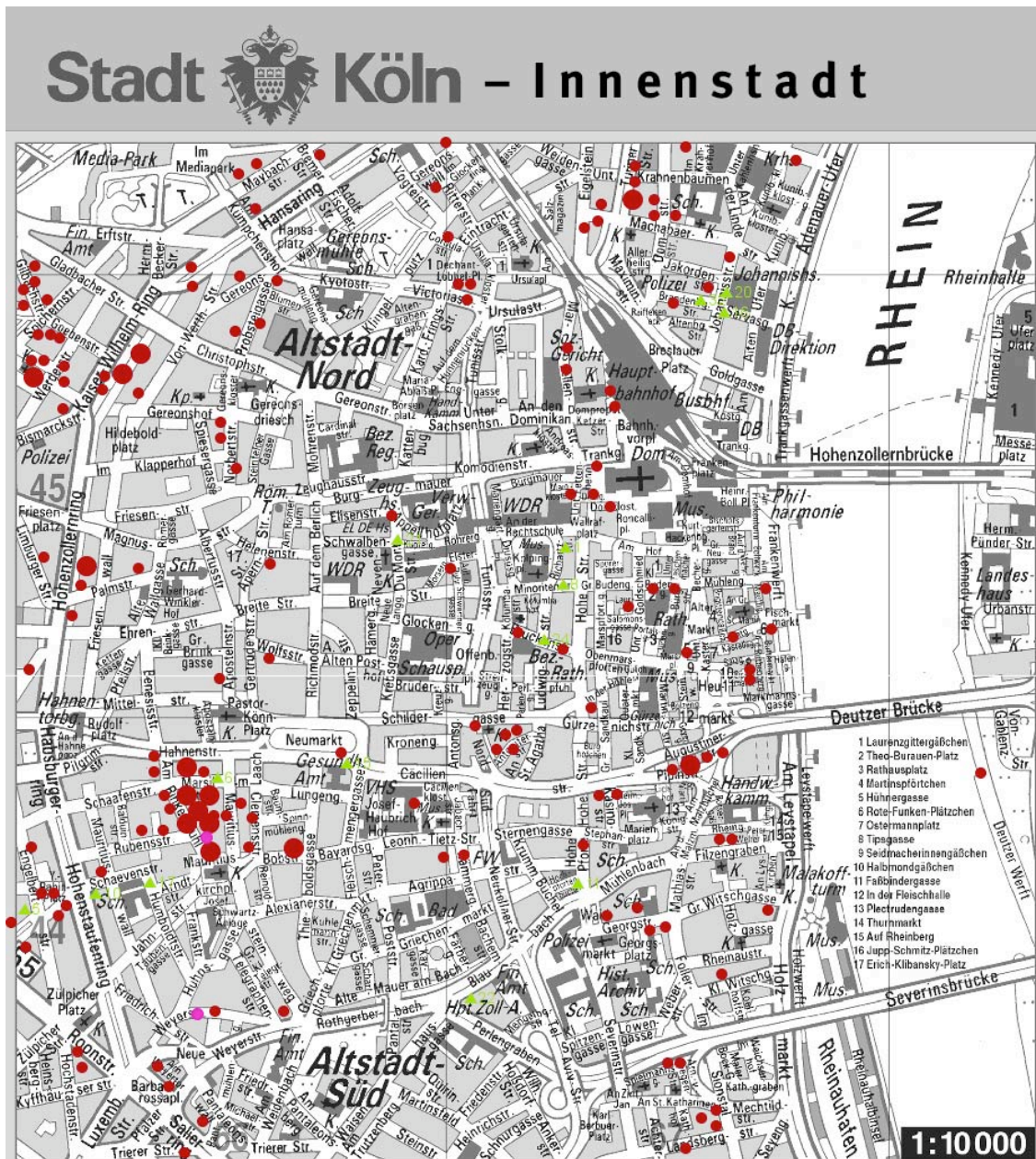
Die Kartengrundlage basiert auf dem digitalisierten Kölner Stadtplan 1:25 000 von 2001, der dem Autor zu einem ermäßigten Preis vom Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kartaster der Stadt Köln zur Verfügung gestellt wurde.

Kartierung bürgerschaftlicher Einrichtungen

Die nachfolgende Kartierung bürgerschaftlicher Subsistenzeinrichtungen von Köln (Grafik 41) liegt dieser Dissertation noch einmal im Din A1-Format bei.



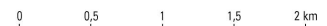
Grafik 41



Grafik 43

Die Kartengrundlage wurde von der Stadt Köln, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, 2001 erstellt und dem Autor zur Verfügung gestellt.

Die weitere kartographische Bearbeitung erfolgte durch J. Daniel Dahm, 2002.



Diese Karte ist geistlich geschützt. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Alle Vervielfältigungen gehen z.B. Nachdruck, Fotokopie, Mikroverfilmung, Digitalisieren, Scannen sowie Speicherung auf Datenträger.
Eine Gewähr für Vollständigkeit und Richtigkeit aller Angaben und Darstellungen kann nicht übernommen werden.
Stand: 2001

Legende – Öffentliche Einrichtungen im sozialen Sektor Köln

(über die Nummerierung in der Kartierung zuzuordnen)

1. Bezirksrathaus Mühlheim:
Meldehalle, Bürgerberatung, Stadtservice-Team, Bezirksjugendamt Mühlheim, Bezirksordnungsamt Mühlheim, Bezirkssozialamt Mühlheim
2. Bezirksrathaus Ehrenfeld:
Meldehalle, Bürgerberatung, Stadtservice-Team, Bezirksjugendamt Ehrenfeld, Bezirksordnungsamt Ehrenfeld, Bezirkssozialamt Ehrenfeld
3. Kölner Studentenwerk
4. Senioren- und Behindertenzentrum der Stadt Köln Mühlheim
5. Bezirksrathaus Lindenthal:
Meldehalle, Bürgerberatung, Stadtservice-Team, Bezirksjugendamt Lindenthal, Bezirksordnungsamt Lindenthal, Bezirkssozialamt Lindenthal
6. Gesundheitszentrum für Migranten
Beratung
7. Schulverwaltungsamt
8. Kulturamt der Stadt Köln:
Referat für Rock und Pop
9. Verbraucherzentrale NRW
10. Verbraucherzentrale Köln
11. Polizeiliche Beratungsstelle
12. Städt. Behindertenzentrum Michl
13. Behindertenfahrdienst
14. Bundeszentrum für gesundheitliche Aufklärung
15. Gesundheitsamt der Stadt Köln:
Servicetelefon, Aids-Beratung, Ernährungsmedizinische Beratung, gesundheitlicher Umweltschutz, Gesundheitszeugnisse, Impfungen, Infektionshygiene, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Läusemeldungen, med. Grundversorgung und Überlebenshilfe, Drogenkoordination, Schwangerschaftskonfliktberatung, Sozialpsychische Zentren
16. Jugendamt:
Behindertenberatung und Fürsorge, Familienerholungsmaßnahmen, Jugendförderung, Jugendgerichtshilfe, Vormundschaft
17. Jugendberatung
18. Jugendberatung für Arbeits- und Berufsfragen
19. Bundesanstalt für Arbeit; Berufsberatung Arbeitsamt Köln; Berufsinformationszentrum
20. Sozialamt
21. Rechts- und Versicherungsamt:
Scheidungsangelegenheiten
22. Zentrale Ausländerbehörde
23. Häusliche Pflegedienste Riehl
24. Bezirksrathaus Innenstadt:

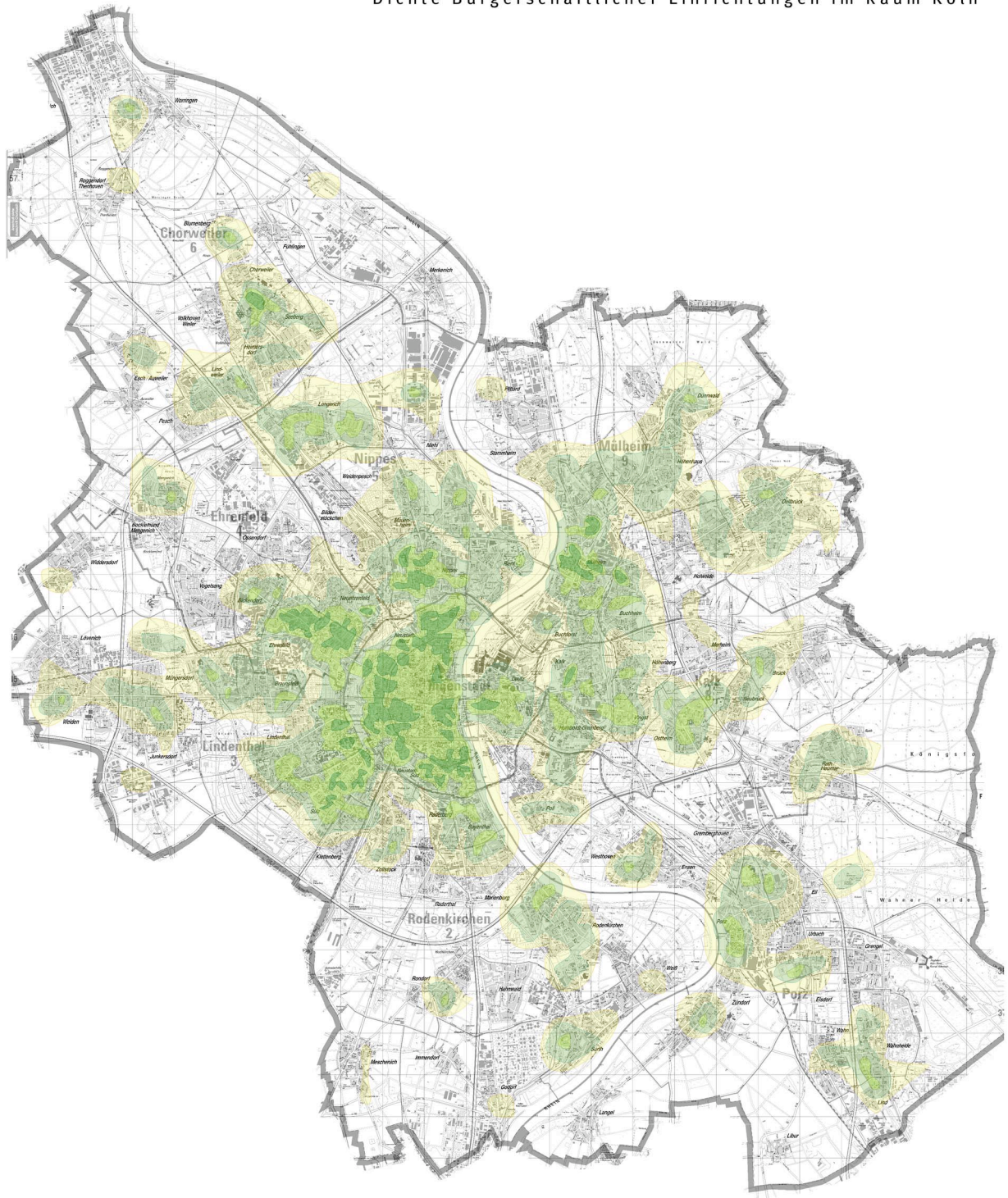
- Meldehalle, Bürgerberatung, Stadtservice-Team, Bezirksjugendamt Innenstadt, Bezirksordnungsamt Innenstadt, Bezirkssozialamt Innenstadt
25. Senioren- und Behindertenzentrum der Stadt Köln, Dellbrück:
Häusliche Pflegedienste
 26. Sozialpsychisches Zentrum Ehrenfeld
 27. Bezirksrathaus Porz:
Meldehalle, Bürgerberatung, Stadtservice-Team, Bezirksjugendamt Porz, Bezirksordnungsamt Porz, Bezirkssozialamt Porz
 28. Senioren- und Behindertenzentrum der Stadt Köln, Deutz:
Häusliche Pflegedienste
 29. Senioren- und Behindertenzentrum der Stadt Köln:
Häusliche Pflegedienste
 30. Bezirksrathaus Rodenkirchen:
Meldehalle, Bürgerberatung, Stadtservice-Team, Bezirksjugendamt Rodenkirchen, Bezirksordnungsamt Rodenkirchen, Bezirkssozialamt Rodenkirchen
 31. Amt für öffentliche Ordnung:
Asylangelegenheiten
 32. Amt für Wohnungswesen:
Obdachlosigkeit
 33. Senioren- und Behindertenzentrum Köln-Sülz
 34. Bezirksrathaus Kalk:
Meldehalle, Bürgerberatung, Stadtservice-Team, Bezirksjugendamt Kalk, Bezirksordnungsamt Kalk, Bezirkssozialamt Kalk
 35. Bezirksrathaus Nippes:
Meldehalle, Bürgerberatung, Stadtservice-Team, Bezirksjugendamt Nippes, Bezirksordnungsamt Nippes, Bezirkssozialamt Nippes
 36. Sozialpsychologisches Zentrum
 37. Sozialpsychologisches Zentrum
 38. Häuslicher Pflegedienst Merheim
 39. Bezirksrathaus Chorweiler:
Meldehalle, Bürgerberatung, Stadtservice-Team, Bezirksjugendamt Chorweiler, Bezirksordnungsamt Chorweiler, Bezirkssozialamt Chorweiler
 40. Sozialpsychologisches Zentrum

Die Einrichtungen sind so ortgenau wie möglich kartiert, wobei besonders im innerstädtischen Bereich einige Einrichtungen aus Maßstabsgründen übereinander liegen (vergleiche Grafik 42). In diesen Fällen sind mehrere Einrichtungen mit größeren roten Punkten gekennzeichnet (siehe Legende, Grafik 43). Dennoch lassen sich auch hier Überschneidungen nicht völlig verhindern.

Zentren & Dichte bürgerschaftlicher Subsistenz

Betrachtet man die Karte, fällt zunächst das ungleiche Verhältnis von bürgerschaftlichen Einrichtungen gegenüber den öffentlichen Einrichtungen auf. Die bürgerschaftlichen Einrichtungen sind weit über das Stadtgebiet verstreut und ballen sich im innerstädtischen Raum vor allem um das Einzugsgebiet des Kölner Innenstadtrings vom nördlichen Theodor-Heuss-Ring bis zum Ubierring und massiv im Kölner Zentrum, besonders auch südlich des Neumarktes. Weitere Verdichtungen liegen entlang der größeren Ausfallstrassen und Einkaufsstrassen in den innenstadtnahen Wohngebieten im Nippeser Teil der Neusserstraße, entlang der Venloerstraße in Ehrenfeld bis kurz vor die Äußere Kanalstraße, und zwischen Zülpicherstraße und Berrenrather Straße in Sülz bis etwa zum Sülzgürtel. Weitere Verdichtungen finden sich im Bereich des Agnesviertel und des Eigelsteins in der Neustadt Nord und auch in der Altstadt Süd. Im rechtsrheinischen innenstadtnahen Bereich bzw. in Innenstadtrandlage ist eine Ansammlung von Einrichtungen um die Deutzer Altstadt festzustellen sowie – schon weiter außerhalb – um den Clevischen Ring, nahe des Wiener Platzes in Mühlheim. Wenn man dann weiter in die Ferne schweift, sind kleinere ‚Subsistenz-Subzentren‘ in Chorweiler um den Pariser Platz identifizierbar, in Kalk nördlich und südlich der Kalker Hauptstraße, in Ostheim und weiter nach Süden in Gremberghoven im Bereich Humboldt Straße/ Bergerstraße, sowie in Porz in der Umgebung des Friedrich-Ebert-Platzes. Die restlichen Einrichtungen sind über das gesamte Stadtgebiet verstreut und es gibt wenige Wohngebiete, die nahezu keine bürgerschaftlichen Einrichtungen in ihrer Nachbarschaft haben.

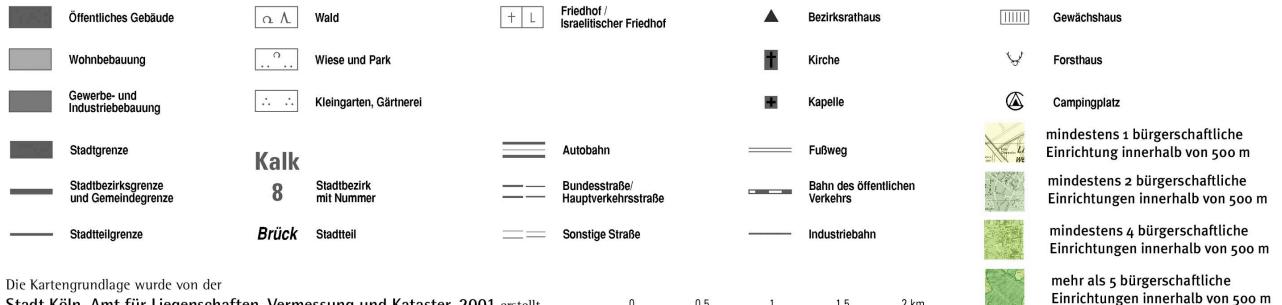
Dichte Bürgerschaftlicher Einrichtungen im Raum Köln



Grafik 44

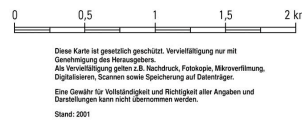
Grafik 45

LEGENDE



Die Kartengrundlage wurde von der Stadt Köln, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, 2001 erstellt und dem Autor zur Verfügung gestellt.

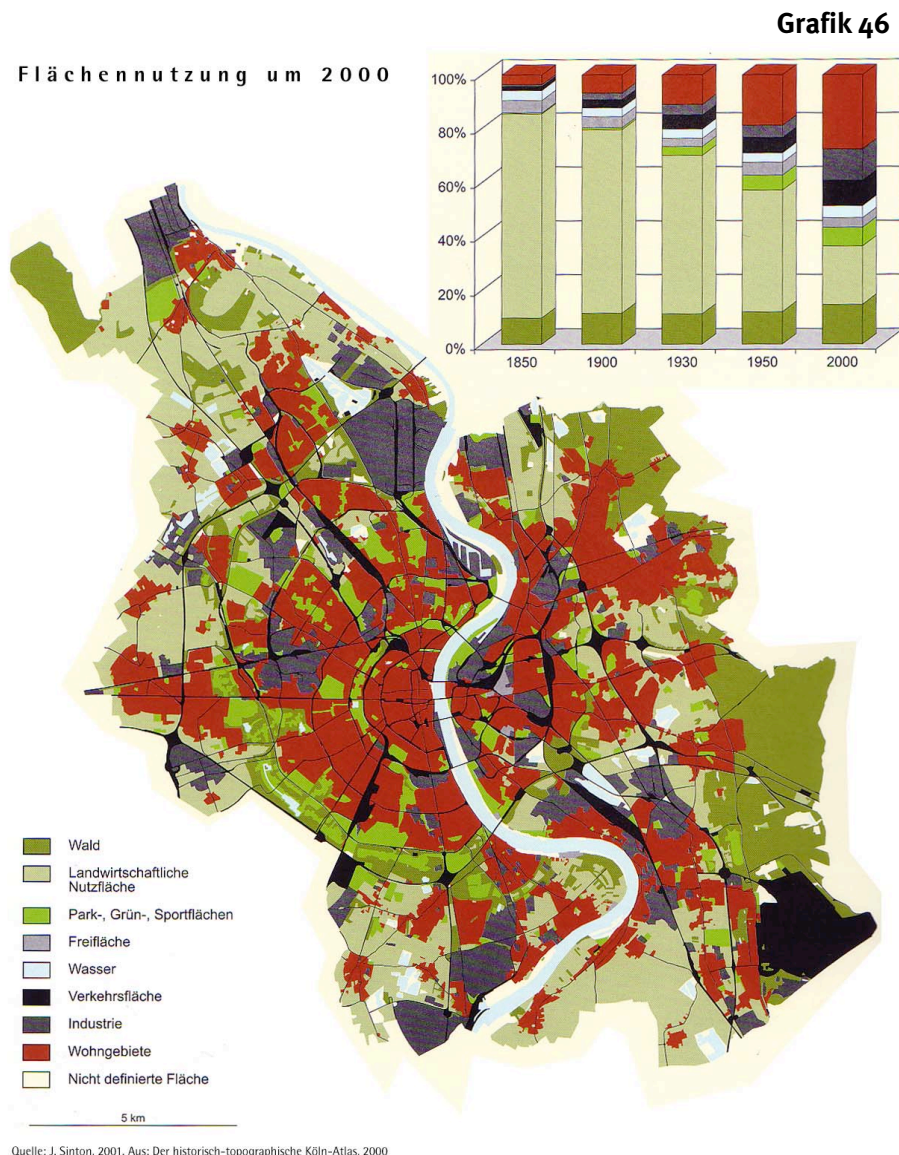
Die weitere kartographische Bearbeitung erfolgte durch J. Daniel Dahm, 2002.



Betrachtet man die Verteilung der Dichten bürgerschaftlicher Einrichtungen für den Kölner Raum (Grafik 44 und 45), wird deutlich, dass nahezu das gesamte innerstädtische und innenstandnahe Gebiet Flächen deckend mit bürgerschaftlichen Einrichtungen besetzt ist. Vor allem der innerstädtische und innenstadtnahe Bereich weist hohe Dichten urbaner Subsistenz aus, während in den Stadtrandlagen der Besitz deutlich abnimmt.

Dies deckt sich mit den Kartierungen zu Flächenutzungen in Köln (Grafik 46), aus denen man deutlich sehen kann, dass dort, wo der überwiegende Anteil der Wohngebiete liegt, auch die höchsten Dichten von bürgerschaftlichen Subsistenzeinrichtungen zu finden sind, also in bürgerschaftlicher Subsistenz stadträumliche Funktionstrennungen sich nicht wiederholen. Hierdurch werden die Befunde aus dem Theorieteil der Arbeit bestätigt, nachdem das Zusammenspiel von Arbeiten und Wohnen besonders ausgeprägt über gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit gefördert wird, denn dort, wo Subsistenzarbeitsmöglichkeiten für bürgerschaftlich Engagierte angeboten werden, sind auch die Lebensorte der Menschen. Genauso entfaltet sich bürgerschaftliches Engagement offensichtlich primär im nachbarschaftlichen Kontext, im eigenen Stadtteil. Ebenso werden damit die Dienstleistungsangebote der bürgerschaftlichen Subsistenz im direkten Wohnumfeld verfügbar gemacht, eigentlich naheliegend, denn die Nachfrage ist bedarfsgemäß dort besonders hoch, wo auch der überwiegende Anteil von Menschen lebt. Eine Ausnahme bilden die Einrichtungen, die Minoritäten im Stadtraum ansprechen, und für deren NutzerInnen die Inkaufnahme längerer Wege akzeptabel erscheint (siehe auch weiter unten).

Demgegenüber liegen allein 18 der 40 öffentlich-kommunalen Einrichtungen im direkten Einzugsbereich des Kölner Innenstadtringes, was schon nahezu die Hälfte der öffentlichen Einrichtungen ausmacht, hier findet sich also die funktionale Entmischung der Stadt wieder.



Von öffentlich-kommunaler Seite werden Dienstleistungen für die Bürger Kölns primär in der Innenstadt zentralisiert angeboten. Dies stellt aber kein wirkliches Problem dar, da die Leistungen, die über die kommunalen Einrichtungen erbracht werden, ein sehr geringes Spektrum umfassen und nicht so häufig pro BürgerIn in Anspruch genommen werden, zumindest im Vergleich zu den bürgerschaftlichen Einrichtungen. Die restlichen 22 Einrichtungen sind weit über das Stadtgebiet verstreut und finden sich in den Subzentren der verschiedenen Stadtteile.

Dass die Angebotsleistungen, die von öffentlichen Einrichtungen erbracht werden, sich zudem in ihrer Qualität sehr stark von denen aus bürgerschaftlichen Einrich-

tungen unterscheiden, weiß jeder, der schon einmal bei einer Beratung in einem städtischen Amt war, oder Informationen über städtische Stellen, wie z.B. Bezirksrathäuser zu Alltagsbelangen bekommen wollte. Dies wurde zwar in der vorliegenden Studie nicht vertieft untersucht, aber dass es sich hierbei in den wenigsten Fällen um personennahe und bedarfsgerechte Dienste handelt, kann als bekannt vorausgesetzt werden. Dies muss hier nicht als Vorwurf verstanden werden, zumindest solange nicht, wie solche Qualitäten strukturell gar nicht erbracht werden können. Denn aufgrund von Haushaltsslage wie Effizienzzwängen sind für viele städtische MitarbeiterInnen personengerechte Dienstleistungen eine Überforderung, zumal die Anreizsystem in öffentlich-kommunalen Einrichtungen eben auch – wie am Markt – monetär motiviert, also extrinsischer Art sind, als intrinsisch motiviert. Auch hier steht Quantität über Qualität. Außerdem haben die öffentlichen Einrichtungen weniger den Zweck, individuelle Beratungen für Einzelpersonen zu leisten, sondern dienen in erster Linie dazu, die kommunalen Verwaltungsausgaben zu gewährleisten und sind, aufgrund von Managementfehlern, oft aber vor allem aus finanziellen Gründen, schon hiervon fast überfordert.

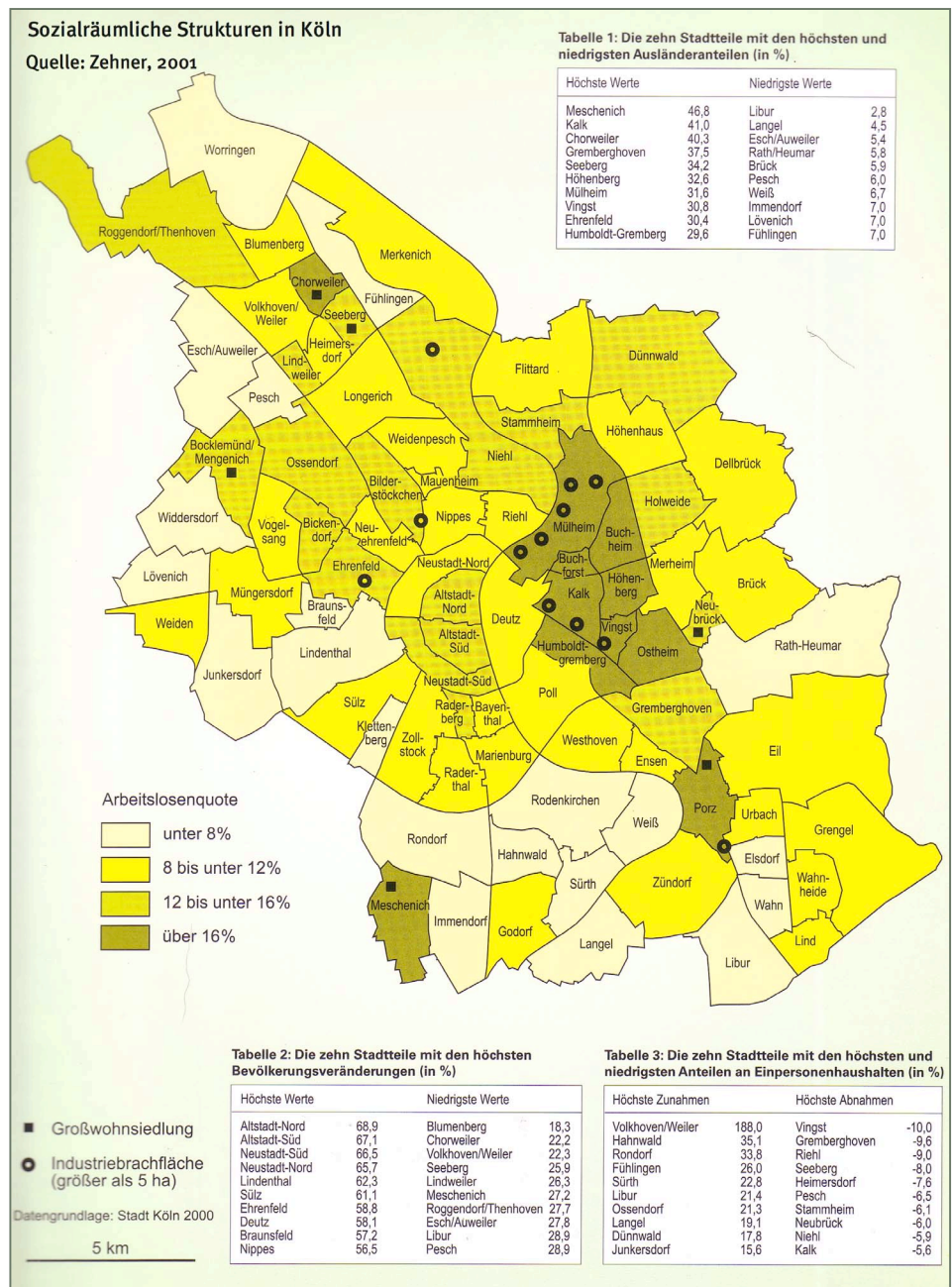
Vergleicht man die Verteilung bürgerschaftlicher Einrichtungen mit der sozialräumlichen Gliederung Kölns nach Zehner (Grafik 47) (die in weiten Teilen identisch mit der kleinräumigen Arbeitsmarktbeobachtung – vergleiche Grafik 24 – ist), kann zunächst festgestellt werden, dass es bei der stadträumlichen Verteilung der Arbeitslosenquoten keine erkennbaren Synchronizitäten zur urbanen Subsistenz gibt. Dies verwundert wenig, denn bürgerschaftliches Engagement wird vorwiegend von Personen in Erwerbstätigkeit erbracht, weniger von Erwerbslosen.⁷⁵³ Deren Motivationen zu Arbeit sind, aufgrund der prekären Einkommenssituation, weitgehend monetär fixiert, und deren bürgergesellschaftliche Integration ist meist schlechter als die derer, die über das Erwerbsparadigma mehr soziale Anerkennung erfahren und so auch mehr Lust haben, sich bürgerschaftlich zu engagieren und außerdem mehr Glauben an ihre eigenen Fähigkeiten, ihren eigenen gesellschaftlichen Nutzen haben. So ist zwar in den Stadtteilen mit der höchsten Arbeitslosigkeit auch eher wenig bürgerschaftliche Subsistenz festzustellen, ob hier jedoch ein Kausalzusammenhang besteht ist fraglich. Denn auch beispielsweise in den Stadtteilen Altstadt-Nord und Altstadt-Süd ebenso wie Ehrenfeld ist die Arbeitslosenquote mit 12 bis 16 % eher hoch, dennoch liegen hier Verdichtungsgebiete der Kölner bürgerschaftlichen Einrichtungen. Eine Regel lässt sich hieraus nicht ableiten.

⁷⁵³ *Vergleiche Freiwilligensurvey/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2001b, S. 42 ff.*

Grafik 47

Ebensowenig lässt der Vergleich zur Verteilung der ausländischen Bevölkerung deutliche und direkte Korrelationen zur urbanen Subsistenz erkennen, zumindestens nicht bezüglich ihrer räumlichen Verteilung (wenn auch bezüglich ihrer Angebote und Zielgruppen), trotz dem diese wiederum positiv mit der Verteilung der Arbeitslosigkeit korreliert.

Im innerstädtischen Raum sind zwei von drei Haushalten Ein-Personen-Haushalte⁷⁵⁴ unterschiedlichster Alters-, Herkunfts- und Einkommensgruppen. Diese nehmen zum Stadtrand hin anteilmäßig ab. Hier sind deutliche Übereinstimmungen zur Verteilung der bürgerschaftlichen Einrichtungen im Stadtraum zu erkennen. Möglicherweise äußert sich die hohe Pluralität von Lebensstilen in einer



⁷⁵⁴ Vergleiche Köln-Atlas/Blenck et al., 2001, S. 54.

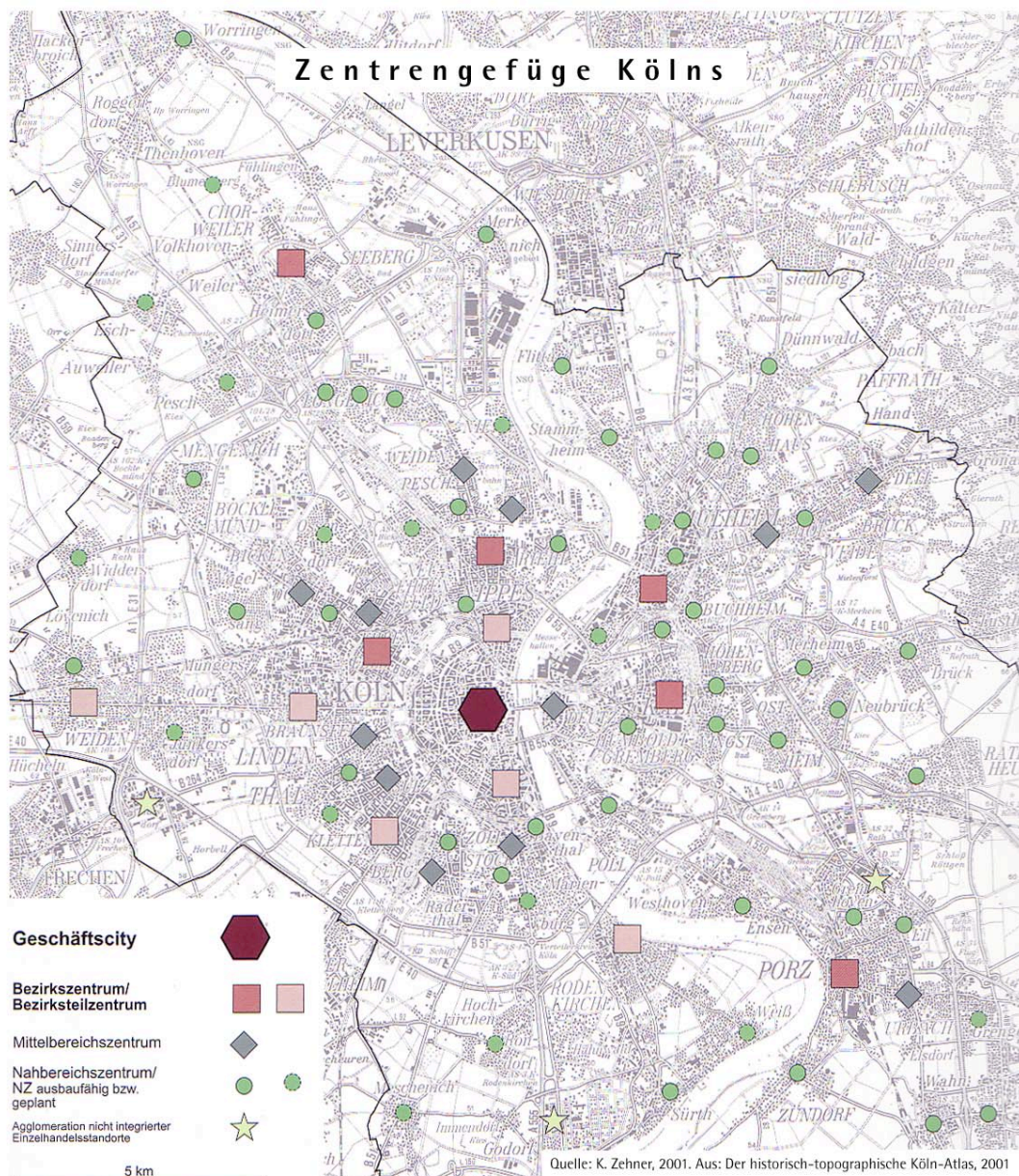
sich zunehmend individualisierenden Gesellschaft auch in der räumlichen Verteilung von Subsistenzeinrichtungen, die ja häufig Interessensvertretungen unterschiedlichster gesellschaftlicher Akteure darstellen. In ihnen bilden sich Gemeinschaften, und Menschen werden gesellschaftlich integriert, besonders für Einzelpersonen sehr bedeutsam. Außerdem sind sie Anlaufstellen in der erwerbsfreien Zeit, bieten Kommunikation und Kooperation, was ebenso gerade für Menschen wertvoll ist, die keine enge familiäre Anbindung haben, oder über diese nicht alltäglich verfügen können.

Aber auch hier neigt der Autor dazu, diese Übereinstimmungen nicht zur Regel zu erheben, sondern sie als Hinweise zu werten, die in notwendigen Vergleichsstudien überprüft werden müssen.

Vergleicht man die Karte der bürgerschaftlichen Subsistenz mit der Kartierung des Zentrengefüges von Köln, die 2001 ebenfalls von Klaus Zehner angefertigt wurde (siehe Grafik 48), sind die Ansammlungen bürgerschaftlicher Einrichtungen weitgehend im Umfeld der dort dargestellten Geschäftscity, als auch der Mittelbereichszentren. Teilweise trifft dies auch auf die Nahbereichszentren zu, jedoch kann für diese keine generelle Aussagen gemacht werden, dies hielte der Autor für spekulativ, zumal die Kartierung des Zentrengefüges die Einzelzentren recht grob verortet. Die Bezirkszentren und Bezirksteilzentren decken sich nicht klar mit den Verdichtungen bürgerschaftlicher Einrichtungen. Ob dies an der vergrößernden Mittelung der Bezirkszentren liegt, ist nicht eindeutig zu sagen, zumindest liegen die Einrichtungscluster überwiegend in ihrer unmittelbaren Nähe. Zutreffend ist auf jeden Fall, dass die bürgerschaftlichen Einrichtungen im Umfeld der Geschäftszentren liegen, aber seltener genau in ihnen. Das ist auch wenig verwunderlich, denn in den Geschäftszentren sind eben vorwiegend Geschäfte, dies sind Markttorte und die Mieten sind hoch. Im nahen Umfeld, in Laufweite liegen dann die bürgerschaftlichen Einrichtungen häufig in kleineren Seitenstrassen oder in ruhigeren Strassenabschnitten. Insgesamt ist jedoch die größte Ballung entlang des Kölner Innenstadtringes festzustellen, im Umfeld der im Zentrengefüge verzeichneten Geschäftscity. Der Autor ist jedoch der Ansicht, dass die punktuelle Darstellung des Zentrengefüges Kölns wenig aussagefähig für die wirkliche (auch markt-)wirtschaftsräumliche Struktur der Stadt ist. Die Zentren sind eben nicht punktförmig.

Trotzdem ist bemerkenswert, dass offensichtlich Übereinstimmungen in der sozial- und wirtschaftsräumlichen Lage von Subsistenzeinrichtungen und marktwirtschaftlichen Einrichtungen bestehen, obwohl doch die ökonomischen Ausgangsvoraussetzungen für bürgerschaftliche Einrichtungen, zumindest was die finanziellen Ausstattungen betrifft, deutlich ungünstiger sind. Dennoch weichen sie nicht in die sozial- und wirtschaftsräumliche Peripherie aus, sondern scheinen in der Lage zu sein, dem marktökonomischen Druck, der ja auch zu einer ungleichgewichtigen Raumaneynung führt, halbwegs standhalten zu können.

Grafik 48



Einschränkend muss aber hinzugefügt werden, dass ja ein großer Anteil der bürgerschaftlichen Einrichtungen ganz spezifische Bevölkerungsgruppen anspricht und nicht die gesamte Bürgerschaft. Beispielsweise ist sicherlich derjenige, welcher einer kulturellen Randgruppe angehört, sagen wir der z.B. aus Kiribati stammt, ohne weiteres bereit, dafür zum kiribatischen Kulturverein nach Porz zu fahren. Oder eine Selbsthilfegruppe, die sich Betroffenen von Schuhgrößen über 52 widmet, kann auch mal in Chorweiler liegen, den Weg nehmen Opfer solcher Lebensumstände eher auf sich, als wenn es sich hierbei um beispielsweise Themen zu Eltern-Kind-Beziehungen, oder allgemein um Integrationsfragen zu Ausländern, Homosexuellen, Menschen unterschiedlicher Lebensentwürfe und –stile handelt. Das gilt erst recht für soziale Leistungen für Kranke und Behinderte, für Alte und Jugendliche oder bei Betreuungen von Kindern, was eigentlich in allen Bevölkerungsgruppen und Sozialräumen von hoher Relevanz ist.

Und hier liegt ein großer Anspruch an weitergehende Studien zur Thematik der gemeinschaftsorientierten Subsistenz. Denn es ist aus der vorliegenden Kartierung bisher noch nicht möglich, Auskünfte darüber zu liefern, wie die stadträumliche Verteilung von bürgerschaftlichen Einrichtungen nach Angebotstypen und Zielgruppen gestaltet ist. Das heisst, eine vertiefenden Differenzierung, wo und in welcher räumlichen Verteilung beispielsweise bürgerschaftliche Einrichtungen in Köln bestehen, die sich der Thematik von Frauen(oder Männer-)problemen widmen, wie die Verteilung von bürgerschaftlichen Weiterbildungsstätten, Ausländer- und Asylantenberatungen im Stadtraum aussieht, wäre für das Verständnis des Sozialraumes Kölns äußerst relevant. Hier wären dringend vertiefende Studien erforderlich, auf sozial- und wirtschaftsräumlicher Ebene ebenso wie unter soziologischen und sozialpsychologischen Gesichtspunkten, denn auch die individuellen und gemeinschaftlichen Bedarfslagen und Defizite im Bereich mancher Dienstleistungen sind bisher nicht differenziert erfasst oder auch nur untersucht.

Die bürgerschaftlichen Einrichtungen bilden in Köln unterschiedlichste Netzwerke aus, wie dies bereits in Kapitel III. hergeleitet wurde. Jede einzelne Einrichtung wird, wie aus IV-III.2. deutlich wurde, von rund 640 Personen genutzt. Diese vernetzen sich oftmals über die Einrichtung untereinander, indem die Einrichtungen die zentralen Knotenpunkte im Netzwerk ihrer sozialen Beziehungen darstellen. Die bürgerschaftlichen Einrichtungen dienen als Anlauf- und Kooperationsstellen, die NutzerInnen als Multiplikatoren für weitere neue InteressentInnen, für weitere Netzwerkpartner. Diese personenbezogenen Netzwerke erstrecken sich über den gesamten Stadtraum und darüber hinaus, sind eng miteinander verwoben. Und bisher noch nicht erfasst. Außerdem sind viele der bürgerschaftlichen Einrichtun-

gen wiederum untereinander vernetzt, bilden somit institutionelle Netzwerke mit anderen Institutionen der Bürgergesellschaft und mit Einrichtungen von Markt und Staat. Diese sind im kommunalen Raum am dichtesten, reichen aber auch weit über diesen hinaus, teilweise bis auf die internationale Ebene (vergleiche zum vorhergegangenen Kapitel III-III.1.). Auch die institutionellen Netzwerke, die Kooperationen zwischen bürgerschaftlichen Einrichtungen und anderen Institutionen, sind wie die personenbezogenen Netzwerke nicht erfasst und ausreichend verstanden. Dass diese im hohen Maße den Sozial- und auch Wirtschaftsraum Stadt – in diesem Fall Köln – prägen, wurde aus den Erhebungen äußerst deutlich und über die Kartierung der urbanen Subsistenz für Köln prägnant ersichtlich. Wie sie aber genau gestaltet sind, verlangt zusätzliche vertiefende und erweiternde Studien.

So wird aus dem vorhergegangenen eindeutig klar, dass die Raumwirksamkeit urbaner Subsistenz sozial- wie wirtschaftsgeographisch von hoher Bedeutung für Köln ist, und weitere Untersuchungen wichtig und richtig, wahrlich unerlässlich scheinen.

IV-V. RÜCKBLICK AUF DIE KÖLNER ERHEBUNGEN

Betrachtet man die Kölner Erhebungen zur urbanen, gemeinschaftsorientierten Subsistenz in ihrer Gesamtheit, zeigen sie unabweisbar die unverzichtbare Bedeutung des Subsistenzsektors für Wohlfahrt, Wohlstand und Lebensqualität im städtischen Leben auf.

Die Fallstudie Köln war in verschiedene Blickwinkel unterteilt. Zunächst wurde nur über die bloße Zahl bürgerschaftlicher Einrichtungen und ihre Grobgliederung nach Angebotsausrichtung und Zielgruppen aufgezeigt, dass ihr sektoraler Umfang weit über das hinaus geht, was allgemein erwartet würde. Es handelt sich nicht um eine gesellschaftliche Randerscheinung, und nicht um einen vernachlässigbaren Faktor städtischen Lebens und städtischer Wirtschaft, allein schon, wenn man sich die Zahlen hierzu vor Augen führt. Im weiteren wurden die Einrichtungen detailliert ins Auge gefasst; was geschieht dort eigentlich genau, wie funktionieren sie, wovon sind sie abhängig und wer arbeitet dort und auf welche Weise.

So wurde nachvollziehbar, anschaulich, was eine bürgerschaftliche Einrichtung denn wirklich ist, außerhalb abstrakt-theoretischer Herleitungen, die noch lange nichts über die tatsächlichen Verhältnisse aussagen. Außerdem wurde schon über die Tiefenanalyse der einzelnen Fallbeispiele offensichtlich, dass die Leistungen, die in diesen Einrichtungen erbracht werden, beachtlich sind, und zudem keine äquivalenten Qualitäten aus marktlichen und staatlichen Institutionen angeboten werden. Auch der Umfang der von den Einrichtungen in die Gemeinschaft gespeisten Dienstleistungen deutete sich hier bereits an, und es wurde die Alltagsnähe der gemeinschaftsorientierten Subsistenzarbeit verständlich. Über die quantitativen Ergebnisse der Befragungen wurden diese umfassenden Leistungen in einer nicht mehr ignorierbaren Form dokumentiert und ihr positiver Einfluss auf individuelle Lebensqualität und den Zusammenhalt der urbanen Bürgergesellschaft lässt sich spätestens ab dieser Stelle nicht mehr von der Hand weisen (siehe auch anschließendes Kapitel). Besonders prägnant sind zusätzlich die zukunftsweisenden Impulse für eine Neugestaltung der Arbeitsgesellschaft, die, wie im Theorieteil ausgiebig erklärt, eine Transformation braucht und nach neuen Orientierungen und Perspektiven geradezu ‚schreit‘.

Der Autor ist Geograph und auch, aber nicht allein deshalb, ist die Darstellung der räumlichen Verteilung bürgerschaftlicher Einrichtungen ein wichtiger Bestandteil dieser Dissertation. Sie zeigt nicht nur anschaulich visuell, wie weit der städtische Sozial- und Wirtschaftsraum durch bürgerschaftliche Subsistenz geprägt ist, sondern weist auch, durch fehlende Vergleichserhebungen, darauf hin, wie sehr die

Humangeographie diesen wesentlichen Bereich bürgerschaftlicher Aktivitäten vernachlässigt bzw. schlicht nicht gekannt hat. Auf der Grundlage einer vertiefenden geographischen Zuwendung zur Thematik der städtischen Subsistenz würden nicht nur für die Wissenschaften, sondern im besonderen Maße für politische und wirtschaftliche Entscheidungen wichtige Grundlagen geschaffen, denn Geographie ist nicht nur Raumwissenschaft, sondern im besonders hohen Maße planungsrelevant.

Und die kommunale Angelegenheiten liegen immer noch in der Zuständigkeit von planenden Gremien und städtischen Behörden, und diese sind wenig bereit und fähig, sich bürgergesellschaftlicher Kompetenz zuzuwenden. Die Fallstudie Köln zeigt aber, welche bedeutende Einflüsse aus bürgerschaftlichem Engagement für die Funktionsvielfalt und Anpassungsfähigkeit der Stadt geleistet werden.

In einer Zeit, wo staatliche wie auch kommunale Handlungsfähigkeit zunehmend eingeschränkt ist und soziale Segregationen die Städte zu spalten beginnen, bis hin zu einer massiven soziokulturellen Fragmentierung ist es fatal, sich nicht den Potenzialen der staatskonstituierenden Bürgergesellschaft zuzuwenden, Verantwortungen an diese abzugeben und sie zu unterstützen wo es nur geht, um so die selbstschöpferischen und –versorgenden Leistungen der Gemeinschaft weiter zu aktivieren und zu fördern. Je knapper die kommunalen Kassen sind, je mehr muss der Augenmerk der städtischen Politik und Institutionen darauf gerichtet sein, gemeinschaftsorientierte Subsistenz zu initiieren, zu moderieren im weitesten Sinne zu unterstützen.

Für die Zukunft stellt sich die wichtige Frage, wie der große ökonomische Reichtum der Nation, aber auch der ‚reichen‘ Industrieländer, der ja gerade in der Zeit der Globalisierung und Digitalisierung sich weiter vervielfacht, verteilt werden kann, so dass er auch jene Zeiten des Lebens, jene Räume, gesellschaftlichen Bereiche, Individuen und Gruppen erreicht, die aus welchen Gründen auch immer, nicht oder nicht ausreichend an der Wertschöpfung durch Arbeit, Wissen und auch Kapital teilnehmen können und sollen. Und wenn die Zukunft im geflügelten Begriff der Wissensgesellschaft gefasst wird, müssen soziale Kompetenzen, Zusammenhalt, Kreativität und Innovationskraft die Triebfedern für urbane Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität sein. Nur so lässt sich Standortqualität sichern und steigern, Standortstabilität wieder erhöhen und balancieren und Standortattraktivität erreichen.

Urbane Subsistenz braucht vor allem Infrastruktur, Plattformen für bürgerschaftliche Einrichtungen auf bestehenden Freiflächen, in Leerständen und Stadtbrachen. Sie braucht materielle Versorgungssicherheit, Vernetzung und zur Ergänzung der

freiwilligen Tätigkeiten langfristig angelegte und verlässliche Förderungen für hauptamtlich Beschäftigte. Ihre Leistungen müssen kommuniziert und medienwirksam transportiert werden. Eine Grundlage hierfür muss der beiderseitige Abbau von Feindbildern und Bereitschaft zu Kooperation sein. Die Anerkennung und das Verständnis für Transmissions(Übergangs)schwierigkeiten, Ängste und sozioökonomische Trägheit sind dafür wesentliche Bestandteile. Es besteht jedoch weiterhin ein Wahrnehmungsdefizit des breiten Fächers der durch gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit erbrachten Leistungen und der Möglichkeiten ihrer funktionellen Optimierung. Dieses äußert sich weniger personal, z.B. durch städtische Angestellte, Bürger oder einzelne Stadtratsmitglieder, sondern strukturell in Politik und Wirtschaft und den davon maßgeblich beeinflussten städtischen Administrationen.

An dieser Stelle wird noch das Kurzinterview Oberbürgermeister von Köln, Fritz Schramma wiedergegeben. Im Anschluss an das Interview folgt noch ein Kurzkomentar des Autors.

12. EXKURS ‚SCHRIFTLICHES INTERVIEW MIT HERRN OBERBÜRGERMEISTER FRITZ SCHRAMMA‘

DD: Herr Schramma, Sie haben im Büro des Oberbürgermeisters die Kommunalstelle FABE verankert. Dies ist meines Wissens ein Sonderfall, zu mindestens in deutschen Großstädten. Wie kommt Ihr besonderes Interesse an der Thematik ‚Bürgerschaftlichen Engagements‘ zustande, was hat Sie darauf aufmerksam gemacht, welche Ausgangsüberlegungen standen bei Ihrem Einsatz als Stadtvater für diesen Themenkomplex im Vordergrund?

OB SCHRAMMA: Ich war selbst viele Jahre ehrenamtlich engagiert: in der Jugendarbeit, in der Kirchengemeinde, im Sport- und Bürgerverein mit verantwortlichen Positionen in Vorstand und Vorsitzfunktion und natürlich in der Kommunalpolitik. Somit habe ich schon immer einen sehr persönlichen Bezug zum Thema gehabt. Die Probleme von Ehrenamtlern mit ihrer mangelnden Anerkennung in Politik und Gesellschaft, mit Arbeitgebern und mit den nicht ausbleibenden Zeitkonflikten sind mir schon früh aufgefallen. Ich habe mir damals geschworen, wenn ich jemals die Möglichkeit habe, hieran etwas zu ändern, werde ich es tun.

Dies habe ich dann auch im Wahlkampf zum Amt des Oberbürgermeisters vor 2 Jahren deutlich gemacht. Als Kommune kann man in erster Linie an der Akzeptanz und an der Anerkennung von ehrenamtlich Tätigen arbeiten, man kann die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement für die Gesellschaft hervorheben und man kann durch eigene Initiativen und Modelle mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb hatte ich den Kölnerinnen und Kölnern zugesagt, einen Ehrenamtspreis auszuloben und dies geschieht in 2002 bereits zum zweiten Mal.

Damit will ich zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement für ein menschliches Miteinander und für ein Sich-Wohl-Fühlen in unserer Stadt unverzichtbar sind. Doch leider wird das bürgerschaftliche Engagement viel zu oft als selbstverständlich hingenommen. Wer sich bürgerschaft-

lich engagiert, möchte hierfür nicht bezahlt werden. Doch er hat ein Anrecht auf öffentliche und gesellschaftliche Anerkennung.

DD: Welche Bedeutung hat Ihrer Ansicht nach bürgerschaftliches Engagement (ich setze es in den Kontext der ‚gemeinschaftsorientierten Bürgerarbeit‘ oder allgemeiner der ‚Subsistenzarbeit‘ – der gemeinschaftlichen „Selbstversorgungsarbeit“) für die soziale und kulturelle Funktions- und Zukunftsfähigkeit sowie Vielfalt der Stadt? Welche Bedeutung kommt dem bürgerschaftlichen Engagement für die Funktionsfähigkeit und Vitalität von Demokratie und demokratischer Teilhabe zu? Wäre es ersetzbar, und wenn, warum und wodurch?

OB SCHRAMMA: Das Bürgerschaftliche Engagement hat in allen gesellschaftspolitischen Bereichen eine sehr hohe Bedeutung: Ohne bürgerschaftliches Engagement kann es keine soziale Stadt bzw. menschliches Miteinander geben. Bürgerschaftliches Engagement ist gerade in einer Millionenstadt wie Köln unersetzbar und Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Denn nur dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger aktiv und gestaltend teilnehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben, wenn sie ihre Vorstellungen, Ziele und Wünsche artikulieren, werden sie als funktioneller Faktor von den Entscheidungsträgern wahrgenommen.

Den Kommunen werden von Bund und Land immer mehr Aufgaben aufgebürdet ohne die ausreichende Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen. Kommunen können somit nicht alles Notwendige und auch Wünschenswerte in Zeiten knapper Mittel leisten. Das Bürgerschaftliche Engagement ist somit unverzichtbar für ein menschliches Miteinander und die Lebensqualität in Köln.

In 50 Jahren sieht die Bevölkerungsstruktur der Stadt Köln ganz anders aus, als heute. Unsere Gesellschaft wird z. B. aus viel mehr älteren Menschen und Bürgern ausländischer Abstammung bestehen. Unabdingbare Voraussetzung einer integrativen aber auch gestaltenden Teilhabe wird es sein, ein spezielles bürgerschaftliches Engagement von und für jede dieser Teilgruppen unserer Gesellschaft zu entwickeln.

DD: In welchem Maße meinen Sie, trägt bürgerschaftliches Engagement (im Rahmen der Städtischen Subsistenz (=Selbstversorgung)) zur Standortqualität der Stadt bei? Ist es nicht eigentlich ein tragender, wenn auch oft verkannter Wirtschaftsfaktor (wie beispielsweise als Grundlage der PopKomm, der ArtCologne, als Gewährleister sozialer Stabilität)?

OB SCHRAMMA: Bürgerschaftliches Engagement wird nur sehr selten als Standort- und Wirtschaftsfaktor erkannt, da die ehrenamtlichen Leistungen zu oft als selbstverständlich hingenommen werden. Vom Bürgerschaftlichen Engagement profitiert sowohl derjenige, der sich aktiv engagiert als auch derjenige, dem dieses Engagement entgegen gebracht wird. Hier profitieren also Gebende und Nehmende – die so genannte Win-Win-Situation.

In Köln ist es eine alte Bürgertradition, sich gegenseitig zu helfen. Dieses tragende Gerüst der Kölner Stadtgesellschaft funktioniert noch – und das ist in der heutigen Zeit in einer Großstadt sicherlich nicht selbstverständlich. Es bedarf aber der öffentlichen Unterstützung, dass diese Netzwerke auch künftig leistungsstark arbeiten und sich die Menschen füreinander verantwortlich fühlen. Hierfür ergreife ich als Oberbürgermeister der Stadt Köln zusammen mit meiner Verwaltung Maßnahmen wie beispielsweise die Auslobung des Kölner Ehrenamtspreises, der

Tag des Ehrenamtes, die Einrichtung der Kommunalstelle FABE und die Einführung von Corporate Volunteering in der Stadtverwaltung.

Natürlich erhöht das Bürgerschaftliche Engagement die Lebensfreude und –qualität der Menschen hier in Köln und verstärkt die Attraktivität sowie den Reiz der Stadt Köln.

DD: Wieweit trägt die gemeinschaftsorientierte Selbstversorgung im sozialen und kulturellen Bereich zur Entlastung des städtischen Haushaltes bei? (Mir ist bewusst, dass hierüber bislang keine Zahlen vorliegen, aber meinen Sie, dass dieser Beitrag eher gering oder eher hoch ist?) Könnte nicht eine deutliche Förderung von Bürgerarbeit auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene das Spektrum und Angebot sozialer und kultureller Leistungen insgesamt weit erhöhen? Würde nicht möglicherweise hierüber eine Absenkungen der Sozialkosten ermöglicht? Was meinen Sie hierzu, wie könnte dies politisch und ökonomisch umgesetzt werden, welche Ideen hätten Sie hierzu?

OB SCHRAMMA: Der Wert des Bürgerschaftlichen Engagements ist nicht in Zahlen festzumachen. Denn umfassende und abschließende Zahlen über Anzahl der Engagierten, Umfang, Qualität und Inhalt des Engagements sind nicht bekannt. In Köln geht man von geschätzten 100 000 bis 200 000 Engagierten aus, wobei Quantität und Qualität des Engagements im Einzelnen und in der Summe nicht bekannt sind.

Natürlich ist es denkbar, dass ein umfassendes bürgerschaftliches Engagement auch zu einer Entlastung des kommunalen Haushaltes beitragen kann, aber bürgerschaftliches Engagement ist nicht dafür da, kommunale Arbeit zu ersetzen, sondern zu erweitern und zu ergänzen. Die Kommunalverwaltung einer Millionstadt kann es objektiv nicht schaffen und leisten, sich um jedes Ansinnen eines Einzelnen zu kümmern. Letztlich ist das auch nicht die Aufgabe einer Kommunalverwaltung. Vielmehr soll sie die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Eine öffentliche Förderung von Bürgerschaftlichen Engagement dürfte sicherlich auch die Bereitschaft der Menschen stärken, noch mehr für die Allgemeinheit zu tun. So gilt es auch für Köln, verstärkt das Bürgerschaftliche Engagement zu fördern und hierfür neue Wege – auch in der Finanzierung – aufzuzeigen. Ein neuer Weg der Ehrenamtsförderung ist z. B. das sog. ‚Corporate Volunteering‘, was sinngemäß ‚bürgerschaftliches Unternehmens-Engagement‘ bedeutet. Hier sind hauptsächlich Unternehmen mit ihren Mitarbeitern die bürgerschaftlichen Akteure. Erste Beispiele in Köln mit Ford, General Electric, Axa und anderen Firmen gibt es bereits. Wir erleben hier immer häufiger Beschäftigte eines Unternehmens, die freiwillig Kindergärten renovieren, Sport- und Spielplätze instand setzen oder ältere Menschen bei Ausflügen begleiten.

Dieses Unternehmens-Engagement will ich für Köln fördern und auch die Stadtverwaltung selbst mit einbeziehen, da Corporate Volunteering zukünftig noch eine wichtigere Rolle innerhalb der Ehrenamtsförderung übernehmen wird. In diesem Sektor schlummern riesige, bisher nur unzureichend genutzte Potentiale. Wir müssen daher auf die Unternehmen und die Menschen zugehen und sie für die ‚Arbeit am Mitmenschen‘ motivieren. Hiermit dürfen wir nicht länger warten und hier muss die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen.

DD: Welche Bedeutung wird der Thematik auf dem Deutschen Städtetag zugesprochen? Stehen Sie dort mit Ihrem Engagement allein oder erfahren Sie hierbei viel Unterstützung? Was hat Sie

veranlasst, bürgerschaftliches Engagement direkt an die Aufgaben des Oberbürgermeisters zu koppeln?

OB SCHRAMMA: Ich bin seit dem 29.05.2002 Vorsitzender des Städtetages NW und setze in meiner Funktion natürlich Akzente. Das Bürgerschaftliche Engagement wird selbstverständlich hierzu gehören. Wie bereits zu Frage 1 gesagt, habe ich einen sehr persönlichen Bezug und ein sehr persönliches Interesse am Thema bürgerschaftliches Engagement.

Die Anerkennung und Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements habe ich zu einem Hauptthema meiner Amtszeit gemacht. Die Idee, bürgerschaftliches Engagement weiter zu fördern, war ursprünglich in der Stadtverwaltung Köln im Sozialamt angesiedelt. Aber der soziale Bereich ist nur eine Facette in diesem Thema. Bürgerschaftliches Engagement bezieht sich auf alle gesellschaftspolitischen Bereiche wie z.B. Soziales, Jugend, Kultur, Sport und Umwelt, unter Umständen und mit Einschränkungen sogar auch auf den Bereich Sicherheit und Ordnung, wie wir mit der Ausweisung eines Ordnungshelferdienstes bewiesen haben. Aus diesen Gründen gehört das Thema selbstverständlich in den unmittelbaren Einflussbereich des Oberbürgermeister der Stadt Köln. Somit wurde zum 1. Januar 2001 durch den Rat der Stadt Köln beschlossen, die Kommunalstelle FABE im Amt des Oberbürgermeisters anzusiedeln. In der Kommunalstelle sollen Politik, Verwaltung, Organisationen und Bürgerschaft in allen Belangen des Ehrenamtes miteinander verzahnt werden.

DD: FABE hat sich die Verbesserung der öffentlichen Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit zur Aufgabe gemacht. Außerdem sollen die Rahmenbedingungen für ehrenamtlich tätige Menschen verbessert werden. Wie wollen Sie diesem hohen Anspruch gerecht werden? Ist dies überhaupt für einen einzelnen ‚Stadt Vater‘ möglich, oder bräuchte es hierzu nicht deutliche Veränderungen von gesetzlichen, steuerlichen und vielleicht sogar rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene? Wie müssten diese Aussehen?

OB SCHRAMMA: Die Stadt Köln fördert als freiwillige Leistung die in der KABE (Kölner Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement) zusammen geschlossenen Vermittlungsagenturen mit einem finanziellen Zuschuss (153 400 Euro). Wünschenswert wäre eine noch größere Unterstützung der Institutionen, die das Bürgerschaftliche Engagement in Köln fördern, doch aufgrund der allgemein bekannten schlechten Finanzlage ist dies leider zur Zeit nicht möglich. Den Kommunen werden von Bund und Land immer mehr Aufgaben aufgebürdet ohne die ausreichende Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen. Kommunen können somit über die gesetzlichen Aufgaben hinaus in Zeiten knapper Mittel nicht alles Wünschenswerte leisten. Die Ergebnisse der im letzten Jahr groß angekündigten Konsequenzen aus der Enquete-Kommission für bürgerschaftliches Engagement des Bundestages bleiben weiterhin abzuwarten. Bund und Länder müssen bei diesem Thema künftig deutlich mehr Verantwortung übernehmen. Denn für Köln kann es keine Insellösung geben.

DD: Haben Sie eine Vision einer vitalen Stadt der Zukunft? Welche Rolle könnte hierin die freiwillige, eigenmotivierte Arbeit von Bürgern spielen? Könnte dies das Arbeitsparadigma von morgen verändern?

OB SCHRAMMA: Die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, die das Gemeinwesen betreffen, ist für die Zukunftsfähigkeit der Stadt und der Stadtgesellschaft von entscheidender Bedeutung.

Die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen, zum ehrenamtlichem Engagement ist sehr hoch in Köln. Ohne das ehrenamtliche Engagement hätte Köln z.B. nicht die kulturelle Struktur, die ganz wesentlich zur Attraktivität der Stadt beiträgt. Stifter, Sponsoren und Mäzene haben in Köln immer schon in besonderer Weise das kulturelle Leben mitgetragen. Beispiele sind die Picasso-Sammlung der Eheleute Ludwig oder die Sammlung Corboud – Glücksfälle für Köln. Oder die Imhoff-Stiftung: Mit den Erträgen dieser Stiftung können wir im Kulturbereich und im Bereich der Brauchtumpflege Projekte unterstützen und initiieren, die ansonsten nicht zu realisieren wären.

Aber es ist deutlich geworden, dass sich die Einstellung zum Ehrenamt in der letzten Zeit gewandelt hat. Bürgerinnen und Bürger lassen sich nicht instrumentalisieren, sie wollen mitreden, wollen Eigenverantwortung übernehmen, wollen auch – zu Recht – mit ihrem Ehrenamt ernst genommen werden. In der Bereitschaft zum Engagement liegen Chancen, die die Stadt nutzen muss. Dies kann schon bei Kindern und Jugendlichen beginnen. Wir müssen Interesse für diese Stadt wecken. Interesse hat etwas mit Verantwortung und Verantwortungsbereitschaft zu tun, und das kann man schon sehr früh lernen. Wir müssen bereits in den Kinder- und Jugendeinrichtungen und in den Schulen die Bereitschaft fördern, Verantwortung zu übernehmen. Wenn es uns gelingt, Menschen erkennen zu lassen, dass sie Verantwortung übernehmen können, dass sie auch mitwirken und mitbestimmen können, dann haben wir schon eine ganze Menge erreicht. Denn wir haben erkannt: Bürger machen dann mit, wenn sie spüren, dass ihr Engagement und ihr Einsatz etwas bewirken. Dabei sind die Bereitschaft zur Beteiligung und die Möglichkeit der Beteiligung zwei Seiten einer Medaille, die einander bedingen.

Um die Voraussetzungen für das bürgerschaftliche Engagement zu fördern, ist die Gründung einer Bürgerstiftung hilfreich. Denn ein solides finanzielles Fundament ist enorm wichtig. Die Imhoff-Stiftung hat angeboten, dafür eine Initiativrolle zu übernehmen. Mit einer solchen Stiftung können Bereiche unterstützt werden, die zwar wünschenswert sind, die aber durch die Stadtverwaltung und den ohnehin überstrapazierten kommunalen Haushalt nicht mehr abgedeckt werden können.

Der Leitbildprozess, den ich im vergangenen Jahr initiiert habe, ist ein weiteres gutes Beispiel für die Bereitschaft der Kölnerinnen und Kölner, sich für ihre Stadt einzusetzen und sich um die Zukunft Kölns engagiert zu kümmern. Das Leitbild ‚Köln 2020‘ soll Wegweiser für die chancenreiche Zukunft der Stadt Köln sein, wobei sich das Bürgerschaftliche Engagement als wichtiges Querschnittsthema durch alle Themenfelder zieht. Zur Mitarbeit sind alle gesellschaftlichen Gruppen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger Kölns aufgerufen. Die Resonanz war und ist beeindruckend, das hat bereits die sehr gut besuchte Auftaktveranstaltung bewiesen. Es haben so viele Menschen ihr Interesse an einer Mitarbeit bekundet, dass sich schließlich acht Leitbildgruppen und ca. 20 Arbeitskreise gefunden haben, in denen rund 350 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich an Vorstellungen für die Zukunft Kölns arbeiten. Die Arbeit an einem Leitbild für Köln ist nicht einfach, denn am Ende muss ein Ergebnis stehen, mit dem sich alle identifizieren können. Nicht jeder wird seine Wünsche und Vorstellung hundertprozentig wieder fin-

den. Das liegt im Wesen des Konsenses, der nicht die bloße Addition der Einzelinteressen sein kann. Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber, dass die Bereitschaft zum Konsens und zum Kompromiss vorhanden ist. Das Projekt ‚Leitbild Köln 2020‘ wird dann erfolgreich sein, wenn wir in einigen Jahren unsere Stadt so beschreiben können: *„Heute fühlt sich jeder für seine Stadt verantwortlich. Dieses Verantwortungsbewusstsein musste entwickelt werden in einer Zeit, in der sich die Menschen immer mehr zurückgezogen haben, in der Fernsehen, Internet und die Beschäftigung mit sich selbst immer mehr den Gemeinsinn in den Hintergrund gedrängt haben. Dieses Bewusstmachen hat viel Arbeit und Kraft gekostet. Aber es hat sich gelohnt.“*

Das Interview und die Positionen, die Fritz Schramma zum bürgerschaftlichen Engagement bezieht, geben Anlass zur Hoffnung, auch wenn die Handlungsspielräume seitens der kommunalen Politik nicht unbegrenzt sind. Besonders bemerkenswert ist es, von ihm explizit die Aspekte von Lebensqualität und der Unersetzbarkeit bürgerschaftlicher Subsistenzarbeit für eine soziale Stadt erkannt und hervorgehoben werden, sowie ihre Bedeutung für die Standortattraktivität der Stadt Köln. Auch ist es begrüßenswert, dass die Komplementarität zwischen Kommune, lokalen Wirtschaftsunternehmen und Bürgergesellschaft betont wird und es Wunsch des Oberbürgermeisters ist, diese weiter zu fördern.

Das bürgerschaftliche Subsistenz auch ein solides finanzielles Fundament braucht, um ihre volle Potenzialität zu entfalten, ist wahr und ebenso braucht sie Kooperationen mit formellen Strukturen, um als Schnittstellen zwischen Bürgergesellschaft, sozialer Stadt und lokal ansässigen Wirtschaftsunternehmen ihre Leistungen optimal für eine lebenswerte, vitale und innovative Stadt kanalisieren und zur Geltung bringen zu können.

Die sehr klaren Statements des Oberbürgermeisters Fritz Schramma will der Autor⁷⁵⁵ an dieser Stelle beim Worte nehmen und darauf hoffen und dringen, dass die hier vertretenen und erwünschten Zukunftsperspektiven auch mit Kraft und Mut von der kölschen Kommunalpolitik voran getrieben und realisiert werden, damit die Kölner Bürgerschaft als Impulsgeber für eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft zusammen steht und ein neues Leitbild eines zukunftsfähigen urbanen Lebensstils voran treibt.

⁷⁵⁵ ... auch und gerade als kölscher Jung ...

V . U R B A N E S U B S I S T E N Z F Ü R M E H R L E B E N S Q U A L I T Ä T

Ausgangspunkt der Untersuchung war der Anspruch, die Bedeutung der gemeinschaftsorientierten Subsistenz für die Funktionsfähigkeit und –vielfalt von Gesellschaft und Wirtschaft und für städtische Lebensqualität zu ergründen.

Außerdem ging es dem Autor auch wesentlich darum, insgesamt zu erklären und zu zeigen, welche Kraft und Leistung aus kooperativ-partizipativen Wirtschaftstätigkeiten – aus gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit – erwachsen kann. Denn es ist nicht nur die Kapitallogik, die gesellschaftliches und wirtschaftliches Handeln bestimmt, ist es auch nie gewesen. Aber die goldenen Jahre der Hochkonjunktur des Wirtschaftswachstums haben uns glauben und daran gewöhnen lassen, dass dieses nie enden könne. Trotz allem Beschwören – es endet dennoch. Aber die Produktivität steigt weiterhin, und befreit auf diese Weise die Menschen mehr und mehr – unerbittlich – von repetitiven, automatisierbaren Arbeiten. Nun erwächst daraus die Anschlussfrage, wie denn eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft gestaltet sein muss, um weiterhin Wohlstand und Lebensqualität für Einzelne und für die Gemeinschaft zu gewährleisten. Denn über die klassischen erwerbswirtschaftlichen Tätigkeiten allein lässt sich langfristig nicht mehr ausreichend Einkommen generieren, mit dem man sich alles und noch mehr kaufen könnte. So kranken auch und besonders die Städte an leeren Kassen, einer Polarisierung der unterschiedlichen Einkommensklassen, sozialräumlicher Fragmentierung und funktionaler Zerrissenheit der verschiedenen Lebensbereiche, während die Einzelnen Minderungen ihres gewohnten, stark materiell bestimmten Wohlstandes hinnehmen müssen. In ihrer Gesamtheit ist den Städten ein Absinken der Lebensqualitäten und Standortattraktivitäten zu diagnostizieren.

Ein zentrales Konzept dieser Studie ist es, dass der gemeinschaftsorientierte Bereich der Subsistenz lokal und kommunal Lebensqualität erhöht und Wohlbefinden im urbanen Lebensraum sichert und erhöht.

Stellt man nur vordergründig die Frage, ob städtische Subsistenz und ihre Grundlage – gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit – zur Lebensqualität beiträgt, beantwortet sich diese schon schlicht durch das bloße Vorhandensein des Erfragten. Denn dass die Beiträge zur Lebensqualität – besonders was das Empfinden der Sinnhaftigkeit des Selbst betrifft, dass Sich-Erfüllen durch die Tätigkeit – zum alltäglichen Wohlbefinden beisteuert, und dies wesentlich, geht nicht nur aus den dargestellten Befragungsergebnissen und qualitativen Interviews unabweisbar hervor, sondern auch aus der Referenzliteratur. Dass aber nicht nur die Tätigen

selber ihre Arbeit als Zugewinn betrachten, sondern auch jene, denen die Arbeit zugute kommt, versteht sich von selbst, denn wäre das anders, würde diese Arbeit nicht erst nachgefragt. Das mag fast tautologisch klingen, ist es aber nicht wenn man die empirischen Ergebnisse betrachtet, denn gemeinschaftsorientierte Subsistenz hat über ihre Bedarfsorientierung eine klar reaktive Komponente und wirkt über ihre Sozialkapital anreichernde Produktion gleichzeitig proaktiv. Sie reichert nicht nur Lebensqualität an, sondern sichert und gewährleistet bereits bestehenden Wohlstand.

Von besonderer Relevanz ist die Aktivierung und Stärkung der städtischen Bürgergesellschaft, die gemeinschaftsbildend ist und Solidaritäten und Kooperationen unterstützt. Hierfür haben die bürgerschaftlichen Einrichtungen zweierlei katalytische Funktionen. Zum einen bilden sie durch ihre Netzwerkstrukturen nach Innen und nach Aussen zu einem hohen Anteil die institutionelle Infrastruktur der Bürgergesellschaft und fördern durch die Aktivierung und Kanalisierung des bürgerschaftlichen Engagements auch die personelle Infrastruktur der bürgerschaftlichen Gemeinschaft. Zum zweiten motivieren sie zu kooperativer, selbstbestimmter Arbeit für andere, auf der Grundlage von Freiwilligkeit und intrinsischer Motivation. Für die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit bieten sie die Plattformen und die Arbeitsinfrastruktur. In der Verbindung von Vernetzung, Infrastruktur und gemeinschaftsorientierter Subsistenzproduktion sind sie Distributoren der aus ihnen hervorgebrachten Leistungen und Angebote. Sie stellen Anlaufstellen für Bedürftige dar, und sind im weitesten Sinne die Dienstleistungsunternehmen der städtischen Subsistenz. Das Hauptanliegen der bürgerschaftlichen Einrichtungen ist dabei die Erhöhung der Lebensqualität und dies setzen sie mit großem Erfolg um, wenn man sich die Zahl ihrer NutzerInnen vor Augen hält. So betten die Einrichtungen Subsistenzarbeit Leistende und Subsistenzarbeit Nutzende gleichermaßen in den bürgerschaftlichen Kontext ein, und schaffen soziale Sicherheit und vor allem auch immateriellen Wohlstand.

Zudem wesentlich stiller und unbemerkter, wirkt das hohe beschäftigungsfördernde Potenzial gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit, indirekt und auf struktureller Ebene, indem es die erwerbswirtschaftlichen Leitbilder und die materiell und monetär geprägten Konsummuster in unserer Gesellschaft aufzubrechen hilft. Es bietet Alternativen zum ‚Habens-Modus‘ des alten Wohlstandsmodells des 20. Jahrhunderts an, die jede/r nutzen und erproben kann, transformiert die Vorstellungen dessen, was produktiv sei, und bildet und nährt auf diese Weise die Keime einer zukunftsfähigen nachhaltigen Sozioökonomie.

AUSBLICK UND KONSEQUENZEN

„Was nützt die Güte, wenn die Gütigen sogleich erschlagen werden, oder es werden erschlagen die, zu denen sie gütig sind?

Was nützt die Freiheit, wenn die Freien unter den Unfreien leben müssen?

Was nützt die Vernunft, wenn die Unvernunft allein das Essen verschafft, das jeder benötigt?

Anstatt nur gütig zu sein, bemüht euch einen Zustand zu schaffen, der alle befreit auch die Liebe, zu Freiheit überflüssig macht!

Anstatt nur vernünftig zu sein, bemüht euch einen Zustand zu schaffen, der die Unvernunft der Einzelnen zu einem schlechten Geschäft macht!⁷⁵⁶

Es reicht nicht nur das Erkennen der Bedeutung subsistenzwirtschaftlicher Produktion für gemeinschaftliche (speziell urbane) Zusammenhänge, und es reicht nicht, nur die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in den Blick zu nehmen, um hiermit Ansprüche aus der Gesellschaft zu decken, welche formelle Strukturen nicht mehr in der Lage sind zu befriedigen. Es geht nicht darum, die Leistungsausfälle seitens formeller Systeme über Selbstversorgung zu kompensieren.

Auch können Argumente wie Integration, Kooperation und demokratische und gesellschaftliche Teilhabe zwar nützlich und instrumentalisierbar sein, um die Bedeutung der gemeinschaftsorientierten Subsistenz zu argumentieren, aber sie können nicht die zentrale Legitimation der Förderung bürgerschaftlichen Engagements sein. Solcherlei Denken ist völlig ökonomisiert, es werden immer direkte Kosten-Nutzen-Rechnungen erstellt, egal, ob sie die wesentlichen Aspekte und Werte eines Zusammenhangs fassen können oder nicht. Solche technischen Betrachtungen bürgerschaftlicher Subsistenz sind reduktionistisch, wir sind sie gewöhnt und geübt, aber es sind die „[...] konzeptionellen Gefängnisse, die unser Denken in neuen Richtungen behindern [...]“⁷⁵⁷

⁷⁵⁶ Bertholt Brecht, *Der gute Mensch von Sezuan*.

⁷⁵⁷ Rosenau, 1990, S. 37 ff., aus Soyez, 1999, S. 30, im Kontext der wachsenden Bedeutung von ‚neuen zivilgesellschaftlichen Akteuren‘.

Die kommunale Sozialstruktur wäre ohne die Aktivitäten informell tätiger Menschen völlig überfordert, bliebe nicht lange tragfähig und der gesellschaftliche Zusammenhalt würde geschwächt. Es geschieht aber gegensätzliches. Drängender Bedarf wird mit gedeckt und zusätzlich wird Innovation, Kunst und Kultur in den städtischen Alltag umsonst eingebracht. Dass mit der Erhöhung der soziokulturellen Standortqualität eine Stadt für Hochqualifizierte attraktiver wird, ist nichts Neues. Dass damit die Attraktivität einer Stadt für Kunst, Kultur und Medien ebenso wächst wie als Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort und sich dies auch günstig auf den Erwerbsarbeitsmarkt auswirkt, ist ebenso unbestritten. Dennoch ist gegenwärtig weiter der dem entgegengesetzte Trend zu erkennen, dass, auf Grund der Eingeschränktheit der finanziellen Mittel besonders seitens staatlicher Stellen und dem hohen internationalen Wettbewerbsdruck marktwirtschaftlicher Akteure immer noch die Bereitschaft zur Alimentation des Subsistenzsektors aus formellen Systemen abnimmt.

Trotzdem, und sogar dadurch erst recht, wird die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit deutliche Bedeutungszuwächse erfahren, denn die hierüber erbrachten Leistungen werden für den marktökonomischen und staatlichen Sektor immer teurer werden, und die Relevanz einer vitalen Bürgergesellschaft für Standortattraktivitäten und -qualitäten, und damit als Wettbewerbsfaktor wachsen. Markt und Staat werden die Subsistenz und die Subsistenzarbeit nicht weiter ignorieren können, indem sie sie auf Reproduktion einengen und abwerten, denn es werden konkrete, messbare und umfangreiche Produktionsleistungen – Subsistenzproduktion – in die Gesellschaft eingebracht, auf die zwangsläufig eine ‚Wissensgesellschaft‘ von morgen immer dringender angewiesen sein wird.⁷⁵⁸ Hinzu kommen noch die grundlegenden und umfassenden Reproduktionsleistungen, die einerseits viele Schäden und Externalisierungen aus markt- bzw. erwerbswirtschaftlichen Aktivitäten kompensieren und auffangen, andererseits kreative und innovative Grundlagen für marktwirtschaftliches Agieren bereit stellen.

So ist es nur konsequent, das bisher rein erwerbswirtschaftliche Paradigma um das subsistenzwirtschaftliche Paradigma nicht nur informell, sondern auch formell zu erweitern, Subsistenz systemisch einzubeziehen, und dabei seine sozioökonomischen Spezifika mitzudenken und strukturell⁷⁵⁹ zu integrieren. Nur so wird es

⁷⁵⁸ Vergleiche unter anderem auch Enquete Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘, 2002, Band 4, S. 580 ff.

⁷⁵⁹ Vergleiche unter anderem auch Enquete Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘, 2002, Band 4, S. 604 ff.

möglich sein, die zukünftigen wachsenden Ansprüche an immateriellem Wohlstand – auch Zeitwohlstand – an Selbstbestimmung und Teilhabe, an zukunftsfähigen Lebensstilen zu erfüllen. Aber Immer noch wird Subsistenzarbeit meist in einem polaren statt komplementären Verhältnis zum formellen Arbeitssektor verstanden. Auch um dieses Dilemma zu durchbrechen, stand in dieser Studie unter anderem die Frage im Vordergrund, in welchem Ausmaß gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit heute schon geleistet wird, und wie und wieweit sich Subsistenzarbeit und Erwerbsarbeit wechselseitig durchdringen und voneinander profitieren können, und welche Voraussetzungen hierfür erfüllt sein müssen.

Ein wichtiger und Basis legender Schritt in Richtung einer Neubestimmung des Arbeitsbegriffes und der Arbeitsgesellschaft wird die Neudefinition des Begriffes der Produktivität sein müssen. So könnte man auch sagen ‚Gute Arbeit muss sich lohnen‘. Es geht darum, die Qualitäten zu entlohnen, mit der jemand für seine Gesellschaft Leistungen erbringt, und dieses Leistungsverständnis muss mehr erfassen als nur die Menge. Die Arbeit, die Bürger aus freiem Willen und eigenem Antrieb in der Stadt für Ihre Mitmenschen leisten, ist ein zentrales Wohlstandsmehr, fördert Kommunikation, Kooperation, Kreativität und Innovationskraft – und somit letztlich auch die Standortqualität. Zentral ist hier die Qualität, auf der Grundlage von Selbstbestimmtheit und Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns. Die Arbeit, die geleistet wird, muss wieder Sinn über die reine Produktionsmasse hinaus erfahren. Maßstäbe der (Human- wie Natur-)Ressourcenschonung und –regeneration müssen als langfristige Produktivitätssicherung verstanden, (auch finanziell) gefördert und als Qualitätsmaßstäbe Flächen deckend etabliert und gesetzlich verankert werden.

Es muss zur erhöhten Förderung und weiteren Aktivierung gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit kommen, den Menschen unserer Gesellschaft müssen einerseits Freiräume und Zugänge im Sinne von Flächen, Räumen und Finanzspielräumen gewährt und eröffnet werden⁷⁶⁰, um mehr bürgerschaftliche Einrichtungen zu schaffen und funktionsfähiger zu gestalten als bisher und auf diese Weise die Subsistenzinfrastrukturen der Stadt neu zu bilden, zu erweitern und zu modernisieren.

Andererseits, und dies ist mindestens ebenso wichtig, müssen Zeiträume für Subsistenzarbeit geschaffen und ermöglicht werden⁷⁶¹. Diese dürfen und können nicht

⁷⁶⁰ Vergleiche unter anderem auch Enquete Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘, 2002, Band 4, S. 612 ff., insbesondere auch S. 613 und 614.

⁷⁶¹ Vergleiche unter anderem auch Enquete Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘, 2002, Band 4, S. 651 ff.

aus der Muße- oder Freizeit stammen, denn dies würde den selbstbestimmten eigenmotivierten Triebkräften gemeinschaftsorientierter Subsistenz zuwiderlaufen. Vielmehr müssen diese Zeiträume der bestehenden Arbeitszeit ‚entnommen‘ werden, bzw. Erwerbsarbeit so umfassend als möglich reduziert und verringert werden, um anstelle dessen wachsend und mehr Subsistenzarbeit, insbesondere gemeinschaftsorientierte, soziale, kulturelle, bildende, kreative Subsistenzarbeit geschaffen und angeregt werden.

Als Perspektive sieht der Autor eine sukzessive Ablösung der Erwerbsarbeitsgesellschaft durch die Subsistenzarbeitsgesellschaft.

In mittlerer Zukunft sollten nur noch die nicht automatisierbaren Tätigkeiten in erwerbswirtschaftliche Zusammenhänge eingebettet bleiben, die entweder so unbeliebt und unangenehm sind, dass sie ohne entsprechend hohe Entlohnung nicht geleistet werden würden, oder so eine hohe Kontinuität verlangen, dass sämtliche Arbeitszeit einzelner Personen darin gebunden bleiben muss. Weiterhin müssen die Arbeitsverhältnisse, die im internationalen Rahmen stattfinden, zu vielen Anteilen noch in erwerbswirtschaftliche Systeme eingebettet bleiben müssen, selbst wenn sie an sich schon einige Attraktivität in der Tätigkeit finden, denn viele Volkswirtschaften werden international weiterhin noch lange erwerbswirtschaftliche Arbeitsstrukturen aufweisen und nicht in der Lage sein können, die Vorteile einer enormen Produktivität optimal zu nutzen.

Um die aus dem arbeitgesellschaftlichen Transformationsprozess entfallenden Erwerbseinkommen zu substituieren, sind verschiedenen Entlohnungssysteme möglich und diskutabel. Eines jedoch muss ihnen gemeinsam sein: Sie müssen an die neuen Produktivitätsmaßstäbe angeglichen und angepasst sein, es darf nicht dazu kommen, dass Quantitäten wieder Qualitäten überrennen und es darf nie mehr so sein, dass der Fremdanreiz den inneren Anreiz systemisch übersteigt.

Systemisch soll an dieser Stelle heißen, dass der extrinsische Antrieb nicht mehr gegenüber dem intrinsischen Antrieb im gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Kontext – im kulturgesellschaftlichen System – überwiegen darf. Und dies deshalb nicht, weil unsere Gesellschaft, menschliche Kultur allgemein, und im im weitesten Sinne die Spezies homo sapiens sapiens auf (kulturelle) Evolutionsfähigkeit angewiesen ist, und diese kann nur dann dynamisch und vital entfaltet werden, wenn möglichst viele Menschen ihre besonderen und eigenen schöpferischen Qualitäten in kulturgesellschaftliche Zusammenhänge einbringen können. Dafür darf es nicht sozioökonomische Strategien geben, die auf eine Erstarrung systemischer Entwicklung zuarbeiten. Demgegenüber müssen aber auch Räume

und Auffangbecken für jene geboten werden, deren intrinsische Motivation und Selbstbestimmungs- wie –organisationskraft nicht ausreicht, um eigenständiger und aus eigener Kraft ihr Leben und die sie einbettende Kulturgesellschaft (mit)zugestalten und an dieser aktiv zu partizipieren. Für jene braucht es weiterhin auch extrinsische Anreizsysteme, ebenso wie für solche Arbeiten, die nicht angenehm, aber wirtschaftlich notwendig sind.

Diese neuen Entlohnungen müssen sicherlich zu bestimmten Anteilen monetärer Art sein, nämlich um Güter und Dienstleistungen erwerben zu können, die nicht im lokalen und regionalen Kontext geschaffen werden, zu anderen Anteilen aus nicht–monetäre Entlohnungssystemen⁷⁶² (das kommt noch). Eine monetäre Entlohnung kann aus verschiedenen Quellen kommen. Erstens wäre wünschenswert, dass die verbleibenden erwerbswirtschaftlichen Tätigkeiten auf so viel wie möglich Menschen verteilt würden, so dass auch möglichst viele Menschen hieraus ein monetäres Teilerwerbseinkommen beziehen können.⁷⁶³ Dieses würde sicherlich deutlich unterhalb dessen liegen, was an monetären Mitteln noch weiterhin gebraucht würde.

Ein weiterer Teil des monetären Einkommens könnte aus einem existenzsichernden Grundgehalt⁷⁶⁴ stammen, welches jedem Bundesbürger zu gleichen Anteilen, eventuell an Altersbedürfnisse angepasst, gewährt werden sollte. Die Mittel hierfür

⁷⁶² „Der neue Gesellschaftsvertrag hat die Aufgabe, die verschiedenen Arbeitsarten mit verschiedenen Einkommensarten Lohn, BürgerInneneinkommen, Eigenversorgung und Muße zusammen zu binden. Es geht also um die Koordination des ‚Ganzen des Arbeitens‘ mit dem ‚Ganzen des Einkommens‘ – das heißt, um einen ‚neuen Gesellschaftsvertrag‘ mit entsprechend neuem Geschlechter- und Generationenvertrag.“ Biesecker, 1999, S. 76.

⁷⁶³ „Wenn denn nun die Arbeitssucht in den Arbeitern eingewurzelt ist, wenn sie denn alle anderen natürlichen Instinkte erstickt, und wenn andererseits die von der Gesellschaft erforderte Arbeitsmenge notwendigerweise durch den Konsum und die Menge des Rohmaterials begrenzt ist, warum in sechs Monaten die Arbeit des ganzen Jahres verschlingen? Warum sie nicht lieber gleichmäßig auf die 12 Monate verteilen, und jeden Arbeiter zwingen, sich das Jahr über täglich mit fünf oder sechs Stunden zu begnügen, anstatt sich während sechs Monaten mit täglich 12 Stunden den Magen zu verderben? Wenn ihnen ihr täglicher Arbeitsanteil gesichert ist, werden die Arbeiter nicht mehr miteinander eifersüchteln, sich nicht mehr die Arbeit aus der Hand und das Brot vom Mund weg reißen, dann werden sie, nicht mehr an Leib und Seele erschöpft, anfangen, die Tugenden der Faulheit zu üben.“ Paul Lafargue, *Das Recht auf Faulheit*. In Mau, 2001, S. 7.

⁷⁶⁴ Auch André Gorz fordert ein Grundeinkommen für alle, die sich für Arbeit zur Verfügung stellen, ob sie diese nun finden oder nicht (vergleiche Schaffroth und Tao, 1998). Er gründet seine Argumentation vor allem in der Notwendigkeit einer gerechten Wohlstandsverteilung, sieht ihn als Quelle des Anteils eines jeden/einer jeden am gesellschaftlich produzierten Reichtum. Dessen wichtigste Qualität er sieht er im „kulturellen, nicht-vergeldlichten, nicht(ver)käuflichen Reichtum an menschlichen Fähigkeiten und zwischenmenschlichen Beziehungen.“ Schaffroth und Tao, 1998, S. 2.

könnten aus der entfallenden Sozial- und Arbeitslosenhilfe stammen, sowie aus den freigewordenen Finanzmitteln und Subventionen, die bisher dazu dienten, fiskalische Anreize zur Erwerbsbeschäftigungsförderung für Unternehmen zu setzen und in der Zeit ‚nach der Erwerbswirtschaftsgesellschaft‘ nicht mehr gewährt werden. Das Gesamtvolumen der Einsparungen aus Sozial- und Arbeitslosenhilfe, inklusive steuerlicher Entlastungs- und Subventionsseinsparungen dürfte enorm sein (es wäre spannend, dies einmal genau zu berechnen), der Verwaltungsaufwand der Gelder wahrscheinlich eher geringer als zuvor.

Jedoch muss auch ein wichtiger Anteil der freiwerdenden Finanzmittel für die Infrastrukturförderungen der Subsistenzökonomie verwendet werden und zu einem anderen, nicht zu unterschätzenden Teil, für neue, gerichtete Subventionen und finanzielle und steuerliche Entlastungen marktwirtschaftlicher Unternehmen. Diese müssen so hoch sein, dass für die Unternehmen vielfach höhere Investitionsanreize für Deutschland erwachsen als gegenwärtig und bisher. Orientiert sein sollten diese marktwirtschaftlich orientierten Förderungen an hochproduktiven marktwirtschaftlichen Unternehmungen und gebunden an guten Löhnen und an Teilzeitbeschäftigung. Besonders gefördert werden sollten innovative Technologien besonders im Bereich energie- und ressourceneffizienter High-Tech-Produktion, und –verarbeitung, sowie im Sektor pharmazeutischer Produktion und technischer Lösungen für internationale Hochindustrien unterschiedlicher Sektoren. Ziel im marktwirtschaftlichen Segment muss es sein, Deutschland hier zum Wettbewerbsführer weltweit zu machen, und neue Impulse für eine internationale Marktökonomie zu setzen.

Wichtigste Voraussetzungen hierfür sind eine hochmotivierte und innovative Wissensgesellschaft bei hoher Standortqualität, -attraktivität und –stabilität, sowie eine massiv begünstigende Steuer- und Subventionspolitik, mit geringen Lohnnebenkosten. Gewährleisten lässt sich dies durch eine Umverteilung der bestehenden Haushaltsmittel und eine Senkung von sozialen und administrativen Kosten im staatlichen und marktlichen Bereich, indem ein Großteil der regional und national gebundenen sozialen und kulturellen Dienste außerhalb der monetären Systeme verlagert wird, und fortentwickelt, gestärkt, gefördert, gestützt und geschützt wird.

Ergänzt werden muss das geringere aber gesicherte monetäre Einkommen mit einem umfassenden und hochwertigen Angebot von Bildungssystemen, sozialer und kultureller Dienstleistungen, und medizinischer Versorgung, bei optimalem Zugang zu technischer, institutioneller, baulicher, logistischer und städtischer Infrastruktur. Gewährleistet werden kann dieses durch die dichte und komplemen-

täre Kooperation zwischen staatlichen, marktlichen und subsistenzwirtschaftlichen Systemen und Strukturen.

Es geht nicht darum, den sozialen und kulturellen Sektor zu verbilligen, indem er komplett in die Bürgergesellschaft externalisiert wird.

Es geht darum, große Teile der gesellschaftlichen und kulturellen Produktion zurück in die Hände der Kulturgesellschaft zu geben und so Verantwortung und gegenseitige Verbindlichkeit zu stärken.

Es geht darum, Qualitäts- und Quantitätszuwächse im Bereich der sozialen Sicherung, der Integrationen, der sozialen Fürsorge, der politischen Teilhabe und des sozialen Zusammenhaltes zu gewährleisten.

Es geht darum, Qualitäts- und Quantitätszuwächse im Bildungsbereich, in Innovationsbereich, in den Künsten und im kulturellen Konsum zu gewährleisten.

Es geht darum, weniger Zeit arbeiten zu müssen, mehr Zeit zur Selbstentfaltung und –erprobung zu finden, mehr immateriellen Konsum und Wohlstand und höherwertigen materiellen Konsum zu erreichen.

Es geht darum, insgesamt Lebensqualität und Wohlstand in zukunftsfähigen Lebensstilen zu ermöglichen und zu schaffen und so die Standortqualität und –attraktivität zu erhöhen, überall und besonders in den Städten.

ZUSAMMENFASSUNG

Auf den vorangegangenen rund 400 Seiten wurde der Subsistenzkomplex in seiner Breite und Tiefe neu betrachtet und entmystifiziert. Die Studie baute dabei auf verschiedenen thematischen Konzepten auf, die im Rückblick differenziert dargestellt, analysiert, interpretiert, erklärt, erweitert und – wo dies möglich war – bewiesen wurden. Es wurde über die Studie prägnant deutlich, dass zu dem Untersuchungsgegenstand umfassende und erweiternde wissenschaftliche Forschungen und Vertiefungen in allen Humanwissenschaften dringend erforderlich sind. Besonders die Humangeographie hat ein inakzeptables Wissensdefizit schnellst möglich aufzuholen und zu beheben – weiter noch – sie kann als grundsätzlich transdisziplinär angelegte Wissenschaft auf umfassende Weise die verschiedenen Analyseebenen zur Erforschung und zum erweiterten Verständnis des Subsistenzkomplexes erfassen und verbinden. Weiterhin ist besonders für die Universitäten zu fordern, ihre Studenten zu Diplom- und Promotionsvorhaben zur Subsistenzthematik anzu-spornen, speziell auch zu empirischen Erhebungen, um die Wissensgrundlage zur Subsistenz zu erweitern, zu aktualisieren und zu verbessern. Denn weder die romantische Verklärung vergangenen Urhipprietums, noch die Verengung auf eine rückständige Armutsökonomie werden dem wohl wichtigsten ökonomischen Sektor der Erde gerecht.

Es ist erstaunlich und vielmehr erschreckend, dass dieser so wichtige und unerlässliche Bestandteil menschlicher Wirtschaft einfach in den letzten Jahrzehnten, ja Jahrhunderten, vernachlässigt und übersehen wurde. Aber wahrscheinlich liegt es vor allem daran, dass wir uns alle viel zu sehr schon daran gewöhnt hatten, was die alltäglichen Austauschmechanismen unseres Lebens dynamisiert und bestimmt. Hierin liegt vielleicht auch die wichtigste Chance für eine zukunftsfähige Ökonomie. Denn das Geld, die vielleicht einzige echte Schöpfung des Menschen, dass menschengemachte Element, ist uns ewig fremd geblieben, wir haben uns nie daran gewöhnt, denn hätten wir es, würden wir nicht permanent darüber reden und darum kreisen. So fasziniert und verwundert uns ständig unser eigenes Geschöpf, und dass wir es nicht beherrschen, schreiben wir unserer Unfähigkeit zu, es richtig zu verstehen. Vielleicht ist aber auch jenes erste Element, dass der Mensch schuf, nicht mehr als ein verbesserungswürdiger Prototyp.

Dass der Autor nicht Ökonom ist, sondern Geograph, erleichterte ihm den Zugang zur Thematik erheblich, denn in der ökonomischen Betrachtung verliert man das Nahe liegende, Sinnhafte leicht aus den Augen. Ob es einen Menschen erfreut einer Tätigkeit nachzugehen, ob es ihn glücklich macht, sich in kommunikativem

Austausch zu befinden, dass Kreativität und Innovation höherwertig sind als Produktivitätsmaximierung, spielt hier meistens keine Rolle.

Der größte und wertvollste Gewinn für Menschen und menschliche Gemeinschaften ist der Gewinn an Vitalität, an Austausch und Nächstenliebe, an Miteinander und Solidarität, an individueller Entfaltung in einem gemeinschaftlichen Prozess. Hierzu leistet die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit einen unersetzbar wichtigen Beitrag.

Reicht das nicht?

J. Daniel Dahm

ZUKUNFTSFÄHIGE LEBENSSTILE –
STÄDTISCHE SUBSISTENZ FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT

E P I L O G

oder, wie der Autor zu dieser Arbeit kam ...

Als ich 1997 während meines Studiums ein Praktikum am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (damals noch unter der Präsidentschaft von Ernst-Ulrich von Weizsäcker) bei Dr. Wolfgang Sachs in der Arbeitsgruppe ‚Neue Wohlstandsmodelle‘ machte, wurde ich erstmals mit der Thematik konfrontiert, die mich später zu dieser Dissertation trieb.

Ich hatte mich auf Anregung von Wolfgang Sachs mit einem ‚Urahn neuer Wohlstandsmodelle‘ befasst, dem englischen Frühsozialisten, Künstler, Designer und Utopisten William Morris (1834 – 1886). William Morris beschrieb 1884 in seiner Utopie einer besseren Welt ‚News from Nowhere‘ eine (Arbeits)Gesellschaft, in der das Alternieren zwischen unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern Normalität ist. Das Parlament war abgeschafft worden und sämtliche Besitztümer fanden sich in der Hand der Bürger, die ihre Gesellschaft selbstorganisiert und selbstbestimmt verwalteten. Die Qualität und Produktivität der Arbeit war deutlich erhöht worden, die Grundlage der intrinsischen Motivation war bestimmende Triebkraft für den Arbeitsalltag, denn jede und jeder hatte die Möglichkeit zwischen letztlich allen Arbeitsfeldern in biographischer wie räumlicher Perspektive zu wechseln. So war man einige Jahre Holzschnitzer, Intellektueller, Bäcker oder Fährmann, wurde jedoch für die geleisteten Arbeiten nicht monetär entlohnt, sondern stellte – wie alle anderen auch – die Produkte der Gemeinschaft (und den nachfragenden Individuen) zur Verfügung. Es wurde bedarfsorientiert produziert, und Maßstäbe der Schönheit und Ästhetik ersetzten die industrielle Massenproduktion. Die Grundlage, die das Funktionieren dieser utopischen Gesellschaft von morgen gewährleistete, lag in einem ausgeprägten immateriellen Wohlstand auf der Grundlage von Kooperation und Partizipation, Solidarität, Kommunikation und in deren Geleit Innovations- und Schöpfungskraft.

Der Kern dieser Utopie einer wohlständigen Gesellschaft lag im Neudenken der Arbeitsgesellschaft und der Arbeitsteilung. Dieses gründete sich auf den Säulen Selbstversorgung, Selbstbestimmung, Selbstorganisation, mündige Teilhabe an gesellschaftspolitischen und sozioökonomischen Entwicklungen und hohe sozio-kulturelle Interaktivität durch kommunikativen und kooperativen Reichtum.

Dass die Tätigkeit im Sinne der (auch mühevollen) Arbeit eigentlich zentrales Element einer Volkswirtschaft ist, im gewissen Maße vielleicht die einzelne von einem Menschen erbrachte Arbeitsminute die nahezu kleinste sozioökonomische Zeiteinheit, ging mir eigentlich erst richtig in der Folge dieses Praktikums auf. Ich hatte

mich auf die Suche nach einer Betrachtungsweise begeben, die es ermöglichte, individuelle Motivationen und Handlungen mit gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen wie politischen Perspektiven zu verknüpfen und in der Lage ist, diese an individuellen wie gemeinschaftlichen Wohlstandsvorstellungen zu messen. Der kleinste Baustein hiervon war das aktive Tätigsein des bzw. der Einzelnen.

Im Anschluss an dieses Praktikum gab mir der Direktor der Arbeitsgruppe ‚Neue Wohlstandsmodelle‘, Prof. Dr. Gerhard Scherhorn, meinen ersten Job in der Wissenschaft als ihm assistierende studentische Hilfskraft für seine Publikation ‚Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben die gleiche Ursache‘ (1998). Die Konfrontation mit den Geschäftsberichten der Deutschen Bundesbank, der Auswertung von Statistiken zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitslosigkeit, der Produktivität pro Erwerbstätigen und anderer volkswirtschaftlicher Determinanten stieß bei mir auf wenig Begeisterung. Dennoch, in der Folge begann ich zu begreifen, nach welchen Maßstäben unsere westlich-europäische Gesellschaft Produktivität definiert, was als wertvoll erkannt und anerkannt und was als wertvoll nicht bemessen und deshalb auch nicht wahrgenommen wird. Auch die ständige Steigerung materieller Wohlstandsproduktion führt nicht zu einer wahren Erhöhung des individuellen wie gemeinschaftlichen Wohlstandes. Das war zwar nichts Neues für mich, aber das Auseinanderklaffen wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Wahrheiten und sozialer bzw. kultureller Wahrheiten war mir in seiner inneren Logik so vorher nicht verständlich gewesen und überraschte mich dann doch. Dass die monetarisierte Marktwirtschaft, die sich über Globalisierungsprozesse zum weltweiten ökonomischen Paradigma aufgeworfen hatte und sich dabei als tautologisches System darstellt, wird erst klar, wenn man sich intensiv mit kapitalexpansiven Prozessen und Begrenztheiten von humanen wie natürlichen Ressourcen im globalen Kontext befasst. Ich kann mir Dinge, Zahlen, Daten, Fakten nicht gut merken, kann schlecht Auswendiglernen. Deshalb blieb mir nichts anderes übrig, als die Systemlogik des komplexen Wirkungsgefüges zwischen Marktökonomie, Kultur und Natur zu verstehen. Im Rahmen meiner Möglichkeiten ist mir dies, hoffe ich, gelungen.

Nach Abschluss meiner Diplomarbeit ‚Desertifikation in The Gambia – Wohlstandskriterien und Wirtschaftsstrategien im ökologischen Konflikt‘ im Frühjahr 1999 gab mir Gerhard Scherhorn am Wuppertal Institut meinen ersten Werkvertrag. Es ging wieder um Arbeit. Und diesmal darum, mich mit dem Konzept der Subsistenzökonomie, so oder ähnlich, wie ich es in Gambia (und auf früheren Reisen in Nepal und Indonesien) kennen gelernt hatte, in den Industrieländern des Nordens im Rahmen der Ausarbeitung eines EU-Forschungsantrages zu beschäftigen. Der Kerngedanke

lag darin, Arbeit in den Schnittstellen zwischen Subsistenz- und Marktökonomie zu untersuchen. Wir wurden abgelehnt.

Aber die Frage nach der Bedeutung der Subsistenz über die reine (meist agrarorientierte) Perspektive auf Entwicklungsländer hinaus, für zukunftsfähige und global flexible wie vielfältige Lebensstile blieb für mich zentral. Denn das die Monetarisierung sämtlicher Lebensbereiche nicht für eine globalisierte Ökonomie taugt, erscheint eindeutig. Dass es in Ergänzung zum überregionalen und internationalen Handel regional und lokal geschlossene Wirtschaftskreisläufe geben muss, die sich bedarfsorientiert der Selbstversorgung mit Diensten und Gütern widmen, erscheint vor dem Wissen, dass wesentliche Elemente des Alltagslebens nicht wettbewerbstauglich aber unabhkömmlich sind, einleuchtend. Dass die Versorgung mit und Verteilung von Gütern und Diensten über die bestehenden Welthandelstrukturen für mindestens zwei Drittel der Erdbevölkerung nicht zufriedenstellend gewährleistet ist, dokumentiert die begrenzte Leistungsfähigkeit der kapitalorientierten Marktwirtschaft. Deren komplementäre Ergänzung durch lokale und regionale Selbstversorgungssysteme – durch Subsistenz – ist unverzichtbar. Wie dies lokal und regional umgesetzt werden kann, ist völlig unzureichend erforscht.

Es folgte ein weiterer Werkauftrag, diesmal in einem Forschungsverbundprojekt zwischen Wuppertal Institut und dem Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen mit dem vollmundigen, oft gehörten Titel ‚Zukunft der Arbeit‘. Im Rahmen dieses Verbundprojektes führte ich eine Untersuchung der informellen (unbezahlten) Arbeit in bürgerschaftlichen Einrichtungen in Köln durch. Die Projektleitung lag wieder bei Gerhard Scherhorn. Hier ging es primär um die Frage, inwieweit über unbezahlte Arbeit bezahlte (Erwerbs)Arbeitsplätze in bürgerschaftlichen Einrichtungen entstehen.

Im Anschluss entschied ich mich zur Dissertation und auf Grundlage der nicht weiter genutzten Kölner Untersuchungsergebnisse (deren Verwertung für meine Promotion mir dankenswerterweise vom Wuppertal Institut gestattet wurde) erfolgte eine Zentrierung des Forschungsgegenstandes der informellen Arbeit auf die gemeinschaftsorientierte oder ‚bürgerschaftliche Subsistenzarbeit. Denn die Subsistenzarbeit stellt das Kernelement der Subsistenz dar. Darüber, wie sie wahrgenommen, anerkannt und gefördert wird, konstituieren sich die lokalen und regionalen Ausprägungen von Funktionen und Vielfalt subsistenzwirtschaftlicher Aktivitäten und Infrastrukturen. In Erweiterung des Fokus auf ‚Arbeit‘ lenkte ich meinen Blick auf Subsistenzökonomie als sektorale Erscheinung neben Markt und Staat. Der räumliche Bezug lag auf der Stadt am Beispiel Kölns.

Die Untersuchung und das Verständnis der Grundlagen, Komplementaritäten und funktionalen Zusammenhänge zwischen Subsistenz, Markt und Staat sind unverzichtbare Elemente des Fundaments zu Entwicklung und Aufbau einer zukunftsfähigen Weltwirtschaftsordnung, die in der Lage ist, Synergieeffekte zwischen lokalen wie regionalen Wirtschaftskreisläufen und deren AkteurInnen optimal zu nutzen und auf diese Weise die Potenziale und Vorteile einer internationalen Arbeitsteilung und eines internationalen Güterausstauschs zu nutzen. Zu begreifen, dass es keine Vorteile – weder für Marktökonomie noch für Soziokultur – gibt, wenn es erfolgreich gelingen würde, alle Lebensbereiche und –bedürfnisse zu monetarisieren, ist schon ein erster Ansatz zur Suche nach Übergängen zwischen Ökonomie und Soziokultur. Wenn wir dann feststellen, dass ein wesentlicher Bereich unserer alltäglichen Bedürfnisse in keinsten Weise monetär motiviert funktioniert und gesichert wird (und dies auch nie so war), ist sichergestellt, dass wir uns nicht innerhalb von utopischen Tautologien bewegen. Fragwürdig werden aber jene, die meinen, der Markt würde und könne alles regeln. Dumm erscheinen jene, die die Bedeutung der Subsistenz leugnen.

Ich danke – neben vielen Anderen, die in der Danksagung genannt werden – besonders Gerhard Scherhorn für seine geduldige und feine Begleitung, Beratung und Unterstützung in den letzten Jahren und widme ihm diese Arbeit. Ob sie seinem Anspruch gerecht wird, weiß ich nicht, aber ich hab mein Bestes getan ...

Johannes Daniel Dahm

L I T E R A T U R

- Adam, B.;** Geißler, K.; Held, M. u.a. [Hrsg.] (1998): Ökologie der Zeit. Vom Finden der rechten Zeitmaße. Tutzing Projekt ‚Ökologie der Zeit‘. Schriftenreihe zur politischen Ökologie 7. München.
- Alexander, T.** (1993): Zielrichtung: eine heilende Ökonomie. Eine Wirtschaftswissenschaft auf der Basis von Liebe. Veröffentlichungsreihe der Interdisziplinären Forschungsgruppe ‚Lokale Ökonomie‘. Berlin.
- Alkire, S.** (1996): Local Knowledge and Human Development. Very Preliminary Draft for the Annual Sustainable Development Conference, Islamabad 4. – 9. August 1996, Magdalen College. Oxford.
- Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln** [Hrsg.] (2001): Kölner Statistische Nachrichten. Nr. 1, 2001. Köln.
- Amt für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Stadt Köln** [Hrsg.] (1998): Zukunft aus Köln. Köln.
- Amt für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Stadt Köln** [Hrsg.] (1999): Business Guide Cologne. Köln.
- Amt für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Stadt Köln** [Hrsg.] (2001): Media Location Cologne 2001. An Industry Overview: Companies, Infrastructure, Training, Events. Köln.
- Amt für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Stadt Köln** [Hrsg.] (2002a): Köln Magazin. Wirtschaft und Leben am Rhein. Nr. 1, 2002. Köln.
- Amt für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Stadt Köln** [Hrsg.] (2002b): Köln Magazin. Wirtschaft und Leben am Rhein. Nr. 2, 2002. Köln.
- Anderson, E.** (1993): Value in Ethics and Economics. London.
- Anheier, H.K.** (1999): Der Dritte Sektor in Deutschland. In: Kommune Nr. 4, 1999. Berlin.
- Anheier, H.;** Schneider, F. (2000): Sozialwirtschaft, Dritter Sektor, Schwarzarbeit und die Informelle Ökonomie. In: BMBF (2000): Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung. Bonn.
- Anheier, H.;** Glasius, M.;; Kaldor, M. [Hrsg.] (2001): Global Civil Society 2001. Oxford.
- Anheier, H.;** Glasius, M.;; Kaldor, M. (2001a): Introducing Global Civil Society. In: Anheier, H.;; Glasius, M.;; Kaldor, M. [Hrsg.] (2001): Global Civil Society 2001. Oxford.
- Anheier, H.** (2001b): Measuring Global Civil Society. In: Anheier, H.;; Glasius, M.;; Kaldor, M. [Hrsg.] (2001): Global Civil Society 2001. Oxford.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband** [Hrsg.] (2001): Sozialbericht 2001. Ehrenamt im Wandel. Bonn.
- Arendt, H.** (1958): Vita Activa. Stuttgart
- Assmann, L.** (1999): Interdisziplinarität: Erkenntnis oder Missverständnis? In: Dietz, H.;; Ertner, S.;; Kahler, A.;; et al. [Hrsg.] (1999): Gähnende Lehre? Zukunftsperspektiven universitärer Bildung. Berlin.
- Atteslander, P.** (1991): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin.

- Backhaus-Maul, H.;** Janowicz, C.; Mutz, G. (2001): Unternehmen in der Bürgergesellschaft. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Nr. 148, Band 11 & 12, 2001. Bonn.
- Baker, W.** (2001). Soziales Kapital. In: Future, 2001, Nr. 2. Schiltigheim.
- Bakker, L.;** Loske, R.; Scherhorn, G. (1999): Wirtschaft ohne Wachstumsstreben – Chaos oder Chance? Berlin.
- Balke, K.** (1999): Gesunder Eigensinn: Zur Bedeutung von Selbsthilfegruppen als zivilgesellschaftliches Sozialkapital, in: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. [Hrsg.] (1999): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin.
- Barkin, D.** (2000): Wealth, poverty and sustainable development. Centro de Ecologia y Desarrollo. Mexico City.
- Bauman, Z.,** (1995): Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Frankfurt a.M.
- Bauer, R.** (2002): Ist der ‚Dritte Sektor‘ theoriefähig? Handout. Workshop 3. Workshoptagung Demokratie und Sozialkapital – Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure. WZB., 28. – 29. Juli 2002. Berlin.
- Bauer, R.** (1998): Intermediarity. A Theoretical Paradigm for Third Sector Research. Paper presented at the 3rd International Conference of the International Society for Third Sector Research, July 8. – 11. 1998. Geneva
- Beck, U.** (1996), Wissen oder Nicht-Wissen? Zwei Perspektiven ”reflexiver Modernisierung”. In: Beck, U., Giddens, A., Lash, S. [Hrsg.] (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a.M.
- Beck, U.** (1998): Das große Los – arbeitslos. In: Süddeutsche Zeitung vom 19. Juni 1998, S. 13. München.
- Beck, U.** [Hrsg.] (1999): Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Frankfurt a.M.
- Beck, U.** (2000): Die Seele der Demokratie: Bezahlte Bürgerarbeit. In: Beck, U. [Hrsg.] (2000): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt a.M.
- Beck, U.** (2001): Zivilgesellschaft light? Die Gefahr wächst, dass die Reformidee verwässert wird – oder gar zu einer Parole des Neoliberalismus verkommt. In: Süddeutsche Zeitung vom 23. Juni 2001, S. 15. München.
- Beck, U.** (2001): Das Zeitalter des ‚eigenen‘ Lebens. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, 2001, Nr. 29. Bonn.
- Becker, E.,** et al. (1999): Sozial-ökologische Forschung - Rahmenkonzept für einen neuen Forschungsschwerpunkt. Gutachten des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) für das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Frankfurt a. M.
- Becker, R.** (1998): Eigenarbeit – Modell für ökologisches Wirtschaften oder patriarchale Falle für Frauen? Frankfurt a.M.
- Bell, D.** (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt a.M.
- Bennholdt-Thomsen, V.** (1982): Bauern in Mexiko: zwischen Subsistenz- und Warenproduktion. Frankfurt a.M.
- Bennholdt-Thomsen, V.** [Hrsg.] (1994): Juchitán – Stadt der Frauen. Vom Leben im Matriarchat. Reinbek.

- Bennholdt-Thomsen, V.** (1995): Die Subsistenzperspektive. In: Ev. Akademie Bad Boll (1995): Subsistenz-Ökonomie. Ein neues – altes – Konzept in der Entwicklungspolitik. 19. – 21. Juni 1995. Protokolldienst Nr. 37, 1995. Bad Boll.
- Bennholdt-Thomsen, V.; Mies, M.** (1997): Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive. München.
- Bennholdt-Thomsen, V.** (1998): Die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der Subsistenz. In: Bierter, W.; Winterfeld, U. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Berlin.
- Bennholdt-Thomsen, V.; Holzer, B.; Christa, M.** [Hrsg.] (1999): Das Subsistenzhandbuch. Widerstandskulturen in Europa, Asien und Lateinamerika. Wien.
- Bennholdt-Thomsen, V.; Holzer, B.; Müller, C.** [Hrsg.] (1999a): Das Subsistenz-Handbuch. Widerstandskulturen in Europa, Asien und Lateinamerika. Bielefeld.
- Berger, P.** [Hrsg.] (1997): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der Bertelsmann Stiftung an den Club of Rome. Gütersloh.
- Berger, P.; Konietzka, D.** [Hrsg.] (2001): Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und neue Unsicherheiten. Opladen.
- Bergmann, F.** (1998): New Work. Neue Arbeitsmodelle für die Zukunft. In: Zukünfte, Nr. 23, 1998. Gelsenkirchen.
- Bergmann, F.** (1998a): Von der Job-Sklaverei zu New Work. In: Frankfurter Rundschau vom 24.07.1998. Frankfurt a.M.
- Beyer, L.; Hilbert, J.; Micheel, B.** (1998): Herausforderung Dienstleistungspolitik. Strukturentwicklungen und Gestaltungspotentiale im tertiären Sektor. In: Bosch, G. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit: Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt a.M.
- Beywl, W.** (1991): Selbstorganisierte Betriebe im Kontext neuer sozialer Bewegungen. Zum sichtbaren Teil der alternativen Ökonomie. In: Roth, R.; Rucht, D. [Hrsg.] (1991): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Bieber, H.** (1997): Die Städte in der Folterzange. In: Zeit_Punkte 1997, Nr. 6. Hamburg.
- Bierter, W.** (1995): Wege zum ökologischen Wohlstand. Berlin.
- Bierter, W., Brödner, P.** (1998): Zukunftsfähiges Wirtschaften und Re-Regionalisierung von Wertschöpfungsprozessen. In: Bosch, G. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit: Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt a.M.
- Bierter, W.; Winterfeld, U.** (1998a): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Berlin.
- Biesecker, A., Winterfeld, U.** (1998): Vergessene Arbeitswirklichkeiten. In: Bierter, W., Winterfeld, U. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Berlin.
- Biesecker, A.** (1999): Von der Vielfalt der Arbeit. In: Jenseits des Wachstums, Politische Ökologie Nr. 66, 2000. München.
- Biesecker, A.** (2000a): Arbeitsgesellschaft – Tätigkeitsgesellschaft – Mitgestaltungsgesellschaft: Umrisse eines zukunftsfähigen Arbeitskonzepts. In: Berliner Debatte INITIAL, Nr. 11/ 4, 2000. Berlin.
- Biesecker, A.** (2000b): Kooperative Vielfalt und das ‚Ganze der Arbeit‘. Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff. In: WZB Papers. Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie. Berlin.
- Biesecker, A.; Mathes, M.; Schön, S.; Scurrall, B.** (2000c): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens. Bielefeld.

- Birkhölzer, K.** (1991): Lokale Strategien zur Beschäftigungs- und Strukturpolitik in Krisenregionen. Regionale Arbeitsmärkte und Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Lokale Ökonomie. Berlin.
- Birkhölzer, K.** (1996): Soziale Ökonomie, Gemeinwesenwirtschaft und Dritter Sektor. In: Stiftung Bauhaus Dessau, Europ. Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung [Hrsg.] (1996): Wirtschaft von unten. People`s Economy. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa. Dessau.
- Birkhölzer, K.; Lorenz, G.** (1997a): Der Beitrag sozialer Unternehmen zur Arbeitsbeschaffung in Deutschland. Der Bereich personenbezogener Dienstleistungen. Berlin.
- Birkhölzer, K.** (1997b): Grundwerte und Strukturen sozialer Unternehmen in Westeuropa. Konzepte und Prinzipien einer Neuen Ökonomie. Berlin.
- Birkhölzer, K.** (1997c): Fünf wesentliche Irrtümer über die Ursachen der Arbeitslosigkeit. In: Kommunales Forum Wedding e.V., Weddinger Beschäftigungswoche. Bausteine für eine bezirkliche Beschäftigungspolitik. Berlin.
- Birkhölzer, K.** (1999a): Formen und Reichweite lokaler Ökonomie. In: Ihmig, H. [Hrsg.] (1999): Wochenmarkt und Weltmarkt. Kommunale Alternativen zum globalen Kapital. Dokumentation zur Konferenz am 12. – 14.11.1998. Bielefeld.
- Birkhölzer, K.** (1999b): ‚Drittes System‘ und Beschäftigung – der Beitrag Sozialer Unternehmen zum sozialen Zusammenhalt. In: Ev. Akademie Mühlheim an der Ruhr [Hrsg.] (2000): Soziales Kapital auf neuen Wegen des Wirtschaftens? Gesellschaftliche Teilhabe in neuen sozialen Unternehmungen. 30.4. – 2.5.1999. Mühlheim a.d.R.
- Birkhölzer, K.** (2001): Das Dritte System als innovative Kraft: Versuch einer Funktionsbestimmung. In: Hoß, D., Schrick, G. [Hrsg.] (2001): Die Region. Experimentierfeld gesellschaftlicher Innovation. Münster.
- Blanke, B.; Hilbert, J.** [Hrsg.] (2000): Sozialstaat im Wandel: Herausforderungen, Risiken, Chancen, neue Verantwortung. Wissenschaftliche Eingangsuntersuchung für das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Blanke, B.; Schridde, H.** (1999): Bürgerengagement und Aktivierender Staat: Ergebnisse einer Bürgerbefragung zur Staatsmodernisierung in Niedersachsen. Aus Politik und Zeitgeschichte 24/ 25. Bonn.
- Blenck, J.; Nipper, J.; Nutz, M.; Wiktorin, D.; Zehner, K.** [Hrsg.] (2002): Köln. Der historisch-topographische Atlas. Köln.
- Blotevogel, H.; Ossenbrügge, J.; Wood, G.** [Hrsg.] (2000): Lokal verankert – weltweit vernetzt. 52. Deutscher Geographentag Hamburg 1999, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Stuttgart.
- Bock, G., Duden, B.** (1977): Arbeit aus Liebe - Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Dokumentation der ersten Berliner Sommeruniversität für Frauen. Berlin.
- Boll, F.; Olk, T.** [Hrsg.] (1987): Selbsthilfe und Wohlfahrtsverbände. Freiburg.
- Bonß, W.** (2001): Riskantes Wissen? Zur Rolle der Wissenschaft in der Risikogesellschaft.
- Bosch, G.** (1998): Ist Vollbeschäftigung nur auf Kosten des sozialen Gleichgewichts möglich? Empirische Befunde zu einem wirtschaftsliberalen Mythos. In: Bosch, G. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit: Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt a.M.

- Bosch, G.** (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit – Strategien für Arbeit und Umwelt. In: Bosch, G. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit: Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, P.** (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. [Hrsg.] (1983): Soziale Ungleichheiten. Göttingen.
- Brand, K.** (2000): Nachhaltigkeitsforschung - Besonderheiten, Probleme und Erfordernisse eines neuen Forschungstyps. In: Brand, K. [Hrsg.] (2000): Nachhaltige Entwicklung und Transdisziplinarität. Berlin.
- Brandl, S.; Hildebrandt, E.** (2002): Expertise ‚Arbeit und Ökologie‘. In: Balzer, I.; Wächter, M. [Hrsg.] (2002): Sozial-ökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt. München.
- Brandstätter, A.** (2000): Zwischen den Räumen. In: Schaurhofer, M.; Brix, E.; et al. [Hrsg.] (2000): Räume der Civil Society in Österreich. Wien.
- Braun, S.** (2002): Zur Integrationsfunktion von Dritte-Sektor-Organisationen. Handout. Workshop 3. Workshoptagung Demokratie und Sozialkapital - Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure. WZB. Berlin.
- Braun, J.; Kettler, U.; Becker, I.** (1997): Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart.
- Brose, H.** [Hrsg.] (2000): Die Reorganisation der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt a.M.
- Brychcy, U.** (2002): Trauriges Ende einer Komödie. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 113, 2002. München.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung** [Hrsg.] (2000): Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit schaden uns allen. Bonn.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung** [Hrsg.] (2000a): Arbeit für soziale Gerechtigkeit. Zeit des Aufbruchs. Zeit der Reformen, Berlin
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung** [Hrsg.] (2000b): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung** [Hrsg.] (2000): Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung. Neue Herausforderungen für Forschung und Politik im Spannungsfeld zwischen Schwarzarbeit, Eigenarbeit, Ehrenamt und Drittem Sektor. Grundlagen für eine Europäische Forschungsagenda. Bonn.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung** [Hrsg.] (2001): Grund- und Strukturdaten 2000/ 2001. Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** [Hrsg.] (2000): Vereinswesen in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** [Hrsg.] (2001a): Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft. Broschüre zur Wanderausstellung. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** [Hrsg.] (2001b): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Gesamtbericht. (Freiwilligensurvey 1999). Berlin.

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** [Hrsg.] (2001c): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Zugangswege. (Freiwilligensurvey 1999)*. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** [Hrsg.] (2001d): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Frauen und Männer, Jugend, Senioren und Sport. (Freiwilligensurvey 1999)*. Berlin.
- BUND; MISEREOR** [Hrsg.] (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Berlin.
- Busch-Lüty, C.** (1994): *Ökonomie als ‚Lebenswissenschaft‘*. In: Busch-Lüty; Jochimsen; Knobloch; Seidl [Hrsg.] (1994): *Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer ökonomischen Nachhaltigkeit. Politische Ökologie, Sonderheft 6, 1994*. München.
- Busch-Lüty, C.** (2000): *Natur und Ökonomie aus Sicht der Ökologischen Ökonomie: Eine subjektive Spurensuche. Vereinigung für Ökologische Ökonomie, Beiträge & Berichte, Nr. 2, 2000*. München.
- Camilleri, J.; Falk, J.** (1992): *The End of Sovereignty? The politics of a shrinking and fragmenting world*. Aldershot.
- Capra, F.** (1987): *Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild*. Bern.
- Capra, F.** (1998): *Die Capra-Synthese*. Bern.
- Coleman, J.** (1995): *Grundlagen de Sozialtheorie. Handlungen und Handlungssysteme*. München.
- Constanza, R.; Cumberland, J.; Daly, H.; et al.** [Hrsg.] (2001): *Einführung in die Ökologische Ökonomik*. Stuttgart.
- Cortis, N.** (1998): *Gender, Pay Equity and Human Service Work: A New South Wales Case Study*. In: *Australian Journal of Political Science*, Band 35, Ausgabe 1. Sydney.
- Dahm, D.** (1999a): *Desertifikation in The Gambia. Wohlstandskriterien und Wirtschaftsstrategien im ökologischen Konflikt*. Universität zu Köln.
- Dahm, D.; Rabinovitch, J.; Scherhorn, G.; Schöne, B.** (1999b): *Subsistenz – der unbekannt Teil der Wirtschaft*. In: *Future*, Nr. 3, 1999. Schiltigheim.
- Dahm, D.** (1999c): *Kulturpluralismus und Ökologie im Wirkungsgefüge der Globalisierung*. Tagungsreader ‚Das gute Leben‘ am Wuppertal Institut, November 1999. Wuppertal.
- Dahm, D.** (2000): *Westliche Werte in Afrika oder afrikanische Werte im Westen? In: Jenseits des Wachstums, Politische Ökologie Nr. 66, 2000*. München.
- Dahm, D.** (2002a): *Vision einer neuen Arbeitsgesellschaft*. Unveröff. Vortragsskript für das Agenda21-Fachforum ‚Zukunft der Arbeit‘, Januar 2002. Berlin.
- Dahm, D.** (2002b): *Indikatoren zur Entgeltgestaltung von Mischarbeit*. Unveröff. Arbeitspapier für das Agenda21-Fachforum ‚Zukunft der Arbeit‘, März 2002. Berlin.
- Dahm, D.; Fretschner, R.; Hilbert, J.; Scherhorn, G.** (2002c): *Gemeinschaftsarbeit im Wohlfahrtsmix der Zukunft: unverzichtbar*. In: *Bosch, G.; et al ... [Hrsg.] (2002): Zukunft der Dienstleistungsgesellschaft*.

- Dahm, D.** (2003a): Gerechter Agrarhandel braucht einen gerechten und intelligenten Weltmarkt, braucht ökologische Ökonomie – oder: Ökonomische Gerechtigkeit setzt ökonomische Vielfalt voraus. Rehburg-Loccum. (im Erscheinen).
- Dahm, D.** (2003b): Sta(d)ttkrise urbane Subsistenz? In: Reader des Ideenaufrufs, Workstation e.V. Berlin.
- Dahm, D.** (2003c): Die schrumpfende Stadt. taz, 26.8.2003. Berlin.
- Dahm, D.** (2003d): Spielbälle, in denen man leben soll. taz, 23.9.2003. Berlin.
- Dahm, D.** (2003e): Urbane Subsistenz und die Zukunft der Arbeit. In: Mit Zukunft gestalten - Zukunft mitgestalten. Der Entwurf der Berliner Agenda 21 im Dialog: Handlungsfeld Zukunft der Arbeit. Deutsches Institut für Urbanistik. Berlin.
- Dahm, D.;** Merkle, K. (2003f): Feiern und Fördern. In: Clement, H. J. [Hrsg.] (2003): Szene Berlin. Ein Kulturlesebuch. Berlin.
- Dahm, D.** (2003j): Die Ökonomie der Zivilgesellschaft. In: Zukünfte. Berlin (im Erscheinen).
- Dahrendorf, R.** (1983): Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In: Matthes, J. [Hrsg.] (1983): Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980. Frankfurt a.M..
- Dahrendorf, R.** (1983a): Arbeit und Tätigkeit - Wandlungen der Arbeitsgesellschaft. In: Afheldt, H.; Rogge, P. [Hrsg.] (1983): Geht uns die Arbeit aus? Stuttgart.
- Danielmeyer, H.** (1997): Zur Entwicklung der Industriegesellschaft und der Beschäftigung. In: Weizsäcker, E. [Hrsg.] (1997): Grenzen-los? Jedes System braucht Grenzen – aber wie durchlässig müssen diese sein? Berlin.
- Dauschek, A.;** Hüsch, P. (1998): Eigenarbeit für alle? Öffentliche Eigenarbeit als Perspektive in der Tätigkeitsgesellschaft. In: Zukünfte, Nr. 23, 1998. Gelsenkirchen.
- Deloria jr., V.** (1982): Nur Stämme werden überleben. München.
- Dettling, W.** (1995): Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Gütersloh.
- Dettling, W.** (1998): Wirtschaftskummerland? Wege aus der Globalisierungsfalle. München.
- Dettling, W.** (2000a): Soziale Räume erweitern! Was kann, was soll die Bürgergesellschaft leisten? In: Schaurhofer, M.; Brix, E.; et al. [Hrsg.] (2000): Räume der Civil Society in Österreich. Wien.
- Dettling, W.** (2000b): Die aktive Bürgergesellschaft in der Stadt als Reformperspektive des Sozialstaates. In: Klie, T.; Roß, P. [Hrsg.] (2000): Die Zukunft des Sozialen in der Stadt. Bürgergesellschaftliches Engagement als Herausforderung. Freiburg.
- Dettmann, E.** (1998): Neue Arbeit erfordert neue Wege. In: Zukünfte 1998, Nr. 23. Gelsenkirchen.
- Defourny, J.;** Develtere, P.; Fonteneau, B. [Hrsg.] (2000): Social economy. North and South. Liège.
- Dicken, P.** (1992): Global shift. The internationalization of economic activity. London.
- Dicken, P.;** Lloyd, P. (1999): Standort und Raum – Theoretische Perspektiven in der Wirtschaftsgeographie. Stuttgart.
- Dickens, P.** (1990): Urban Sociology. Society, Locality and Human Nature, Hertfordshire.

- Diefenbach, H.** (1999): Soziale Innovation oder Nischenbildung? Zum Stellenwert ökonomischer Alternativen. In: Ev. Akademie Mühlheim an der Ruhr [Hrsg.] (2000): Soziales Kapital auf neuen Wegen des Wirtschaftens? Gesellschaftliche Teilhabe in neuen sozialen Unternehmungen. 30.4. – 2.5.1999. Mühlheim a.d.R.
- Diefenbacher, H.;** Douthwaite, R. (1998): Jenseits der Globalisierung. Handbuch für lokales Wirtschaften. Mainz.
- Dingeldey, I.** (1999): Zuckerbrot und Peitsche. Arbeitsmarktpolitik unter New Labor oder: vom Versorgungs- zum aktiven Sozialstaat. In: Frankfurter Rundschau vom 10.8.1999. Frankfurt a.M.
- Douthwaite, R.** (1996): Lokale Ökonomien – lokale Währungen. In: Stiftung Bauhaus Dessau, Europ. Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung [Hrsg.] (1996): Wirtschaft von unten. People`s Economy. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa. Dessau.
- Dribbusch, B.** (2002): Die starken und die schwachen Arbeitslosen. Kommentar. In: die tageszeitung vom 13.7.2002. Berlin.
- Drucker, P.** (1993): Die postkapitalistische Gesellschaft. Düsseldorf.
- Dubiel, H.** (1998): Die Versehrbarkeit des Sozialkapitals. In: Evers, A. [Hrsg.] (1998): Sozialstaat. Gießen.
- Durkheim, E.** (1992): De la division du travail social. Étude sur l`organisation des sociétés supérieures. Paris. In: Durkheim, E. (1992): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt a.M.
- Eckart, C.** (1998): Fürsorglichkeit: Soziale Praxis und moralische Orientierung. In: Evers, A. [Hrsg.] (1998): Sozialstaat. Gießen.
- Elliott, J.** (1994): An introduction to sustainable development. The developing world. New York.
- Erlinghagen, M.** (2000): Arbeitslosigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf: Eine Längsschnittanalyse der westdeutschen Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 1992 und 1996. In: KZfSS Nr. 2, 2000. Stuttgart.
- Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages** (2000): Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘. Handbuch. Berlin.
- Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages** (2001): Study commission on the future of civic activities in the International Year of Volunteers. Bonn.
- Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages** (2002): (Abschluss)Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.
- Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages** (2002a): Bericht: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen.
- Eppler, E.** (2000): Was braucht der Mensch? Politik im Dienst der Grundbedürfnisse. Band 11 der Buchreihe zu den Themen der Expo 2000. Frankfurt a.M.
- Erlinghagen, M.;** Rinne, K.; Schwarze, J. (1999): Ehrenamt statt Arbeitsamt? Sozioökonomische Determinanten ehrenamtlichen Engagements in Deutschland. In: WSI-Mitteilungen, Nr. 4. Wiesbaden.

- Erlinghagen, M.;** Rinne, K.; Schwarze, J. (2000): Arbeitslosigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf. Eine Längsschnittanalyse der westdeutschen Stichprobe des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 1992 und 1996. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 52, 2, 2000. Köln.
- Espenhorst, J.** (2000): Die Zukünfte der Arbeit. In:
<http://www.harzite.com/testkda/kda/lebenszyklen.html>. KDA. Hannover
- Etzioni, A.** (1973): The third sector and domestic missions. In: Public Administration Review 1973.
- Etzioni, A.** (1997): Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt a.M.
- Etzioni, A.** (1993): Der dritte Weg? Appell an Gemeinsinn als neue US-Reformbewegung. Interview. In: die tageszeitung vom 28.12.1993. Berlin.
- Evans, M.** (2002): The Role of Social Capital in the Social Economy: The Work of the CONSCISE Project. Paper to the Conference Demokratie und Sozialkapital - Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure. WZB. 28. – 29. Juni 2002. Berlin.
- Ev. Akademie Bad Boll** [Hrsg.] (1995): Subsistenz-Ökonomie. Ein neues – altes – Konzept in der Entwicklungspolitik. 19. – 21. Juni 1995. Protokolldienst Nr. 37, 1995. Bad Boll.
- Ev. Akademie Mühlheim an der Ruhr** [Hrsg.] (2000): Soziales Kapital auf neuen Wegen des Wirtschaftens? Gesellschaftliche Teilhabe in neuen sozialen Unternehmungen. 30.04. – 02.05.1999. Mühlheim a.d.R.
- Evers, A.** (1989): Arbeit und Engagement im intermediären Bereich. Zum Verhältnis von Beschäftigung und Selbstorganisation in der lokalen Sozialpolitik. Augsburg.
- Evers, A.;** Olk, T. [Hrsg.] (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen.
- Evers, A.;** Ostne, I.; Wiesenthal, H. (1998a): Einleitung - Prämissen, Problemstellungen und zentrale Ergebnisse der Studie. In: Evers, A. (1989): Arbeit und Engagement im intermediären Bereich. Zum Verhältnis von Beschäftigung und Selbstorganisation in der lokalen Sozialpolitik. Augsburg.
- Evers, A.** (1998b): Zivilgesellschaft und Sozialstaat. Chancen für einen Wohlfahrtspluralismus? In: Evers, A. [Hrsg.] (1998): Sozialstaat. Gießen.
- Evers, A.** [Hrsg.] (1998c): Sozialstaat. Gießen.
- Evers, A.** (1998d): Soziales Engagement. Zwischen Selbstverwirklichung und Bürgerpflicht. In: Transit, Nr. 15. Hamburg.
- Evers, A.;** Riedl, B.; Wohlfahrt, N. (2000): Bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW. Dortmund.
- Evers, A.** (2001): Damit der Einsatz auch Wertschätzung erfährt. In: Frankfurter Rundschau vom 15.3.2001. Frankfurt a.M.
- Featherstone, M.** [Hrsg.] (1990): Global Culture. Nationalism, Globalization & Modernity. London.
- Fehse, W.** (1995): Selbsthilfe-Förderung – ‚Mode‘ einer Zeit? Eine Prozeß- und Strukturanalyse von Programmen zur Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten. Frankfurt a.M.
- Feigenbaum, M.** (1978): Quantitative universality for a class of nonlinear transformations. In: Jour, Statistical Physics, 19, 1978. New York.

- Felbinger, C.** (1995): Conditions of Confusion and Conflict: Rethinking the Infrastructure-Economic Development Linkage. In: Perry, D. [Hrsg.] (1995): Building the Public City. The Politics, Governance, and Finance of Public Infrastructure. London.
- Fix, E.** (1991): Niedergang des Nationalstaates? Frankfurt a.M.
- Franck, G.** (1998): Die Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf. München.
- Fraser, N.** (2001): Social Justice in the Knowledge Society: Redistribution, Recognition, an Participation. In: Heinrich-Böll-Stiftung, Gut zu Wissen. Links zur Wissensgesellschaft. Plenarbeitrag Kongress. Berlin.
- Fromm, E.** (1976): Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. Stuttgart.
- Fukuyama, F.** (1995): Trust. The Social Virtues and the Creation of Prsoperity. New York.
- Gebser, J.** (1953): Ursprung und Gegenwart. Stuttgart.
- Gehmacher, E.** (2000): Das Potential von Selbsthilfegruppen: Gemeinwohlfunktion zwischen "Privat und Staat". In: Schaurhofer, M.; Brix, E.; et al. [Hrsg.] (2000): Räume der Civil Society in Österreich. Wien.
- Giarini, O.; Liedtke, P.** (1997): Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Hamburg.
- Giddens, A.** (1995): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt a.M.
- Giddens, A.** (1996): Risiko, Vertrauen und Reflexivität. In: Beck, U.; Giddens, A.; Lash, S. [Hrsg.] (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt a.M.
- Glatzer, W** (2001): Lebensstandard und Lebensqualität. In: Schäfers, B.; Zapf, W. [Hrsg.] (2001): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Berlin.
- Göschel, A.; Kunert-Schroth, H.; Mittag, K.** (1992): Revision der sozialen Infrastruktur. Ein Rückblick auf die 80er Jahre. Berlin.
- Gorz, A.** (1997): Miseren der Gegenwart – Reichtum des Möglichen. München.
- Gorz, A.** (1998): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Hamburg.
- Gorz, A.** (2000a): Eine ganz andere Weltzivilisation denken. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 5, 2000,
- Gorz, A.** (2000b): Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt a.M.
- Gorz, A.** (2001): Welches Wissen, welche Gesellschaft? In: Heinrich-Böll-Stiftung [Hrsg.] (2001): Gut zu wissen. Links zur Wissensgesellschaft. Tagungsbeiträge. Berlin.
- Government of Japan, the** (1992): A critical evaluation of the relationship between cash economies and subsistence activities. In: http://luna.pos.to/whale/gen_abo_cash.html.
- Grüne Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung** (2001): Das gute Leben. Ein Memorandum zur Innovationspolitik. Berlin.
- Gude, S.** (1977): Infrastruktur und Stadtplanung, in: Udo Ernst Simonis [Hrsg.] (1977): Infrastruktur. Gütersloh.
- Guggenberger, B.** (1998): Arbeit, Zeit & Muße. In: Zukünfte, Nr. 23, 1998. Gelsenkirchen.
- Guéhenno, J.** (1995): The End of the Nation State. Minneapolis.

- Habisch, A.** (2001): Corporate citizenship as investment in social capital. Berlin.
- Hall, P.; Pfeiffer, U.** [Hrsg.] (2000): Urban 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte. Stuttgart.
- Hardin, G.** (1993): Living within Limits. Ecology, Economics and Population Taboos. Oxford.
- Hartmann, M., Offe, C.** [Hrsg.] (2001): Vertrauen. Die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt a.M.
- Hartz, P.** (1994): Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht. Die Volkswagen-Lösung. Frankfurt a.M.
- Hartz, P.** (2002): Mit ewigen Bedenken kommen wir nicht weiter. Interview. In: Süddeutsche Zeitung vom 3./ 4.8.2002
- Hasse, M., Michels, I.** (1998): Editorial: Vom Sozialstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft? Akteure zwischen Pflicht und Engagement. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Jg. 11, Heft 2, 1998. Wiesbaden.
- Hauer, N.; Heil, H.; Lange, C.; Matschie, C.** (2001a): Beschäftigungspolitik ist vor allem Wachstumspolitik. Frankfurter Rundschau vom 24.7.2001. Frankfurt a.M.
- Hauer, N.; Heil, H.; Lange, C.; Matschie, C.** (2001b): Zukunft in Arbeit. Sozialdemokratische Wege zu Wachstum, Vollbeschäftigung und sozialer Teilhabe. Berliner Republik Dokumentation. Berlin.
- Häußermann, H.** [Hrsg.] (1998): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen.
- Häußermann, H.; Siebel, W.** (1995a): Neue Urbanität. Frankfurt a.M.
- Häußermann, H.; Siebel, W.** (1995b): Dienstleistungsgesellschaften, Frankfurt a.M.
- Hardin, G.** (1993): Living within Limits. Ecology, Economics and Population Taboos. Oxford.
- Hausemer, G.** (2000): Die glückliche Karriere des armen Zigarettenrehers. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 4, 2000. Frankfurt a.M.
- Heineberg, H.** (2001): Grundriß Allgemeine Geographie: Stadtgeographie. Paderborn.
- Heinrich-Böll-Stiftung** [Hrsg.] (2001): Gut zu wissen. Links zur Wissensgesellschaft. Plenarbeiträge zur Tagung. Berlin.
- Heinze, R.** (1998): Tausch-Netzwerke. Chancen und Potentiale in der erwerbsarbeitsfixierten Gesellschaft. In: Zukünfte, Nr. 23, 1998. Gelsenkirchen.
- Heinze, R.; Olk, T.** (1999): Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement: Trends des begrifflichen und gesellschaftlichen Strukturwandels. In: Schmidt, G. [Hrsg.] (1998): Kein Ende der Arbeitsgesellschaft: Arbeit, Gesellschaft und Subjekt im Globalisierungsprozeß. Berlin.
- Heitmeyer, W.** (1997): Einleitung: Auf dem Weg in eine desintegrierte Gesellschaft. In: Heitmeyer, W. [Hrsg.] (1997): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Frankfurt a.M.
- Held, M.; Nutinger, H.** [Hrsg.] (2000): Geteilte Arbeit und ganzer Mensch. Perspektiven der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt a.M.
- Henckel, D.; Eberling, M.; Grabow, B.** [Hrsg.] (1999): Zukunft der Arbeit in der Stadt. Berlin.
- Henderson, H.** (1997): Macht beide Seiten zu Gewinnern! oder Leben jenseits des globalen ökonomischen Krieges. In: Weizsäcker, E. [Hrsg.] (1997): Grenzen-los? Jedes System braucht Grenzen – aber wie durchlässig müssen diese sein? Berlin.

- Hennicke, P.;** Richter, N. (1998): Energieeffizienz und die Ökonomie des Vermeidens. Methodik - Potentiale - Beschäftigungseffekte. In: Bosch, G. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt a.M.
- Hennings, W.** (1995): Welche Entwicklung für die Verlierer der Globalisierung? Ein Plädoyer für die Subsistenzperspektive. In: Blotevogel, H.; Ossenbrügge, J.; Wood, G. [Hrsg.] (2000): Lokal verankert – weltweit vernetzt. Stuttgart.
- Hensch, C.;** Wismer, U. [Hrsg.] (1997): Zukunft der Arbeit. Stuttgart.
- Hepp, G.** (2001): Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement – Perspektiven für die politische Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, Nr. 29, 2001. Bonn.
- Herrigel, E.** (1988): Zen in der Kunst des Bogenschiessens. Bern.
- Hertsgard, M.** (1999): Expedition ans Ende der Welt. Auf der Suche nach unserer Zukunft. Frankfurt a.M.
- Heuser, U.** (1998): Arbeit und Netze. Von den Mythen der Informationsgesellschaft und dem Ende der Arbeitsgesellschaft. In: Zukünfte, Nr. 23, 1998. Gelsenkirchen.
- Hickel, W.** (1991): Subsistence priority must be based on lifestyle. Fairbanks daily News-Miner, 22.9.1991. Fairbanks.
- Hilbert, J.;** Scharfenorth, K. (1998): Besser als ihr Ruf - Ausbildung im Dienstleistungssektor und ihre Perspektiven. In: Bosch, G. [Hrsg.]: Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt a.M.
- Hildebrandt, E.** (1998): Arbeiten und Leben im Wissen um ihre ökologischen Nebenfolgen. In: Bierter, W.; Winterfeld, U. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Berlin.
- Hildebrandt, E.** (2000): Zu einem erweiterten Arbeitsbegriff. Berlin.
- Hilpert, M.;** Hotopp, U.; Kistler, E. (2000): Schattenwirtschaft, Informelle Ökonomie und Dritter Sektor als Teile eines größeren Ganzen – Zusammenfassung des Workshops und Ansatzpunkte für eine Europäische Forschungsstrategie. In: BMBF (2000): Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung. Bonn.
- Hinterberger, F.;** Messner, D. (1998): Systematische Wettbewerbsfähigkeit und zukunftsfähiges Wirtschaften. Quadratur des Kreises oder realistische Perspektive? In: Bosch, G. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt a.M.
- Hirsch, J.;** Roth, R. (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. Hamburg.
- Höflacher, S.** (1999): Wird ehrenamtliche Tätigkeit im Nonprofit-Sektor durch zunehmende Professionalisierung verdrängt? in: Witt, D.; Blümle, E.; Schauer, R.; Anhaier, H. [Hrsg.]: Ehrenamt und Modernisierungsdruck in Nonprofit-Organisationen: Eine Dokumentation. Wiesbaden.
- Honneth, A.** (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a.M.
- Honneth, A.** (1994): Desintegration. Bruchstücke eine soziologischen Zeitdiagnose. Frankfurt a.M.
- Hoß, D.;** Schrick, G. [Hrsg.] (2001): Die Region. Experimentierfeld gesellschaftlicher Innovation. Münster.

- Hradil, S.** (2001): Sozialer Wandel. Gesellschaftliche Entwicklungstrends. In: Schäfers, B.; Zapf, W. [Hrsg.] (2001): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Berlin.
- Hübinger, W.** (1996): Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg i.Br.
- Huntington, S.** (1996): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Welt im 21. Jahrhundert. München.
- Ihmig, H.** [Hrsg.] (1999): Wochenmarkt und Weltmarkt. Kommunale Alternativen zum globalen Kapital. Dokumentation zur Konferenz am 12. – 14.11.1998. Bielefeld.
- Illich, I.** (1982): Schattenarbeit. In: Illich, I. (1982): Vom Recht auf Gemeinheit. Reinbek.
- Institut für Länderkunde, Leipzig** [Hrsg.] (2000a): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Gesellschaft und Staat. Berlin.
- Institut für Länderkunde, Leipzig** [Hrsg.] (2000b): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Bevölkerung. Berlin.
- Institut für Länderkunde, Leipzig** [Hrsg.] (2000c): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Dörfer und Städte. Berlin.
- Institut für Länderkunde, Leipzig** [Hrsg.] (2000d): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Arbeit und Lebensstandard. Berlin.
- Institut für Länderkunde, Leipzig** [Hrsg.] (2000e): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Unternehmen und Märkte. Berlin.
- Jacobs, J.** (1969): Life and Death of Great American Cities. New York.
- Jantsch, E.** (1970): Inter- and Transdisciplinary University: A System Approach to Education and Innovation. In: Policy Science, Vol. 1, No. 4, December 1970. London.
- Jesse, E.** (1997): Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.
- Jochimsen, R.** (1966): Theorie der Infrastruktur. Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung. Tübingen.
- Johnston, R.;** Taylor, P.; Watts, M. [Hrsg.] (1995): Geographies of Global Change. Oxford.
- Johnston, R.;** Gregory, D.; Pratt, G.; Watts, M. [Hrsg.] (2000): The Dictionary of Human Geography. Oxford.
- Jungk, R.** (1983): Menschenbeben. Der Aufstand gegen das Unerträgliche. München.
- Jungk, R.** (1993): Trotzdem. München.
- Kahler, A.** (1999): Vertrauen durch Nichtwissen? In: Mittelstraß, J. [Hrsg.] (1999): Die Zukunft des Wissens. Tagungsband/ Reader. Konstanz.
- Kahler, A.** (1999a): Rezension zu Wilke, H.: Supervision des Staates. In: PVS 1999, Nr 3. Berlin.
- Kambartel, F.** (1994): Arbeit und Praxis. Zu den begrifflichen und methodischen Grundlagen eine aktuellen politischen Debatte. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1990, Nr. 41. Berlin. Aus: Honneth, A. [Hrsg.] (1994): Pathologien des Sozialen, Frankfurt a. M.
- Kambartel, F.** (1997): Unterscheidungen und normative Bemerkungen zum Grundrecht auf Arbeit. In: Holzhüter, H.; et al. [Hrsg.] (1997): Arbeit und Arbeitslosigkeit. Die gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Bremen.

- Kaufmann, X.** (1987): Interdisziplinäre Wissenspraxis. In: Kocka, J. [Hrsg.] (1987): Interdisziplinarität. Praxis – Herausforderung – Ideologie. Frankfurt a.M.
- Keim, K.** (1997): Vom Zerfall des Urbanen. In: Heitmeyer, W. [Hrsg.] (1997): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Frankfurt a.M.
- Keller, T.** (1996): Talente, Kreuzer und New Berries. Über LET-Systeme und Tauschringe. In: Stiftung Bauhaus Dessau, Europ. Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung [Hrsg.] (1996): Wirtschaft von unten. People`s Economy. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa. Dessau.
- Kiefer, T.** (1995): Das Ende des westlichen Industriemodells. Sinzheim.
- Kiper, M.;** Schütte, V. (1998): Arbeit, Zeit & kommunales Leben. In: Zukünfte, Nr. 23, 1998. Gelsenkirchen.
- Kistler, E.;** Noll, H.; Priller, E. [Hrsg.] (1999): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin.
- Klages, H.** (1988): Wertedynamik. Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Zürich.
- Klages, H.** (1993): Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelgesellschaft. Zürich.
- Klages, H.** (2001): Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, Nr. 29, 2001. Bonn.
- Klatetzki, T.;** Wedel-Parlow, U. (2001): Soziale Arbeit. In: Schäfers, B.; Zapf, W. [Hrsg.] (2001): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Berlin.
- Klein, A.;** Legrand, H.; Leif, T. [Hrsg.] (1999): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen.
- Klein, H.-J.** (2001): Vereine. In: Schäfers, B.; Zapf, W. [Hrsg.] (2001): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Berlin.
- Klie, T.;** Roß, P. [Hrsg.] (2000): Die Zukunft des Sozialen in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement als Herausforderung. Freiburg.
- Klocke, A.;** Limmer, R.; Lück, D. (2001): Das Ehrenamt im Umfeld der Familie. Die Bedeutung ehrenamtlicher Leistungen für junge Familien. Bamberg.
- Knieper, R.** (1991): Nationale Souveränität. Versuch über Ende und Anfang einer Weltordnung. Frankfurt a.M.
- Knox, P.;** Pinch, S. (2000): Urban social geography. London.
- Kocka, J.;** Nolte, P.; Randeria, S.; Reichardt, S. (2001): Neues über Zivilgesellschaft - Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel. Discussion papers, WZB. Berlin
- Kortman, K.;** Evers, A.; Olk, T.; Roth, R. (2002): Engagementpolitik als Demokratiepoltik. Reformpolitische Perspektiven für Politik und Bürgergesellschaft. 13 Thesen und 13 Antworten. Presseinformation 13.06.2002. Berlin.
- Krebs, A.** (2002): Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit, Frankfurt a.M.
- Krieger, D.;** Jäggi, C. (1997): Natur als Kulturprodukt. Kulturökologie und Umweltethik. München.

- Kristof, K.;** Scherhorn, G. (2002): Informelle Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft. In: Bosch, G.; et al. .. [Hrsg.] (2002): Zukunft der Arbeit II. (im erscheinen).
- Laidi, Z.** (1989): World Recession and Global Interdependence: Effects on Employment, Poverty and Policy Formation in Developing Countries. Environnement Africain N° 25, 26, 27, Vol. VII, 1, 2, 3, 4. Dakar.
- Laszlo, E.** [Hrsg.] (1989): Global denken. Die Neugestaltung der vernetzten Welt. Rosenheim.
- List, F.** (1920): Das nationale System der politischen Ökonomie. Jena.
- Luhmann, N.** (1968): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart.
- Luhmann, N.** (1986): Kapital und Arbeit. Probleme einer Unterscheidung. In: Berger, J. [Hrsg.] (1986): Die Moderne - Kontinuitäten und Zäsuren. Soziale Welt. Sonderband 4. Göttingen.
- Luhmann, N.** (2000): Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt a.M.
- Mau, S.** (2001): Die üblichen Verdächtigen. Mythen über die ‚Drückeberger‘ der Arbeitsgesellschaft. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 93, 2001. Frankfurt a.M.
- Meadows, D.** (1972): Die Grenzen des Wachstums. Ein Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart.
- Menze, A.** (2000): Arbeitsplätze haben einen Ort. Differenzierte Strategien für Teil-Ökonomien. In: AKP, Nr. 5, 2000. Berlin.
- Menzel, U.** (1992): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt a.M.
- Menzel, U.** (1998): Globalisierung versus Fragmentierung. Frankfurt a.M.
- Meyer-Abich, K.** (1988): Wissenschaft für die Zukunft. Holistisches Denken in ökologischer und gesellschaftlicher Verantwortung. München.
- Meyer-Abich, K.** [Hrsg.] (1997): Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens. Ganzheitliches Denken der Natur in Wissenschaft und Wirtschaft. München.
- Mies, M.** (1995): Zur Geschichte des Subsistenzansatzes. In: Ev. Akademie Bad Boll (1995): Subsistenz-Ökonomie. Ein neues – altes – Konzept in der Entwicklungspolitik. 19. – 21. Juni 1995. Protokolldienst Nr. 37, 1995. Bad Boll.
- Minford, P.** (1997): Globalisierung der Ökonomie: Zerstörung oder kreativer Prozeß? In: Weizsäcker, E.U. von [Hrsg.] (1997): Grenzen–los? Jedes System braucht Grenzen – aber wie durchlässig müssen diese sein? Berlin.
- Misztal, B.** (1997): Trust in Modern Societies. Cambridge.
- Mitscherlich, A.** (1953): Die Unwirtlichkeit der Städte, Frankfurt a.M.
- Mittelsten-Scheid, J.** (1995): Mehr Eigenarbeit. Bausteine für eine menschliche Zukunft. In: Das Baugerüst, 1995, Nr. 11. München.
- Mittelstraß, J.** (1992): Die Stunde der Interdisziplinarität?. In: Mittelstraß, J. (1992): Leonardo-Welt, Frankfurt a.M.
- Möller, A.** (1995): Subsistenzökonomie und Wirtschaftspolitik. In: Ev. Akademie Bad Boll (1995): Subsistenz-Ökonomie. Ein neues – altes – Konzept in der Entwicklungspolitik. 19. – 21. Juni 1995. Protokolldienst Nr. 37, 1995. Bad Boll.

- Möller, K.** [Hrsg.] (2002): Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft? Soziale Arbeit als Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements. Opladen. Moewes, G. (1998): Beschäftigungs-Ideologie. In: Zukünfte, Nr. 23, 1998. Gelsenkirchen.
- Moran, E.** (1979): Human adaptability. Boulder, Colorado.
- Moran, E.** [Hrsg.] (1990): The ecosystem approach in anthropology. From Concept to Practice. Michigan.
- Morris, W.** (1981): Kunst und die Schönheit der Erde. Vier Vorträge über Ästhetik. (Original 1877 – 1896). Berlin.
- Morris, W.** (1986): Kunde von Nirgendwo. Eine Utopie der vollendeten kommunistischen Gesellschaft und Kultur. (Original 1890). Berlin.
- Morris, W.** (1988): Rot und Grün. Reden zur Revolution von Kunst und Gesellschaft. (Original 1877 – 1893): Berlin.
- Mückenberger, U.** (1998): Birgt die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses ökologische Vorteile? In: Bierter, W., Winterfeld, U. von [Hrsg.] (1998): Zukunft der Arbeit - welcher Arbeit? Berlin.
- Mühlbradt, F.** (1999): Wirtschaftslexikon. Berlin.
- Müller, C.** (1998): Regionale Produktion statt globaler Beschäftigungstherapie. Subsistenzorientierte Überlegungen zur Zukunft der Arbeit. In: Zukünfte, Nr. 23, 1998. Gelsenkirchen.
- Müller, C.** (1999): Von der Subsistenz- zur Warenorientierung. In: Bennholdt-Thomsen, V., Holzer, B., Müller, Ch. [Hrsg.] (1999): Das Subsistenzhandbuch. Widerstandskulturen in Europa, Asien und Lateinamerika. Wien.
- Müller, C.** (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München.
- Muller, S.** (1997): Arbeit als Privileg. In: Zeit_Punkte Nr. 6, 1997. Hamburg.
- Mutz, G.** (1997): Die Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 48 – 49. Bonn.
- Mutz, G.** (1999): Strukturen einer neuen Arbeitsgesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 48 – 49. Bonn.
- Mutz, G.;** Sing, D. (2001): Soziale Integration durch Bürgerarbeit oder bürgerschaftliches Engagement? In: Berger, P.; Konietzka, D. [Hrsg.] (2001): Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und neue Unsicherheiten. Opladen.
- Negt, O.** (2000): Die fünf großen Krisen. Verwerfungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In: Deutsche Blätter für Internationale Politik Nr. 5, 2000. Bonn.
- Nullmeier, F.** (1998): Die Wohlfahrtsgesellschaft des Sozialstaats. In: Forschungsjournal NSB. Jg. 11, Heft 2, 1998. Wiesbaden.
- O'Brien, R.** (1992): Global Financial Integration: The End of Geography. London.
- Offe, C.** (1983): Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie. In: Matthes, J. [Hrsg.] (1983): Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980. Frankfurt a.M.
- Offe, C.,** Heinze, R. (1990): Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring. Frankfurt a.M.

- Ohmae, K.** (1996): Der neue Weltmarkt. Das Ende des Nationalstaats und der Aufstieg der regionalen Wirtschaftszonen. Hamburg.
- Olk, T.** (1987): Das soziale Ehrenamt. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 10, Nr. 14, 1987. Berlin.
- Olk, T.** (2001a): Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als gesellschaftspolitische Herausforderung. In: Frankfurter Rundschau vom 28.12.2001. Frankfurt a.M.
- Olk, T.** (2001b): Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als gesellschaftspolitische Herausforderung. In: Frankfurter Rundschau vom 28.12.2001. Frankfurt a.M.
- Olk, T.** (2002): Politische Rahmenbedingungen – was muss sich ändern, damit bürgerschaftliches Engagement in der sozialen Arbeit eine größere Bedeutung erhält? In: Möller, K. [Hrsg.] (2002): Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft? Soziale Arbeit als Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements. Opladen.
- Pappi, F.** (2001): Soziale Netzwerke. In: Schäfers, B., Zapf, W. [Hrsg.] (2001): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Berlin.
- Petrella, R.** (1997): Grenzen des Wettbewerbs – jenseits von Wirtschaft und Globalisierung unter der Herrschaft des Marktes. In: Weizsäcker, E.U. von [Hrsg.] (1997): Grenzen-los? Jedes System braucht Grenzen – aber wie durchlässig müssen diese sein? Berlin.
- Perry, D.** [Hrsg.] (1995): Building the Public City. The Politics, Governance, and Finance of Public Infrastructure. London.
- Planyi, M.** (1997): Society, Economics, and Philosophy: selected papers. New Brunswick.
- Polanyi, K.** (1990): The Great Transformation. Frankfurt.
- Pollack, D.** (2002): Staat und Zivilgesellschaft in der Demokratie. In: WZB [Hrsg.] (2002): Reader zur Workshoptagung Demokratie und Sozialkapital - Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure. 28.-29. Juni 2002, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin.
- Popper, K.** (1994): Logik der Forschung. Tübingen.
- Posey, D.** (1997): Identifizierung und Respektierung der Grenzen zwischen indigenen Völkern, traditionellen Bauern und örtlichen Gemeinschaften. In: Weizsäcker, E.U. von [Hrsg.] (1997): Grenzen-los? Jedes System braucht Grenzen – aber wie durchlässig müssen diese sein? Berlin.
- Pott, L.** (2001): Bürgerschaftliches Engagement in Arbeiterwohlfahrt. In: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband [Hrsg.] (2001): Sozialbericht 2001. Ehrenamt im Wandel. Bonn.
- Potter, R.; Lloyd-Evans, S.** (1998): The city in the developing world. Harlow.
- Prigogine, I.; Stengers, I.** (1981): Dialog mit der Natur. München.
- Priller, E; Zimmer, A.** (2001): Der dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat? Berlin.
- Projektkommission Arbeit und Soziales der Heinrich Böll Stiftung** [Hrsg.] (2001): Neue Impulse für Arbeit und Soziales. Eine Expertise. Berlin.
- Putnam, R.** (1993): Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton.
- Rabinovitch, J.** (1996): Urban agriculture: Food, jobs and sustainable cities. New York.
- Raschke, J.** (1991): Zum Begriff der sozialen Bewegungen. In: Roth, R., Rucht, D. [Hrsg.] (1991): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- Rau, J.** (1998): Sinnvoll Arbeiten. In: Zukünfte, Nr. 23, 1998. Gelsenkirchen.

- Reich, R.** (1993): Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie. Frankfurt a.M.
- Reichart, T.** (1999): Bausteine der Wirtschaftsgeographie. Stuttgart.
- Rifkin, J.** (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt a.M.
- Rifkin, J.** (1997a): Die dritte Säule der neuen Gesellschaft. In: Die Zeit Nr. 19 v. 02.05.1997. Hamburg.
- Rifkin, J.** (1997b): Das Ende der Vollbeschäftigung. In: Hensch, C.; Wismer, U. [Hrsg.] (1997): Zukunft der Arbeit. Stuttgart.
- Rosenbaum, E.** (2000): What is a market? On the methodology of a contest concept. In: Review of Social Economy, Jahrgang 2000. London.
- Rosenbaum, E.** (2002): Vom Wert institutioneller Vielfalt jenseits des Marktes . In: Kommune Nr. 3, 2002. München.
- Roth, R.** (2000): Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven. In: Zimmer, A.; Nährlich, S. [Hrsg.] (2000). Engagierte Bürgerschaft, Traditionen und Perspektiven. Opladen.
- Roth, R.;** Rucht, D. [Hrsg.] (1991): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Roth, R.** (2002): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft - Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: WZB [Hrsg.] (2002): Reader zur Workshoptagung Demokratie und Sozialkapital – Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure. 28.-29. Juni 2002, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin.
- Roustang, G.;** et al. [Hrsg.] (1996): Vers un nouveau contrat social. Paris.
- Rughoff, S.** (1992): Wohnökologie – Grundwissen. Stuttgart.
- Sachs, W.;** Loske, R.; Linz, M.; et al. (1998): Greening the North. A post-industrial blueprint for ecology and equity. London.
- Sachs, W.** (1999a): Planet Dialectics. London.
- Sachs, W.** (1999b): Post-fossil development patterns in the north. A contribution to the IPCC. Wuppertal Papers Nr. 95, 1999. Wuppertal.
- Sachs, W.** (2000): Wie zukunftsfähig ist Globalisierung? Wuppertal Papers Nr. 99, 2000. Wuppertal.
- Sachs, W.;** Scherhorn, G. (2001): Überfluß; Überflußgesellschaft. In: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Band 11. Basel.
- Samuelson, P.;** Nordhaus, W. (1998): Volkswirtschaftslehre. Wien.
- Sassen, S.** (1994): Metropolen des Wachstums. Die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt a.M.
- Sassen, S.** (1996): Metropolen des Weltmarktes: die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt a.M.
- Sassen, S.** (1998): Globalization and its discontents. New York.
- Sassen, S.** (2000): Machtbeben. Wohin führt die Globalisierung? Stuttgart.
- Saube, A.** et al. (1994): Machbarkeitsstudie ‚Versorgung der Metropole‘. Veröffentlichungsreihe der Interdisziplinären Forschungsgruppe Lokale Ökonomie. Berlin.
- Schäfers, B.;** Zapf, W. [Hrsg.] (1998): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Stuttgart.

- Schaffroth, T.; Tao, C. (1998):** Abschied von der Erwerbsarbeit. Ein Interview mit André Gorz. In: Die Tageszeitung vom 29/ 30 August 1998, S. 6 bis 7. Berlin.
- Schaper, K. (1991):** Sozial- und beschäftigungspolitische Aspekte neuer sozialer Bewegungen. In: Roth, R., Rucht, D. [Hrsg.] (1991): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Schaurhofer, M.; Brix, E.; et al. [Hrsg.] (2000):** Räume der Civil Society in Österreich. Wien.
- Scheele, U. (1993):** Privatisierung von Infrastruktur. Möglichkeiten und Alternativen. Köln.
- Schenk, M. (2000):** Die Stärke der Schwachen: Zivilgesellschaft ‚ganz unten‘. In: Schaurhofer, M., Brix, E. et al. [Hrsg.] (2000): Räume der Civil Society in Österreich. Wien.
- Scherhorn, G. (1994):** Egoismus oder Autonomie. Über die Beschränktheit des Eigennutzprinzips. In: Heck, T.L. [Hrsg.] (1994): Das Prinzip Egoismus. Tübingen.
- Scherhorn, G. (1994a):** Die Unersättlichkeit der Bedürfnisse und der kalte Stern der Knappheit. In: Bievert, B.; Held, M. [Hrsg.] (1994): Das Naturverständnis der Ökonomik. Frankfurt a.M.
- Scherhorn, G. (1997a):** Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben die gleiche Ursache. Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie, Wuppertal Spezial 7. Wuppertal.
- Scherhorn, G. (1997b):** Wird der fordistische Gesellschaftsvertrag aufgekündigt? In: Weizsäcker, E. [Hrsg.] (1997): Grenzen-los? Jedes System braucht Grenzen – aber wie durchlässig müssen diese sein? Berlin.
- Scherhorn, G. (1997c):** Das Ganze der Güter. In: Meyer-Abich, K. [Hrsg.] (1997): Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens. Ganzheitliches Denken der Natur in Wissenschaft und Wirtschaft. München.
- Scherhorn, G. (1998a):** Privates and Commons – Schonung der Umwelt als kollektive Aktion. In: Held, M.; Nutzinger, H. [Hrsg.]: Eigentumsrechte verpflichten: Individuum, Gesellschaft und die Institution Eigentum. Frankfurt a.M.
- Scherhorn, G. (1998b):** Der Mythos des Privateigentums und die Wiederkehr der Commons. In: Biesecker, A.; Elsner, W.; Grenzdörffer, K. [Hrsg.] (1998): Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden. Pfaffenweiler.
- Scherhorn, G.; Dahm, Patricia (1999a):** Produktivität im Konsum. Eine empirische Untersuchung zu Eigenarbeit und Bürgerarbeit. Stuttgart.
- Scherhorn, G. (1999b):** Umwelt, Arbeit und Konsum. Mikroökonomisch-empirische Aspekte des nachhaltigen Konsums. In: Rosenkranz, D.; Schneider, N. [Hrsg.] (1999): Konsum. Soziologische, ökonomische und psychologische Perspektiven. Leverkusen.
- Scherhorn, G. (1999c):** Ökonomie und Ökologie - Synthese mit Keynes? In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 50, Heft 2. Bonn.
- Scherhorn, G. (1999d):** Die Krise des fordistischen Gesellschaftsmodells und die Zukunft des Tätigkeitssektors jenseits von Markt und Staat. In: Kommune, Ausgabe 17. Hannover.
- Scherhorn, G. (2000a):** Bedarf, Bedürfnis. In: Honecker, M.; et al. [Hrsg.] (2000): Evangelisches Soziallexikon. Stuttgart.
- Scherhorn, G. (2000b):** Arbeit – Teilung und Verteilung. In: Held, M.; Nutzinger, H. [Hrsg.] (2000): Geteilte Arbeit und ganzer Mensch. Perspektiven der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt a.M.

- Scherhorn, G.** (2000c): Die produktive Verwendung der freien Zeit. In: Hildebrandt, E. [Hrsg.] (2000): Reflexive Lebensführung. Berlin.
- Scherhorn, G.** (2000d): Subsistenz, Subsistenzwirtschaft. In: Honecker et al [Hrsg.] (2000): Evangelisches Soziallexikon. Stuttgart.
- Scherhorn, G.** (2001a). Ökonomie. In: Keupp, H.; Weber, K. [Hrsg.]: Grundkurs Psychologie. Hamburg.
- Scherhorn, G.** (2001b). Wie kommen wir zu nachhaltigem Konsum; nachhaltigen Märkten; nachhaltiger Kultur? Wuppertal Papers, Nr. 107, 2001. Wuppertal.
- Scherhorn, G.** (2001c). Zur Messung des Zeitwohlstands. Vortrag auf dem 3. Weimarer Kolloquium der VÖÖ am 18.9.2001.
- Scherr, A.** (2001): Randgruppen und Minderheiten. In: Schäfers, B.; Zapf, W. [Hrsg.] (2001): Handbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Berlin.
- Schlegelmilch, K.** (1998): Ausländische Erfahrungen mit Ökologischen Steuerreformen und Beschäftigungseffekten. Ein kritischer Kommentar zur modelltheoretischen Diskussion. In: Bosch, G. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt a.M.
- Schmid, J.** (1998): Vom Sozialstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 11, Heft 2, 1998. Wiesbaden.
- Schmidt, W.** (2002): Politische Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement. In: AWO (2002): Sozialbericht 2001: Ehrenamt im Wandel. Bonn.
- Schroedter, E.** (1996): Das Potential der sozialen Ökonomie. In: Qualitätsstandards der sozialen Ökonomie. Konferenzbeiträge. Veröffentlichungsreihe der Interdisziplinären Forschungsgruppe Lokale Ökonomie. Berlin.
- Schwencke, O.** [Hrsg.] (1991): Menschenbeben. Neue Aufgaben und Felder der Zukunftsforschung. Rehburg-Loccum.
- Sead-Filho, A.** (2002): The Value of Marx. Political economy for contemporary capitalism. London.
- Sen, A.** (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München.
- Senghaas-Knobloch, E.** (1997): Ein neuer Gesellschaftsvertrag zur Versöhnung zwischen Ökonomie und Gesellschaft? In: Fricke, E. [Hrsg.] (1997): Jahrbuch Arbeit und Technik. Bonn.
- Sengling, D.** (1999): ‚Für eine Gütergemeinschaft der Freiwilligkeit‘ – Die Zukunft der Wohlfahrtsverbände. In: Alemann, U.; Heinze, R.; Wehrhöfer, U. [Hrsg.] (1999): Bürgergesellschaft und Gemeinwohl: Analyse. Diskussion. Praxis. Opladen.
- Sennett, R.** (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin.
- Serries, C.** (1995): Handeln Arme irrational? Eine institutionenökonomische Analyse der Subsistenzwirtschaft. In: Ev. Akademie Bad Boll (1995): Subsistenz-Ökonomie. Ein neues – altes – Konzept in der Entwicklungspolitik. 19.-21. Juni 1995. Protokolldienst Nr. 37, 1995. Bad Boll.
- Simmel, G.** (1989): Philosophie des Geldes. Gesamtausgabe Bd. 6. (Original: Leipzig 1900). Frankfurt a.M.
- Smith, A.** (1974): Der Wohlstand der Nationen. (Originalausgabe: Smith, A. (1776): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. London). München.
- Soballa, G.** (1998): Wie wir arbeiten wollen. In: Zukünfte, Nr. 23, 1998. Gelsenkirchen.

- Soyez, D.** (2000): Lokal verankert – weltweit vernetzt: Transnationale Bewegungen in einer entgrenzten Welt. In: Blotevogel, H.; Ossenbrügge, J.; Wood, G. [Hrsg.] (2000): Lokal verankert – weltweit vernetzt. 52. Deutscher Geographentag Hamburg 1999, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Stuttgart.
- Spitzley, H.** (1998): Arbeitszeit und plurale Ökonomie - Handlungsoptionen in einer solidarischen Gesellschaft. In: Bierter, W., Winterfeld, U. von [Hrsg.] (1998): Zukunft der Arbeit - welcher Arbeit? Berlin.
- Stadt Köln – Dezernat für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtplanung** [Hrsg.] (2000): Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht Köln 2000. Köln.
- Starke, C.** (1999): Die Kuh muss zurück in den Stall. Tagungskommentar. In: Ev. Akademie Mühlheim an der Ruhr [Hrsg.] (2000): Soziales Kapital auf neuen Wegen des Wirtschaftens? Gesellschaftliche Teilhabe in neuen sozialen Unternehmungen. 30.04. – 02.05.1999. Mühlheim a.d.R.
- Stehr, N.** (2001): Ökonomie und Ökologie. In: Heinrich-Böll-Stiftung [Hrsg.] (2001): Gut zu wissen. Links zur Wissensgesellschaft. Tagungsbeiträge. Berlin.
- Steinmüller, K.** (1998): Szenarien für die Arbeit von morgen. In: Zukünfte, Nr. 23, 1998. Gelsenkirchen.
- Stelzer-Orthofer, C.** (2000): Die Armutskonferenz als zivilgesellschaftlicher Akteur? Überlegungen zur Beziehung zwischen Wohlfahrtsstaat und Zivilgesellschaft. In: Schaurhofer, M.; Brix, E.; et al. [Hrsg.] (2000): Räume der Civil Society in Österreich. Wien.
- Stiftung Bauhaus Dessau**, Europ. Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung [Hrsg.] (1996): Wirtschaft von unten. People`s Economy. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa. Dessau.
- Tapiola, K.** (1997): Die Philadelphia Erklärung von 1944 und Ihre Bedeutung heute. In: Hensch, C.; Wismer, U. [Hrsg.] (1997): Zukunft der Arbeit. Stuttgart.
- Teichert, V.** (1999): Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft: Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens. Heidelberg.
- Thierse, W.** (1997): Zivilgesellschaft und öffentliche Güter. In: Die Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, Nr. 4. Frankfurt a.M.
- Thompson, D.** (1997): Das Ende der Zeiten. Hildesheim.
- Udén, G.** (1988): The End of Modernity. Nihilism and Hermeneutics in Postmodern Culture. London.
- Van Dieren, W.** (1997): Verantwortung für den lokalen Standort. In: Weizsäcker, E. [Hrsg.] (1997): Grenzen-los? Jedes System braucht Grenzen – aber wie durchlässig müssen diese sein? Berlin.
- Vatimo, L.** (1993): Twenty-five years with the logic of collective action. Acta Sociologica 36. London.
- Visvanathan, S.** (2001): Internationalism and Local Knowledge. In: Heinrich-Böll-Stiftung [Hrsg.] (2001): Gut zu wissen. Links zur Wissensgesellschaft. Tagungsbeiträge. Berlin.
- Walzer, M.** (1988): Socializing the Welfare State. In: Gutman, A. [Hrsg.] (1988): Democracy and the Welfare State. Princeton.
- Walzer, M.** [Hrsg.] (1995): Toward a global civil society. The Friedrich Ebert Stiftung. Berghahn Books. New York.
- Weber, M.** (1994): Soziologische Grundbegriffe. (Sonderausgabe aus: Weber, M. (1921): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen). Tübingen.

- Weinkopf, C.** (1998): Möglichkeiten zur Beschäftigungsförderung im Dienstleistungssektor. In: Bosch, G. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt a.M.
- Weizsäcker, C., Weizsäcker, E.** (1978): Für ein Recht auf Eigenarbeit. In: Technologie und Politik, 10. München.
- Weizsäcker, C.** (1988): Die Arbeit als sinnstiftendes Zentrum des Lebens. In: Vorstand der SPD [Hrsg.] (1988): Materialien. „Frauen brauchen mehr!“ Bonn.
- Weizsäcker, E.** [Hrsg.] (1997): Grenzen-los? Jedes System braucht Grenzen – aber wie durchlässig müssen diese sein? Berlin.
- Wen, W.** (1997): Die 5 Paradigmen der Volkswirtschaftslehre für Inflationslosigkeit, Vollbeschäftigung und Verminderung von Kriminalität. Offenbach.
- Wendt, W.** (1996): Bürgerschaft und zivile Gesellschaft: Ihr Herkommen und ihre Perspektiven. In: Wendt, W. [Hrsg.]: Zivilgesellschaft und soziales Handeln: Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Belangen. Freiburg i.Br.
- Wilde, L.** (2000): In search of solidarity: the ethical politics of Erich Fromm (1900 – 1980). In: Contemporary Politics. Jg. 6, Nr. 1. New York.
- Willke, H.** (1997): Supervision des Staates. Frankfurt a.M.
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)** [Hrsg.] (2002): Demokratie und Sozialkapital. Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure. 28. – 29.06.2002. Reader zur Workshoptagung. Berlin.
- Wolf, S.** (1998): Erwerbsarbeit und Hausarbeit – Zum dualen Denken in der Ökonomik und seinen Folgen für das Geschlechterverhältnis. In: Bierter, W.; Winterfeld, U. [Hrsg.] (1998): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Berlin.
- Wolf, S.** (1998a): Glück und Sinn: Zwei Aspekte des guten Lebens. In: Steinfath, H. [Hrsg.] (1998): Was ist ein gutes Leben? Philosophische Reflexionen. Frankfurt a.M.
- Wolfe, R.** (1986): The economic efficiency of food production in a western alaska eskimo population. In: Langdon, S. [Hrsg.] (1986): Contemporary alaskan native economies. London.
- Zapf, W.** (1984): Welfare Production: Public versus Private. Social Indicators Research 14. London.
- Zimmer, A., Priller, E.** (2002): Der Dritte Sektor im aktuellen Diskurs. Beitrag auf dem Kongress Demokratie und Sozialkapital – Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure. Workshop 3, Panel 1. WZB, 28. – 29. Juni 2002. Berlin
- Zoysa, R.** (2000): Rezension zu: Fukuyama, F. (1999). The Great Disruption: Human Nature and the Reconstitution of Sozial Order. London. In: Contemporary Politics, Jahrgang 6, Nr. 1, März 2000. London.
- Z_punkt** [Hrsg.] (2001): Konturen der Wissensgesellschaft. Fakten, Konzepte, Strategien. Z_dossier 01. Essen.